

L70100

11

1918-1919

4. 11. - 24. 11.

Kolonwirtschaft

3.

3.

**Die Bewegung
 unter den Postparlaffenbeamtinnen.
 Ein Erlaß des Gouverneurs Dr. Schuster
 v. Bonnot.**

Wie wir bereits mitgeteilt haben, wurde von den im Postparlaffenamte angestellten Beamtinnen im vorigen Monat die Forderung gestellt, die Weihnachtsummernationen im Hinblick auf die Teuerungsverhältnisse zu erhöhen. Für Anfängerinnen wurde eine Verdopplung, für dienstältere Beamtinnen eine Verdreifachung der Remuneration verlangt. Der Gouverneur der Postparlasse Geheimrat Doktor Schuster v. Bonnot beantwortete ein diesbezüglich an ihn gerichtetes Memorandum in mündlicher Erledigung des Schriftstückes dahin, daß bei dem großen Personalstand der Postparlasse und dem für solche Zwecke zur Verfügung stehenden zu geringen Fonds an eine Erfüllung des Wunsches nicht gedacht werden könne.

Als dann demgemäß die Remunerationen in derselben Höhe wie bisher zur Auszahlung gelangten, wurden sie von einem großen Teil der Beamtinnen zurückgewiesen. Einer Abordnung der Beamtinnen, die beim Gouverneur erschien, konnte er nur wieder auf die bereits mitgeteilte Tatsache mit Bedauern hinweisen. Nun nahm ein großer Teil der Beamtinnen die verweigerte Remuneration doch an. Seither hieß es nun, daß in einzelnen Ressorts die Arbeit einen schleppenden Gang nähme und daß trotz der Ueberstunden, die gemacht wurden, die zurückbleibende Arbeit immer mehr anwuchs.

Die Zustände scheinen nun eine wesentliche Verschärfung angenommen haben, und es heißt, daß besonders im Schedverlehr große Rückstände zu verzeichnen seien, weshalb sich Gouverneur Doktor v. Schuster veranlaßt sah, an die Beamtenschaft ein Zirkular zu richten, in dem er nachdrücklich auf den Ernst der Situation aufmerksam macht und den §. 2 der kaiserlichen Verordnung vom 25. Juli 1914 zitiert, durch den Bedienstete eines Staatsbetriebes, die im Vereine mit andern in der Absicht, den Dienst oder Betrieb zu stören, die Erfüllung ihrer Pflichten ganz oder zum Teil verweigern, wegen Vergehens mit strengem Arrest von sechs Wochen bis zu einem Jahre bedroht werden.

Das Zirkular schließt mit den Worten: „Wenn nicht augenblicklich wieder normale Verhältnisse eintreten und alle Kräfte an die baldige Aufarbeitung der durch die Lauheit der Arbeit herbeigeführten Rückstände gewendet werden, sehe ich mich gezwungen, ohne Zögern die Sache dem Strafgerichte

zu übergeben, so sehr ich es bedauern würde, nicht bloß wegen der damit verbundenen Schädigung des Rufes unserer Beamtenschaft, sondern deshalb, weil ich es dann nicht mehr in der Hand hätte, schicksalschwere Folgen von einzelnen irgeleiteten Personen abzuwenden.“

Errichtung einer Fürsorge- und Berufsberatungsstelle für Frauen im Arbeiterfürsorgeamt der Stadt Wien. Um beim Uebergange der Kriegs- in die Friedenswirtschaft eine rasche Ueberbringung der aus ihren bisherigen Berufen gedrängten Frauen und Mädchen zu ermöglichen, hat der Stadtrat beschlossen, die gewerbliche Frauenabteilung des Arbeiterfürsorgeamtes in der Weise auszugestalten, daß ihr eine Fürsorge- und Berufsberatungsstelle angegliedert wird, deren Aufgabe es ist, die arbeitlosen Frauen und Mädchen in beruflicher Hinsicht zu beraten und für sie auch anderweitig, insbesondere durch Erforschung neuer Erwerbsmöglichkeiten, Beschaffung von passenden Arbeitsplätzen usw. zu sorgen. Gleichzeitig wurde das Anerbieten des katholischen Wohltätigkeitsverbandes und der Generalstelle für weibliche Berufsberatung, für die Zeit der Uebergangswirtschaft die Berufsberatung in der Fürsorge- und Berufsberatungsstelle zu übernehmen und bei der Fürsorge-tätigkeit mitzuwirken, dankend angenommen. Die Berufsberatung der aus der Schule austretenden Knaben und Mädchen bleibt jedoch nach wie vor der Lehrlingsfürsorgekommission des gewerblichen Fortbildungsschulrates überlassen.

Das Zölibat der Lehrerin.

Von Medizinalrat Dr. Berger in Krefeld.

Die Aufhebung des Eheverbots für die Lehrerinnen wird aus sozialbiologischen und physiologisch-ethischen Gründen für notwendig gehalten. Über die Bedenken der Pädagogen ist man im Auslande hinweggegangen; es bleibe dahingestellt, ob die Erfahrungen fremder Großstädte übertragbar sind auf die deutsche Volksschule.

Matthias Meyer, der vor einiger Zeit für die Aufhebung des Zölibats der Lehrerinnen eintrat, ist der Meinung, daß die vorhandenen pädagogischen und schultechnischen Hindernisse zu überwinden wären, wenn die Notwendigkeit der Verwendung verheirateter Lehrerinnen erwiesen wäre. In einer Besprechung dieser Arbeit in der Concordia wurde gesagt, daß die Verwendung unverheirateter Lehrerinnen unter dem Einfluß einer teils bewußt teils unbewußt ehe- und kinderfeindlichen Staatsgefinnung und Gesetzgebung, deren Erfolg der heutige Geburtensturz sei, stattfand, die jetzt noch wirksam ist. Der Besprecher fragt dann weiter, ob man denn dem Staat und den Behörden glauben wird, daß sie ihrer früheren ehe- und kinderfeindlichen Politik endgültig den Rücken gekehrt haben, wenn sie weiter die Chelosität als Anstellungsbedingung beibehalten. Ich halte die dem Staate hier untergeschobene Begründung des Eheverbots nicht für richtig, muß aber meine oft geäußerte Ansicht wiederholen, daß gar kein Grund besteht, das Eheverbot beizubehalten. Es sei mir erlassen, auf die Vermehrung der Geburten hinzuweisen; rein quantitative Erwägungen scheinen mir hier nicht am Platze zu sein. Es gilt das Für und Wider gegeneinander abzuwägen. Die pädagogischen und schultechnischen Gegengründe werden überschätzt, kürzlich wurden mir vor allem ästhetische Gründe entgegengehalten, nun, die können nicht ausschlaggebend sein. Ich könnte erzählen von Erlebnissen in einem einsamen Eifelort, wo die Not des Krieges eine frühere Lehrerin wieder zum Dienst zurückführte, den sie bis zum Tage vor ihrer Niederkunft versah, und wo das Ereignis mit der schuldigen Achtung auch von der Schuljugend betrachtet wurde. Erziehung! Man spricht soviel von Erziehung, denkt man immer genug an die Grundpfeiler: Gottesfurcht, Königstreue, Natur? Soll die Lehrerin nicht auch physiologisch ausleben dürfen? Ich glaube, daß die verheerende Neurasenie in dem Stande wesentlich abnehmen würde, wenn man die Ehe gestattete. Vielleicht entschließt man sich, sie zu begünstigen.

Welcher Einfluß würde von der verheirateten — übrigens entsprechend erweitert vorgebildeten — Lehrerin auf die Bevölkerung ausgehen können; so würde ein guter Weg geschaffen zur Verbreitung der Sozialhygiene, der Hygiene überhaupt. Man wende nicht ein, daß ja auch vom verheirateten Lehrer das möglich sei, der Weg über die Mutter bleibt immer der breitere. Und was sagt denn der Lehrerinnenstand selbst? Ich lese, daß die Standesvertretungen des Lehrerinnenberufs sich vielfach nicht zustimmend äußerten; ich kann eigentlich nur über das Gegenteil berichten aus meinen Erfahrungen. In Norwegen regelt ein neuer Regierungserlaß die Gehaltsfrage der Lehrer und Lehrerinnen in der Art, daß beide gemäß ihrer verschiedenen Unterrichtsstundenzahl das gleiche Gehalt bekommen. Wie sieht nicht vielleicht die Gehaltsfrage mit der Frage der Verheiratung auch regeln?

Die Lehrerin als Mutter wird zum sozialen Verständnis wesentlich beitragen, und darauf ist in unsrer Zeit besonderer Nachdruck zu legen. Die Zeiten der patriarchalischen Fürsorge sind dahin, der Arbeiter in den veränderten Lebensbedingungen läßt sich nicht mehr schieben, er schiebt selbst kräftig, um seine Lage zu verbessern und seines Glückes eigener Schmied zu sein; der Ausfluß dieser veränderten Verhältnisse, die soziale Gesetzgebung, ist, wie der Generalsekretär des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Stegerwald in dem vom Bibliotheksdirektor des preussischen Herrenhauses Thimme herausgegebenen Sammelwerk Vom neuen Frieden des deutschen Volkes ausführt, in dem so mächtige Fortschritte auf allen Gebieten aufweisenden Deutschland nicht die Wege gegangen, die in der Absicht des Kaisers lagen und denen Fürst Bülow im Reichstage am 20. Februar 1903 Ausdruck verlieh, daß nämlich dem gesetzgeberischen Ausdruck der Gleichberechtigung die Gleichberechtigung selbst vorangehen müsse. Die entstandene Klassenentfremdung soll aber nicht, wie Grabowsky in der Zeitschrift Das neue Deutschland mit Recht ausführt, zu dem Wunsch Anlaß sein, die deutsche Arbeiterversicherung rückwärts zu revidieren, sondern sie muß auf andre Weise überwunden werden, das herausgebildete geschäftsmäßige Verfahren muß mehr von einer Beteiligung des Herzens durchdrungen werden.

Man überlege das einmal recht genau. Mir will die verheiratete Lehrerin besonders geeignet erscheinen, soziales Verständnis in weite Kreise und kleine Orte zu tragen. Ich halte sie heute für notwendig.

9. I. 1918

9
4

Die Frauentage im Abgeordnetenhaus. Das preussische Abgeordnetenhaus wird sich am 15. Januar, in seiner ersten Sitzung nach den Ferien, auch mit der Frauentage beschäftigen. Besondere Veranlassung dazu gibt ein fortschrittlicher Antrag, wonach auch Frauen zu Mitgliedern von städtischen Verwaltungsdeputationen und Stiftungsvorständen bestellt werden sollen. Der Antrag hat bereits im Gemeindeausschuß des Abgeordnetenhauses eingehende Erörterung gefunden. Bisher waren im allgemeinen Frauen von den städtischen Deputationen ausgeschlossen, da nach der Städteordnung nur Männer das städtische Bürgerrecht besitzen, und die Deputationen sich aus stimmfähigen Bürgern zusammensetzen sollen. Ausnahmen waren allerdings gestattet, so in den Armen- und Schuldeputationen sowie in den Kuratorien höherer Lehranstalten für die weibliche Jugend. Es wirkten bisher in preussischen Städten von über 6000 Einwohnern 205 Frauen in den Armendeputationen; in 53 Städten wirkten Lehrerinnen in Schuldeputationen mit; in 7 Städten sind Frauen in den Waisenträten tätig. Im Abgeordnetenhausauschuß wurde es für erforderlich erachtet, den Frauen erweiterte Rechte zu verleihen und ihnen in den Deputationen auch beschließende Stimme zu geben. Von einem Regierungsvertreter wurde hervorgehoben, daß schon nach der Städteordnung Frauen mit beratender Stimme den Deputationen angehören können. Der Ausschuß forderte die Regierung auf, einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Städteordnung dahin abgeändert wird, daß Frauen zu Mitgliedern städtischer Verwaltungsdeputationen und Stiftungsvorstände der sozialen Fürsorge und Wohlfahrtspflege mit beschließender Stimme bestellt werden können. An diesen Antrag dürfte sich in der Vollziehung eine lebhafte Aussprache knüpfen, da ein Teil der Rechten diese Forderung als zu weitgehend ablehnt.

Der erste weibliche Schulinspektor.

Der Landesräth hat an die Direktoren der Mittelschulen, Mädchenhauseen und Lehrerbildungsanstalten einen Erlaß gerichtet, demzufolge das Unterrichtsministerium den Turnlehrer am Gymnasium der Theresianischen Akademie Prof. Anton Landfriedl und die Physiolehrerin Prof. Kornelia Bendorfer mit der Funktion eines Fachinspektors für den Turnunterricht, und zwar ersteren in Knabenmittelschulen und Lehrerbildungsanstalten, letztere an Mädchenmittelschulen-, Hauseen und Lehrerinnenbildungsanstalten, betraut hat. Die Direktionen erhalten den Auftrag, diesen Fachinspektoren die Stundeneinteilung des Turnunterrichtes und der körperlichen Uebungen zu übermitteln. Der Fachinspektor für Knabenmittelschulen hat dem Erlaß zufolge auch der militärischen Vorbereitung der männlichen Jugend seine besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Kriegsdienst der Frauen.

Von besonderer Seite erhalten wir folgende Mitteilung:

Daß in diesem gewaltigsten aller Kriege auch die Frau eine bedeutende Rolle spielen würde, war wohl voranzusehen. Dem Weltkrieg war es vorbehalten, sie zur Mitarbeit am Kriege heranzuziehen und ihr dadurch zu gleicher Zeit neue Quellen für Erwerb und Unterhalt zu öffnen, um so für die im Hinterlande Verbliebenen, vornehmlich für die Witwen und Waisen nach gefallenen Kriegern, die Existenzmöglichkeiten in dieser schweren Zeit zu erleichtern und zu sichern.

Es seien hier in wenigen Worten die nachahmenswerten sozialen Einrichtungen der Frauenorganisation, welche bei einer unserer Städte Armeenbereiches, so nämlich: In der größten Stadt des Stammesbereiches der betreffenden Armee befindet sich eine „Vermittlungsstelle für weibliche Hilfskräfte“, welche von einer Vorsteherin und einer ihr beigegebenen Schriftführerin geleitet wird. Hier wird den Erwerb suchenden Frauen Gelegenheit gegeben, ihre Dienste als Helferinnen bei irgend einer militärischen Stelle anzubieten. Auf Grund ihrer Zeugnisse, ihrer Kenntnisse und Fähigkeiten und ihrer bisherigen Verwendung werden die Frauen vorgemerkt und ihnen nach Maßgabe des Bedarfes die entsprechenden Dienstposten zugewiesen.

Die Erfahrungen des Krieges haben gezeigt, daß die Verwendungsmöglichkeiten der Frau mannigfachster Art sind. So gibt es bei der Armee im Felde Assistentinnen, technische Gehilfinnen, Kanzeleimanipulantinnen, Rechnungshilfsarbeiterinnen, Telegraphistinnen und Telefonistinnen, weiters Wirtschaftskleiterinnen, Krankenpflegerinnen, sowie Schneiderinnen, Köchinnen, Stellnerinnen und Wäscherinnen, ferner Handlangerrinnen und Tagelöhnerinnen in technischen Betrieben.

Es ist nun Aufgabe der „Vermittlungsstelle“, den sich um Stellen bewerbenden Frauen nach ihrer Individualität und ihren Fachkenntnissen über Anforderung der militärischen Stellen den entsprechenden Dienstposten zuzuwiesen. Nach sorgfältiger Auswahl einmal auf den richtigen Platz gestellt, werden diese ersten Pflichten allen Anforderungen des militärischen Dienstes gerecht.

Weiters ist eine Schule bemerkenswert, die die Bezeichnung „Ausbildungskurs für weibliche Kanzelehilfskräfte bei der Armee im Felde“ führt. In dieser Schule, in welcher alle jene Bewerberinnen aufgenommen werden, die früher noch nicht in Stellung waren und darum einer fachlichen Vorschulung bedürftig, wird der Unterricht kostenlos erteilt. Ein solcher Ausbildungskurs dauert bei täglich sieben Unterrichtsstunden vier Wochen. Die Leitung dieser Schule liegt ebenfalls in den Händen einer Frau und steht unter militärischer Aufsicht. Das übrige Personal sind Lehrerinnen, die die Frequentantinnen in Stenographie, Recht und Maschinenschieben unterrichten. Nur die militärischen Fächer, wie Gebührentwesen und Militärgeschäftsstil, werden von Fachleuten gelehrt.

Man mag ungläubig den Kopf schütteln, mag auf die Kürze der Zeit hinweisen und auf die Menge der Fächer — der Erfolg dieser Kurse steht außer allem Zweifel. Die Absolventinnen dieser Kurse bewähren sich im Felde bestens. Der in der Öffentlichkeit oft gehörte Vorwurf, daß dem sittlichen Schutze der Frau bei der Armee im Felde zu wenig Rechnung getragen werde, ist in keiner Weise gerechtfertigt. Gerade auf diesen Umstand hat die betreffende Armee bei der Organisation der Frauensfürsorge ihr Hauptaugenmerk gerichtet. So hat sie in allen Stationen der Etappe „Heime“ geschaffen, in welchen alle angestellten Frauen gemeinsam wohnen, wo sie gemeinsam die Mahlzeiten einnehmen und auch ihre freie Zeit verbringen.

Ein solches Heim haben wir näher besichtigt. Ein schattiger, dreistöckiger Bau in herrlicher Lage, ebenfalls wieder von einer Oberin als Vorsteherin geleitet. Die weiblichen Kanzelehilfskräfte sind in geräumigen, sonnigen Zimmern zu zweien bis vierten untergebracht. In zwei geräumigen Speiseküchen werden die Mahlzeiten eingenommen. Bäder, elektrische Beleuchtung, Luftheizung, Empfangs- und Erholungsräume vervollständigen in diesem früher als katholisches Mädchenheim verwendeten Bau die gebotenen Bequemlichkeiten.

Was bei dieser Armee auf dem Gebiete der sozialen Frauensfürsorge geschaffen wurde, muß als vorbildlich bezeichnet werden. Die geschilderten Einrichtungen erwecken vor allem volles Vertrauen zu dieser Institution. Diese Armee hat wohl alles getan, um die sozialen Lage der weilebenden Frauen des Hinterlandes zu verbessern. Nicht nur, daß sie ihnen eine gangnennenswerte Entlohnung bietet, sorgt sie auch für bequem Unterkunft, gute Verpflegung und Bekleidung und nicht zuletzt für ihren sittlichen Schutz.

Die Frau und der Krieg.

Die Verwendung der Frau bei einer Armee im Felde.

Von besonderer Seite erhalten wir folgende Mitteilung:

Der Krieg, der in allen Beziehungen unseres wirtschaftlichen Lebens grundstürzend gewirkt hat, gab auch der Frau vielfach eine andere Stellung, rief sie zur Mitwirkung an der Verteidigung des Vaterlandes auf, gab ihr neue Berufszweige, appellierte an ihr höheres soziales und staatliches Empfinden. Er wies ihr auch eine Stellung im Kriegsdienst an, schon aus wirtschaftlichen Gründen, denn die Not der Zeit drängte die Frau, der Familie, da der Ernährer eingerückt war, neue Erwerbsmöglichkeiten zu verschaffen.

Es seien hier kurz die sozialen Einrichtungen der Frauenorganisation, welche bei einer unserer Armeen bestehen, geschildert. In der größten Stadt des Stappenbereiches der betreffenden Armee befindet sich eine „Vermittlungsstelle für weibliche Hilfskräfte“, welche von einer Vorsteherin und einer ihr beigegebenen Schriftführerin geleitet wird. Hier wird den Erwerb suchenden Frauen Gelegenheit gegeben, ihre Dienste als Helferinnen bei irgend einer militärischen Stelle anzubieten. Auf Grund ihrer Zeugnisse, ihrer Kenntnisse und Fähigkeiten und ihrer bisherigen Verwendung werden die Frauen vorgemerkt und ihnen nach Maßgabe des Bedarfs die entsprechenden Dienstposten zugewiesen.

Die Erfahrungen des Krieges haben gezeigt, daß die Verwendungsmöglichkeiten der Frau mannigfacher Art sind. So gibt es bei der Armee im Felde Assistentinnen, technische Gehilfinnen, Kanzleimanipulantinnen, Rechnungshilfsarbeiterinnen, Telegraphistinnen und Telephonistinnen, weiters Wirtschaftsleiterinnen, Krankenpflegerinnen sowie Schneiderinnen, Köchinnen, Kellnerinnen und Wäscherinnen, ferner Handlangerinnen und Tagelöhnerinnen in technischen Betrieben.

Es ist nun Aufgabe der „Vermittlungsstelle“, den sich um Stellen bewerbenden Frauen nach ihrer Individualität und ihren Fachkenntnissen über Anforderung der militärischen Stellen den entsprechenden Dienstposten zuzuwiesen. Nach sorgfältigster Auswahl einmal auf den richtigen Platz gestellt, werden diese ernstlichen Pflichten allen Anforderungen des militärischen Dienstes gerecht.

Weiters ist eine Schule bemerkenswert, die die Bezeichnung „Ausbildungskurs für weibliche Kanzleihilfskräfte bei der Armee im Felde“ führt. In dieser Schule, in welcher alle jene Bewerberinnen aufgenommen werden, die früher noch nicht in Stellung waren und daher einer fachlichen Vorschulung bedürfen, wird der Unterricht kostenlos erteilt. Ein solcher Ausbildungskurs dauert bei täglich 7 Unterrichtsstunden 4 Wochen. Die Leitung dieser Schule liegt ebenfalls in Händen einer Frau und steht unter militärischer Aufsicht. Das übrige Personal sind Lehrerinnen, die die Frequentantinnen in Stenographie, Rechts- und Maschinenschreiben unterrichten. Nur die militärischen Fächer, wie Gebührenwesen und Militärgeschäftsstil, werden von Fachleuten gelehrt.

Man mag ungläubig den Kopf schütteln, mag auf die Kürze der Zeit hinweisen und auf die Menge der Fächer — der Erfolg dieser Kurse steht außer allem Zweifel. Die Absolventinnen dieser Kurse bewähren sich im Felde bestens.

Berechtigt ist das Bedenken, daß diese Heranziehung der Frau bei der Armee im Felde gewisse sittliche Gefahren in sich bürden kann. Gerade auf den sittlichen Schutz der Frau hat die betreffende Armee bei der Organisation der Frauensfürsorge ihr Hauptaugenmerk gerichtet. So hat sie in allen Stationen der Etappe „Heime“ geschaffen, in welchen alle angestellten Frauen gemeinsam die Mahlzeiten einnehmen und auch ihre freie Zeit verbringen.

Ein solches Heim haben wir näher besichtigt. Ein schmucker, dreistöckiger Bau in herrlichster Lage, ebenfalls wieder von einer Oberin als Vorsteherin geleitet. Die weiblichen Kanzleihilfskräfte sind in geräumigen, sonnigen Zimmern zu zweien bis viereen untergebracht. In zwei geräumigen Speisesälen werden die Mahlzeiten eingenommen. Bäder, elektrische Beleuchtung, Luftheizung, Empfangs- und Erholungsräume vervollständigen in diesem Bau die gebotenen Bequemlichkeiten.

Was bei dieser Armee auf dem Gebiete der sozialen Frauensfürsorge geschaffen wurde, muß als vorbildlich bezeichnet werden.

16./I. 1918

Resistenz im Postparlassenamte.**Fortdauernde Störungen des Betriebes.**

Vor einigen Tagen wurde gemeldet, die passive Resistenz im Postparlassenamte sei beendet, und man nahm nach den Mitteilungen der Abgeordneten, die zugunsten der Beamtinnen bei dem Gouverneur des Postparlassenamtes interveniert hatten, an, daß die Ungleichheit durch Entgegenkommen gegenüber den dringendsten Wünschen der Beamtinnen beigelegt wurde. Nun wird aber aus Kreisen der Beamtinnen mitgeteilt, daß die passive Resistenz ungeschwächt fortdauert, da die Forderungen der Beamtenschaft bisher abgelehnt wurden.

Aus Kreisen der Geschäftswelt hinwieder häufen sich die Beschwerden über die ungemessene Verzögerung, welche der Scheckverkehr im Postparlassenamte durch die Resistenzbewegung erleidet. Es vergehen oft vier bis sechs Tage, bis die Auszahlung eines Schecks erfolgt, oder umgekehrt die Verhängung der Scheckstrafe eines eingezahlten Betrages an den Kontoinhaber stattfindet.

Die Beamtinnen des Postparlassenamtes deuten darauf, daß die von ihnen gewünschte Erhöhung der sogenannten Weihnachtsprämie für die gesamte weibliche Beamtenschaft kaum mehr als 20.000 bis 30.000 K. im Jahre ausgemacht hätte und daß auch ihre übrigen meist wirtschaftlichen Forderungen in Anbetracht der äußerst schwierigen Verhältnisse mehr als begründet sind. Die Bitte nach Errichtung einer eigenen Kriegsküche sei angesichts der materiellen Verhältnisse der Beamtinnen im Postparlassenamte um so mehr berechtigt, als die meisten der Damen sehr weit vom Postparlassenamte wohnen und ein Besuch der umliegenden Gasthäuser schon aus materiellen Gründen ein Ding der Unmöglichkeit sei.

Der hauptsächlichste Widerstand gegen die endliche Erfüllung der Forderungen der Beamtinnen beim Postparlassenamte wird nicht so sehr dem Gouverneur des Amtes als dem Vizegouverneur zugeschrieben, der in der Erfüllung der vorgebrachten Bitten eine Art PreSSION und Disziplinwidrigkeit erblickt und neuerlich für den Fall des Anhaltens der passiven Resistenzbewegung mit gerichtlichen Schritten auf Grund alter Bestimmungen droht.

19. / I. 1918.

Fabrikpflegerinnen.

Von Magda Frott.

(Nachdruck verboten.)

Der Beruf der Fabrikpflegerin gewinnt durch eine ganz neue Bedeutung, daß das Kriegsamt besondere Ausbildungskurse für Fabrikpflegerinnen eingerichtet hat und damit den Nutzen einer gründlich vorgebildeten weiblichen sozialen Leitung zugeführt. Auch die Staatsbetriebe bekennen sich jetzt zu der Notwendigkeit, Fabrikpflegerinnen überall dort anzustellen, wo viele weibliche Arbeitskräfte beschäftigt sind. Und was für die Staatsbetriebe gilt, ist auch erforderlich für große Privatbetriebe.

Obwohl genaue Zahlen über das Anwachsen der Frauenarbeit im Kriege noch fehlen, weiß man doch aus den Tatsachen, daß diese Zunahme seit Kriegsbeginn ganz erheblich ist. Es läßt sich nicht leugnen, daß die meisten Arbeitsstätten für alle dort beschäftigten Frauen und Mädchen in gesundheitlicher und in moralischer Beziehung große Gefahren mit sich bringen und dieser Gefahr muß nach Kräften gesteuert werden. Es ist erfreulich, daß auch das Kriegsamt diese Tatsache eingesehen hat und diese Schäden durch die Fabrikpflegerinnen aufhaken und eindämmen will. Das Kriegsamt hat an die großen Betriebe eine Rundfrage erlassen, was man über Einstellung von Fabrikpflegerinnen denkt, und die Antwort darauf war, daß sich unsere Industriellen sehr energisch für die Anstellung sozial geschulter Damen aussprachen, damit unter den heutigen schwierigen Verhältnissen der weiblichen Arbeitskraft eine Stelle geboten wird, an die sie sich mit ihren Bedürfnissen vertrauensvoll wendet. Unsere Industriellen sind heute daher sämtlich aufgefordert worden, ihren Bedarf an Fabrikpflegerinnen bei der Frauennarbeitsstelle des Kriegsamtes anzumelden. Die kleineren Betriebe haben ebenfalls den Wunsch nach der Fabrikpflegerin geäußert, und man ist dem Gedanken nahegetreten, für mehrere solcher kleinen Betriebe, die sich an ein und demselben Orte befinden, eine gemeinsame Fabrikpflegerin anzustellen, die abwechselnd an Wochentagen bald da oder dort weilt, um nach dem Rechten zu sehen. Da nun auch die Staatsbetriebe verfügt haben, daß in allen ihren Instituten eine, und dort, wo die Zahl der Beschäftigten sehr groß ist, mehrere Fabrikpflegerinnen eingestellt werden, so ist natürlich der Bedarf mit einem Male ganz außerordentlich gestiegen, und es hat sich gezeigt, daß die wenigen vorhandenen Fabrikpflegerinnen bei weitem nicht zureichen. Daraus ergibt sich die Einrichtung der bereits erwähnten Kurse. Wie stark der Ruf nach solchen Kräften ist, geht daraus hervor, daß sich allein in einem einzigen östlich gelegenen Regierungsbezirk elf Firmen an das Kriegsamt wendeten, die drin-

gend eine Fabrikpflegerin verlangten. Wenn man bedenkt, daß das Kriegsamt seine erste Rundfrage nur an Firmen gesandt hatte, die über 500 weibliche Arbeiterinnen beschäftigten, so spricht diese Anzahl allein für sich.

Ueber die Ausbildung und die Anforderungen, die an Fabrikpflegerinnen gestellt werden, ist schon öfter geschrieben worden, und es ist daher anzunehmen, daß die Bedingungen den meisten bekannt sind. Auch das Kriegsamt erwähnt nur kurz, daß als Teilnehmerinnen für die Kurse nur solche Damen in Frage kommen, die bereits das 25. Lebensjahr überschritten und nicht älter als 40 Jahre sind. Außerdem werden nur Kräfte aufgenommen, die bereits ehrenamtlich oder beruflich soziale Arbeit geleistet haben, die durch langjährige praktische Tätigkeit Erfahrungen im Verkehr mit Menschen der verschiedensten Kreise, Umsicht und organisatorische Gewandheit sich erworben und die ein warmes Herz für die arbeitende Frauenschaft besitzen. Die Kurse haben nur eine Dauer von drei bis vier Wochen, wovon die Hälfte auf theoretische Ausbildung, die andere auf praktische Arbeit verwendet werden soll. Daß die bisherigen Anforderungen an die Vorbildung sehr viel weiter gingen, ist selbstverständlich, umschloß diese Vorbereitung doch auch die Einführung in die soziale Arbeit, deren Kenntnis heute Voraussetzung für die Aufnahme in den Kursus ist.

Die Leistungen werden aber nicht so sehr durch die Ausbildung wie durch die Persönlichkeit der Fabrikpflegerin bedingt. Sie hat sich zur Vertrauten der Arbeiterin zu machen und muß doch dabei Respektsperson bleiben. Sie hat sich um alles zu kümmern, auch um das, was außerhalb der Fabrik liegt und muß Helferin und Trösterin dort sein, wo die einzelne mit ihrer Last von Sorgen einen Rat erbittet. Sie muß die hygienischen Einrichtungen überwachen, muß die Vermittlerin zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sein und muß schließlich, und das ist in der heutigen Zeit wohl das allerwichtigste, die Arbeitsfreudigkeit und Arbeitskraft ihrer Untertanen zu erhalten und zu heben suchen. Die Lebenssehnsucht ist so allgemein, daß sie zuweilen die Arbeitslust schwächt. Man trifft auch Elemente, die Unfrieden säen wollen und auch willige Ohren finden. Da muß die Fabrikpflegerin zur Stelle sein und muß anstrebend und beruhigend wirken und muß den Unzufriedenen die Notwendigkeit eines Durchhaltens vor Augen führen. Sie muß moralisch fest, festlich stark und doch mild und gütig sein; denn nur so wird sie es vermögen, allen Anforderungen gerecht zu werden. Nur so wird sie den richtigen Weg gehen können. Man unterschätze diese Tätigkeit nicht. Sie erfordert einen ganzen Menschen, und es gehört unendlich viel Klugheit, Takt und Menschenkenntnis dazu, wenn man den Beruf wirklich ausfüllen will.

Die ganze Frauenwelt wird diesen Fortschritt auf sozialem Gebiete mit Freuden begrüßen. Man weiß ja, wie langsam bisher in der Erschließung sozialer Berufe vorgegangen wurde. Der Krieg ist hierbei zu Hilfe gekommen. Es ist noch nicht lange her, daß der Verein für Sozialpolitik die dringende Forde-

zung nach Fabrikpflegerinnen auf sein Programm setzte, eine Forderung, der nur sehr allmählich nähergetreten wurde. Vor zwanzig Jahren gab es in ganz Deutschland noch keine Fabrikpflegerin. Das Großherzogtum Hessen war das erste, das versuchsweise im Jahre 1899 zwei Damen anstellte. Allmählich folgten dann andere Staaten; aber die Zahl der Fabrikpflegerinnen blieb immer eine kleine und die Damen, die sich aus Liebe zur Sache heraus für diesen Beruf entschieden, hatten bis vor wenigen Jahren nur sehr geringe Aussichten für eine Betätigung. Nun hat das Kriegsamt darin eine Änderung geschaffen und für diesen Schritt, den es jetzt getan hat, sei ihm gedankt. Es wird selbst den Segen spüren, denn eine einzige kluge und treu waltende Frau vermag unendlich viel Gutes zu leisten und manches Samen Korn, das aus ihrer Hand unter die Schar der Arbeiterinnen gestreut wird, dürfte reiche Früchte tragen.

22./I. 1918.

22
11

Eine Landfrauen-Tagung.

Eine große Schar von Landfrauen aus ganz Deutschland hatte sich heute im großen Saale des Herrenhauses zusammengefunden, um Vorträge und Belehrungen über den Stand unserer Ernährungsfragen entgegenzunehmen und dann selbst auf das Land hinauszugehen und bei der Landbevölkerung, besonders bei den Landfrauen, die heute so verantwortungsschwere Aufgaben erfüllen müssen, auf Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung, auf gute Bewertung und verständige Organisation zu wirken. Die Vertreter einer ganzen Reihe von Behörden (Kriegsernährungsamt, Landwirtschaftsministerium usw.) waren erschienen, an der Spitze Präsident v. Waldow. Gräfin Schwerin-Böwih eröffnete die Tagung mit einer warmherzigen Ansprache. Die Veranstaltung geht diesmal aus von der neugegründeten „Zentrale der deutschen Landfrauen“, in der alle bedeutenden Verbände vertreten sind und die jetzt nicht weniger als rund 2 Millionen Landfrauen umfaßt.

Präsident des Kriegsernährungsamtes v. Waldow dankte für die Veranstaltung dieses wertvollen Lehrganges mit einem Hinweis auf die Wichtigkeit unserer inneren Rüstung. Weiter kam er auf unser Zwangswirtschaft zu sprechen. Daß deren Druck mit der Zeit immer schwerer empfunden wird, ist natürlich, und daß die Kritik zunimmt, ist ebenso begreiflich. Aber gerade darum ist es unbedingt nötig, daß die weitesten Kreise über unsere Ernährungsfrage, über die Zusammenhänge der Kriegswirtschaft, die Notwendigkeit der Anordnungen und Durchführung belehrt werden. Präsident v. Waldow gedachte weiter dankbar der stillen, tapferen Landfrauenarbeit. Aber es gilt, nun noch einmal alle Kräfte zusammenzuraffen zur letzten großen Anstrengung. Tut da nicht jedermann seine Pflicht, so würde uns das viele vergossene Blut nicht zum Segen, sondern zum Fluche werden. Wenn Sie jetzt hinausgehen auf das Land, so stärken Sie überall den Mut, das Vertrauen, die Zuversicht zu unserem Siege und sagen Sie allen deutschen Landfrauen draußen: Das Vaterland rechnet auf ihre opferbereite, tapfere Arbeit bis zum endgültigen Siege!

Unterstaatssekretär Müller begann seinen Vortrag mit einigen bemerkenswerten allgemeinen Ausführungen. Er unterstrich noch einmal sehr nachdrücklich die Darlegung der Gräfin Schwerin-Böwih, daß für den Ausgang des Krieges neben den Waffentaten unseres Heeres von entscheidender Bedeutung sein wird: die Durchführung der Volksernährung. Wenn wir es nicht vorher gewußt hätten, so würden wir es jetzt in diesem Kriege erfahren haben, was die deutsche Landwirtschaft, ihr Fleiß und ihre Tüchtigkeit bedeutet für das Schicksal Deutschlands. Gerade aus den Erfahrungen dieses Krieges heraus, meine ich, werden alle in Zukunft zu treffenden wirtschaftlichen und sozialen Maßregeln stets von dem Gesichtspunkte aus geprüft werden müssen, wie sie auf die Landwirtschaft wirken, auf ihre Erhaltung und Leistungsfähigkeit. Das ist eine Grundlehre dieses Krieges, die niemand vergessen darf. Wenn den Zuhörern hier dabei vielleicht die Erinnerung kommt an diese oder jene unerquickliche Streitfrage in der Presse oder in Versammlungen, so bitte ich doch, sich dadurch nicht irre machen zu lassen. Man streitet ja über das System; der Verbraucher macht dem Erzeuger, der Erzeuger dem Verbraucher Vorwürfe usw. Das wirkt nicht erfreulich. Aber erstens geht es ja um die Ernährung und zweitens sind wir doch alle in 3½ Kriegsjahren etwas nervös geworden. Darum muß man das nicht alles so schlimm nehmen, wie es vielleicht im Munde des Versammlungsredners oder aus der Feder des Zeitungsschreibers klingt. Eins dürfen wir vor allem nicht vergessen, und das soll sich jeder sagen; so leben wie im Frieden können wir in dieser Kriegszeit keinesfalls. England hat uns einen Hungerfrieden zugebracht. Der gewesene Minister Churchill meinte: Deutschland gleiche einem Manne, dem England einen Knebel um den Hals gelegt hat. Das zeigt ja schon die ganze barbarische Denkweise der Engländer. Wenn dieser Hungerfrieden uns von den erbarmungslosen Feinden wirklich auferlegt würde, es ließe sich gar nicht ausmalen, was das für uns alle für Folgen hätte. Wenn dieser Hungerfrieden aber vermieden werden soll, so ist es nicht anders möglich, als daß alle ganz gleichmäßig, Erzeuger und Verbraucher, arm und reich sich Einschränkungen auferlegen.

23./I. 1918.

Landfrauen-Tagung.

In Fortsetzung der Verhandlungen über die Ernährungsfrage hielt der Leiter der Reichs-Fettstelle, Rittergutsbesitzer Major Seidler, einen Vortrag über die Mitwirkung der Landfrauen bei der Steigerung der Milch- und Fettversorgung. Was den augenblicklichen Zustand betrifft, so stellte er fest, daß die Erfassung von Milch und Butter durchschnittlich besser geworden ist, die allgemeine Versorgung dagegen infolge des erklärlichen Erzeugungsrückganges ein sehr ungünstiges Bild bietet. Gegenüber den heftigen Angriffen, die auch aus Frauentreibern gekommen sind, verteidigte Major Seidler ganz entschieden das Zwangssystem der Reichs-Fettstelle. Einen anderen Weg als den des Zwanges gibt es einfach nicht. Wenn man sich die Bedarfszahlen beispielsweise von Berlin oder von Rheinland-Westfalen oder vom Königreich Sachsen vor Augen hält, so sieht man ohne weiteres ein, daß derartige Mengen unter den heutigen Verhältnissen, auch unter den jetzigen schwierigen Förderungsbedingungen, ganz unmöglich anders zu beschaffen sind als durch eine Zentrale und auf dem Wege des Zwanges. Hätten wir das Zwangs-Wirtschaftssystem nicht gehabt, so hätten wir auf dem Gebiete der Fettversorgung längst eine Katastrophe erlebt, die von unausdenkbaren Folgen gewesen wäre. Vielerlei Mittel hat man versucht, um die Milch- und Fettversorgung zu heben; nur das große Mittel, sich an die Herzen der Frauen zu wenden, meinte Major Seidler, hat man noch zu wenig angewendet. Und so versuchte er es nun, die Landfrauen zu kräftiger Mitarbeit an dieser Aufgabe zu gewinnen, die für unsere Ernährung so ungeheuer wichtig ist. In erster Linie müssen auch sie alles daran setzen, daß die Erzeugung unter keinen Umständen zurückgehe — so außerordentlich groß ja die Schwierigkeiten jetzt auch seien — sondern es müssen alle Kräfte aufgewendet werden, um die Erzeugung noch zu steigern. Zweitens muß der Verbrauch der ländlichen Haushalte an Fett und Milch aufs äußerste eingeschränkt werden; hier können die Hausfrauen noch sehr viel tun. Wir haben soviel brauchbare Kriegsrezepte, daß sich unbedingt mit sehr viel geringeren Mengen immer noch nahrhafte und schmackhafte Speisen herstellen lassen. Drittens gilt es, den Schleichhandel mit allen Mitteln zu bekämpfen. Es mag sein, daß die Städter dabei die Hauptschuldigen sind, wenn sie aufs Land kommen und hohe Summen oder Waren zum Eintausch bieten. Nach dem Gesetz trägt aber der Erzeuger die Hauptverantwortlichkeit. Jedenfalls muß der Schleichhandel undarnherzig unterdrückt werden. Leider nimmt er Monat für Monat in einer Weise zu, daß er zu einer der ernstesten Gefahren für unser Durchhalten wird. Ferner ist es nötig, daß die Landfrauen die häufige Zusendung von Lebensmittelpaketen an ihre Soldatenöhne einschränken. Man kann diese Sendungen ganz gewiß verstehen und wird sie keiner Mutter verübeln wollen, heute aber muß man die Sache auch von einer andern Seite ansehen. Einmal ist ja das Heer mit Fett viel besser versorgt, als die Bürgerbevölkerung, dann aber soll man doch auch nicht vergessen, daß im Heere sehr viele Großstädter dienen, die sich über solche Sendungen stark verwundern, wo es doch zu gleicher Zeit heißt, es seien so wenig Lebensmittel vorhanden. Es ist noch viel mehr Einsicht und Opferwilligkeit auch bei den deutschen Landfrauen nötig, damit das Vaterland glücklich durch diesen furchtbaren Weltkrieg hindurchkommt.

In einer Aussprache wurde von Frauen aus den verschiedensten Gegenden Deutschlands mitgeteilt, was im Sinne der Forderungen von Major Seidler bisher schon geschehen ist und noch geschehen kann. Dabei ergab sich auch, daß selbst auf dem Lande die zur Verfügung stehenden Fettmengen recht verschieden und oft außerordentlich knapp sind. Wenn man mit Recht wünscht, daß der Gegensatz zwischen Stadt und Land gemildert werden möge, so empfehle es sich dazu, vor Stadtfrauen einmal einen Vortrag zu halten über die Schwierigkeiten, die jetzt in ländlichen Wirtschaften bestehen und die sehr viel größer sind, als Tausende von Stadtfrauen auch nur ahnen. Andererseits wurde der Vorschlag gemacht, auf dem Lande zu erzählen, wie schwierig die Arbeit vieler Frauen in der Kriegsindustrie ist. Solches gegenseitige Kennenlernen und Aussprechen würde gewiß auf das heilsamste wirken. Daß in verschiedenen Gegenden Deutschlands in ländlichen Haushalten noch mehr Fett gespart und abgeliefert werden könnte, wurde zugegeben. Die Rednerinnen versprochen, alles zu tun, was möglich ist, um die Milch- und Fettversorgung zu erhalten und möglichst zu heben.

Wien, 25. Januar. (Schaffung einer Kommission für Frauenarbeit im Ministerium für soziale Fürsorge.) Die Frauenarbeit hat während des Krieges an Umfang und Intensität wesentlich zugenommen. Es wurde deshalb die Schaffung einer Kommission für Frauenarbeit im Ministerium für soziale Fürsorge in Aussicht genommen, welche, aus Vertreterinnen der großen Frauenorganisationen bestehend, berufen sein soll, Gutachten über alle das Gebiet der Frauenarbeit betreffenden Fragen abzugeben, weiter aber auch bei Durchführung der hierauf bezüglichen Maßnahmen unter Heranziehung der in ihr vertretenen Frauenorganisationen mitzuwirken. Neben den ehrenamtlich mitwirkenden Mitgliedern der Kommission werden im Ministerium für soziale Fürsorge zwei besoldete Konsulentinnen für Frauenarbeit bestellt werden, denen die Vorbereitung der Referate für die Kommissionsverhandlungen sowie die Bearbeitung der einschlägigen ministeriellen Geschäftsstücke obliegen wird. Durch diese Einrichtungen soll ein erfolgreiches Zusammenwirken zwischen den Frauenorganisationen und dem Ministerium für soziale Fürsorge auf dem wichtigen Gebiete des Schutzes der erwerbstätigen und arbeitenden Frauen herbeigeführt werden.

Zur weiblichen Berufswahl. Die Bechtigkeit, mit der jetzt Frauen und Mädchen auch ohne die sonst nötige gründliche Vorbereitung Stellung in kaufmännischen Berufen und in anderen Berufen mit Schreibarbeit finden, hat einen großen Zustrom weiblicher Arbeitskräfte zu derartigen Stellen verursacht. Die Verhältnisse werden sich aber nach Friedensschluß sehr rasch ändern, weshalb folgende Warnung vor dem Beruf der weiblichen Kontorangestellten, die uns mit der Bitte um Verbreitung von der „Öffentlichen Stellenvermittlung für kaufmännische Angestellte“ und vom „Verband der weiblichen Angestellten“ zugeht, größte Beachtung verdient:

Die übermäßige Bevorzugung von Kontor- und Büroanstellungen durch die weibliche Jugend hatte schon im Frieden eine Ueberfüllung mit ungeeigneten und schlecht vorgebildeten Kräften zur Folge. Während des Krieges sind Tausende von Frauen und Mädchen als Ersatz für die eingezogenen Männer in die großen Kriegsbetriebe, die staatlichen, städtischen und militärischen Büros hineingezogen worden, zum Teil ohne eine genügende Vorbildung oder überhaupt Eignung für diese Arbeit zu besitzen. Sie werden beim Friedensschluß teilweise wieder frei, ebenso die augenblicklich in besetzten Gebieten und Etappen tätigen Angestellten und Schreibkräfte und die sonst noch in Handel und Industrie als Vertretung von Männern tätigen Frauen. Vermutlich werden wir nach dem Kriege deshalb mit starker Stellenlosigkeit zu rechnen haben. Nur die allertüchtigsten, vielseitig ausgebildeten Angestellten werden auf Verwendung rechnen können. Die anderen werden dazu gezwungen sein, im Wettbewerb auf die Gehälter zu drücken oder dem Beruf den Rücken zu kehren. Aus diesen Gründen kann Eltern, Vormündern und Erziehern nicht erst genug die Mahnung zugerufen werden, sich die Berufswahl der ihnen anvertrauten Mädchen in der gewissenhaftesten Weise zu überlegen und sich in der Berufsberatungsstelle am Köllnischen Park 3 sachverständig beraten zu lassen.

Die Kommission für Frauenarbeit.

Im Ministerium für soziale Fürsorge.

Von Dr. Hildegard Burjan.

Die Wertung der Frauenarbeit, die Beurteilung des Verhaltens der Frau während des Krieges überhaupt, wird im einzelnen und in wahrhaft objektiver Weise einer späteren Zeit vorbehalten sein. Jetzt schwankt das Bild noch, „von der Parteien Haß und Gunst verwirrt“. Ueber eines aber sind sich wohl alle klar, auch diejenigen, die prinzipielle Gegner aller Frauenerwerbsarbeit sind: die Frau hat in vier bitter-schweren Kriegsjahren härteste und mühevollste Arbeit auf sich genommen, ohne Zögern, still und geräuschlos, hat ihre Arbeitskraft überall dort, eingeseht, wo ein Mann ins Feld rücken mußte, wo für Vaterlandsdienst eine Lücke auszufüllen war. „Die Verwendbarkeit der Frauen im praktischen Leben ist eine der großen Erfahrungen des Krieges. Wo man das Weib auch hingestellt, hat es entsprochen. Kein Zweifel, die für das Heer arbeitende Frau ist der Soldat des Hinterlandes,“ so lautete das Urteil der k. u. k. Seeresverwaltung über die Leistungen der Arbeiterinnen schon vor mehr als Jahresfrist.

Wir Frauen freuen uns dieses Lobes, aber zugleich mit der Freude steigt vor unseren Augen all der Jammer und das Elend auf, die dieser Frauentriegsdienst im traurigen Gefolge hatte. Blasse, abgehärmte, kranke Frauen treten uns vor Augen, wir hören das Wimmern und Klagen von hungernden, verwahrlosten Kindern, die jede Mutterliebe entbehren, wir erinnern uns an schmutzstarrende Behausungen und zerlumpte Kleider und wir wissen, daß viel Schutz, viel verständnisvolle, warmherzige Fürsorge von Seite der Staatsverwaltung nötig sei und noch mehr nötig sein wird, um nur wieder Grundlagen für eine gesunde Entwicklung zu schaffen.

Dem Ministerium für soziale Fürsorge fällt die segensverheißende Aufgabe zu, die Wege zu weisen und zu beschreiten, die zu Jugendglück und Volksgesundung führen sollen. Auch das weite Gebiet der Frauenarbeit und aller damit zusammenhängenden Fragen gehört dazu. Für die Behandlung dieses so unendlich wichtigen Tätigkeitsgebietes soll die Frau als Mitarbeiterin nun auch offiziell herangezogen werden — die vom Minister für soziale Fürsorge geschaffene „Kommission für Frauenarbeit“ wird von den Frauenorganisationen aller Richtungen auf das wärmste begrüßt werden. Wenn die Vertreterinnen der großen Frauenorganisationen auch schon während des Krieges in verschiedenen Ausschüssen tätig waren, so ist es doch das erstemal, daß die Anerkennung der Frauenorganisationen durch Heranziehung zur Mitarbeit bei einem Ministerium bleibend zum Ausdruck kommt. Mit tiefem Verständnis und richtigem Empfinden hat der Minister für soziale Fürsorge erkannt, daß die Frauen, die vor der schwersten und anstrengendsten Arbeit nicht zurückgeschreckt haben, wenn es das militärische und wirtschaftliche Durchhalten zu ermöglichen galt, nicht nur besonderen Anspruch auf Schutz und Fürsorge haben, sondern auch ein Recht auf Mitarbeit an der Besserung und Lösung dieser Fragen und dem volkswirtschaftlichen Aufbau von Neu-Oesterreich.

In Zukunft wird also die Frauenwelt durch von ihr selbst gewählte Vertreterinnen an der ihr ureigenstes Wohl und Wehe betreffenden Regierungsarbeit teilnehmen. Die Kommission für Frauenarbeit wird den arbeitenden Frauen, von deren seelischem und körperlichem Gedeihen zum großen Teil unser Volkswohl abhängt, zu Schutz und Fürsorge verhelfen, indem sie einerseits praktische Erfahrungen und Anregungen dem Ministerium übermitteln, andererseits die vom Ministerium als zweckmäßig erachteten Maßnahmen in oder besser gesagt von den Frauenorganisationen zur Ausführung bringen wird. Wer sollte auch besser erkennen, welche Nöten die Frauen am schwersten drücken und durch welche Maßnahmen wirksam abzuwehren sei, wenn nicht Frauen selber, und zwar jene Frauen, die als Führerinnen an der Spitze großer sozialer Organisationen stehend, mit der weiblichen Bevölkerung in ständigem engen Kontakt sind.

Einen ganz besonderen Fortschritt bedeutet es, daß in dem neuen Ministerium Frauen als beforderte und bestellte Konsulentinnen ihren Einzug in die obersten Stellen der Verwaltung halten. In der Orga-

nisierung der privaten sozialen und charitativen Hilfs-tätigkeit haben Frauen bisher Bedeutendes geleistet, die öffentliche Verwaltung aber zog sie nur zu Hilfsdiensten heran. Zum ersten Male bietet ihnen nun der Staat Gelegenheit zu selbständigem geistigen Schaffen. Scheint uns die Zahl vielleicht auch etwas gering, so ist es doch ein bedeutungsvoller Versuch, der bereichertes Zeugnis gibt von der neuen Auffassung über den Wert der hochqualifizierten Frauenarbeit.

Durch die Gründung der Kommission für Frauenarbeit fängt der Minister für soziale Fürsorge, Erzengel Malaja, erfolgreich an, jenes Programm zu verwirklichen, das er bei den Beratungen des Reichsrates über das neue Ministerium verheißungsvoll angekündigt hat: ein enges Zusammenwirken zwischen der Staatsverwaltung und den Organen der freien Selbst-tätigkeit, insbesondere der Frauenwelt. Mögen nun auch die Frauenorganisationen sich dieser Verantwortung voll bewußt sein und den Beweis erbringen, daß durch ihre Mitarbeit dem Volkswohl in vollem Umfang gedient werde.

Die Kommission für Frauenarbeit.

(Ein neues Organ der sozialen Fürsorge.)

Von Universitätsprofessor Dr. Karl Brodhauer.

Wien, 26. Januar.

Eine Neuschöpfung des Ministeriums für soziale Fürsorge wird das Interesse der arbeitenden Frauen um so mehr erwecken, als sie selbst berufen sind, durch ihre Vertreterinnen die hauptsächlichsten Träger des neuen Organs zu sein.

Es soll nämlich eine „Kommission für Frauenarbeit“ in Ministerium eingesetzt werden, deren Aufgabe es ist, den Gefahren zu begegnen, welche die heutzutage wesentlich erweiterte Frauenarbeit mit sich bringt. Neu ist an dieser Kommission nicht bloß der Gedanke selbst, in einem Ministerium den bisher fehlenden Mittelpunkt für alle derartigen Schutz- und Fürsorgebestrebungen zu schaffen; neu ist insbesondere auch die durchaus unbürokratische, ja man könnte fast sagen, antibürokratische Art der Durchführung.

Der Minister Mataja ruft nämlich die Frauen selbst unmittelbar zur Tätigkeit heran; er setzt sich oder doch seinen Sektionschef dauernd mit den Frauen zusammen an den Arbeitstisch, an welchem sie ihre wichtigsten Lebensfragen selbst beraten sollen. Die großen Frauenorganisationen werden berufen, diejenigen ihrer Mitarbeiterinnen namhaft zu machen, von denen zu erwarten ist, daß sie den Minister beraten können, und umgekehrt erhofft sich dieser von den auf solche Weise delegierten Frauen, daß sie das Ergebnis der Beratungen in ihren Organisationen auch veretätigt durchführen werden und letztere zur Arbeit in der beschlossenen Richtung veranlassen. So soll eine verheißungsvolle Wechselwirkung zwischen Staatsamt und freier Organisation bewirkt werden, wie sie in dieser Form bei uns neu ist und speziell für die großen Probleme der Frauenarbeit bisher fehlte.

Die Frauenfrage tritt infolge der gesteigerten Frauenarbeit gegen früher in wesentlich verschärfter Form hervor; denn für das, was die Frau jetzt leistet, passen die in erster Linie für Männer erlassenen gesetzlichen Vorschriften nur mehr zum geringsten Teile. Bisher war die Sonderstellung der Frau gleichsam in einer Anmerkungsrubrik berücksichtigt worden; in einem Anhang für „Frauen und Jugendliche“ standen einige Modifikationen des für Männerarbeit zugeschnittenen Gesetzes. Diese nebensächliche Behandlung reicht heute nicht mehr aus und in dem zunächst gefühlsmäßig empfundenen Triebe, die neuen Probleme durch die verschiedensten Mittel zu bewältigen, begannen die Frauen sich selbst zu rühren. Die bestehenden Frauenorganisationen erhielten unerwarteten Zuzug, neue Vereine schossen gleich Pilzen zahlreich aus dem Boden — verschieden in ihrer Zusammensetzung, auseinandergehend in ihren Aktionen, die einen bereit, soziale Hilfe zu bringen, die anderen vornehmlich bestrebt, Rechte zu erringen, war ihnen doch letzten Endes der Wille gemeinsam, die gefährdete Frau und die in ihr gefährdete Familie wieder in einen Gleichgewichtszustand zu bringen.

Aber diesen zahlreichen Organisationen fehlte bisher etwas — es fehlte die Brücke, um ohne unnütze Weitwendigkeiten an die richtige Stelle der staatlichen Verwaltung zu gelangen, wo ihre vielfachen, oft widersprechenden Anregungen, Vorschläge und Forderungen geprüft, gesichtet und in die Tat umgesetzt werden konnten. Ein Hausieren mit unabhklärten Projekten von Amt zu Amt trat ein, das auch gute Bestrebungen lahm legte. Ohne organische Verbindung mit einer durchführenden Behörde drohten diese Ansätze zu fruchtlosen Diskussionen zu werden, schienen die Frauenvereine gerade auf diesem wichtigen Gebiete eher Debattierklubs als werktätige Hilfskräfte der Allgemeinheit werden

zu sollen. Diesem unerfreulichen Zustande soll nun ein Ende gemacht werden. Das Ministerium für soziale Fürsorge will die sozial wichtige Frage der Frauenarbeit in seine Obhut nehmen und den gemeinsamen Mittelpunkt aller dort einschlägigen Fragen bilden. Freilich, wenn der Staat eine neue Aufgabe in die Hand nimmt, so entsteht sogleich eine neue Gefahr, die der Bürokratisierung; zunächst wird ein Amt geschaffen, und wenn dies die Aufgaben an sich zieht, die bisher freier Vereinstätigkeit überlassen waren, so laufen die Vereine Gefahr, beiseite geschoben zu werden; damit gehen Arbeitskräfte verloren oder sie beschränken sich auf Kritik; die Vereine verkümmern oder gehen in die Opposition. Wenn dies die Entwicklung wäre, so dürfte damit der Sache und den Frauen herzlich wenig gedient sein.

Aber zum Glück liegt eine gegenteilige Erklärung des Ministers aus der Zeit vor, da er zum erstenmal die Struktur des sozialen Ministeriums darlegte und er dem Gedanken Ausdruck verlieh, an Stelle eines imperativen behördlichen Vorgehens vor allem sich die Mitwirkung weiterer Kreise der Beteiligten zur Prüfung und Durchführung seiner Pläne zu sichern.

Diesen Worten folgt jetzt die Tat; nicht eine hierarchische Stufenleiter schwerdotierter Ämter, nicht eine Bürokratie großen Stils soll eingerichtet werden, vielmehr will der Minister jene Frauenorganisationen, die bisher mit diesen Fragen sich theoretisch beschäftigt und bereits praktisch in ihnen betätigt haben, unmittelbar in den Dienst der Sache stellen. Gedacht ist ein Komitee von zwölf Frauen, die als Vertreterinnen der großen bestehenden Organisationen von diesen selbst ausgewählt und dem Minister präsentiert werden. Es sollen dabei alle sozialen Schichtungen sowie die politischen und nationalen Richtungen Berücksichtigung finden. Es sollen also die Organisationen direkte Mitbelfer des Staates werden; sie wahren sich ihre bisherige Freiheit, ihre Delegierten bleiben noch wie vor in ihren Vereinsfunktionen, aber sie haben jetzt in ganz anderer Weise als bisher das Ohr des Ministers und umgekehrt mag er nun die Tätigkeit der Vereine in wirksame Bahnen leiten.

Damit aber dieser Zusammenhang ein permanenter und nicht auf intermittierende Komiteesitzungen beschränkter sei, werden zugleich zwei Konsulentinnen ständig im Ministerium angestellt, um die Referate für die Kommission vorzubereiten und die Geschäftsstücke, welche die Frauenarbeit betreffen, auszuarbeiten. Das Komitee, gleichsam ein Extrait der Organisationen, tritt durch weibliche Verbindungsbeamte in Kontakt mit der Bürokratie.

So wird einerseits ein kostspieliges Frauenamt vermieden, andererseits der Zusammenschluß der Frauenorganisationen und der Anschluß an das Ministerium erreicht; der Weg ist vorgezeichnet, auf dem die Frauen realisierbare Pläne nach entsprechender Sichtung und Prüfung auch realisieren können. Wohl ist diese Form des Zusammenarbeitens von Ministerium und Frauenwelt etwas neu; manchem mag sie befremdlich erscheinen; aber es scheint doch mit kühnem Griff ein verheißungsvoller Anfang gemacht.

Frauen beim Grafen Czernin.**Die Ansprache des Ministers des Innern.**

Bei dem Minister des Innern Grafen Czernin erschienen Sonntag, wie schon berichtet wurde, Frau Helene Granitsch und Frau Janna Freund-Marcus, Präsidentinnen der Reichsorganisation der Hausfrauen Oesterreichs, und überreichten im Namen des genannten Vereins zwei Kassetten mit Karten und Aufschriften von 100.000 österreichischen Frauen. In ihrer Ansprache an den Grafen Czernin betonte Frau Helene Granitsch, daß in dieser Kundgebung der Reichsorganisation der Hausfrauen Oesterreichs das volle Vertrauen zum Ausdruck gelange, welches die österreichischen Frauen in die vom Minister des Innern geführte Friedenspolitik setzen.

Graf Czernin erwiderte, wie nun in Ergänzung des gestrigen Berichtes von amtlicher Seite mitgeteilt wird, mit folgender Ansprache: „Wollen Sie, meine Damen, meinen herzlichsten Dank für Ihre freundlichen Worte entgegennehmen. Die Zeiten sind für alle schwer und nicht zum geringsten für den, der die Verantwortung für die äußere Politik zu tragen hat. Das Vertrauen des Hinterlandes hilft mir, diese Last zu tragen, und die 100.000 österreichischen Frauen aller Länder und Schichten, die mir zum Zeichen des Vertrauens ihre Karten abgegeben haben, helfen mir und damit der Sache, der ich diene. Wenn dieser fürchterlichste aller Kriege einmal beendet sein wird, wenn der ehrenvolle Friede dank unserer unergleichlichen Armeen und dank dem standhaften Hinterlande erzwungen sein wird, dann wird man den Frauen Oesterreichs ein Monument in Wien setzen müssen an dem schönsten Platze der Stadt. Noch die kommenden Geschlechter sollen mit Ehrfurcht und Liebe jener Frauen gedenken, die tapfer und voll Entschlossenheit durchgehalten haben bis zum ehrenvollen Ende.“

In Laufe der hierauf folgenden Unterhaltung richteten die erschienenen Frauen an den Minister des Innern die Frage, in welcher Weise sie seine Aktion unterstützen könnten. Graf Czernin erwiderte, jede einzelne Frau könnte ihm bei dem großen Werke helfen, jede Frau solle in ihrem Hause, in ihrer Familie dahin wirken, daß trotz aller Sorgen und Mühsale die Spanne Zeit überwunden werde, die uns von dem Frieden trenne, und daß es nur der Ruhe und des vollen Vertrauens des Hinterlandes zu ihm bedürfe, um ihn in seiner schwierigen Aufgabe wirksam zu unterstützen. „Im übrigen mögen Sie überzeugt sein, daß ich es für meine erste und vornehmste Pflicht erachte, bei den abzuschließenden Friedensverträgen Sicherheiten dafür zu schaffen, daß unsere Bevölkerung raschestens mit allem Nötigen versorgt werde und mit allen mir zur Verfügung stehenden Mitteln dafür einzutreten, daß ihr die Bedarfsartikel des täglichen

Lebens in gerechter Weise auf direktem Wege und zu den billigsten Preisen zugänglich gemacht werden.

29. I. 1918

Die Lage der Hausgehilfinnen. In Tischlers Restauration in der Schauslegasse fand Sonntag eine gutbesuchte Versammlung der Hausgehilfinnen statt. Der Verein „Einigkeit“ hatte die Versammlung einberufen, und als Tagesordnung war festgesetzt: „Die Lage der Hausangestellten im Kriege und ihre Forderungen“. Das Referat erstattete Frau Anna Boshel, deren Ausführungen mit großem Beifall aufgenommen wurden. Einige Hausangestellte meldeten sich zum Wort, schilderten ihre traurige Lage während des Krieges und klagten darüber, daß sich niemand um ihr Schicksal kümmert. Niemand versucht es, ihre Lage zu verbessern. Besondere Klage wurde darüber geführt, daß die Dienstmädchen trotz Lauservien keine Scheine zum Bezuge von billigerer Volkskleidung erlangen können. Die Dienstmädchen werden nicht als Minderbemittelte betrachtet. Ferner wurde bitter Klage geführt, daß die Löhne der Hausgehilfinnen trotz der großen Teuerung meist dieselben sind wie vor dem Kriege. Die Ersparnisse sowie Kleider und Schuhe sind aufgebraucht, so daß die Mehrheit der Hausgehilfinnen der nächsten Zukunft mit größter Besorgnis entgegensteht. Die Versammlung einigte sich auf folgende Forderungen: 1. Die Hausangestellten werden an ihre Dienstgeber um Lohnerhöhungen herantreten oder um einen Anschaffungsbeitrag ansuchen. 2. Es wird beim Volksbekleidungsamt vorgesprochen werden, wie die Dienstnehmerinnen Bezugsscheine für diese Bekleidung und Beschuhung erhalten können.

29. I. 1918

20

Das Präsidium der Reichsorganisation der Hausfrauen beim Grafen Czernin.

Wie bereits berichtet wurde, erschienen vorgestern vormittags beim Minister des Aeußern Grafen Czernin Frau Helene Granitsch und Frau Fanny Freund-Marcus, Präsidentinnen der Reichsorganisation der Hausfrauen Oesterreichs, und überreichten ihm im Namen des genannten Vereines zwei Kassetten mit Karten und Zuschriften von 100.000 Oesterreichischen Frauen. In ihrer Ansprache an den Grafen Czernin betonte Frau Helene Granitsch, daß in dieser Kundgebung der Reichsorganisation der Hausfrauen Oesterreichs das volle Vertrauen zum Ausdruck gelange, welches die Oesterreichischen Frauen in die vom Minister des Aeußern geführte Friedenspolitik setzen.

Graf Czernin erwiderte mit folgender Ansprache: „Wollen Sie, meine Damen, meinen herzlichsten Dank für Ihre freundlichen Worte entgegennehmen. Die Zeiten sind für alle schwer und nicht zum geringsten für den, der die Verantwortung für die äußere Politik zu tragen hat. Das Vertrauen des Hinterlandes hilft mir diese Last zu tragen und die 100.000 Oesterreichischen Frauen aller Länder und Schichten, die mir zum Zeichen des Vertrauens ihre Karten abgegeben haben, helfen mir und damit der Sache, der ich diene. Wenn dieser fürchterlichste aller Kriege einmal beendet sein wird, wenn der ehrenvolle Friede dank dem standhaften Hinterlande erzwungen sein wird, dann wird man den Frauen Oesterreichs ein Monument in Wien setzen müssen an dem schönsten Plage der Stadt. Noch die kommenden Geschlechter sollen mit Ehrfurcht und Liebe jener Frauen gedenken, die tapfer und voll Entjagung durchgehalten haben bis zum ehrenvollen Ende.“

Im Laufe der hierauf folgenden Unterhaltung richteten die erschienenen Frauen an den Minister des Aeußern die Frage, in welcher Weise sie für die Aktion unterstützen könnten. Graf Czernin erwiderte, jede einzelne Frau könne ihm bei dem großen Werke helfen, jede Frau solle in ihrem Hause, in ihrer Familie dahin wirken, daß trotz aller Sorgen und Mühsal die Spanne Zeit überwunden werde, die uns von dem Frieden trenne, und daß es nur der Ruhe und des vollen Vertrauens des Hinterlandes zu ihm bedürfe, um ihn in seiner schwierigen Aufgabe wirksam zu unterstützen. Im übrigen mögen Sie überzeugt sein, daß ich es für meine erste und vornehmste Pflicht erachte, bei den abzuschließenden Friedensverträgen Sicherheiten dafür zu schaffen, daß unsere Bevölkerung raschestens mit allem Nötigen versorgt werde und mit allen mir zur Verfügung stehenden Mitteln dafür einzutreten, daß ihr die Bedarfsartikel des täglichen Lebens in gerechter Weise auf direktem Wege und zu den billigsten Preisen zugänglich gemacht werden.

Alle für alle.

Frauenarbeit in der Gemeinde.

Der öffentlichen Arbeitsvermittlung in Oesterreich wurde bisher nur geringe Beachtung zuteil; es war dies eines jener Gebiete, welches infolge der stiefmütterlichen Behandlung in seiner Entwicklung weit hinter den Einrichtungen anderer Staaten zurückblieb. Nunmehr ist erfreulicherweise ein Wandel der Ansichten zu verzeichnen. Denn vor allem muß und soll die Verwaltung für die Zeit der Ueberleitung in die Friedenswirtschaft gerüstet dastehen, um durch eine weitausgreifende Arbeitsvermittlung der Arbeitslosigkeit vorzubeugen und voransichtlichen Störungen des Wirtschaftslebens bestmöglich zu begegnen. Diese Bestrebungen erfordern ein besseres Zusammenwirken aller Faktoren, den Ausbau der bestehenden öffentlichen und gemeinnützigen Stellen nachweise, und eine straffere Organisation der Verwaltung. Dieser Gedanke spiegelt sich in der am 24. Dezember 1917 erschienenen Verordnung des Ministers des Innern wider, die neue Richtlinien für die Organisation und Tätigkeit der öffentlichen Arbeitsnachweise — vorläufig freilich nur auf die Dauer der durch den Krieg verursachten außerordentlichen Verhältnisse — aufstellt.

Die Inkraftsetzung dieser Verordnung fiel in eine Zeit, die dafür reif war, denn sie begegnete in gleicher Weise dem Wunsch der autonomen Behörden wie der interessierten Kreise nach Umgestaltung der

Arbeitsvermittlung im zeitgemäßen Sinn. Als eine erste Folge dieser Regierungsmassnahmen wurde soeben mit einer alles überbietenden Raschheit der Entschliesung und Durchführung eine vorbildliche und besonders für die Frauen bedeutungsvolle Organisation geschaffen. Sie dient dem Zweck, die weibliche Arbeitsvermittlung auf breiter Grundlage aufzubauen, um namentlich nach Kriegsschluß den berufstätigen Frauen Arbeitsplätze zu beschaffen, neue Erwerbsmöglichkeiten für sie ausfindig zu machen, ihnen Rat und Fürsorge zuteil werden zu lassen. Zu diesem Zweck hat das städtische Arbeiterfürsorgeamt seiner gewerblichen Frauenabteilung eine Berufsberatungs- und Berufsfürsorgestelle angegliedert und mit deren Führung den katholischen Wohltätigkeitsverband und die Zentralstelle für weibliche Berufsberatung betraut, die nun im engen Anschluß an die städtische Arbeitsvermittlung eine regelrechte Amtstätigkeit entfalten werden. Durch diesen engeren Zusammenschluß der fachlichen Frauengruppen mit der Gemeinde Wien wird jetzt auch bei uns jene Richtung eingeschlagen, welche die Kommunalpolitik Deutschlands schon lange mit großem Erfolg betreibt und die in unserer Vaterstadt wohl das gleiche günstige Ergebnis zeitigen wird. Als ein weiterer Fortschritt ist besonders die in Aussicht genommene zeitgemäße Ausbildung der Arbeitsnachweisbeamtinnen und -beamtinnen zu begrüßen. Die Anforderungen, die heute an die Leistungsfähigkeit eines qualifizierten Beamtenspersonals für Arbeitsvermittlung gestellt werden, setzen ein reiches praktisches und theoretisches Wissen in Fragen des Arbeiterschutzes, der Gesetzgebung, der Sozial- und Handelspolitik usw. voraus. Zur Heranbildung der für die neue Stelle in Aussicht genommenen Beamtinnen werden nun sowohl das städtische Arbeiterfürsorgeamt wie die Zentralstelle für weibliche Berufsberatung ergänzende Kurse abhalten, die mit Besichtigungen von Werkstättenbetrieben verbunden sein werden. Die Kosten für die auf zwei bis drei Monate bemessene Ausbildung der betreffenden Fachbeamtinnen — die auch vier Wochen lang die hohe Schule der Berliner städtischen Arbeitsvermittlung besuchen werden — werden aus staatlichen Mitteln bestritten. Auch die Gemeinde erhält eine Subvention für diesen Zweck. Es liegt im wohlverstandenen Interesse aller Gesellschaftskreise, diese neu errichtete Amtsstelle durch Zuweisung von Rat- und Arbeitsuchenden und Belanuttgabe offener Stellen werktätig zu unterstützen, damit es gelinge, die Sorgen kommender Arbeitslosigkeit von den Frauen fernzuhalten und ihnen den wirtschaftlichen Aufstieg zu ermöglichen. Erst dann würde dem Grundsatz zum Durchbruch verholfen: Alle für alle.

[Die Versicherungsagentin.] Eine neue Figur auf dem vielgestaltigen Jahrmakel des Wiener Lebens. Nicht gerade, daß früher just dieser Beruf ein Vorrecht des männlichen Geschlechtes gewesen wäre. Dazu, daß etwa seine Exklusivität allzu eifersüchtig gehütet worden wäre, war er kaum jemals einträglich oder bequem und mühelos genug. Es hat schon vor dem Kriege Versicherungsagentinnen gegeben, Frauen, die den ganzen Tag über vom frühen Morgen bis in den sinkenden Abend auf der Suche nach Deuten waren, die das mehr oder minder dringende Bedürfnis empfanden, sich selbst oder ihre Habe zu versichern. Die Eigenschaften, in denen der Laie die Bürgschaft für eine erfolgreiche Betätigung des Agenten erblickt, sind ja gewiß nicht ausschließlich dem Manne eigen. Weder die Fähigkeit und Beharrlichkeit noch auch die Kunst und Gabe der Ueberredung. Nebenbei bemerkt, an dem Stand der Versicherungsagenten und an ihrer redlichen und angestrengten Lebensarbeit hat sich die schöne Literatur nicht wenig versündigt. Zu oft haben Romanschriftsteller und Dramatiker dem verarmten Grafen oder dem in böse Ehrenhändel geratenen Offizier den einzigen Ausweg eröffnet, entweder Stallmeister oder Versicherungsagent zu werden. Es sind aber in Wirklichkeit nicht durchaus Deklassierte, Entgleiste, die aus ihrer eigentlichen Laufbahn geschleudert wurden und ihren Beruf verfehlt haben. So viel steht freilich fest: Ein tüchtiger Agent mußte vor dem Kriege etwas vorstellen, manchmal mehr, als er wirklich war. Gute Manieren, gesellschaftlicher Schliff und ein passender Schlusproch waren unerlässlich. Eine Visitenkarte mit einem Adelstitel konnte nicht schaden, und wer noch dazu Beziehungen besaß und sie auszunützen verstand, war für seine Gesellschaft ein besonderer Gewinn. Im Krieg hat sich vieles gründlich geändert. Auch der Kreis derer, die sich versichern lassen. Ganz allgemein kann man die Behauptung aufstellen, daß für Hochstapler eine schlechte Zeit gekommen ist. Man lügt sich mehr aus als in die Tasche. Allüberall lauern Neid und Schelmsucht und Mißgunst. Die Leute richten sich danach, machen sich klein und unscheinbar, mindern und mindestbemitteln. Ein Geschlecht von „Niederstaplern“ sozusagen. Der Versicherungsagent von heute hat es nicht notwendig, mehr zu scheinen, als er wirklich ist. Ein guter Rock macht wenn schon nicht verdächtig, jedenfalls nicht beliebt, und gute Manieren sind erst recht unzeitgemäß. Leute, die früher niemals daran gedacht hätten, sich gegen Feuer oder Einbruch zu versichern, zittern heute davor, daß ihre kärgliche Habe von den Elementen oder durch verbrecherischen Zugriff gefährdet werden könnte. Man versichert deshalb Dinge, die früher zu den Bagatellen, zum mindesten zu dem gehörten, was ersetzt und verschmerzt werden konnte. Heute ist ein von Dieben ausgeräumter Wäschekasten eine Familienkatastrophe, und ein verbrannter Anzug kommt dem Verlust einer sehr anständigen Monatsgage gleich. Der Versicherungsagent findet offene Türen und die Agentin desgleichen. Man erzählt uns von ehemaligen Köchinnen und Stubenmädchen, die ungesättelt haben und diesen neuen Beruf ergriffen. Sie können sich natürlich mit der Frau

Greislerin und dem Herrn Milchmeier leichter verständigen, als der Versicherungsagent der Friedensjahre, dem seine Klubgenossen aus einer glücklicheren Vergangenheit einen Posten Havannazigarren, einige Flaschen Rotwein abkauften oder bei dem sie sich versichern ließen und derart in unauffälligerweise dem ehemals Gleichgestellten einen Verdienst zukommen lassen. Mit Havannazigarren wird heute nicht mehr agentiert, höchstens daß Preistreiber Klubazigarren zu Havannapreisen anbieten, und von den Weinen gilt wohl ähnliches. Aber das Leben vieler Leute ist heute riskanter geworden, und das früher bescheidenste und unscheinbarste Eigentumsobjekt wird derart geschätzt, daß der Eigentümer in Verlegenheit gerät, wie hoch er es eigentlich versichern soll. Wenn ein Unglück geschieht und die Sache abhanden oder zu Schaden kommt, so ist sie unterdessen ohnedies so gründlich im Preis gestiegen, daß auch der erhöhte Versicherungsbetrag nicht nachkommen kann.

Arbeiterinnenschutz.

Im Februarheft der „Österreichischen Frauenwelt“ (geleitet von Hanny Brentano, Verlag A. Opitz Nachf. in Wien) schreibt Dr. Hildegard Burjan, die bekannte Führerin der katholischen Arbeiterinnenbewegung, über Arbeiterinnenschutz: Gerade an die Frauen des Arbeiterstandes hat der Krieg Anforderungen gestellt, deren Erfüllung wir noch vor wenigen Jahren für einfach unmöglich gehalten hätten. Das Vaterland hat von ihnen Kriegsoffer verlangt, die dem Waffendienst der Männer an Wert gleichkommen. Und die Frauen haben diese Opfer willig gebracht. Nicht früh genug kann daher die Wiedereinsetzung des gesetzlichen Arbeiterinnenschutzes, der durch den Krieg aufgehoben wurde, gefordert werden. Dazu gehört die von den Frauenverbänden aller Richtungen schon längst verlangte Anstellung von Gewerbeinspektorinnen in genügender Anzahl. „Hätten je für die Arbeiterinnen die Wohnungsverhältnisse so fürchtbare werden können, die Gefahr für die Sittlichkeit und Gesundheit in manchen Betrieben eine so große, wenn die Gewerbeinspektion schon in Friedenszeiten die ihr gebührende Bedeutung und wirklichen Einfluß gehabt hätte?“ fragt die Verfasserin. Ebenso wichtig scheint ihr die Anstellung von Fabrikpflegerinnen und Fabrikärztinnen. Erhöhte Bedeutung gebührt den Fragen der Arbeitslosen- und der Krankenversicherung sowie der Lohnfrage. „Die alte Forderung: gleicher Lohn für gleiche Leistung, hat im Krieg neue Beleuchtung bekommen.“ Abgesehen davon, daß nach dem Kriege die Frau oft genug die Erhalterin einer ganzen Familie wird sein müssen und somit dieselben Lohnansprüche erheben darf wie der männliche Familienerhalter, bedeutet die geringere Entlohnung der Frau auch die Gefahr der Lohnrückerei für die männliche Arbeiterschaft. Als wünschenswert bezeichnet die Verfasserin ferner die Beibehaltung respektive Ausgestaltung der im Kriege geschaffenen Beschwerdekommmissionen, die in Lohnfragen und dergl. zu entscheiden haben. Der Mutter- und Säuglingsschutz ist zwar in neuerer Zeit erfreulich ausgebaut worden, leistet aber noch nicht das, was man im Interesse der Arbeiterinnen und der Volksgesundheit gerechterweise verlangen darf. Solange es nicht möglich ist, die verheiratete Frau ganz aus den Fabriksbetrieben zu entfernen, muß dafür gesorgt werden, daß es ihr möglich sei, ihre Pflichten als Mutter wenigstens nicht ganz und gar zu vernachlässigen. Deshalb ist die Errichtung von Stillstuben, Krippen, Tagesheimen usw. sowie die Freigabe des Samstagnachmittags zu fordern. Daß die Arbeiterkinder nicht verwahrlosen, wenn die Mutter durch die Erwerbspflicht grausam von ihnen gerissen wird, dafür müssen Staat, Gemeinde, Organisationen, private Wohltätigkeit sorgen. Die Unternehmer

abe sind vielmehr als bisher an ihre sozialen Pflichten zu erinnern. „Die Forderung, nur denjenigen Unternehmern Aufträge vonseiten des Staates, des Landes und der Gemeinde zu erteilen, die ihre Pflichten gegenüber der Arbeiterschaft sowohl in Zahlung gerechter Löhne als auch in Befolgung der übrigen Schutzmaßnahmen erfüllen, scheint uns durchaus billig.“ — Die Arbeiterinnen haben in jahrelanger Kriegsarbeit bewiesen, daß sie „die Soldaten des Hinterlandes“ sind, — „möge das Vaterland, mögen alle Stände und alle Parteien nun auch einmütig den Arbeiterinnen gegenüber ihre Pflicht erfüllen und dafür sorgen, daß die tränenreichen Erfahrungen des Krieges auch auf diesem Gebiete zum Segen der weiblichen Arbeiterschaft und der gesamten österreichischen Sozialpolitik werden!“

Außer diesem beachtenswerten Artikel und einem informierenden Aufsatz über „Das Ernährungsproblem“ enthält das Heft eine Reihe literarisch wertvoller und interessanter Beiträge, ferner einen warm empfundenen Nachruf für Sophie Görrer, einen „Wiener Musikbrief“, Nachrichten aus der katholischen Frauenbewegung usw. (Bestellungen sind zu richten an die Verwaltung der „Österr. Frauenwelt“, Wien, VIII., Strozsigasse 8.)

Die arbeitende Frau.

Der Minister für soziale Fürsorge Dr. Viktor Matkaja äußerte sich in einem Gespräch über die Frauenarbeit folgendermaßen: Gerade in der Jetztzeit erwachsen einem sozialen Ministerium eigentlich täglich neue Aufgaben. Das Ministerium ist daran gegangen, eine Kommission für Frauenarbeit ins Leben zu rufen. Dies geschah in der Erkenntnis, daß das Problem der arbeitenden Frau zweifellos eines jener sein wird, die nach Friedensschluß die größten Anforderungen an die Verwaltung stellen werden. Vergessenswürdig ist uns nur einmal die etwas in Vergessenheit geratene Lage bei Kriegsausbruch. Heute können wir es kaum fassen, daß damals anfangs Arbeitsnot eintrat, eine Arbeitsnot, die man dadurch bekämpfen zu müssen glaubte, daß man sich entschloß, allerlei Notstandsarbeiten verrichten zu lassen. Bald änderten sich die Verhältnisse. Als zweite Etappe kann jener Zustand bezeichnet werden, wo die Frauen auf einem Arbeitsfeld weiter vordrangen, auf dem sie schon bisher mit Erfolg tätig gewesen waren. Um nur einige Beispiele anzuführen, wurden an Stelle der eingerückten Lehrer vielfach Lehrerinnen angestellt, der Staat selbst hat eine Anzahl von Kanzlei- und Hilfskräften provisorisch angestellt, auch in den Privatbetrieben wurden sowohl für den niederen als auch für den höheren Kanzleidienst in großem Maße Frauen aufgenommen. Mit zunehmender Kriegsdauer konnte die Armee selbstverständlich nicht mehr wie früher aus dem

Bollen schöpfen, und es fanden größere Störungen des Wirtschaftslebens zu befürchten, wäre es nicht gelungen, jene Kräfte, die die Landesverteidigung an sich zog, durch neue zu ergänzen, dies auch dort, wo die Verwendung weiblicher Arbeitskräfte bisher nicht üblich gewesen war. Wir sehen, erst etwas verwundert, dann als gewohntes Bild nicht mehr beachtet, die Straßenbahnkaffnerin im Betriebe der Großstadt aufzutauchen. Die Frau wird als Munitionsarbeiterin verwendet; ihr Sturmloch vollzieht sich so rasch, daß nicht einmal die Sprache ihr zu folgen vermag. Wir sagen zum Beispiel heute noch: ausnahmslos 'Autscher', obwohl so manche Frau die Rösse lenkt.

Ja, noch mehr: die Frau ist Gehilfin des Kriegshandwerkes geworden; es gibt Köchinnen in den Mensagen, weibliche Ordnungen, weibliche Hilfskräfte in den militärischen Kantinen, ja selbst im Stappenbereich. So notwendig diese Einführung der Frau in die neuen Formen des Wirtschaftslebens war, so schwere Aufgaben stellt der Aufbau dieses Verhältnisses der Verwaltung. Sowohl der Abbau, denn mag man die Demobilisierung auch stufenweise vornehmen, so werden doch enorme Massen Arbeitstuchender plötzlich ins Hinterland strömen. Für diese Armee der Arbeitstuchenden muß der Aufmarschraum in der Zeit der Uebergangswirtschaft rechtzeitig gesichert werden. Ausschlaggebend wird jedenfalls die richtige Verteilung sein. Da werden nun manche daran denken, die Frau dorthin zu verweisen, woher sie kam, ihr jene Rolle wieder zuzuteilen, die sie vor dem Kriege innehatte. Dies wird aber kaum angehen, wenigstens nicht in vollem Umfang. Vor allem wäre es wirtschaftlich unmöglich; denn wir dürfen nicht vergessen, daß mit der Aufnahme der Kriegsbeschäftigung viele der beteiligten Frauen ihr Leben von Grund auf geändert haben. Die großen Seeresverluste haben ferner schwere Lücken in die Männerwelt gerissen, und damit sind die Gelegenheiten für die Mädchen vermindert, durch Verheiratung ein Auskommen zu finden. Dort, wo die Frau dem Manne eine gleichwertige Helferin geworden ist, dort kann sie bleiben. Aber es ist ein Gebot zielbewußter und vorbedenkender Bevölkerungspolitik, die Frau nicht als Schwerarbeiter zu verwenden. Auch wird man sie von den für Frauen gesundheitsschädlichen und ungeeigneten Betrieben fernhalten müssen.

Nun entsteht vor allem die Frage, wozu man das plötzlich entfallende Arbeitsangebot an Frauen ablenken soll. Auch hier soll der Krieg unser Lehrmeister sein. Er hat uns gezeigt, wie reformbedürftig manche Formen sind, in denen sich unser Wirtschaftsleben vollzieht. Er hat uns vor allem gezeigt, daß die Summe an Arbeitskräften, die bisher lediglich darauf verwendet wurden, die Haushaltung in Gang zu halten, eine zu große war. Möglich ist daher, daß die Idee des Einkaufens eine weitere Verbreitung findet, und die Gemeinschaftsküchen, ein Produkt der Not, werden sich vielleicht als bleibende Institutionen erhalten. Eine weitere Arbeitsmöglichkeit wird sich auch aus der Verwendung der Frau in der Jugendfürsorge ergeben. Gewisse gesetzliche Voraussetzungen hierfür wurden bekanntlich durch Mobilisierung des bürgerlichen Gesetzbuches gegeben. In diesem Zusammenhang mag es als historische Reminiscenz von gewissem Interesse sein, daß ich der erste war, der seinerzeit im Handelsministerium in den neunziger Jahren eine Kanzleigehilfin, damals Diutnistin genannt, im Ministerialkanzleidienst angestellt hat. Man möchte es heute gar nicht für möglich halten, daß es erst etliche zwanzig Jahre sind, daß die erste Frau derart in den Staatsdienst Eingang fand.

ДОБРОЕ УТРО
18 2018
КОМ. МИН.
СРОЧНО
ВЫПОЛНИТЬ

КОЛЛЕКЦИОНЕР 1818
241818
БОНУСЫ ЗА КЛУБ УПРАВЛЕНИЯ

№ 499 * VIII - 33 * 18 *

Die Frauenwelt.

Junge Mädchen von heute.

In diesen Nächten tauchten sonst Walzerweisen durch Blumengeschmückte, feenhaft beleuchtete Säle und Tänzerpaare drehten sich nach dem Rhythmus der schmerzlichen Klänge. Wann war das, vor wie viel hundert Jahren? Unfassbar scheint es, daß uns nur eine kurze Spanne Zeit von dieser verjüngten Welt trennt, noch unglücklicher, daß es je wieder so werden könnte. Wirklich, wird sie einmal wiederkommen, die Zeit der durchtanzten Nächte, der opferwilligen Ballmamas, der galanten Kurmacher, der Kourts, Soireen, Kränzchen, Redouten?

Drei Jahre — die Mädchen, die zu Beginn des Krieges siebzehnjährig waren, sind heute zwanzig. Die drei schönsten, blühendsten Mädchenjahre, die Zeit der Hoffnungen und Illusionen, der naivsten Lebensfreude, sind für sie verloren. Und auch mit den nächsten wird es kaum anders sein. Der Krieg hat die Reizen der Tänzer bedenklich gelichtet und der Gedanke an die große Ueberszahl des weiblichen Geschlechtes und den jugendlichen männlichen Nachwuchs erregt zu viel Frösten und Unbehagen, um einen Ball verlockend erscheinen zu lassen.

Man spricht nicht viel davon. Die jungen Mädchen selbst am wenigsten. Höchstens, wenn sie ganz unter sich sind. Man hat ja jetzt wirklich andere Sorgen, und kann nicht gut von entbehrten Vergnügungen reden, wenn die männliche Jugend ihre Tage im Schützengraben verbringt und poundsobiele Erwachsene und Kinder hungern und frieren. Aber in der Stille der Nacht, in schlaflosen Stunden wird die eine oder die andere wohl manchmal an die Freunde denken, die ihre älteren Schwestern und Freundinnen genossen haben und die sie selbst nicht kennen wird: an wolkenhaft duftige Kleider in allen Farben der Blumen, an bewundernde Blicke und schmeichelnde Worte, an ein lichtumflutetes, muslumgaulertes Dahinschweben in leichtem, wonnigem Traumel — und ein Gefühl der Sehnsucht und Bangigkeit wird sie beschleichen und vielleicht auch ein wenig Bitterkeit. Denn sie ist eben doch nur ein junges Mädchen — und es handelt sich ja nicht bloß um Blumen und Klitter. Hinter der freundlosen Jugend steht das Gespenst eines liebeleeren Lebens, eines einsamen Alters.

Aber bei Tag ist nicht viel Zeit für derlei Gedanken. Gleich zu Anfang des Krieges suchten und fanden Mädchen wie Frauen Betätigung. Sie meldeten sich scharenweise zur Frauenhilsaktion, versahen den Bedienstet auf den Bahnhöfen, bildeten sich zu Pflegerinnen aus, beaufsichtigten Kinder, erteilten Soldaten Unterricht, fungierten als freiwillige und bezahlte Kräfte in den Bureaus und Spitalern des Armees Kreuzes — und dort lernten auch viele ihren späteren Garten kennen. Dort und in den Hörsälen der Universität, in den Kneipen, Kontors und Kanzleien.

Wie die früher am geringsten beachteten gewöhnlichsten und billigsten Lebensmittel und Bedarfsartikel, wie Brot, Mehl, Zucker, heute am meisten geschätzt und begehrt werden, wie wir durch den Krieg erst zur Erkenntnis ihrer eigentlichen Bedeutung gelangt sind, so ist auch in der Beurteilung des weiblichen Geschlechtes eine völlige Umwertung eingetreten. Man ist erwarter, nüchternere, praktischer geworden. Die Schönheiten, die vernünftigen Luxuswäpchen und Treibhauspflanzen sind in den Hintergrund getreten, die größte Rolle spielen jetzt die Nützigen, die Tatkräftigen, die Bescheidenen als die Erhalterinnen der Volkskraft, der Gesundheit, des Staates.

Und das haben die heutigen Mädchen vor der früheren Generation voraus: ihre Zukunft ist nicht

mehr so ausschließlich abhängig von ihrer Wirtigkeit und ihren äußeren Reizen. Sämtlich wird man die Mädchenziehung nicht mehr auf ein einziges Ziel zustutzen und leute, die nicht die Gabe hat, den Männern zu gefallen, wird deshalb ihr Leben vorweg als ein verlorenes betrachten müssen.

Der Krieg hat wie in so mancher Hinsicht auch hier eine Ueberraschung bereitet; er hat nicht die Minderwertigkeit des weiblichen Geschlechtes erwiesen, sondern es auf eine Stufe erhoben, die es ohne ihn in so kurzer Zeit gewiß nicht erreicht hätte, manche Tür geöffnet, die den Frauen bisher verschlossen war, vieles mit einem Schlag über den Haufen geworfen, was für unabsehbare Zeit festgewurzelt erschien. Was die Frauen in Jahrzehnten nicht zu erkämpfen vermochten, ist ihnen in den letzten drei Jahren zuteil geworden, Forderungen, die früher als überspannt und hysterisch bezeichnet wurden, werden jetzt ernsthaft erwogen und durchgeführt, manches, was früher für phantastisch und grotesk galt, ist nüchterne, alltägliche Wirklichkeit geworden. Man denke nur an die uniformierten Schaffnerinnen und Briefträgerinnen — wie operettenhaft hätte dieser Begriff früher angemutet!

Ein Staat nach dem anderen beginnt die Frauen zur Teilnahme am öffentlichen und politischen Leben heranzuziehen. Durch die Zulassung zum Rechtsstudium ist ihnen der Weg zu einer Anzahl von gut bezahlten und geachteten Stellen in staatlichen und privaten Betrieben gebahnt und damit die ungerechte Verteilung beseitigt, die den Männern des Mittelstandes eine kostwertige Ausbildung, soziale Stellung und die Möglichkeit zur Gründung eines Hausstandes gab und für ihre Schwestern und Töchter nur unzulänglich entlohnte, untergeordnete Posten übrig hatte.

Die Mädchen von heute mögen noch ihr Schicksal heklagenwert finden; die Mädchen von morgen werden die Mädchen von gestern kaum beneiden und keinesfalls werden sie sich in die Verhältnisse vor dem Kriege, in den Zustand der ewigen Bevormundung, der Unfreiheit, Unwissenheit und Gedrücktheit zurückziehen.

G. Mühl.

Für den Frauentag das Rathaus zu gut.

Seit Jahren wird in jedem Frühling in Oesterreich der Frauentag abgehalten. Die sozialdemokratischen Frauen verlangen dabei ihre Gleichberechtigung, sie wehren sich gegen die politische Rechtlosigkeit der Frau. Auch heuer verzichteten die Frauen nicht auf diese Kundgebung. Heuer erst recht nicht. Sie sollte und wird ganz besonders prächtig heuer ausfallen. Der Wiener Frauentag ist für den 24. März angesetzt. Im Auftrage des Frauenreichscomités wendeten sich Gemeinderat Neumann und Adelheid Popp an den Bürgermeister mit dem Ansuchen, daß die Stadt den sozialdemokratischen Frauen für diesen Zweck die Volkshalle oder, da diese gegenwärtig dem Schuhverkauf dient, den Festsaal im Rathause überlassen möge. Weiskirchner tat sehr liebenswürdig. Er könne zwar selbständig eine Verfügung nicht treffen, er werde aber das Ansuchen dem Stadtrat vorlegen und vielleicht werde er dann die sozialdemokratischen Frauen im Rathause begrüßen können. Dieser liebenswürdigen Versicherung folgte rasch die Absage. Gestern mittag verständigte der Präsidialvorstand Magistratsrat Formanel den Gemeinderat Neumann telephonisch, der Stadtrat habe sich in der Vormittagsitzung mit zwei Ansuchen um Ueberlassung des Festsaales im Rathause zu Versammlungszwecken beschäftigt, wovon ein Ansuchen von dem Christlichen Frauenbund, das andere von dem sozialdemokratischen Frauenreichscomité eingebracht wurde. Beide Ansuchen wurden einstimmig abgelehnt, mit der Begründung, die der bürgerlich-„fortschrittliche“ Stadtrat Dr. Hein beantragte: daß der Festsaal für politische Versammlungen nicht vergeben werden könne.

Der Beschluß, dem sozialdemokratischen Frauentag, der auch das Frauenwahlrecht feierlich anfordert, den Festsaal des Rathauses zu verweigern, zeigt die ganze politische Rückständigkeit des Wiener Bürgertums auf. Daß merkwürdigerweise, so ganz zufällig, auch der christlichsoziale Frauenbund den Festsaal forderte, ist eine zu sehr durchsichtige Mache! Damit der Stadtratsbeschluß recht objektiv aussehe, mußte der christlichsoziale Frauenbund die gleiche Forderung just zu derselben Zeit erheben, als die sozialdemokratischen Frauen diese Forderung stellten. Durch die Ablehnung beider Ansuchen wollte der Stadtrat zeigen, wie objektiv er vorgehe. Dieses Spiel zeigt schon an und für sich, daß die Christlichsozialen durch das Begehren der sozialdemokratischen Frauen in Verlegenheit gebracht wurden. Die „freisinnigen“ Stadträte haben die Christlichsozialen aber durch ihr Verhalten aus jeder Verlegenheit befreit. Trotdem der Festsaal des Rathauses von den Christlichsozialen wiederholt zu politischen Kundgebungen benützt wurde, ohne daß der „Freisinn“ dagegen Verwahrung eingelegt hätte, beantragte jetzt, wo dasselbe Recht sozialdemokratische Frauen für sich in Anspruch nehmen wollten, Stadtrat Dr. Hein, der Saal dürfe zu politischen Versammlungen nicht benützt werden. Mit dieser Begründung wurde mit den Stimmen der beiden „Freiheitlichen“ das Ansuchen des Frauenreichscomités abgelehnt! Es ist nun endgültig beschlossen: Der Festsaal im Rathause darf nur zu Festen der Wiener Bourgeoisie benützt werden, nicht auch dazu, daß die Bewohner der Stadt ihre Rechtsforderungen erheben können. Das ist echt freisinnig! Vor seinem Tode sagte Queger: „Die Zeit naht, wo sich auch für die sozialdemokratischen Arbeiter die Türen des Festsaales im Rathause öffnen werden.“ Unter Dr. Weiskirchner verweigern Christlichsoziale und Freisinnige im Bunde dem sozialdemokratischen Frauentag, der das Wahlrecht für alle Frauen fordern will, den Festsaal im Rathause. Schande über ein solches Bürgertum!

Wo haben wir das Frauenwahlrecht?

Zum Frauentag 1918.

Der stärkste Umschwung für das gesamte politische Leben und damit zugleich für die Frauenbewegung hat sich in Rußland vollzogen. Den Frauen ist von den verschiedenen revolutionären Regierungen die volle politische Gleichberechtigung zugesagt. Auch an führenden Stellen nehmen Frauen jetzt am politischen Leben teil. Gräfin Panin bekleidet einen Ministerposten; Madame Breshko-Breshkowsky wurde von Kerenski aufgefördert, den Vorsitz in dem vorbereitenden Parlament zu übernehmen; Dr. Schistina-Jawein war in die Kommission gewählt, welche die neue Verfassung vorbereiten sollte; eine Frau war unter den Delegierten der Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk.

In Finnland haben die Frauen das politische Stimmrecht seit 1907. Zurzeit sitzen 24 weibliche Abgeordnete im Parlament. Bisher war die Wirksamkeit des finnischen Landtages und damit auch das Wirken der weiblichen Abgeordneten stark durch die zaristische russische Oberherrschaft gehemmt. Da jetzt Aussicht auf

Finnlands Selbständigkeit besteht, so wird auch ein größerer Einfluß der Frauen im Landtag erhofft.

In Norwegen besitzen die Frauen seit 1913 das politische Wahlrecht, während der Kriegszeit, 1915, erlangten sie das Recht, auch in Staatsministerien berufen zu werden.

Dänemark und Island gaben ihren Frauen 1915 die volle politische Gleichberechtigung; wegen des Krieges haben noch keine Parlamentswahlen stattgefunden.

In Schweden haben die Frauen einen sehr zähen und bisher vergeblichen Kampf für ihre Sache führen müssen, doch scheinen sich jetzt die Aussichten zu bessern, da die bisherige konservative Regierung durch ein linksstehendes Kabinett aus Liberalen und Sozialisten ersetzt wurde und diese Parteien dem Frauenstimmrecht günstig sind.

Bei der jüngsten Wahlreform in Großbritannien, welche das Wahlrecht im allgemeinen auf eine breitere Grundlage stellt, sind auch die Frauen über dreißig Jahre berücksichtigt worden. Rund sechs Millionen Frauen werden nach dieser Reform das politische Stimmrecht erhalten.

Das Oberhaus nahm mit 134 gegen 69 Stimmen den Teil der Wahlrechtsvorlage an, der den Frauen das Stimmrecht verleiht. Die Blätter haben berichtet, daß eine Reihe von englischen Adelsdamen an die Lords eine Eingabe mit folgendem Inhalt gerichtet haben: „Wir, die unterzeichneten Frauen, die mit vielen anderen Schwestern die Gelegenheit ergriffen haben, während des Krieges unsere Kräfte in dem Dienst des Vaterlandes zu stellen, hoffen aus tiefstem Herzen, daß Eure Lordschaften jene Zusätze zur Wahlreform annehmen werden, die gewissen Frauen unter uns die Wählbarkeit zum Oberhaus zuerkennen. Unsere Ansprüche stützen sich weniger auf die dem Vaterland geleisteten Dienste als auf die Notwendigkeit, die Interessen wie die praktischen Erfahrungen der Frauen für die Arbeit des Wiederaufbaues, die dem Kriege unmittelbar folgen wird, nutzbar zu machen.“

In Frankreich, Oesterreich und Deutschland ist — trotzdem unter der Oberfläche die öffentliche Meinung wohl in günstigem Sinne herangereift sein mag — kein merklicher Fortschritt zum Frauenstimmrecht hin gemacht worden. Es scheint nicht einmal unmittelbare Aussicht auf die Erlangung des Gemeindevahlrechtes zu bestehen. Vielleicht sind die Frauen dieser Länder, abweichend von den Russinnen, zu zurückhaltend, ihre eigenen Ansprüche in einer Zeit der nationalen Krisis anzumelden. Sicherlich haben in keinem Lande die Frauen mehr für das Heimatland geleistet als in diesen drei vom Kriege überrittenen Ländern, wo die Frauen aufgestanden sind, um die Männer in jeder Art Arbeit zu ersetzen, und wo ihre gemeinsame Arbeit wesentlich für das Werk des Wiederaufbaues ist. Der französische Gesetzentwurf über das Gemeindevahlrecht der Frau ist auf unbestimmte Zeit vertagt. In Deutschland ist die Frauenstimmrechtsfrage im Reichstag erörtert, aber nur von den Sozialdemokraten unterstützt worden. In Oesterreich dürfen die Frauen noch nicht einmal politischen Vereinen angehören.

In Holland hat die neue Verfassung den Frauen zwar nur das passive und nicht das aktive Wahlrecht gegeben, aber als ein Fortschritt zum aktiven Wahlrecht kann die neue Verfassung dennoch angesehen werden. Es ist nämlich in der neuen Verfassung kein Passus mehr enthalten, welcher die Frauen direkt vom Wahlrecht ausschließt. Sollen also künftig die Frauen auch das aktive Wahlrecht erhalten, so braucht nur ein einfaches Gesetz dafür gegeben zu werden, während sonst eine Verfassungsänderung dafür notwendig wäre, die viel schwerer durchzubringen sein würde (Zweidrittelmehrheit im Parlament, Bestätigung der Verfassungsänderung durch ein neu gewähltes Parlament) als einfache Gesetzesänderungen.

In der Schweiz sind einige Erfolge auf lokalem Gebiet in einzelnen Kantonen erzielt, wie Kirchenwahlrecht, Wahlrecht zu den gewerblichen Schiedsgerichten, zu den Armenräten u. s. w. Im allgemeinen aber ist der Boden für die Stimmrechtspropaganda ungünstig.

In Italien hat sich während des Krieges ein merklicher Umschwung in der Stimmung zu Gunsten der Frauenstimmrechtsfrage vollzogen. Es liegt ein Gesetzentwurf vor, der die Lage der Frauen im Beruf und im Familienrecht verbessert; auch hat sich die Regierung teilweise schon wenigstens für das kommunale Wahlrecht der Frauen ausgesprochen.

Ungarn. Die Einführung des Frauenvahlrechtes steht in Ungarn bevor, wenngleich es noch nicht alle Wünsche der Frauen erfüllt; aber die Vorlage, die dem ungarischen Abgeordnetenhaus zugegangen ist, erklärt doch die Frauen als politisch mündig. Nach der Vorlage sind Frauen wahlberechtigt, welche das vier- undzwanzigste Lebensjahr vollendet haben, die ungarische Staatsbürgerschaft besitzen, lesen und schreiben können und vier Bürgerklassen besucht haben oder einen ähnlichen Bildungsgrad nachweisen können, oder deren Gatte während des Krieges gefallen oder infolge Ueberanstrengungen oder an seinen Wunden gestorben ist, falls sie aus dieser Ehe ein Kind haben, endlich alle Frauen, die seit zwei Jahren Mitglied eines wissenschaftlichen, literarischen oder künstlerischen Vereines sind.

Schweiz. Auf Grund der Verordnungen des Großen Rates des Kantons Neuenburg, die im Frühjahr in Kraft getreten sind, haben die Frauen zweimal kurz hintereinander ein Wahlrecht ausüben können. Das einmal handelte es sich um das kirchliche Wahlrecht für die Wahl eines Pfarrers, das andere mal um die Wahlen zu den gewerblichen Schiedsgerichten. Der reformierte Teil des Großen Rates in Graubünden beantragte die Aufnahme eines neuen Artikels in der Kirchenverfassung, der den Frauen das Stimmrecht in kirchlichen Angelegenheiten verleiht. Das kirchliche Frauenstimmrecht hat die Kirchensynode Basel-Stadt mit 39 gegen 13 Stimmen beschlossen.

Preußen. Das preussische Handelsministerium hat einen Vorentwurf zu einem Gesetz betreffend Reform der Handelskammern ausgearbeitet, der zurzeit den bestehenden Handelskammern zur Beurteilung vorliegt.

Dieser Entwurf dehnt das aktive Wahlrecht, das bisher nur den Männern zustand, auf die Frauen aus. Der Verein Frauenwohl Groß-Berlin, Ortsverein des Deutschen Frauenstimmrechtsbundes, hat daraufhin den Antrag an das Handelsministerium gestellt, den Frauen auch die Wählbarkeit zu dieser Interessenvertretung zu verleihen. Auch der Handelskammertag, als die Gesamtvertretung der Handelskammern, hat sich vor einigen Jahren mit der Wahlrechtsfrage der Frauen zu den Handelskammern beschäftigt. Mehrere Handelskammern standen der Sache sehr wohlwollend gegenüber.

Polen. Die ersten weiblichen Stadträte im Okkupationsgebiet wurden vor kurzem in Grodno auf Grund der den Polen verliehenen Selbstverwaltung gewählt.

Bereinigte Staaten. Die Stimmrechtsbewegung hat einen Erfolg insofern errungen, als im allgemeinen Repräsentantenhaus des Staatenbundes ein besonderer Ausschuss für Stimmrechtsfragen eingesetzt worden ist. Die Stimmrechtlerinnen hoffen, daß dieser Ausschuss ihre Anträge fördern wird, die dahin gehen, durch ein Gesetz für den Gesamtstaatenbund das Frauenstimmrecht für alle Einzelstaaten durchzusetzen.

Rundgebung des Christlichen Frauenbundes Oesterreichs.

Im Festsale des Deutschen Schulvereinshauses in der Fuhrmannsgasse fand am Sonntag, den 17. d., glänzend besucht, eine vom Christlichen Frauenbunde Oesterreichs veranstaltete Friedenskundgebung statt. Die Vorsitzende, zweite Vizepräsidentin Toni Schmolze, eröffnete die Versammlung mit der Begrüßung der Erschienenen, W. Hierhammer, zahlreiche Stadt- und Gemeinderäte, und erteilte sodann der Rednerin, ersten Vizepräsidentin Karoline Brskowsky das Wort, die ausführte:

„Die Stellungnahme der Christlichen Frau zur Friedensfrage ist eigentlich durch den Anschluß an die große Friedensaktion des Papstes genügend gekennzeichnet. Wir haben uns für den Frieden entschieden mit aller jener Entschlossenheit, die aus den Worten des Heiligen Vaters an die kriegsführenden Mächte, aus den Reden unserer führenden Staatsmänner hervorleuchtet und werden das, was wir als richtig erkannt haben, stets zielbewußt vertreten. Wir haben den Friedensruf zu unserer Parole erkoren, nicht weil wir die augenblickliche Stimmung des Volkes für unsere Zwecke benützen wollen, sondern weil wir den Frieden als Heiler der Wunden, die der Krieg geschlagen, als den Schöpfer sozialer Werke und Taten, als Forderung der europäischen Kultur und vor allem als Gebot des wahren Christentums für notwendig erkannt haben.

Nicht nur materielle Wunden hat uns der Krieg geschlagen. Er ist auch an unseren Sitten, an unserer Volksmoral nicht ohne jene Verwüstungen vorübergegangen, die sein unheimliches Gefolge darstellen. Unsere Sitten, das wertvollste Erbe, das wir von unseren Altvordern übernommen haben und das wir als treue Verwalter gepflegt und bereichert den kommenden Geschlechtern zu übergeben geschworen haben, unsere Sitten haben die Rauheit und den

Verfall der Zeit in ihr Spiegelbild aufgenommen und drohen das Opfer des ungeligen Krieges zu werden. Es muß gesagt sein, daß unser Geschlecht in eine Epoche der Treulosigkeit und des Verbrechertums zu steuern auf dem Wege ist. Dafür braucht es keine ferneren Beweise, dafür ist die Kriminalistik unserer Jugend, die Fülle der Sensationsprozesse in Wien und anderswo Beweis. (Lebhafte Zustimmung.) Alle diese Wunden soll der Friede heilen. Erkennen wir die Riesenlast von Arbeit, die auf den Frieden harret? Er soll uns die Möglichkeit bieten, in Jahrzehnte langer Arbeit die zerstörten Heimstätten der menschlichen Gesellschaft wieder aufzurichten, die entvölkerten Schlachtfelder der Front und des Hinterlandes wieder mit einer frohen, ehrlichen und zufriedenen Familie zu beleben und die Trauerflaggen von den Firsten zu entfernen, um an ihre Stelle die Fahne der Zuversicht und des stolzen Hoffens hissen zu können. Der Friede muß kommen, damit das soziale Schaffen auf dem Erdkreise, das durch den Ausbruch des Krieges eine so jähe Unterbrechung erfahren hat, wieder aufgenommen werde und an dem Zusammenleben aller Stände, am Ausgleich der Klassenunterschiede wieder gearbeitet werden kann. (Gr. Beifall.) Wir wollen den Frieden ferner als eine Forderung der Kultur. Nie noch hat unsere Kultur so empfindliche Rückschläge empfangen als durch die phantastische Vernichtungswut unserer Gegner. Schließlich und vor allem wollen wir den Frieden als Gebot des Christentums. Wir christlichen Frauen haben nicht des wahren Glaubens vergessen, der in seinen ersten und heiligsten Vorschriften das Gebot der Nächstenliebe aufgestellt hat. (Stürmischer Beifall.) Wir brauchen einen Frieden, der uns atmen läßt, der uns die Freiheit der Entwicklung sichert. Wenn unsere Feinde uns diesen Frieden nicht geben wollen, dann sind sie eben von der wahren Friedensbereitschaft weit entfernt.

Auf der Höhe ihrer militärischen Erfolge stehend, haben die Mittelmächte den Feinden die Hand zur Verständigung gereicht. Vierzehn Monate nach dem ersten Friedensangebot der Mittelmächte war die erste Unterschrift unter den ersten Friedensvertrag gesetzt und der Anfang in der großen Auslöschung der Völker gemacht. Im Osten herrscht Friede! (Großer Beifall.) Nun wird es gelten, auch im Westen den Frieden zu erreichen. Die Sache des Friedens ist dort noch nicht so weit gediehen und, wenn wir uns nichts verhehlen wollen, müssen wir sagen, daß von dort noch manche Enttäuschung für die Friedensidee zu erwarten ist. Unsere Grundsätze werden deshalb keine anderen werden. Wir werden die Schließung eines ebenso ehrenhaften wie dauerhaften Friedens immer als die einzig mögliche Lösung ansehen und nie von ihr abweichen. Dauerhaft aber muß unser Friede werden, weil wir unbedingt eine Wiederholung des schrecklichen Kampfschauspiels verhindern wollen. (Lebhafte Zustimmung.)

Unser Ziel ist der Friede, der Friede, der in gemeinsamer Arbeit von unserem geliebten Monarchen, dem Heiligen Vater und dem großen Staatsmann Grafen Czernin geschaffen wird, und im Sinne dieses Friedens wollen wir das Volk erziehen helfen, damit die Wunden heilen, die der Krieg geschlagen, auf daß Werke der Liebe wieder aus den Trümmern erstehen, in welche die Welt dieser unglückliche Krieg verwandelt hat.“ (Langandauernder, reicher Beifall.)

Nach den Ausführungen der ersten Rednerin ergriff W. Hierhammer das Wort und besprach eine Anzahl von Kriegsangelegenheiten. Redner wendete sich energisch gegen die Forderung der Sozialdemokraten nach einem Frieden um jeden Preis und besprach dann die Schwierigkeiten der Aufbringung und der Verfrachtung der ukrainischen Vorräte. Mit einer Bitte an die christlichen Frauen, die Arbeit des Rathauses um die Versorgung Wiens zu würdigen, schloß Vizebürgermeister Hierhammer seine Ansprache. Die Vorsitzende dankte dem Redner und ersuchte ihn, auch dem Bürgermeister Dr. Weiskirchner den Dank des Christlichen Frauenbundes für alles, was er in dieser schweren Zeit für Wien getan hat, zu übermitteln und ihn auch um sein ferneres Wohlwollen für den Frauenbund zu bitten. Mit einem Hoch auf Kaiser und Kaiserin wurde die Veranstaltung beendet.

23./III. 1918

* Weibliche Hilfskräfte für das Hinterland und für Wien.
Die Heeresleitung braucht für verschiedene Dienstbetriebe bei Kommanden, Anstalten, Magazinen, Küchenverwaltungen usw. weibliche Hilfskräfte, sowohl für Wien selbst, als auch für den Bereich des Militärkommandos Wien, der Niederösterreich, Mähren und einen Teil Oberösterreichs umfasst. Aufgenommen werden: Rangleistkräfte aller Art, Köchinnen, Verkäuferinnen, Schneidewinnen und Personal für den allgemeinen Haus- und Ordnungsdienst. Anmeldungen beim Militärkommando Wien, 1. Bezirk, Liebiggasse 6, woselbst beim Portier Anmeldebüchlein erhoben werden können. Bedingungen sind: Vollendetes 16. und nicht überschrittenes 40. Lebensjahr, österreichische Staatsbürgerschaft, tadelloser Vorleben (Sittenzugnis). Die Bezüge betragen für Rangleistkräfte 160 bis 200 Kronen monatlich, alle anderen Kategorien erhalten den ortsüblichen Tagelohn.

23./III. 1918

Die allgemeine Arbeitspflicht und die Frauen.

Der Krieg erheischt die höchste Anspannung aller Kräfte und die Erweckung aller schlummernden Arbeitskräfte. Millionen, die im Frieden produktiv arbeiteten, stehen in Waffen zur Verteidigung der Heimat. Was sie an Rüstzeug und zur Ernährung brauchen, muß die Arbeit des Hinterlandes schaffen, und zur Schaffung dessen, was das Hinterland braucht, müssen Arbeitskräfte, die im Frieden entbehrlich waren, herangezogen werden. Ohne gesetzlichen Zwang hat der Zwang der Not schon bisher dazu geführt, daß eine nicht unbedeutende Ersatzarmee der Arbeit entstanden ist, die sich fast zur Gänze aus Frauen rekrutiert. Wenn die Familien-ernährer eingerückt sind, müssen in zahllosen Betrieben und für die verschiedenartigsten Sanierungen Frauen an ihre Stelle treten, scheinbar nur im eigenen, in Wirklichkeit aber auch im Wirtschaftsinteresse der Gesamtheit. Und alle diese Frauen, stille Helden des Krieges, stellen ihren Mann. Wobei nicht zu übersehen ist, daß die Art der Bedarfsdeckung im Kriege auch die Tätigkeit der Frauen, die nicht erwerben, sondern nur ihre Kinder pflegen und erziehen und ihr Hauswesen leiten, in außerordentlichem Maße erschwert hat.

Nun soll die Möglichkeit geschaffen werden, das, was etwa an brachliegenden oder nicht in zweckentsprechender Weise ausgenützten Arbeitskräften vorhanden ist, zur Arbeit heranzuziehen. Das will das Gesetz über die allgemeine Arbeitspflicht im Kriege, dessen Entwurf die Regierung dieser Tage im Abgeordnetenhaus eingebracht hat. Ob der Entwurf in der Form, die ihm die Regierung gegeben hat, Gesetz werden wird, bleibt abzuwarten. Uns interessieren an dieser Stelle jene seiner Bestimmungen, die die Arbeitspflicht der Frauen betreffen. Anders als in Deutschland, wo die „vaterländische Dienstpflicht“ nur die Männer trifft, sollen nach dem österreichischen Gesetzentwurf auch alle Personen weiblichen Geschlechtes vom Beginn des 19. bis zur Vollendung des 40. Lebensjahres „im Hinblick auf die durch den Krieg verursachten außerordentlichen Verhältnisse für Zwecke der Allgemeinheit zur Arbeit verpflichtet sein“. Diese Pflicht zur Arbeit ist eine öffentliche. Soweit es sich um grundsätzlich arbeitspflichtige Frauen handelt, sind als bereits im Interesse der Allgemeinheit tätig die zu persönlichen Dienstleistungen für Kriegszwecke Verpflichteten sowie die Lehrerinnen an öffentlichen Lehranstalten anzusehen.

Außer diesen besonders angeführten hat das Gesetz auch an andere Ausnahmen von der allgemeinen Arbeitspflicht gedacht, die aber nicht aufgezählt sind, deren Festsetzung vielmehr den Behörden überlassen bleiben soll. Nähere Vorschriften, die im Verordnungswege erlassen werden, sollen bestimmen, aus welchen Berufsgruppen im Interesse der Allgemeinheit eine Heranziehung zu anderen Dienstleistungen überhaupt nicht oder nur unter gewissen Voraussetzungen zulässig ist und inwiefern bei der Heranziehung auf die Wichtigkeit der bisherigen Beschäftigung für die Allgemeinheit oder auf die Wartung und Pflege hilfsbedürftiger Personen, namentlich auch auf die Pflicht der Frauen in der Familie Rücksicht genommen werden muß. Bei den Erhebungen über Arbeits-, Erwerbs- oder Familienverhältnisse ist jedermann zur Auskunftserteilung verpflichtet.

Die Erteilung des Arbeitsauftrages, das ist die Heranziehung zur Erfüllung der Arbeitspflicht, soll nur dann erfolgen, wenn der Bedarf nicht durch Personen gedeckt werden kann, die sich freiwillig melden. Der „Einberufung“ müssen, von Fällen besonderer Dringlichkeit abgesehen, öffentliche Aufforderungen zur

freiwilligen Meldung für die betreffende Arbeit vorangehen. Im Arbeitsauftrag muß immer angegeben werden, ob er auf bestimmte Dauer oder zur Ausführung einer bestimmten Arbeit oder aber auf unbestimmte Dauer erteilt wird; außerdem ist auch die Art der vom Arbeitspflichtigen zu leistenden Arbeit zu bezeichnen. Bei Erteilung des Auftrages sind die persönliche Eignung und Leistungsfähigkeit, insbesondere Geschlecht, Lebensalter, körperlicher Zustand, Beruf, Kenntnisse und Fertigkeiten, Familienumstände sowie die Ermöglichung eines ausreichenden Lebensunterhaltes zu berücksichtigen. Wie der Soldat seine Löhnung bekommt, so gebührt dem Arbeitspflichtigen während der Zeit der Erfüllung der Arbeitspflicht ein angemessener Lohn; Lohn und sonstige Arbeitsbedingungen können auf Verlangen von Amts wegen festgesetzt werden.

Grundsätzlich kann die Erfüllung der Arbeitspflicht nur am Orte des ständigen Aufenthaltes oder dessen Nähe verlangt werden. Ausnahmen gelten unter anderem in Fällen eines öffentlichen Notstandes und für land- und forstwirtschaftliche Arbeiten. Wenn es sich nicht um eine Arbeit am Orte des ständigen Aufenthaltes handelt, ist mindestens eine vierzehntägige Frist bis zum Beginn der Arbeit zur entsprechenden Anpassung der privaten Verhältnisse zu geben.

Das ungefähr sind die Bestimmungen des Entwurfes, soweit sie die Arbeitspflicht der Frauen betreffen. Wird der Entwurf Gesetz, dann werden trotz der großen Zahl der Frauen, die der Krieg bereits in den Bereich neuer Arbeit gezogen hat, in Stadt und Land noch Tausende und aber Tausende Frauen aller Stände zunächst zur freiwilligen Arbeit aufgerufen oder, wenn nötig, zur Erfüllung der Arbeitspflicht herangezogen werden können. Es ist nach dem Entwurf nicht ausgeschlossen, die Bedingungen der Arbeitspflicht im Einzelfalle derart festzusetzen, daß sie von der arbeitspflichtigen Frau neben ihrer sonstigen Tätigkeit in Haus und Familie erfüllt werden kann. Außer den Frauen, die ihr Haus durch andere bestellen lassen, außer den Mädchen, die keine Erwerbsbeschäftigung haben, wird es, insbesondere in den Städten, genug Frauen geben, die neben ihren Pflichten in der Familie in gewissen beschränkten Grenzen auch noch die Arbeitspflicht erfüllen können. Gelegenheit zur Arbeit für Zwecke der Allgemeinheit, ganz besonders im landwirtschaftlichen Hilfsdienst, ist in reichem Maße vorhanden. Für unzählige Frauen wird die Erfüllung der Arbeitspflicht etwas völlig Ungetohntes sein; aber da es sich um Arbeit für Zwecke der Allgemeinheit handelt, werden sie willig tun, was Pflicht und Liebe zur Heimat gebieten.

Demokratie und Frauenwahlrecht.

Von Emmy Freundlich.

Man hat für die Kulturhöhe der Völker und der Staaten sehr verschiedene Gradmesser gefunden: die Seife, die Volksschule, die Art des Zusammenlebens; nur einen Gradmesser hat man niemals verwendet: das Wahlrecht der Frauen. Nicht nur weil man dieser Sache nie viel mehr Wert als den einer weit-

entfernten Utopie zuerkannt hat, sondern weil man die Gleichberechtigung der Geschlechter zu wenig im Zusammenhang mit allen anderen gesellschaftlichen Umgestaltungen sieht. Das Wort Bebel's: „Der erste Sklave in der Gesellschaft war die Frau“, das so tief die Zusammenhänge der Frauenfrage mit allen anderen Befreiungsproblemen beleuchtet, es ist uns allen nicht lebendig geworden. Hätten wir es niemals vergessen, daß die Befreiung des weiblichen Geschlechts ein Teil, ein wesentlicher und wichtiger Teil, der Befreiung der Menschheit von Ausbeutung und Rechtlosigkeit ist, dann hätten wir alle vielleicht schon mehr getan für die Gleichstellung der Frauen, vor allem mehr getan, um die Frauen für diese Gleichstellung zu erziehen, als wir alle getan haben.

Auch der sozialistisch denkende Mann ist noch viel zu sehr von der kleinbürgerlichen Vorstellung der Familie umfange und sehr gute und folgerichtig handelnde Demokraten sind daheim Autokraten, die von der Freiheit und dem Selbstbestimmungsrecht der Familienmitglieder weit entfernt sind. Nur kann nicht geleugnet werden, daß wir alle die Gemeinschaft in demokratischen Formen und auf demokratischer Grundlage erst lernen müssen, und das Erlernen ist an eine lange Kette persönlicher und gesellschaftlicher Erfahrungen gebunden, die man erst gewinnen muß, bevor sie umgestaltend wirken können. Der Krieg dürfte aber den Männern der Arbeiterschaft gezeigt haben, daß sie endlich mit dem kleinbürgerlichen Ideal der Familie brechen müssen, wollen sie nicht ihre eigene demokratische Zukunft und die Erfolge des Klassenkampfes gefährden. Wenn wir in den ersten zwei Kriegsjahren nicht imstande gewesen sind, einen Ausgleich zwischen Lebensmittelpreisen und Löhnen auf der einen und zwischen Kriegsgewinnen und Löhnen auf der anderen Seite herbeizuführen, so nur, weil die einrückenden Männer von vollständig unaufgeklärten, ausschließlich im Rahmen der Familie lebenden und wirkenden Frauen ersetzt wurden. Diese Frauen, die meist niemals vorher eine Fabrik besucht hatten, denen jede Schätzung ihrer Arbeitskraft und jede Wertung des Lohnes fehlten, mußten natürlich jeden Lohn und jede Arbeitszeit hinnehmen, die man ihnen geboten hat. Wenn es möglich war, daß Arbeiterinnen anstatt 80 Pfennig nur 42 Pfennig Mählohn bekommen haben, wie im Falle Beer-Binnow, ohne daß sie sich jemals um den vom Kriegsministerium festgesetzten Lohn gekümmert haben, ein Fall, dem wir ähnliche auch in Oesterreich beifügen könnten, so sieht man, wie wenig Lebenskenntnis und Erfahrungen sie in die Berufe, die sie im Kriege ergreifen mußten, mitgebracht haben. Diese Frauen haben auch erst sehr spät den Weg zur Organisation gefunden und erst als es nicht mehr möglich war, mit den Löhnen bei der steigenden Teuerung auszukommen, erkannten sie, daß es sich nun zu mehr en gibt. Während man im Anfang die willigen und billigen weiblichen Arbeitskräfte nicht genug loben konnte, hört man nun schon aus Unternehmerkreisen, namentlich aus der Munitionsindustrie, daß „die eigentlich unbotmäßigen Elemente die Frauen sind“, die sich weder der Betriebsorganisation noch der gewerkschaftlichen Organisation einfügen wollen, weil ihnen auch hier die Schulung des öffentlichen Lebens fehlt. All diese Erkenntnisse werden das Zusammenleben zwischen Arbeitern und Arbeiterinnen in den Fabriken und in den Organisationen verändern und wenn die Ehemänner

aus den Schützengräben heimkommen werden, werden sie nicht mehr die Ehefrauen finden, die sie verlassen haben. Auf den Trümmern des Familienlebens von Ehegestern wird sich naturnotwendig unter vielen persönlichen und gesellschaftlichen Kämpfen eine neue Familienform tatsächlicher Gleichberechtigung erheben, die eine wesentliche und unentbehrliche Voraussetzung der demokratischen Gesellschaft ist.

Wenn das Frauenwahlrecht gerade im Kriege so außerordentliche Anerkennung gefunden hat und heute mehr Länder, wenn wir Afrika, den vollständig unpolitischen Erdteil, ausschalten, das Frauenwahlrecht haben, als ihrer zu zählen sein werden, die es nicht haben, so ist das nur eine notwendige Folge der revolutionären Entwicklung im Kriege. Die konservativen Kreise, die im Verein mit den internationalen Handelskapitalisten das Feuer dieses Krieges geschürt haben, hätten wohl niemals gedacht, daß sie im Kriege so viele Stützen ihrer Macht zusammenbrechen sehen werden. Was wurde geredet und geschrieben, getan und geschaffen, um das Familienleben in seinen alten Formen zu erhalten? Und nun hat der Krieg die Familie zerstört, restloser, als es der persönliche Wille einzelner jemals hätte tun können. All den Frauen, die nun von der brutalen Gewalt der Not und Sorge in die Fabriken getrieben werden, ist es gegangen wie Frau Abelung in den „Gespenstern“. Sie haben einen Strich der Nacht aufgetrennt, die sie mit dem Bestehenden verbunden hatte, und die ganze Nacht ist aufgetrennt. Sie haben gar nicht anders können, sie mußten ein neues Leben beginnen und finden den neuen Grund, auf dem sie bauen können, nur auf dem Boden sozialistischer Erkenntnis. Heute fühlen sie mehr instinktiv, als daß sie es klar erkennen, daß sie sich mit den Zuständen der Gesellschaft auseinandersetzen müssen, soll ihr Weibtum nicht ewig gebrandmarkt werden durch gesellschaftliche und persönliche Knechtschaft. Diese instinktiven Triebe zur klaren Erkenntnis zu führen, damit auf den gestürzten Ruinen neues Leben und neue gesellschaftliche Werte aufgebaut werden können, ist die hohe Aufgabe der organisierten Männer und Frauen. Dafür werden wir mehr Mittel, mehr Kräfte und mehr Tatkraft haben müssen, denn die Frauenorganisation und der Wahlrechtskampf der Frauen sind nicht mehr eine Sache, die neben den Aufgaben aller Arbeiterorganisationen steht, sondern ein wesentlicher Teil des Befreiungskampfes der Arbeiterklasse selbst.

Wenn es eine der ersten Taten der russischen Revolution war, den Frauen das Wahlrecht zu geben, eine Tatsache, die bei den Verfassungen der neuen Randvölker nicht mehr ungeschehen gemacht werden kann, so war es nicht nur ein Akt der Dankbarkeit für die Hilfe der Frauen in allen revolutionären Kämpfen, es war auch ein Akt der Erkenntnis, daß wir Demokratie nur als Recht der Männer niemals behaupten können. Man hat die Frauen nun im Krieg gleichsam auf Hintertreppen in die Verwaltungsaufgaben von Staat, Land und Gemeinden eingeführt und damit gezeigt, daß sie heute auch der Bürokratie und der Regierung als ein wertvoller „Männerersatz“ erscheinen. Aber die Frauen werden niemals mit dem Ersatz für die politische Gleichberechtigung zufrieden sein, denn sie haben es zu deutlich aus ihrem Erleben im Kriege erkannt, daß sie nur dann erreichen können, was die Not der Stunde sie zu fordern heißt, wenn sie die Gesetzgebung selbst in den Händen halten. Drei Jahre haben wir um eine

* Ernennung der Mitglieder der Kommission für Frauenarbeit. Das Ministerium für soziale Fürsorge hat bekanntlich vor kurzer Zeit eine Kommission für Frauenarbeit geschaffen, die berufen sein soll, Gutachten über alle das Gebiet der Frauenarbeit betreffenden Fragen abzugeben und bei der Durchführung der hierauf bezüglichen Maßnahmen mitzuwirken. Nun wurden vom Minister für soziale Fürsorge die Ernennungen für diese Kommission vollzogen. Ernannt wurden die Frauen Dr. Hildegard Buri an (Vereinigung „Soziale Hilfe“, Zentrale für die weibliche katholische Arbeiterschaft Oesterreichs), Alla B o s c h e l, Anna K a f f und Adelheid B o v p (als Vertreterinnen der sozialdemokratischen Gewerkschaftskommission Oesterreichs vereinigten Verbände), Luise G e c h a r (Zensky vyrobni spolek cesky, Prag), Adels H i r s c h e n h a u s e r (Reichsorganisation der Hausfrauen Oesterreichs), Marie L. K l a u s b e r g e r (Vereinigung der arbeitenden Frauen), Elise L a n d a u (Ständige Delegation der gewerkschaftlichen Angestellten Oesterreichs), Annita M ü l l e r (Allgemeiner österreichischer Frauenverein), Berta B a c h e r (Verband Deutscher Hausfrauen Oesterreichs), Barb. S a l a t s c h (Christlicher Frauenbund Oesterreichs), Oly S c h w a r z (Zentralstelle für weibliche Berufsberatung), Herta von S p r u n g (Bund österreichischer Frauenvereine), Gräfin Gerta W a l t e r s k i r c h e n (Katholische Reichsfrauenorganisation Oesterreichs). Weitere Ernennungen aus dem Kreise der Frauenorganisationen mit dem Sitz außerhalb Wiens werden später erfolgen. Die Mitglieder der Kommission wirken ehrenamtlich. Zu beamteten Konsulentinnen, denen die Vorbereitung der Referate für die Kommissionsverhandlungen obliegt, wurden ernannt Dr. phil. Alma S e i t z und Assistentin der Gewerbeinspektion Hedwig L e m b e r g e r. Die Kommission wird sich u. a. mit der Frage der künftigen Verwendung der in der Kriegsindustrie tätigen Frauen, mit der Einschränkung der Frauenarbeit in gefährlichen oder gesundheitschädlichen Betrieben und mit der Einführung von Fabrikpflegerinnen beschäftigen.

13./IV. 1918

(Die gewerbliche Frauenarbeit im Kriege.)
Die Zunahme der Frauenarbeit im Kriege sieht man wohl alle Tage, aber ihre volkswirtschaftliche Bedeutung erkennen nur wenige, und kritisch haben sich gerade in Oesterreich nur sehr wenige Menschen damit beschäftigt. Um so wertvoller ist es, daß der Verein „Die Bereitschaft“ daran gegangen ist, ein Sammelwerk über die Frauenarbeit im Kriege zu schaffen, dessen einzelne Teile vorberhand als Broschüren erscheinen. Das erste Heft dieses Werkes, „Die gewerbliche Frauenarbeit im Kriege“ von Emmy F r e u n d l i c h, ist im Anzengruber-Verlag erschienen und gibt ein sachliches und objektives Bild der Frauenarbeit in der Industrie und im Gewerbe. Das Buch, das reichliches Material nicht nur aus den Ländern unserer Verbündeten, sondern auch aus den Ländern unserer Gegner umfaßt, zeigt erschütternd und aufrüttelnd, was die Frauen der Welt im Kriege leiden und was sie leisten mußten. Eben jetzt, wo die Vorlage des Gesetzes über die Hülsdienstpflicht der Frauen jeden, der sozialpolitisch oder nur mitfühlend die Gegenwart erlebt, auffordert, sich mit den Verhältnissen der Frauenarbeit im Kriege zu befassen, wird das Buch ein willkommenener Führer sein. Es wird eines der Bücher sein, die auch nach dem Kriege ihre dauernde Bedeutung behalten werden.

16./4. 1918.

37

Deutscher Heimarbeiterinnentag.

Unter sehr starker Beteiligung trat gestern der Gewerbeverein der Heimarbeiterinnen Deutschlands im Lehrerbereinshaus zu seiner 5. Verbandstagung zusammen, die von 102 Ortsgruppen aus dem Reiche besandt war, und für die drei Verhandlungstage in Aussicht genommen sind. Die Kaiserin hatte ihre Oberhofmeisterin Gräfin v. Brodhorff entsandt. Von Behörden waren vertreten: das Reichswirtschaftsamt, das Ministerium des Innern, das Kriegsministerium, das Kriegsamt, das Kriegspresseamt, das Bekleidungsamt des Gardekorps, das Reichsversicherungsamtsamt und der Magistrat Berlin. Von der Gesellschaft für soziale Reform waren die beiden Vorsitzenden anwesend, ebenso eine Anzahl Abgeordneter.

Die Hauptvorsitzende des Gewerbevereins Fräulein Margarete Behm (Berlin) eröffnete die Tagung mit einer Ansprache, in der sie auf die Wichtigkeit der Heimarbeit für die Versorgung des Heeres und den großen Anteil der Heimarbeiterinnen an der wirtschaftlichen Widerstandskraft des deutschen Volkes hinwies. Fräulein Margarete Wolff erstattete den Geschäftsbericht über die letzten fünf Jahre. Die Mitgliederzahl ist von 8866 im Jahre 1913 auf 17 100 gestiegen. Das Referat über das Thema „Die Notwendigkeit der Erhaltung der Heimarbeit“ trug für die durch Krankheit verhinderte Verfasserin Gertrud Döhrenhuf-Jacobsdorf die Vorsitzende vor. Die Erhaltung der Heimarbeit sei volkswirtschaftlich und sozialpolitisch notwendig. Durch die Heimarbeit würden Kräfte ausgelöst, die sonst für die allgemeine Volkswirtschaft nicht nutzbar würden. Von größter Bedeutung sei die Heimarbeit für den Aufbau unserer durch den Krieg geschwächten Volkskraft. Um die Lücken an Menschen auszufüllen sei es dringend notwendig, die Frau dem Familienleben zu erhalten. Da aber ein sehr großer Teil der Mütter auf Nebenberufen angewiesen sei, komme für diese nur die Heimarbeit in Betracht. Auch die vielen, die nicht mehr im Besitz ihrer vollen Arbeitskraft sind, finden auf die Heimarbeit angewiesen. Das Heimarbeiten dürfe aber niemals ein Hemmnis für die allgemeine Arbeiterbewegung werden. Um dies zu vermeiden, sei staatliche Hilfe für die Heimarbeiterinnen und geselllicher Schutz durch Regelung der Lohn- und Wohnungsfrage und andere Maßnahmen nötig. — Weiter „Die Frau in der Heberzeugungswirtschaft und besonderes Berücksichtigung der Heimarbeit“ sprach dann Fräulein Dr. Käthe Goebel (Berlin). Die Rednerin umfaßt, schon vor Friedensschluß Maßnahmen zu treffen, um der Heberzeugung des Arbeitsmarktes und der Unterdrückung der Männerarbeit durch die beschäftigungslos gewordenen Frauen zu begegnen. — Die Kranken- und Invalidenversicherung der Hausgewerbetreibenden behandelte zum Schluß Volksbureauvorsitzer Dieck (München-Gladbach).

[Zentralstelle für weibliche Berufsberatung.] Die Zentralstelle für weibliche Berufsberatung gibt bekannt, daß sie mit 1. Mai in ihr eigenes Vereinslokal, 1. Bezirk, Salvatorgasse 10, übersiedelt und die Sprechstunden für den allgemeinen Parteienverkehr von nun an Montag und Samstag von 4 bis 6 Uhr, für die Mittelschülerinnen und die Studienberatung der Hochschülerinnen Mittwoch von 5 bis 7 Uhr abgehalten werden. Für Lehrerinnen, Hortleiterinnen und Fürsorgereinnen, die mit einer größeren Zahl von Mädchen kommen, werden gegen vorherige Anmeldung eigene Sprechstunden eingeräumt.

* Ein Protest der Frauen gegen die Regierungsvorlage über die Arbeitspflicht. Donnerstag fand im Saale des Verbandsheims eine überaus gut besuchte Versammlung weiblicher Angehöriger geistiger Berufe statt, die vom Allgemeinen Österreichischen Frauenverein einberufen war. Den Vorsitz führte Frau Leopoldine Kulla. Die Referentin Olga Misar verwies auf den krassen Widerspruch, in dem das Projekt der Unterstellung der Frauen unter das Arbeitspflichtgesetz zu der so propagierten Bevölkerungspolitik steht. Jede neuerliche Belastung der arbeitenden Frauen müsse zu einem vollständigen Zusammenbruch der Volkskraft führen. Rudolf Goldscheid verweist darauf, daß es verbrecherischer Wahnsinn wäre, durch eine Dienstpflicht der Frau die heute ohnehin so schwer gefährdete Familie ihres letzten Schutzes zu berauben. Die Vertreterin der Bankbeamtinnen Frau Landau bemängelt, daß die vom Ministerium eingesetzte Kommission für Frauenfürsorge, die doch aus Experten der Frauenarbeit besteht, von der Vorlage nicht verständigt und auch nicht zu Rate gezogen wurde. Sie befürchtet, daß durch das Gesetz auf allen Gebieten unqualifizierte Arbeitskräfte herangezogen werden und dadurch die Löhne der qualifizierten gedrückt werden würden. Therese Schlessinger führt aus, heute handle es sich nicht um die allgemeinen Probleme der Frauenarbeit, sondern es gelte, die Zustimmung zurückzuweisen, daß die letzte Frau in die Fron des Kriegs-Industrie eintreten soll, um zu ermöglichen, daß auch noch der letzte Mann in Tod und Verderben gestürzt werde. Heute handle es sich nicht darum, daß mehr Güter erzeugt werden sollen als bisher, sondern darum, auch den Frauen das Joch der Militarisierung aufzuerlegen und sie zu hindern, den Befreiungskampf des Proletariats zu führen. Diese Absicht zu vereiteln, ist eine Pflicht aller arbeitenden Frauen. Eine Resolution, die die Ausführungen der Redner zusammenfaßt, wurde einstimmig angenommen, außerdem zwei Anträge der Frau Beer-Angerer, von dem der eine die schweren Sorgen zum Ausdruck bringt, mit denen die neuerliche Berufung Durians die Versammlung erfüllt, der andere gegen die politischen Verfolgungen, insbesondere die Gefangenhaltung so vieler Studenten und Studentinnen und jugendlichen Arbeiter protestiert.

22/4. 1918.

22

40

An dem von Rektor Meiland geleiteten Kindergärtnerinnen-Seminar in Duisburg, dem einzigen, das mit einer Mittelschule organisch verbunden ist, fand unter dem Vorsitz von Regierungs- und Schulrat Nicol als Vertreter des Kgl. Provinzialschulkollegiums die erste staatliche Abschlussprüfung statt. Sie hatte das erfreuliche Ergebnis, daß alle 16 Prüflinge bestanden. Die jungen Kindergärtnerinnen haben alle sofort Anstellung gefunden, soweit sie eine solche wünschten.

Aber die Kriegsarbeit der Frauen in der Übergangszeit sprach Fräulein Dr. Lüders in der Nationalen Frauen-Gemeinschaft in Köln: Es sind 2½ Millionen Frauen mehr angestellt als in Friedenszeiten. Diese werden fast alle ihre Stellung verlassen müssen, wenn die Männer zurückkommen. Wir ahnen nicht, wo sie herkommen, ob sie verheiratet sind oder nicht, welchem Beruf sie früher nachgingen usw. Drei Fragen müssen wir uns stellen, was die Zukunft dieser Arbeiterinnen (das Wort in seinem weitesten Begriff genommen) angeht: 1. Kehren sie in ihre Heimat zurück? 2. Kehren sie zu ihrem Beruf zurück? 3. Können sie mit Notstandsarbeit beschäftigt werden?

Für alle Fälle ist es nötig die Frauen zu erfassen; wir müssen er reichen, über ihre Herkunft, ihren Stand, ihren früheren Beruf alles eine Arbeitkarte, die — ähnlich wie das Brotbuch — in die Hand jeder Arbeitenden kommen muß und die gewünschte Auskunft gibt. Kehren die Frauen in ihre Heimat zurück, so muß für den Abtransport karitative Arbeit einsehen; für die Rückkehr zum Beruf eine gute, eingehende Berufsberatung; für Notstandsarbeiten kommen hauptsächlich in Betracht die Arbeiten bei den Bekleidungsämtern und den Ausbesserungsanstalten, wie Fabriken, die früher meist Frauen beschäftigten (Textil-, Schokolade- und Tabak-Industrie kommen aus Mangel an Rohstoffen nicht in Betracht). Große Fürsorge muß den Kriegserwitwen und -waisen zugute kommen. Ferner wird hinzuarbeiten sein auf ein gutes Verständnis zwischen den heimkehrenden Männern und ihren Frauen, die durch die in den langen Trennungsjahren entstandenen veränderten Lebensbedingungen sich in mancher Beziehung anders gegenüberstehen; vor allem muß große Sorgfalt darauf verwandt werden, den Jugendlichen wieder Rechtsbewußtsein beizubringen. Zu all diesem gehört offenes Auge und offenes Herz, und das freundliche Aufgehen von Partikularismus und Sonderinteressen.

Eine christliche Arbeiterinnen- tagung in Wien.

Große und wichtige Aufgaben harren in der kommenden Friedenszeit aller christlich gesinnten und staatserkhaltenden Elemente. Soll auch die christliche Arbeiterschaft den auf sie gesetzten Erwartungen gerecht werden, so muß sie durch unermüdbliche Werbearbeit und straffe Organisation schlagkräftig gemacht werden.

Um die Richtlinien für die Arbeit der nächsten Zeit festzustellen und verschiedene Organisationsfragen zu beraten, veranstalten die in der „Sozialen Zentralstelle“ vereinigten Verbände der christlich organisierten weiblichen Arbeiterschaft: nämlich der Reichsverband der katholischen Arbeiterfrauen mit der Sektion der Straßenbahnerinnen, der Diözesanverband katholischer Arbeiterinnenvereine, der Verband christlicher Heimarbeiterinnen, der Verband katholischer erwerbstätiger Mädchen, der Christliche Tabakarbeiterverband, der Christliche Textilarbeiterverband, der Graphische Zentralverband, der Verband christlicher Schneider und Schneiderinnen, der Christliche Lederarbeiterverband, der Christliche Metallarbeiterverband, der Zentralverband christlicher Angestellter und der Katholische Arbeiterinnenverband Zittau am 5. Mai in Wien einen Arbeiterinnentag mit nachfolgender Tagesordnung: 1. Referat der Frau Dr. phil. Hildegard Burjan: „Soziale Zentralstelle der weiblichen christlichen Arbeiterschaft“. 2. Referat des Herrn Diözesanpräses August Schaurhofer: „Organisation der christlichen weiblichen Arbeiterschaft.“ 3. Referat der Frau Marie Engel: „Uebergangswirtschaft.“ 4. Referat der Frau Aloisia Schirmer: „Heimarbeiterinnenfrage.“ 5. Referat der Gräfin Rosa Marschall: „Wohnungsfürsorge.“

Beginn der Verhandlungen vormittags um $\frac{1}{2}$ 10 Uhr, Mittagspause $\frac{1}{2}$ 1 Uhr. Beginn der Nachmittagsverhandlungen 2 Uhr, Schluß 5 Uhr. Nach jedem Referat Wechselrede. Es folgt abends die

Festversammlung

in der Volkshalle des Neuen Rathauses, $\frac{1}{2}$ 7 Uhr.

1. Begrüßung durch Frau Dr. phil. Hildegard Burjan. 2. Festrede des Herrn W. Kunzsch. 3. Ansprache Sr. Eminenz des Herrn Kardinal-Fürsterzbischofs Dr. Piffl. 4. Vorträge des Sängerbundes „Dreizehnlinden“.

Jede christliche Arbeiterin sollte dieser Versammlung beiwohnen, jeder christlich organisierte Arbeiter die Frauen seiner Familie und seines Bekanntenkreises auf sie aufmerksam machen.

(Kommission für Frauenarbeit.) Am 27. April trat die vom Ministerium für soziale Fürsorge eingesetzte Kommission für Frauenarbeit zu ihrer ersten Sitzung an. Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bildete ein von der Gewerbeinspektionsassistentin Hedwig Demberger erstatteter Bericht über die Einführung von Betriebspflegerinnen. Die Bestellung von Betriebspflegerinnen ist nicht als eine Maßnahme der Kriegsfürsorge gedacht, sondern soll zur dauernden Friedenseinrichtung werden. Mit dem Problem des Abbaues der gewerblichen Frauenarbeit in der Zeit der Übergangswirtschaft befaßte sich ein Referat der Konsulentin Dr. Alma Seik. An diese beiden Referate schloß sich eine Debatte, an der sich die Kommissionsmitglieder Gräfin Walterskirchen, Popp, Hirschenhäuser, Schwarz, v. Sprung, Raff, Dr. Burjan, Klausberger, Bacher und Landau beteiligten. Zur Durchführung der weiteren Kommissionserhandlungen über die Fragen der Einführung von Betriebspflegerinnen, des Abbaues der Frauenarbeit, der Regelung der Frauenarbeit in gesundheitschädlichen Betrieben, der Arbeitsvermittlung, der Arbeitslosenfürsorge und der Heimarbeit wurden Sonderausschüsse eingesetzt, die demnächst ihre Beratungen aufnehmen werden.

*** Kommission für Frauenarbeit.** Am 27. v. M. trat die vom Ministerium für soziale Fürsorge eingesetzte Kommission für Frauenarbeit zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Minister Dr. Mataja begrüßte die Erschienenen. Dann erstattete Gewerbeinspektionsassistentin Hedwig Demberger einen Bericht über die Einführung von Betriebspflegerinnen. Die Bestellung von Betriebspflegerinnen ist nicht als eine Maßnahme der Kriegsfürsorge gedacht, sondern soll zur dauernden Friedenseinrichtung werden. Mit dem Problem des Abbaues der gewerblichen Frauenarbeit in der Zeit der Uebergangswirtschaft befaßte sich ein Referat der Konsulentin Alma Seib. Als Maßnahmen im Interesse der aus den Kriegsbetrieben entlassenen weiblichen Arbeitskräfte wird die Beschaffung neuer entsprechender Arbeitsgelegenheiten durch die Einrichtungen der Arbeitsvermittlung und die Erleichterung des Antrittes, beziehungsweise der Fortführung gewisser Gewerbe für Frauen in Betracht kommen. An diese Referate schloß sich eine Debatte, an der sich die Kommissionsmitglieder Gräfin Walterkirchen, Popp, Hirichenhauser, Schwarz, v. Sprung, Raff, Dr. Burjan, Klausberger, Pacher und Landau beteiligten.

*** Von der Wiener Polizeidirektion.** Der niederösterreichische Statthalter hat im Stabe der Wiener Polizeidirektion den Polizeikonzeptpraktikanten Dr. Robert Batef zum Polizeikonzipisten ernannt.

(Die Staatsbeamten und die Erhöhung der Steuerzulagen.) Gestern sprach die ständige Vertretung der österreichischen Staatsbeamtenvereine unter Führung des Obmannes des Staatsangestelltenausschusses Abg. Hofrat Baron d'Elvert in Angelegenheit der Steuerzulagen für Staatsbeamte im Ministerratspräsidium vor. Die Abordnung, die infolge Verhinderung des Ministerpräsidenten von einem Vertreter des Ministerratspräsidiums empfangen wurde, verwies auf die immer größer werdende Notlage der Staatsbeamenschaft, die bei dem herrschenden Lebensmittelmangel und der ins Ungemessene gehenden Preissteigerung zusammenzubrechen droht. Die Abordnung stellte das Verlangen nach einer Verdoppelung der bisherigen Steuerzulagen und Abmilderung der Zulagen nach der Kinderzahl, Gewährung einer erhöhten Zulage an die ledigen Familienerhalter, endlich nach Einrechnung der Steuerzulagen in die Pension. Die Abordnung verwies auch auf die dringende Notwendigkeit einer gleich weitgehenden Fürsorge für alle Staatsangestellten, Staatslehrpersonen, die Lehrerschaft sowie die Pensionisten. Der Abordnung wurde bereits für die nächsten Tage ein Bescheid in sichere Aussicht gestellt.

(Arbeitsvermittlung für Frauen.) Der Arbeitsnachweis der Stadt Wien, Abteilung für Frauenarbeit, hat mit 1. d. M. die Vermittlung weiblicher Hilfskräfte für den Heeresdienst übernommen. Da der Bedarf der Heeresverwaltung augenblicklich kein allzu großer ist, muß getrachtet werden, die sich sehr zahlreich meldenden Bewerberinnen — soweit sie stellenlos sind — anderweitig unterzubringen. Leider aber fehlen dem Amte zum Teile die passenden Aufträge. Die Amtsvorsteherin richtet daher an alle gewerblichen und industriellen Betriebe sowie an größere Wohlfahrts-Einrichtungen, Kriegsküchen etc. das Ersuchen, ihren etwaigen Bedarf an weiblichen Hilfskräften der Abteilung für Frauenarbeit, 15. Bezirk, Rosinagasse 4 (Telephon Nr. 31327) bekanntzugeben. In Betracht kommen in erster Linie Stellen für Wirtschaftsleiterinnen und Assistentinnen in Hotels, Pensionen, Sanatorien, Gemeinschaftsküchen, ferner Stenotypistinnen, Maschinenschreiberinnen und Schreiberinnen sowie Kanzleidienerinnen, Verkäuferinnen und Magazinerinnen etc. Dagegen herrscht eine große Nachfrage nach Professionistinnen, besonders Schneiderinnen und qualifizierten Arbeiterinnen für die Papierbranche, die jederzeit zu sehr guten Bedingungen untergebracht werden können.

(Frauen gelten als Ladenkunden der Trafiken.) Die Oesterreichische Tabakzeitung schreibt: Die Befürchtung des Publikums, daß nach Einführung der Raucherkarte eine Verschlechterung der Bezugsmenge eintreten wird, erscheint nach den vorliegenden statistischen Befunden nicht stichhältig. Ende 1910 waren in ganz Oesterreich 8.745.633 über sechzehn Jahre alte Männer, in Wien 702.048. Wenn man einerseits den Bevölkerungszuwachs, andererseits die Anzahl der Männer zwischen sechzehn und sieben Jahren sowie die Zahl der im aktiven Mannschäftsverhältnis Stehenden in Rechnung stellt, so dürfte auf ganz Oesterreich eine Zahl von 6.000.000, auf Wien von 400.000 Rauchern entfallen; dieser Rechnung entsprechend würden in Wien im Durchschnitt 230 Raucher auf eine Trafik entfallen. Es ist daher mit Bestimmtheit zu erwarten, daß die Raucher so wie bisher ihre Befriedigung finden werden, vorausgesetzt, daß die für den Zivilkonsum bestimmte Menge nicht herabgesetzt wird, was aber in Anbetracht der Erklärung der Generaldirektion der Tabakregie, mit Material bis Ende 1920 gedeckt zu sein, für die nächste Zukunft nicht zu erwarten ist. Aus den statistischen Ausweisen ist nicht zu ersehen, daß in Oesterreich 9.000.000 Frauen im rauchfähigen Alter leben, aus der Gegenüberstellung der 6.000.000 in Betracht kommenden Raucher ist klar die Unmöglichkeit der Beteiligung von Frauen mit Raucherkarten zu erkennen. Die Frauen, denen der Tabakaenuß zur unentbehrlichen Leidenschaft geworden ist, müssen daher schon die Degradierung zu Ladenkunden bis zur Wiederkehr überfüllter Tabakläden als Kriegsnotwendigkeit ertragen und den Männern den bevorzugten Rang von Stammkunden überlassen. Das Opfer ist neben den vielen

größeren Opfern, die die Frauen in diesem Kriege schon gebracht haben, schließlich nicht so groß, um so mehr, als bisher die Tendenz der Behörden dahinging, Frauen überhaupt vom Tabakwarenbezug auszuschließen.

(Heiratsbewilligung für weibliche Kanzleikräfte.) Vor kurzem hat das Ministerium des Innern einen Erlaß betreffend die Aufhebung des Heiratsverbotes für Kanzleioffiziantinnen (-Gehilfinnen) an alle Landesbehörden hinausgegeben. In diesem Erlaß wird unter anderem ausgeführt, daß das Ministerium des Innern nicht abgeneigt wäre, in einzelnen besonders berücksichtigungswürdigen Fällen Gesuchen von Kanzleioffiziantinnen (-Gehilfinnen) um die Weiterbelassung im Dienste nach Eingehung einer Ehe ausnahmsweise stattzugeben. Das Ministerium des Innern ist grundsätzlich bereit, die erbetene Bewilligung zu erteilen, wenn insbesondere folgende Voraussetzungen erfüllt sind, daß die ansuchende Kanzleioffiziantin (-Gehilfin) eine mindestens fünfjährige Dienstzeit aufweist; der Bräutigam vor der Berechtigung eine gerichtlich oder notariell beglaubigte Erklärung beibringt, worin er besätigt, von dem Inhalt der Dienstvorschriften Kenntnis genommen zu haben, und erklärt, einverstanden zu sein, daß seine Gattin unter den jeweils bestehenden Normen ihr Dienstverhältnis fortsetze, sowie sich schließlich verpflichtet, Verfügungen der Behörde über die Ehegattin in dienstlicher Beziehung widerspruchslos hinzunehmen; die ansuchende Kanzleioffiziantin (-Gehilfin) eine schriftliche Erklärung abgegeben hat, worin sie sich damit einverstanden erklärt, daß ihr Dienstverhältnis nach fünfzehn-, beziehungsweise zwanzig Dienstjahren durch Kündigung endigen kann, und schließlich der Nachweis erbracht ist, daß der Bräutigam wohlverhalten ist und über ein gesichertes Einkommen verfügt. Eine Kündigung hat nach Ablauf der oben erwähnten Dienstzeit nur in jenen Fällen einzutreten, in denen nach Ansicht der Behörde ein wichtiges dienstliches Interesse die Lösung des Dienstverhältnisses erheischt.

Wünsche der weiblichen Angestellten. Der kaufmännische Verband für weibliche Angestellte hielt während der Pfingstfeiertage im Rheingold seine Hauptversammlung ab. Der Verband zählt gegenwärtig 42 131 Mitglieder, über 6000 mehr als im Vorjahre. Vom Stellennachweis wurden im letzten Jahre fast 10 000 Stellen besetzt. Die Sammlungen zum Bau eines Altersheims haben den Betrag von über 100 000 Mark erreicht. Der Verband wird sich fortan auch der weiblichen Büroangestellten annehmen. Als Grundforderung wurde die Vereinheitlichung des Angestelltenrechts und die volle Gleichberechtigung der

weiblichen Angestellten mit ihren männlichen Berufsgenossen aufgestellt. In bezug auf die Sozialversicherungen wurde gefordert: Herabsetzung des Alters für den Bezug von Ruhegeld auf das 60. Lebensjahr, Erhöhung der Gehaltsgrenze bei der Krankenversicherung auf 4000 Mark, bei der Angestelltenversicherung auf 8000 Mark, Ausdehnung der Unfallversicherung auf alle Angestellten bis zu einem Gehalt von 5000 Mark, endlich die Teilnahme der Versicherten an der Festsetzung der Renten. In einer Eingabe an die Reichsregierung wurde die reichsgesetzliche Regelung der Arbeitslosenversicherung gefordert. Ferner wurden eine achtstündige Höchstarbeitszeit bei geteilter, eine siebenstündige bei ungeteilter Arbeitszeit, der 7-Uhr-Schluß für Geschäfte und Büros sowie die Gewährung von bezahltem Urlaub von 1 bis 3 Wochen verlangt. In der Arbeitskammerfrage erklärte sich der Verband für die Einbeziehung der Angestellten in die allgemeinen Arbeitnehmerkammern.

(Berufsberatung für Frauen.) Der Stadtrat hat die Ausgestaltung der gewerblichen Frauenabteilung des Arbeiterfürsorgeamtes durch Angliederung einer Berufsberatungs- und Fürsorgestelle genehmigt. Für die Berufsberatung sind fünf Beamtinnen in Aussicht genommen, die durch sechs Wochen Gelegenheit hatten, Arbeitsnachweise einiger deutscher Städte kennenzulernen. Die Berufsberatungsstelle, die in der nächsten Zeit ihre Tätigkeit aufnehmen wird, wird zunächst trachten, die Unternehmer, ebenso wie die Stellensuchenden in größerer Zahl als bisher dem städtischen Arbeitsnachweiseamt zuzuführen, damit es alle Ansprüche sofort zu befriedigen in der Lage ist. Der Arbeitsnachweis wird bestrebt sein, die Arbeitsplätze in erster Linie mit männlichen Bewerbern zu besetzen, soweit es sich nicht um ausgesprochene Frauenberufe handelt. Soweit geeignete männliche Arbeitskräfte nicht vorhanden sind, wird getrachtet werden, weibliche Arbeitskräfte unterzubringen, wobei jedoch darauf geachtet wird, daß in den in Betracht kommenden Betrieben die vereinbarten oder üblichen Löhne eingehalten werden.

Die Frauen im Wilmersdorfer Gemeindeleben.

In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung zu Wilmersdorf rief ein von dem Stadtv. Jones (Lib. Fr.) gestellter Antrag auf Verleihung des Stimmrechts an alle in die Kriegsunterstützungskommission gewählten Frauen eine bemerkenswerte Aussprache hervor. Wie der Antragsteller ausführte, war als erstes weibliches Mitglied in diese Kommission die Gattin des Präsidenten von der Borghst mit nur beratender Stimme, dagegen später zwei Frauen aus dem Gewerbebetriebe mit beschließender Stimme hineingewählt worden. Nun hat sich aber ergeben, daß die beiden letzteren sich nur einmal an den wöchentlichen Verhandlungen beteiligt haben, während Frau von der Borghst sich als sehr eifriges Mitglied betätigt hat. Um nicht zwei Klassen von Frauen zu schaffen, wurde die Verleihung des Stimmrechts an alle Frauen der Kommission beantragt. Die Redner sämtlicher Fraktionen stimmten dem Antrage zu, um eine Ungerechtigkeit aus der Welt zu schaffen. Dabei wurde betont, daß man in Zukunft sich erst werde vergewissern müssen, welche Frauen als Mitglieder in die städtischen Verwaltungsdeputationen hineinzuwählen seien. Man könne nur Frauen brauchen, die Zeit haben und sich im Gemeindeleben bewährt haben.

Begen der bestehenden Steuerungsverhältnisse wurde nach dem Vorgehen des Staates und der Berliner Gemeinden eine Erhöhung der laufenden Kriegsteuerzulage für Beamte, Angestellte und Lehrpersonen mit Wirkung vom 1. April d. J. ab beschlossen. Für die Zulagegewährung wurden drei Gruppen gebildet, die 1300 M. (von einem Höchstgehalt von 8200 M. ab), 1200 M. (Höchstg. von 3300 bis 6199 M.) und 1000 M. (Höchstgehalt von 3300 M.) erhalten. Der Zuschlag für jedes Kind ist auf 15 Prozent festgesetzt. Ledigen ohne eigenen Haushalt werden 70 Prozent der Zulage, den Ruhestandsbeamten und Hinterbliebenen 50 Prozent gezahlt. Die städtischen Arbeiter erhalten 45 Pfg. Kriegslohnzulage für die Stunde.

Mit Rücksicht auf den wirtschaftlichen Zusammenhang Wilmersdorfs mit Berlin und den Nachbargemeinden wurde die Einführung der völligen Sonntagsruhe (mit Ausnahme der Nahrungsmittelgeschäfte sowie des Handels mit Blumen und Zeitungen) während der Dauer des Krieges beschlossen. Ein Antrag auf dauernde Einführung der Sonntagsruhe wurde abgelehnt, nachdem Bürgermeister Peters auf die Gleichmäßigkeit des zu erlassenden Ortsstatuts in den städtischen Groß-Berliner Gemeinden hingewiesen hatte.

Dem Provinzialverein vom Roten Kreuz für die Provinz Brandenburg wurden 8400 M. und dem Kriegshilfsverein für die Patenstadt Gerdauen 20 000 M. zur Verfügung gestellt.

Frauenarbeit nach dem Kriege.

Eine der hervorsteckendsten Folgeerscheinungen des nun schon so lange währenden Krieges ist die immer weiter reichende Heranziehung der weiblichen Arbeitskraft auf allen Gebieten, zumal auf solchen, wo ein auch nur zeitweiliges Stocken oder Verjagen von den schwersten wirtschaftlichen Störungen begleitet gewesen wäre. Ursprünglich nur zu Diensten stärker herangezogen, die dazu kamen nach der weiblichen Hand riefen, wie die Krankenpflege und die Kindererziehung, haben wir die Frau nach und nach an alle Aufgaben des täglichen Berufs- und Wirtschaftslebens heranzutreten, und es würde heute beinahe schwer fallen, ein Arbeitsgebiet zu nennen, in dem sich die Frau in jüngster Zeit nicht betätigt hätte. Wir finden sie ebenso hinter dem Verkaufs- und Schreibbrett wie im öffentlichen und privaten Außendienst, am Hebel des Motors wie an der Schreibmaschine, in der Bluse des Eisenbahnbediensteten wie im Reinenittel des Chirurgen. Es gab eine Zeit — und sie liegt noch greifbar nahe hinter uns — da war der Gedanke an eine so vielseitige Betätigung der Frau nur in utopistischen Träumen begeisterter Frauenrechtlerinnen beheim, und mancher sonst recht geachtete Mann schauerte steif und fest auf seinen Möbius, der das Wort vom „physiologischen Schwachsinn des Weibes“ geprägt hatte. Schärfere blickende und ohne Voreingenommenheit urteilende Männer, vor allem solche, die Gelegenheit hatten, das ernst arbeitende Weib — nicht alle arbeitenden Frauen verdienen diese Bezeichnung — am Werke zu sehen und zu beobachten, mußten schließlich längst, daß die weibliche Arbeitskraft in viel ausgedeiteterem Maße verwertbar war, als dies bis dahin geichehen. Wenn sie dieser gewonnenen Ueberzeugung nicht lauter Ausdruck verleihen, als dies geschah, so war für sie wohl die Erwägung maßgebend, daß die Frauenarbeit auf dem besten Wege sei, sich schrittweise durchzusetzen, und daß gerade dieser schrittweise Fortschritt die Gewähr dafür biete, daß das von der der Ernst zu nehmenden Frauenbewegung angestrebte Ziel sicher und ohne merkliche Störung unseres sozialen und wirtschaftlichen Lebens erreicht werden würde.

Da kam der alles erschütternde Krieg, der sich wenig um die Vorteile, die eine ruhige Entwicklung der Frauenarbeit für die Zukunft beschloß, kümmerte, sich aber um so gieriger auf das sich ihm hier anbietende ergiebige Lager von Arbeitskraft stürzte. So geschah, binnen Jahresfrist, was sich sonst vielleicht innerhalb eines Lustums oder eines Jahrhunderts vollzogen hätte: fast alle männlichen Berufe wurden dem Weib zugänglich und wurden von ihm auch ergriffen. Ob mit vollem Erfolg, darüber mögen in einem oder dem anderen Berufszweig die Ansichten noch auseinandergehen; daß sich die weibliche Arbeitskraft aber im allgemeinen und trotz der erschwerten Umstände, die sich heute fast auf allen Arbeitsgebieten geltend machen, in ausgezeichneter Art bewährt hat, dürfte heute von niemandem mehr geleugnet werden.

So müßte man denn annehmen, daß die Freunde des Frauenfortschrittes alle Ursache hätten, mit der Entwicklung der Dinge zufrieden zu sein. Aber dem ist nicht so — sie schauen vielmehr mit Sorge in die nächste Zukunft. Denn sie verhehlen sich nicht, daß ein Rückschlag kommen muß, der um so heftiger wirken wird, je länger er auf sich warten läßt. Die Demobilisierung und das damit verbundene, wenn auch nur allmähliche Wiedereintrücken der männlichen Arbeitskräfte zu ihren Berufen wird ein Heer von weiblichen Kräften freimachen, und

zwar in viel schnellerem Maße, als sie von der Friedenswirtschaft absorbiert werden können. Es würde von wenig Einsicht zeugen, diese Sorge einfach mit dem Hinweis abzutun, daß alle diese Frauen ja früher, ehe man sie in so irrtümlichem Maße zum Ersatz für die Männer heranzog, doch auch ihren Lebensunterhalt gefunden haben müssen. Denn die Welt ist inzwischen nicht stillgestanden, und die Lebensmöglichkeiten in ihr sind — leider — inzwischen nicht besser geworden. Tausende und Tausende von Mädchen und Frauen standen früher in häuslichen Diensten, von ihnen wird nur ein Teil — vielleicht kein allzu großer — wieder zur alten Tätigkeit zurückkehren können. Denn aus der Not an Dienstpersonal, von der man heute sprechen hört, wird dann rasch ein Ueberfluß geworden sein, weil ungezählte Familien infolge des wirtschaftlichen Rückschlusses, den sie durch den Krieg erdulden mußten, auf Jahre hinaus auf die Dalkung solchen Personals werden verzichten müssen. Ähnlich werden sich die Verhältnisse für die Intelligenzarbeiterin gestalten; denn Industrie und Verkehrswesen werden nicht sprunghaft, sondern nur allmählich zu ihrem Friedensumfang zurückfinden und damit auch nur nach und nach in die Lage kommen, die freigeordnete Arbeitskraft aufzufangen. Die Versorgungsmöglichkeiten durch die Ehe haben gleichfalls eine wesentliche Einbuße erfahren; die Verluste an männlichem Leben, die gesteigerten Schwierigkeiten, die sich der Gründung und Erhaltung eines Hausstandes entgegenstellen werden, sind zu groß, um schnell überwunden zu werden. Späterhin freilich, wenn wir erst einmal in der Lage sein werden, uns frei von allen Hemmnissen dem Wiederaufbau unseres wirtschaftlichen Lebens zu widmen, an die Wiederherstellung aller zerstörten Güter heranzugehen, dann wird man sich gern der im Kriege gewonnenen Erfahrungen mit der weiblichen Arbeitskraft erinnern: dann wird die Zeit gekommen sein, wo keine Hand wird müßig bleiben müssen, die geeignet ist, an diesem großen Werke mitzuschaffen. Und daran wird sich hoffentlich auch die Zeit schließen, in der man erkennen wird, daß man der Frauenkraft nicht nur im wirtschaftlichen, sondern auch im kulturellen Leben braucht, wenn jemals die Höhe einer wirklichen Kultur erklimmen werden soll.

Die ersten Friedensjahre aber werden schwere Jahre für die arbeitende Frau sein, schwerere, als ihr jemals beschieden waren. Man wird an ihren Sorgen nicht achtlos vorübergehen dürfen, wenn man sich mit den sogenannten „Uebergangsproblemen“ befaßt. Die Volkswirtschaftslehre erzählt uns, daß man die nach großen politischen Erschütterungen auftretenden Perioden der Arbeitslosigkeit durch sogenannte „Notstandsarbeiten“ mit Erfolge gemildert hat. Die nächste Zukunft wird an uns die Forderung stellen, dafür zu sorgen, daß bei diesen Notstandsarbeiten auch die Frau ein Arbeitsplätzchen finde.

Vorbereitung der Landfrauen für die Uebergangswirtschaft.

Heute wurde der Lehrkurs für Lehrerinnen, Lehrerinnen sowie für Hausfrauen und Töchter auf dem Lande eröffnet. Der Lehrkurs, der von sämtlichen bürgerlichen Frauenorganisationen Wiens und Niederösterreichs veranstaltet wird, hat den Zweck, den Teilnehmerinnen einen Einblick in die durch die außerordentlichen Verhältnisse bedingten Wirtschaftseinrichtungen gewinnen zu lassen und sie mit den besonderen Anforderungen bekannt zu machen, welche während der bevorstehenden Uebergangswirtschaft an die Tätigkeit der landwirtschaftlichen Bevölkerung in der Wirtschaft und im Hauswesen gestellt werden. Auch soll er die Beziehungen zwischen Stadt und Land kräftigen und einen möglichst direkten Verkehr zwischen Erzeugern und Verbrauchern anbahnen. Die Teilnehmerinnen sollen bei ihrer Rückkehr in ihre Heimat den Frauen und Töchtern des Landes in der Form von Vorträgen oder im Wege persönlicher Beratung die gezielte Fortführung ihrer Wirtschaft und ihres Haushaltes erleichtern. Auch sollen sie auf diese Weise die Landfrauen und Töchter des Landes bestimmen, die weiterhin notwendige Sparsamkeit in der Ernährung der Menschen und in der Verwendung der für die Erhaltung der Viehbestände in Betracht kommenden Futtermittel walten zu lassen. Eröffnungen waren namens des Ackerbauministeriums Sektionschef v. Ertl, ferner Sektionschef Köhler, Reichsratsabgeordneter Schreiner, Sektionsrat Dr. v. Galban, Ministerialsekretär Doktor Winter und Sekretär Murauer aus Wien. Unter den anwesenden Damen bemerkte man Fürstin Fanni Starhemberg, Erzherzogin v. Seidler, Baronin Langenhan, Baronin v. Eiseleberg, Frau General Sthoff, Frau Helene Granitsch, Frau von Sprung, Frau Schubert, Frau Hoffmann u. v. a. Die Veranstalter des Kurses waren vertreten durch Frau Gräfin Walterskirchen für die Katholische Reichsorganisation in Wien und die Katholische Frauenorganisation in Niederösterreich, durch Frau Marianne Heinisch für den Bund österreichischer Frauenvereine in Wien, durch Frau Sab für die Reichsorganisation der Hausfrauen Oesterreichs und Frau Bacher für den Verband deutscher Hausfrauen Oesterreichs in Wien. Frau Marianne Heinisch eröffnete den Kurs mit einer Ansprache, worin sie die Bedeutung des Kurses hervorhob. Frau Gräfin Walterskirchen teilte mit, daß der Bürgermeister sein Fernbleiben entschuldigt habe. Sektionschef v. Ertl begrüßte die Versammlung im Namen

des Ackerbauministeriums und meint, die versammelten Frauen werden bestimmt sein, Pioniere zu bilden für die Idee, der landwirtschaftlichen Bevölkerung eine größere Basis für ihr Wissen, für ihr wirtschaftliches Leben, für die ländliche Wohlfahrt- und Sanitätspflege zu verschaffen. Redner betont darauf, daß die Bedeutung dieser Idee schon früher erkannt wurde, und daß jetzt die Ueberzeugung von der Bedeutung der landwirtschaftlichen Erzeugung immer stärker wurde. Die Frauen der Landwirte, die sich im Kriege in bewundernswürdiger Weise benommen haben, werden durch die Erfahrungen des Krieges belehrt sein, die Bildung dort aufzunehmen, wo sie zu finden ist. Redner wünscht schließlich dem Kurse den besten Erfolg.

Die Gewinnung von Nahrungsmitteln aus wildwachsenden Pflanzen.

Professor Dr. Kaserer hielt hierauf einen Vortrag über die „Gewinnung von Futter- und Nahrungsmitteln aus wildwachsenden Pflanzen“. Der Vortragende, der in seinen Ausführungen etwas sehr weit ging und unter anderem Vorschläge machte, die momentan jeder praktischen Bedeutung entbehren, befaßte sich zunächst mit den Wildfrüchten und führte unter anderem aus:

Die Behauptung, daß Rohkostarten dazu verwendet werden, um dem Brote beigemischt zu werden, muß als vollständig unrichtig erklärt werden. Es wäre allerdings besser, wenn wir in der Lage gewesen wären, verarbeitete Rohkostarten dem Brote beizumengen. In der Erntemittelkassierung werden übrigens Erzeugnisse aus Rohkostarten zu sehen sein. Für die Zukunft wird die Rohkostart an Bedeutung gewinnen, da ein Teil des eingeführten Maises durch Rohkostarten ersetzt werden könnte, und es daher wünschenswert erscheint, für eine stärkere Anpflanzung der Rohkostart bei Zeiten Vorkehrung zu treffen. Die Getreide, die früher oft dem Brote zugesetzt wurde, wird heute bei der Erzeugung des Kriegslaffes mitunter verwendet, dessen höchst geringer Nährwert zugegeben werden muß. In Oesterreich wurden 2 Millionen Kilogramm Getreide aufgebracht. Was das Wildobst anbelangt, so kann aus Vogelbeere, Weißdorn, Vogelkirsche und Hartweizengrasen Kompott hergestellt werden; doch ist sehr viel Joder erforderlich, weshalb diese Kompottgewinnung nicht aussichtsreich ist. Im vorigen Jahre wurden bloß 1700 Kilogramm Vogelbeeren aufgebracht. Unter den Wildfrüchten sind die Bucheln zu erwähnen, für deren Sammlung in Deutschland Prämien gewährt wurden, wodurch ein großer Erfolg erzielt wurde. Die Flechten, wie das isländische Moos, lassen sich verwenden, in Norwegen wird Hechtbrod gegessen. Flechten sind, wenn sie entblüht sind, ein gutes Rohmaterial, auch als Mehl für Konditoreien. Eine systematische Einrentung der Flechten wäre der uns am raschesten zu größerer Nahrungsmittelmenge führende Weg; doch ist Fuhrwerk und die Möglichkeit, diese Flechten zu entblühen, unbedingt nötig.

Die Getreide- und Mehlerzeugung.

Hierauf hielt Sektionsrat Dr. Friedrich Gaertner einen Vortrag über „Getreide- und Mehlerzeugung“. Er führte u. a. aus:

Die Getreidebewirtschaftung steht im engsten Zusammenhange mit den Erzeugnissen, wie mit den Verbrauchsverhältnissen des Bewirtschaftungsgebietes. Oesterreich ist im Gegensatz zu Ungarn und Deutschland unter allen Umständen Abhängigkeit. Selbst bei der besten Bewirtschaftung und seiner höchsten Durchföhrung ist die Broternährung der Bevölkerung ohne auswärtige Zuschüsse nicht überzustellen. Selbst bei den strengsten Maßnahmen, wie Düngentüzung der Landwirte, Abnahme von Saatgut, Ausschreibung von Kontributionen auf den Selbstverjorgungsvorrat usw. bleibt der städtische Bedarf teilweise unbedeckt, weshalb genügende Zufuhren unbedingt notwendig sind. Der Jahreskonsum an Körnerfrüchten betrug in Oesterreich für den Brot- und Mehlbedarf im Frieden 40 bis 45 Millionen Meterzentner. Daran hatten die Nichtselbstverjorger einen Anteil von 22 bis 25 Millionen Meterzentner, der zu mehr als 70% durch Importe (hauptsächlich Weizen) gedeckt wurde. Die eigene Ernte betrug in Oesterreich im Frieden 60 Millionen Meterzentner Körnerfrucht (Weizen, Roggen, Gerste und Mais). Dagegen war der Ertrag im Jahre 1915/16 35, 1916/17 31, 1917/18 28 Millionen Meterzentner. An dem rapiden Sinken der Ernte ist der Rückgang der Anbaufläche infolge Verlust, bzw. Verjörung landwirtschaftlicher Gebiete Ostgaliziens ungenügende Bodenbearbeitung, unzureichende Düngergzufuhr und vielfach Mangel an hochwertigem Saatgut schuld. Der Bedarf ist aber trotz der Nationalisierung kaum geringer als im Frieden, da der Friedenskonsum nach statistischen Erhebungen 7-7 Kilogramm Mehl pro Monat betrug. Die staatliche Bewirtschaftung versuchte zunächst zu strecken, d. h. man war bemüht, das Loch der Getreideernährung zu stopfen, daher Heranziehung von Mais, Gerste und Kartoffeln zur Broitreibung. Allmählich gelangte man zur systematischen Heranziehung aller Nährstoffe. Damit begann der Wettbewerb zwischen Mensch und Tier. Damit wurde die durch den Mangel an Kraftfuttermitteln ohnehin bestehende Futtermittelverknappung und es begann das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung einzutreten, nämlich, unerlaubte Verfütterung von Getreide durch den landwirtschaftlichen Erzeuger. Die Getreidebewirtschaftung, die im Kriege improvisiert werden mußte, bleibt ein Teil der gesamten Kriegswirtschaft und muß deren Schwankungen mitmachen. Das Bestreben bei der Uebergangswirtschaft muß nun sein: Erhöhung der Kopfquoten sowie Ueberweisung von Rohmaterial für die Nahrungsmittelgewerbe und Industrien (Zuckerbäckereien, Brauereien usw.). Ferner müssen die Futterquoten erhöht werden, also eine geringere Ausmahlung vorgenommen werden, damit Kleie und Futtermehle als Nahrungsmittel für die Tiere abgegeben werden können. Ebenso müssen Futtermehle und Mais zur Nahrung der Tiere den Landwirten überlassen werden. Dieses Programm kann aber nur dann durchgeführt werden, wenn eine starke ausländische Zufuhr Platz greift, wobei Straffe Eintheillichkeit bei der Durchführung unbedingt notwendig ist.

Nachdem die Vorsitzende Frau Heinisch noch der Universität den Dank für die gewährte Gastfreundschaft ausgesprochen hatte, wurde die Sitzung geschlossen.

Die Vorträge des Uebergangskurses werden während der ganzen Woche gehalten werden.

Morgen Dienstag um halb 10 Uhr vormittags spricht im kleiner Festsale der Universität Frau Fürstin Fanni Starhemberg über „Ländliche Haushalte“ und Frau Berta Bacher über „Städtische Haushalte“.

(Frauenkurse für Uebergangswirtschaft.)
Vorgestern wurde hier ein Lehrkurs für Lehrerinnen, Lehrerinnen sowie für Hausfrauen und Töchter auf dem Lande eröffnet. Dieser Kurs, der von sämtlichen bürgerlichen Frauenorganisationen Wiens und Niederösterreichs veranstaltet wird, hat den Zweck, den Teilnehmern entsprechenden Einblick in die durch die außerordentlichen Verhältnisse bedingten Wirtschaftseinrichtungen gewinnen zu lassen und sie mit den besonderen Anforderungen bekannt zu machen, die während der bevorstehenden Uebergangswirtschaft an die Tätigkeit der landwirtschaftlichen Bevölkerung in der Wirtschaft und im Hauswesen gestellt werden. Auch soll er die Beziehungen zwischen Stadt und Land kräftigen und einen möglichst direkten Verkehr zwischen Erzeugern und Verbrauchern andahnen. Frau Marianne Sainisch eröffnete den Kurs mit einer Ansprache, worin sie die Bedeutung des Unternehmens hervorhob. Sektionschef v. Ertl begrüßte die Versammlung im Namen des Ueberbauministeriums und meinte, die versammelten Frauen werden bestimmt sein, Pioniere zu bilden für die Idee, der landwirtschaftlichen Bevölkerung eine größere Basis für ihr Wissen, für ihr wirtschaftliches Leben, für die ländliche Wohlfahrts- und Sanitätspflege zu verschaffen. Die ersten Kursvorträge hielten hierauf Prof. Dr. Kaserer und Sektionsrat Dr. Gaertner. Gestern wurde der Kurs fortgesetzt. Es sprachen Fürstin Fanni Starghemberg über „Ländliche Haushalte“ und Frau Verta Pacher über „Städtische Haushalte“. Sie leate die Grundzüge einer modernen hauswirtschaftlichen Ausbildung dar, und bezeichnete die Pflicht haushaltungsschule als eine Notwendigkeit. Unter anderem führte sie aus: Ebenso wie die Ernährung des Volkes nicht mehr dem Zufall preisgegeben sein wird, weil Produktion und Konsumtion in besser geregelte Uebereinstimmung gebracht werden, ebenso dürfe das Kochgeschäft nicht ungelerten Händen überlassen bleiben. Wir haben uns rasch an die modernen Errungenschaften gewöhnt, nur im Betrieb der Hauswirtschaft sind wir rückständig wie zu Urgroßmutter's Zeiten. Wir müssen daher ebenso wie unsere Schwestern im Deutschen Reiche alles, was die Industrie für das Küchengebiet erzeugt, versuchen, um mit diesen Behelfen in kürzerer Zeit unsere Hauswirtschaft zu besorgen. Das eigene Heim, der eigene Herd aber darf und soll nicht verschwinden; gerade fest muß vorgeschrotet werden, um die Grundlagen für die Sinnigkeit des Familienlebens zu heben und zu festigen. Alle Hausfrauen müssen einmütig dafür eintreten, daß die Hausfrauentätigkeit geachtet als ein Beruf anerkannt werde und dem Hausfrauenstande alle Rechte und Vorteile des Berufes erwachsen.

**Vorbereitung der Landfrauen für die
Uebergangswirtschaft.**

In der heutigen Tagung des Kurfes für Uebergangswirtschaft hielt Professor Dr. Adolf Ostermayer einen Vortrag über die „Grundsätze und Richtlinien für die Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung“ und besprach die Motive der landwirtschaftlichen Produktion vom volkswirtschaftlichen und vom privatwirtschaftlichen Standpunkte sowie die Bedingungen der landwirtschaftlichen Produktion, die dem Einflusse der Natur, der wirtschaftlichen Verhältnisse und der Gutsgröße unterworfen sei. Er erörterte sodann die Elemente der Betriebsintensität des Landgutbetriebes und wies darauf hin, daß die Landwirtschaft nach dem Kriege mit steigendem Mangel an landwirtschaftlichen Kräften und steigenden Löhnen zu

rechnen haben werde. Er sei der Meinung, daß wir nach dem Kriege in demselben Maße, in welchem unsere Zentralenwirtschaft und die Schleichwirtschaft beseitigt wird, mit einem Sinken der Preise der landwirtschaftlichen Produkte zu rechnen haben werden. In Besprechung der Rentabilitätsentwicklung der Landwirtschaft kommt Redner zu folgenden interessanten Schlüssen: 1. Während der Kriegszeit hat die Getreidewirtschaft mit Stallhaltung die niedrigste Rentabilität, woraus sich die Tatsache ergibt, daß die Getreidepreise den Produktionskosten nicht zu entsprechen vermögen, während die Wirtschaft mit Weidebetrieb am günstigsten steht, d. h.: unter den Produktionsbedingungen des Krieges hat die Stallhaltung geringe Rentabilität aufzuweisen. 2. In der kommenden Friedenszeit weist bei Preisreduktion tierischer und pflanzlicher Produkte die Rentabilität der Betriebe ohne Weidewirtschaft ein bedeutendes Sinken auf, während die Weidewirtschaft ein Ansteigen ihrer Rentabilität verzeichnet. 3. In der künftigen Friedenszeit wird die Getreidewirtschaft mit Stallbetrieb am ungünstigsten stehen, dann wird die Getreidewirtschaft mit Weidebetrieb folgen. Höher wird die Rübenwirtschaft mit Stallhaltung und noch höher die Rübenwirtschaft mit Weidebetrieb stehen. Den höchsten Grad der Rentabilität wird die Weidewirtschaft aufweisen. Unter diesem Zwange wird daher das Betriebstempo in der Richtung der Weidewirtschaft vor sich gehen und der Getreidebau wird auch nach dem Kriege durchaus nicht eine solche Rente abwerfen, daß hiedurch die Landwirte veranlaßt werden, sich diesem Betriebszweige zu widmen.

— Hierauf hielt Regierungsrat Rudolf Kufusch einen Vortrag über die „Hebung der Viehzucht“. Er besprach die für die Hebung der Viehzucht zu beachtenden Grundsätze, verwies auf die die landwirtschaftliche Produktion störenden Einflüsse, die von den Konsumenten nicht immer gebührend gewürdigt werden, und bezeichnete als Vorbedingung für einen gedeihlichen Viehzuchtsbetrieb eine erhöhte Bodenproduktion. Er lenkte die Aufmerksamkeit auf die Frage der sorgfältigen Bodenbearbeitung und zweckmäßigen Verwertung des Düngers und empfahl die Schaffung günstigerer Stallverhältnisse auch vom Standpunkte der Gesunderhaltung unserer Viehbestände. Die vielfach nicht befriedigenden Leistungen sind nicht nur in ungenügender Ernährung, sondern auch in wenig sorgfältiger Auswahl des Zuchtmaterials gelegen, weshalb die Zuchtwahl in häuerlichen Zuchtbetrieben anzuregen und einzuführen wäre. Der Abgang an Zuchtvieh wäre durch reichliche Jungviehaufzucht zu ergänzen. Im Hinblick auf die dem Schweine eigentümliche schnelle Vermehrung wird der Wiederaufrichtung der Schweinezucht volle Sorgfalt zuzuwenden sein, um die wünschenswerte flaglose Versorgung der Bevölkerung mit Fett und Fleisch raschest zu ermöglichen. Der große Bedarf an Schafwolle muß es jedem Landwirt zur Pflicht machen, die Schafhaltung in seinem Betriebe einzuführen. Da die Schafzucht durch die wesentlich gesteigerten Fleisch- und insbesondere Wollpreise eine befriedigende Rentabilität sichert, liegt kein Grund vor, die Schafhaltung weiters einzuschränken und aufzulassen. Zum Schlusse verwies der Redner darauf, daß die Ziegenhaltung während des Krieges eine nie geahnte Verbreitung erfahren habe. Um die stets steigende Nachfrage nach Milchziegen befriedigen zu können, muß der Ziegenzucht volle Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Frauenarbeit in der Uebergangswirtschaft.

Der Bund Deutscher Frauenvereine und der Ständige Ausschuss zur Förderung der Arbeiterinneninteressen hatten sich zu einer gemeinsamen Tagung zusammengefunden, die heute vormittag im Bräuervereinshaus ihren Anfang nahm. Staatliche und städtische Behörden, gewerkschaftliche Organisationen, sozialpolitische und andere Vereine haben zu der Tagung ihre Vertreter entsandt.

Die Vorsitzende Fräulein Margarethe Friedenthal bezeichnete in ihrer Begrüßungsansprache als Teil der Konferenz: zu bezuschlagen, wie die zahllosen, in der Kriegsarbeit tätigen Frauen bei Beginn des Friedens wieder in ein geordnetes Familienleben, in geregelte Arbeitsverhältnisse zurückgeführt werden können. Vor dieser großen gemeinsamen Aufgabe haben heute alle Gegensätze zu schweigen. Möglichst reibungslose Ueberleitung in eine neue Friedenswirtschaft und innerhalb dieser Verwertung jeder Arbeitskraft an der für sie geeigneten Stelle sind die obersten Forderungen. Die Mitarbeit an diesen Teilen ist der beste Dank, den wir unseren Kämpfern draußen bieten können, ein Dank der Tat an den arbeitenden Frauen, die als wirtschaftlich Schwächsten in erster Linie des Schutzes bedürfen. Schließlich bemerkte die Rednerin, daß mangels vollständigen Materials die Frauenarbeit in der Landwirtschaft sowie die Wirkung der Frauenarbeit auf den Gesundheitszustand der Frauen aus den Erörterungen zurückgestellt werden mußten.

Hierauf sprach Fräulein Dr. Gertrud Bäumer über die Bedeutung der Frauenarbeit in der Kriegswirtschaft. Der Krieg schleuderte die Frauen zunächst aus den Berufen heraus und warf sie dann von einer wirtschaftlichen Front an die andere; Staat und Unternehmer mußten so viel Produktion wie irgend möglich aus den Frauen herausholen, die Kriegswirtschaft bedurfte der Massen, und so gelangte ein großes Heer ungelerner Frauen zu Stellungen in Handwerk, Industrie usw. Aus den Ziffern der Krankenkassen geht hervor, daß die Zahl der weiblichen Mitglieder im Kriege auf 60 Prozent angewachsen ist. Das Versagen der Frauenarbeit auf manchen Gebieten ist auf das Fehlen jeglicher Berufstradition zurückzuführen. Dem stehen in mittleren und höheren Berufen jedoch gute Resultate gegenüber. In der Metall-, Hütten- und Maschinenarbeit sowie in der elektrischen Industrie hat der Anteil der Frauenarbeit sich um das Fünffache, in der chemischen Industrie um das Vierzehnfache vermehrt; in der Metall-, Hütten- und Maschinenindustrie ist der Anteil der weiblichen Arbeit von 7 vom Hundert auf 26 v. H. angestiegen, in der elektrischen Industrie von 26 auf 62 v. H., in der chemischen Industrie von 10 auf 39 v. H. Eine starke Steigerung der Frauenarbeit wußt auch die Leder- und Papierindustrie auf. In der Eisenbahnindustrie ist die Anzahl der Frauen weiter von 10 000 auf 100 000 gestiegen, bei der Post ist eine Steigerung auf über 40 000 festgestellt. Neben diesen statistischen Zahlen erwähnte die Vortragende jedoch auch die Rehrseite der Medaille, den Rückgang der Qualitätsleistung sowie das Eindringen von halb und unzulänglich vorgebildeten Frauen in Berufe, die vorher ausschließlich von Männern ausgeübt wurden, wie z. B. das Bankfach. Die Rednerin betonte, daß nur dort, wo die Frauenarbeit nicht nur äußerlich der Arbeitskraft angepaßt ist, sondern sich mit den inneren Anlagen der Frau deckt, eine wertvolle Dauerleistung erzielt werden kann. Produktionsinteresse und Anpassung der Frauenarbeit an die natürlichen Lebensbedingungen des Frauenlebens müssen zusammentreffen.

Frauenarbeit und Uebergangswirtschaft

Zu der Tagung des Bundes Deutscher Frauenvereine und des ständigen Ausschusses zur Förderung der Arbeiterinneninteressen versammelten sich heute im Brüderverein Vorsitzende und Mitglieder der Frauenverbände ganz Deutschlands und Vertreter der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden, des Reichswirtschaftsamts, der Kriegsrämter und Gewerkschaften. Fräulein Margarete Friedenthal eröffnete die Tagung, in der sie als Ziel der gemeinsamen Arbeit des Bundes und des ständigen Ausschusses die Untersuchung bezeichnete, um Mittel und Wege zu finden, wie die zahllosen in der Kriegsarbeit tätigen Frauen bei Beginn des Friedens wieder in ein geordnetes Familienleben und in geordnete Arbeitsverhältnisse zurückgeführt werden könnten.

Dr. Gertrud Bäumer legte dann die Grundzüge der Frauenfrage in der Kriegswirtschaft dar. Es sei unmöglich, über irgendeinen Ausschnitt aus der Frauenarbeit im Kriege zu sprechen, ohne gleichzeitig die Kriegswirtschaft als solche zu behandeln, und die Aufstellung von Richtlinien für die Uebergangswirtschaft müsse sich täglich den Änderungen in der Kriegswirtschaft anpassen. Bei der Frauenarbeit decken sich die Forderungen des Heute und des Morgen, denn alles, was man für die Uebergangswirtschaft an sozialen Einrichtungen fordern müsse, sei ein Bedürfnis für die Gegenwart. Fräulein Dr. Bäumer zeigte dann in großen Zügen die zahlenmäßige Vermehrung und die Bewährung der Frauenarbeit in der Gestalt, die sie bis zum Kriegsausbruch und während des Krieges angenommen hat. Während in der Industrie die ungelernete Arbeit stieg, ist bei den mittleren und höheren Berufen die Arbeitsleistung gestiegen. Im deutlichsten zeigt sich das im Handwerk. Im Jahre 1909 gab es im ganzen deutschen Handwerk nur 1070 weibliche Lehrlinge, 340 Gesellinnen und 70 Meisterinnen. 1914 gab es allein im Schneiderinnengewerbe 29 000 Lehrlinge, 21 800 Gesellinnen und 9000 ordnungsmäßig ausgebildete Meisterinnen. Was den Familienstand anbetrifft, so hat die Arbeit der Ehefrauen ihre steigende Tendenz von 1907 bis zum Kriegsausbruch gewahrt.

Der Anteil der Frauenarbeit an der Kriegswirtschaft ist zahlenmäßig nicht festzustellen, weil gerade dort, wo der Hauptwert der Frauenarbeit im Kriege liegt, nämlich in der Fortführung der Geschäfte der einberufenen Männer, und dadurch in der Erhaltung der ganzen Existenzgrundlage, statistische Erfassung nicht möglich ist. In den einzelnen Zweigen der Kriegsindustrie, z. B. in der Metall-, Kisten- und Maschinenindustrie, hat sich die Frauenarbeit zwar vervielfacht, und in der chemischen Industrie ist sie auf das Viereinhalbfache gestiegen, aber im ganzen ist die Frauenarbeit doch nicht imstande gewesen, den Ausfall der Männerarbeit zu decken. Da in der ganzen Volkswirtschaft ein Nachlassen der Leistungsfähigkeit zu bemerken ist, so ist auch die Frauenarbeit in der Gatte teilweise gesunken, weil einerseits die Rohstoffe größer sind und die geforderte Arbeit weniger fein ist, und andererseits die ganze Arbeitsweise zu sehr normallisiert und schabiniert werden mußte. Im ganzen hat sich die Frauenarbeit am besten dort bewährt, wo ein Anlernen möglich war, während überall dort, wo ein plötzliches Sichhineinfinden notwendig war, die Arbeit den Frauen schwerer fällt.

Anschließend sprach Oberster Regierungsrat Professor Dr. Wiedenfeld über die Rohstoffversorgung in der Kriegswirtschaft.

Frauenarbeit in der Uebergangswirtschaft.

Wie die Probleme, die sich für die Frauenarbeit in der Uebergangszeit ergeben und in der gestrigen Sitzung gekennzeichnet worden sind, zu lösen sind, war die Aufgabe der Vorträge, die heute vormittag bei der Tagung des Bundes deutscher Frauenvereine und des ständigen Ausschusses zur Förderung von Arbeiterinneninteressen gehalten wurden. Dr. Alice Salomon legte die allgemeinen Grundzüge zu dieser Lösung dar und schlug als Plan eine Demobilisation vor, daß als erste Gruppe die Frauen aus der Arbeit entlassen werden, die nicht auf Verdienst angewiesen sind, sodann diejenigen, die geeignet sind, in einen anderen früheren Beruf zurückzukehren, z. B. zur Landwirtschaft, als Diensthöfen usw., und schließlich die Jugendlichen, die noch einer Ausbildung zugeführt werden können.

Fräulein Bertha Dehrlind wies zunächst im Auftrage des Kriegsamtes darauf hin, daß, wenn man schon die Vorarbeiten für eine Uebergangswirtschaft machen müsse, doch gegenwärtig noch die dringlichste Aufgabe die weitere Beschaffung weiblicher Arbeitskräfte für die Kriegswirtschaft sei und alle Frauenverbände dahin wirken müßten, die Frauen von der Pflicht zur Arbeit zu überzeugen. Sie schilderte dann die Aufgaben des Arbeitsnachweises für die Uebergangswirtschaft. Die Arbeitsnachweise müssen die Arbeiterinnen sofort nach ihrer Entlassung erfassen und beraten, um Arbeitslosigkeit zu verhindern und sie solchen Berufszweigen zuzuführen, die Arbeitskräfte bedürfen. Um das Erfassen aller Arbeiterinnen zu ermöglichen, müssen die Fabriken die Kündigung rechtzeitig ergehen lassen und sofort bei der Kündigung auch die Arbeitsnachweise und bei der Entlassung von mehr als fünfzig Arbeiterinnen auch die zuständigen Zentralauskunftsstellen bei den Kreisämtern benachrichtigen, damit bei abgelegenen Betrieben, in deren Gegend kein Arbeitsnachweis ist, für diese Zeit des Bedarfs ein fliegender Arbeitsnachweis ausgemacht wird. Gute Beratung ist von der Vermittlung nicht zu trennen und deshalb muß die im Kriege geschaffene Einrichtung der Fürsorgeberatungsstellen im Anschluß an die Arbeitsnachweise nicht nur bestehen bleiben, sondern planmäßig ausgebaut werden. Schließlich sei es durchaus notwendig, geeignete Persönlichkeiten als Beamtinnen für die Arbeitsnachweise zu gewinnen und auszubilden.

Dr. Käthe Gabel sprach über die Arbeitsbeschaffung und Erwerbslosenfürsorge. Die Frage der Notstandsarbeiten für Frauen sei bisher noch viel zu wenig erwogen worden. Nur wenige Gemeinden hätten bisher nach dieser Richtung Vorsorge getroffen. Als letztes Glied in der Fürsorge für die Frauen müsse eine Erwerbslosenunterstützung vorgesehen werden, um das Sinken der Arbeiterinnen aus ihrer Schicht in das unterste Proletariat zu verhindern. Sozialpolitik und Wohlfahrtspflege müssen in systematischer Verknüpfung angewendet werden; die Erwerbslosenunterstützung dürfen nicht in das Bestehen der Gemeinde gestellt und auch nicht von ihren Vermögensverhältnissen abhängig gemacht werden, sondern die Kosten müssen vom Reich und den Einzelstaaten und teilweise von besonderen Zweckverbänden getragen werden. Bei den Jugendlichen müsse mit der Arbeitslosenunterstützung eine starke erzieherische Beeinflussung Hand in Hand gehen und das Geld der Familie, nicht dem Jugendlichen selbst in die Hand gegeben werden. Jedenfalls sei der Zusammenhang zwischen der Familie und den Jugendlichen möglichst zu betonen. Fräulein Anna Schmidt und Fräulein Hildegard von Gierke sprachen dann über Arbeiterinnenschutz und soziale Fürsorge.

Die Frauenarbeit in der Uebergangswirtschaft.

In der gestrigen Nachmittagsitzung der gemeinsamen Tagung des Bundes deutscher Frauenvereine und des Ständigen Ausschusses zur Förderung der Arbeiterinneninteressen wurde das Hauptthema, die Frauenarbeit in der Uebergangswirtschaft, eingehend erörtert. Die erste Rednerin, Fräulein Dr. Marie Elisabeth Lüders, gab einen Umriss der Probleme, die sich aus dem heutigen Stande der Frauenarbeit im Kriege für die Uebergangswirtschaft ergeben. Der Demobilisierung der Frauenarbeit stellen sich nach zwei Richtungen hin Schwierigkeiten entgegen. Diese liegen darin, daß vielfach die Absicht besteht, die Frauenarbeit auch nach dem Kriege da beizubehalten, wo diese Arbeit sozialpolitisch bedenklich ist, und ferner darin, daß die Entlassung großer Scharen von weiblichen Arbeitskräften nicht nach volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen Rücksichten erfolgen werde, sondern mehr nach der zufälligen Lage der einzelnen Industriezweige. Das Problem der Frauenarbeit ist für die Wiederherstellung unserer Volkskraft nach dem Kriege und für die Bewältigung der volkswirtschaftlichen Aufgaben von so großer Bedeutung, daß eine Regelung über den Rahmen des bisher Ueblichen hinaus nötig und gerechtfertigt ist.

Ueber die besonderen Probleme, die sich für die Arbeiterinnen in der Uebergangswirtschaft ergeben, sprach dann Fräulein Dr. Hilde Dyppeheimer. — Fräulein Klara Kleined wies besonders nachdrücklich auf den Mangel hin, daß während des Krieges die Zahl der kaufmännischen Angestellten usw. durch außerordentlich starken Zuzug aus fremden Berufen und ungenügend ausgebildetem Nachwuchs ungewöhnlich gestiegen sei, so daß hier vor allem das Problem der Zahl seiner Lösung harre. — Die Probleme der Uebergangswirtschaft in bezug auf die höheren weiblichen Berufe erörterte Fräulein Dr. Hildgard Radomski, die besonders die sich aus dem starken Anwachsen der weiblichen Studierenden ergebenden Fragen beleuchtete.

Frauenarbeit in der Uebergangswirtschaft.

Die weiteren Verhandlungen der gemeinsamen Tagung des Bundes deutscher Frauenvereine und des Ständigen Ausschusses zur Förderung der Arbeiterinneninteressen beleuchteten die Probleme der Frauenarbeit wie der Uebergangswirtschaft im Hinblick auf die Lage der Arbeiterinnen (Dr. Hilde Oppenheimer), der Angestellten (Klara Meined) und der höheren Berufe (Dr. Hildegard Radomski). Form und Art der Entlassung und Rückbeförderung der in den zahlreichen Kriegsbetrieben tätigen ortsfremden Arbeiterinnen, ebenso Wege zur Lösung der dringendsten Notstände wurden eingehend erörtert. Dr. Marie Lüders wies dabei in überaus klarem und durchdachtem Vortrag auf die Umwälzungen hin, die die Wiedereinführung des dringend notwendigen Arbeiterinnenschutzes zur Folge haben werde, und auf die Gefahr der Lohnunterbietung der zur Entlassung kommenden Frauen, die die Männer schädigen könnte.

Das Ziel, eine möglichst große Wirtschaftlichkeit in der Ausnutzung der vorhandenen Kräfte, müsse durch vorsorgende Lastenverteilung unter den Geschlechtern erreicht werden.

Einzelheiten zur Lösung der Probleme brachten die Vorträge von Dr. Alice Solomon, Berta Delbrück, Dr. Käthe Gabel, Anna Schmidt und Hildegard v. Gierke, die über den Ausbau der Arbeitsnachweise, Arbeitsbeschaffung und Erwerbslosenfürsorge, Arbeiterinnenschutz und soziale Fürsorge sprachen, während zum Schluß Dr. Marie Baum dafür eintrat, daß eine Reichszentrale für Frauenarbeit geschaffen werden solle, die die außerordentlich wichtigen Anteile der Frauenreferate der Kriegsamtsstellen zu einer dauernden Friedenseinrichtung werden läßt. Durch sie soll eine Verbindung der vier großen Gebiete der Frauenarbeit, die produktive Erwerbs- und Berufsarbeit, die produktive Arbeit in der Familie, die Regelung des Verbrauchs und die Sorge für die menschlichen Kräfte, die untrennbar miteinander verbunden sind, herbeigeführt werden.

Das Schlusswort der Vorsitzenden, Dr. Gertrud Bäumer, gipfelte in dem Ausdruck des unerschütterlichen Glaubens, daß ein Volk, das sich unter den schwersten Kriegsbedingungen behauptet hat, arbeitend und heilend auch die Schädigungen überwinden wird, die diese Zeit uns zugefügt hat. C. St.

Was aber sollen die Reservisten- frauen tun?

Von Emmy Freundlich.

Bei der beständigen Vermehrung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten durch die Geldentwertung und den Warenmangel wird die Arbeiterschaft gezwungen, immer wieder in großen Kämpfen Lohnerhöhungen zu erreichen, um wenigstens zu versuchen, die Teuerung in Einklang mit dem Einkommen zu bringen. Bei den Reservisten- und Frauen sind solche Kämpfe vollständig unmöglich. Drei Jahre muhten die organisierten Arbeiterfrauen Österreichs kämpfen, bis man ihnen großmütig eine Erhöhung von 85 Heller gegeben hat, und wenn nicht das Parlament die Erhöhung auf zwei Kronen täglich beschlossen hätte, dann mühten all die Millionen Frauen, die ihren Ernährer oft schon das vierte Jahr im Felde haben, noch immer mit dem bescheidenen Einkommen von 1.65 Kronen leben. Was aber ist in dem letzten Jahre aus diesen zwei Kronen geworden? Die „Unterstützungsweiber“, wie die deutschnationalen Blätter sie nennen, haben wirklich, wenn sie fünf bis sechs Kinder haben, ein Tageseinkommen von zehn bis zwölf Kronen. Aber was können sich die Frauen dafür kaufen? Verzweifelte Frauen haben neulich ihre Kinder in die Frauenhilfsaktion Leopoldstadt gebracht und den amtierenden Frauen gesagt, sie sollten sich doch die fünf Kinder nehmen, sie wollen ihnen gern die zehn Kronen täglich geben, denn sie könnten davon nicht mehr leben. Wenn eine Kohlkräbe durch den berühmten „freien Handel“, den die Agitation der Händler für das Frühobst und das Frühgemüse durchgeführt hat, vierzig bis sechzig Heller kostet, dann mühte eine Reservistenfrau für das Mittagessen allein mindestens zwanzig Kronen zur Verfügung haben, wenn sie wirklich leben und nicht langsam, aber sicher verhungern wollte. In den früheren Jahren haben diese Frauen doch noch anderweitig Lebensmittel bekommen. Es wurden in der Frauenhilfsaktion immer Lebensmittel verteilt, nun hört es infolge des Mangels mehr und mehr auf. Früher waren auch andere Dinge noch zu haben. Kleider und Schuhe sind in den ersten Kriegsjahren reichlich verteilt und zahlreich gespendet worden. Nur verfliegen alle Nebenströme der sozialen Hilfsstätigkeit und die Frauen müssen von dem Unterhaltsbeitrag leben.

Man sagt wohl, sie können arbeiten. Und Hunderttausende Frauen arbeiten heute auch mit dem Aufgebot ihrer ganzen Kraft, um die Familie vor vollständigem wirtschaftlichen Zusammenbruch zu bewahren. Aber es gibt leider Hunderttausende, die den billigen Ratsschlag: „Sie sind doch noch jung, sie können arbeiten!“ nicht befolgen können. Da sind die einen, die kleine Kinder haben, und trotz des Geburtenrückganges sind es noch immer Tausende, die Mutter werden. Es kommen die hinzu, die ein krankes Familienmitglied haben und dieses Kind oder den Vater nicht allein lassen können, die um so schwerer unter der Teuerung leiden, weil die Wartung und die Pflege solcher Familienmitglieder viel teurer ist als jede andere Wartung und Pflege. Früher konnte man solche Menschen in Spitälern unterbringen, kranke Kinder in eine Heilanstalt senden; aber nun, wo die Kinder in Alland keine Milch haben und oft tagelang kein Fleisch, wo es vorkommt, daß die Kinder abnehmen, anstatt sich zu erholen, nun versagen auch hier alle Hilfsmittel. Dabei steigt aber die Zahl der kranken Frauen in erschrecklicher Weise. Wir wollen gar nicht von den Frauen sprechen, die alle die heftigsten Nöte der beginnenden Tuberkulose auf den Wangen haben und zu Häufeln anfangen; es gibt heute so viel nervenranke Frauen, die absolut nicht arbeiten können, daß ihre Not schon ein Massenelend zu werden beginnt. Dabei darf man nicht übersehen, daß diese Frauen den schwersten Kampf kämpfen müssen und daß sie dafür, daß sie und ihre Kinder den Vater für das Vaterland opfern — denn auch wenn der Vater nicht gefallen ist: wer vier Jahre seinen Mann und Ernährer in dem Schützengraben weiß, der hat wahrlich das Martyrium seiner Zeit durchkosten können bis zur Neige — nichts erhalten, gar nichts als die zwei Kronen Unterhaltsbeitrag.

Niemals ist das fürchterliche Wort der Bibel: „Dienen und schweigen lerne das Weib nach seiner Bestimmung!“ so wahr gewesen wie nun. Sie haben wahrlich alle schweigen und alle dienen gelernt, dienen gelernt bis zur entwürdigendsten Bettelei. Man muß doch nur sehen, mit welcher Hundedemut eine solche Frau bitten kann, damit man ihr doch noch irgendwo etwas zu essen für die Kinder gibt, und man muß miterleben, wie diese Frauen alle Kniffe anwenden, um sich irgend etwas zu ergattern. Die moralische Verkommenheit der Kinder wird heute leider schon vielfach von solchen verzweifelten Müttern gezüchtet, die sich nicht mehr helfen können und sagen: Wenn ich die Kinder nicht hungern lassen will, dann muß ich sie eben stehlen lassen. Gegen solche Erscheinungen helfen Kinoverbote und helfen alle Maßregeln des Zwanges nichts, auch wenn wir, wie es merkwürdigerweise so viele Jugendfürsorger ersehen, schon ein Gesetz hätten, das den Staat ermächtigt, solchen Müttern die Kinder wegzunehmen und sie irgend einer Zwangserziehung zuzuführen. Es ist heute die Jugend vor dem Verkommen nicht so leicht zu bewahren und eines der besten Mittel wäre die Hilfe für die Mutter der Kinder. Wer aber soll daran denken, daß diesen Frauen geholfen werde?

Jeder Arbeitnehmer kann die Arbeit einstellen, aber der, der von den Almosen des Staates leben muß, auch wenn diese Almosen ihm als Recht zugesprochen werden, der kann nicht seine Arbeit einstellen, der kann nicht demonstrieren; er kann nichts als schweigen und verhungern. Manche dieser Frauen sind in einem Zustand der Verzweiflung, der an die verwundeten Tiere erinnert, die sich vertriehen, um zu sterben. Aber was nützen alle Vorläge des Staates, von denen man so viel redet, für die Zeit nach dem Kriege und was bedeutet es, wenn das Ministerium für soziale Fürsorge an die Spitze des neuen Fürsorgegesetzentwurfes die Bestimmung stellt: „Jedes Kind hat das Recht, vom Staate betreut und erzogen zu werden, wenn es die Eltern nicht können“, wenn man die Kinder im Kriege vollständig zugrunde gehen läßt, um ihnen später zu helfen, wenn nichts

mehr zu helfen ist? Es wäre gewiß die Aufgabe des Ministeriums für soziale Fürsorge, dem Ministerrat die Forderung zu unterbreiten, daß dem Parlament sofort nach seinem Zusammentreten ein Antrag auf neuerliche Erhöhung des Unterhaltsbeitrages vorgelegt werde. Es muß ausgesprochen werden, daß diesmal durchaus nicht Bettelpfennige genügen; die können die Frauen nicht nehmen. Man kann die Frauen nicht dafür strafen, daß ihre Männer Soldaten sind und in den Schützengraben liegen müssen, so daß sie sich keine Lohnerhöhung erkämpfen können. Hat man die Frauen schon um ihre wirtschaftliche Existenz gebracht und hat man ihnen alles geraubt, was ihr armseliges Leben freundlich und behaglich gemacht hat, dann soll man ihnen helfen, damit sie nicht ganz verhungern. Der Staat wäre das Blut seiner Soldaten nicht wert, das vergossen wurde, der seine Soldatenfrauen nicht vor dem Verhungern schützt. Hätten wir Ordnung gemacht wie in Deutschland und nicht immer mit echt österreichischer Schlamperie alles getan, um unsere Preispolitik ins Gegenteil zu verkehren, dann hätten wir solche Steigerungen des Einkommens nicht notwendig. Man hat das Land dem Wucher preisgegeben, nun gut, so hüte denn der Staat dafür, daß er es getan hat. Nicht allein durch die Almosen, sondern durch die Tat. Gewiß wäre es allen lieber und für alle besser gewesen, man hätte den Warenwucher nicht gestattet und nicht alle Augen zwei Jahre lang zugeedrückt, um nichts zu sehen. Die man rief, die Geister, wird man nun nicht los! Billigere Waren, das wäre die Hilfe, die uns dringend not tut, die allen helfen könnte; aber wenn sie die Staatsgewalt nicht zu geben vermag, dann muß sie die Sünden der bürgerlichen Klassen, die jede Verordnung kraft ihres Geldes ungestraft übertreten können, bezahlen und mit blanken Silberlingen ihren Verrat am Volke büßen.

Auch den wehrlosen Reservistenfrauen muß geholfen werden!

Die Wiener Arbeiterinnenschule.

Seit Ausbruch des Krieges mußte unsere Partei notgedrungen die Wiener Arbeiterschule aufgeben, aus der sonst immer noch zwei Wintersemester eine Anzahl wohlunterrichteter Genossen und Genossinnen hervorgegangen war, die sich an dieser Bildungsstätte die erforderlichen soziologischen Kenntnisse geholt hatten, um dann als Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre zu wirken.

Zu Beginn des Krieges hat es der Partei sowohl an Lehrern als auch an den verfügbaren Geldmitteln gefehlt, um die Schule aufrecht zu erhalten, und im Verlauf der Kriegsjahre sind auch in immer höherem Maße die jungen Arbeiter, aus deren Kreisen sich sonst die Schüler rekrutiert hatten, zum Kriegsdienst einberufen worden.

Der Mangel an einer Arbeiterschule wurde aber sehr schmerzhaft von solchen jungen Arbeiterinnen in Wien empfunden, welche nicht nur unter dem weiblichen Proletariat organisatorisch und agitatorisch zu wirken haben, sondern sehr oft auch einen großen Teil jener Arbeit leisten müssen, die vor-
mals von Genossen besorgt wurde, welche nun im Felde stehen.

Darum war im Verlauf der letzten Jahre immer öfter im Kreise der organisierten Arbeiterinnen der Wunsch laut geworden, daß ein wenn auch noch so bescheidener Ersatz für die Arbeiterschule in Wien geschaffen werde, damit die jungen und strebsamen Genossinnen in die Lage kämen, sich das aller-
notwendigste Wissen auf dem Gebiet der Gesellschaftslehre leichter und systematischer anzueignen, als das durch planlose Lektüre möglich ist.

Diesem Wunsche entgegenzukommen war das lebhafteste Bestreben der Wiener Frauenkreisleitung, und obwohl ihr zu diesem Zwecke keinerlei Geldmittel zur Verfügung standen, so hat sie es doch zustande gebracht, den Genossinnen einen wenn auch nur sehr schwachen Ersatz für die Parteischnle dadurch zu bieten, daß sie in den Räumen der Arbeiterschule zwanzig Vortragsabende für einen geschlossenen Kreis von Arbeiterinnen veranstaltete, welche ihr teils durch gewerkschaftliche, teils durch politische Organisationen zugewiesen worden waren.

Mit siebzehn Schülerinnen, von denen nur ein verhältnismäßig geringer Teil nach und nach abfiel, wurde die Schule am 4. April eröffnet und an wöchentlich zwei Abenden wurde sie bis zum 20. Juni fortgeführt.

Es wurde in vier Gegenständen unterrichtet, so daß auf jeden dieser Gegenstände fünf Abende kamen.

Genosse Dr. Max Adler trug über Geschichte des Sozialismus vor und deutete in ebenso geistvoller wie leichtfaßlicher Weise die innige Wechselwirkung auf, in welcher die Entwicklung der Wirtschaft und die Entwicklung der Ideen zueinander stehen.

Genosse Dr. Julius Deutsch gab die Grundbegriffe der Wirtschaftsgeschichte, indem er durch die Schilderung der geschlossenen Hauswirtschaft und das Aufkommen der Stadtwirtschaft das besondere Interesse der Schülerinnen wahrte, um dann allgemein-ökonomische Begriffe zu erörtern und eine sehr gedrängte Darstellung der Weltwirtschaft zu geben.

Genossin Dr. Anna Frey trug österreichische Geschichte vor. Sie ging aus von den jetzt aktuellen Fragen der inneren Politik Oesterreichs und besprach dann in den folgenden Vorträgen jene historischen Vorgänge, deren Kenntnis zum Verständnis der jetzigen politischen Verhältnisse notwendig ist, vor allem zum Verständnis der Verfassungsfrage und der Nationalitätenfrage. Nach einem Ueberblick über die Geschichte der einzelnen Nationen und ihren Zusammenschluß zum österreichischen Staate behandelte sie die Entwicklung der österreichischen Verfassung, das Erwachen der geschichtslosen Nationen und die Ursachen und die Verschärfung der nationalen Kämpfe. Sie schloß mit der Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie und der Stellung der Partei zu den aktuellen Fragen.

Genossin Theresie Schlesinger trug schließlich über die Frauenfrage vor. In den ersten zwei Vorträgen erörterte sie die Entwicklung der Frauenarbeit und des Arbeiterinnenschulunges, im dritten besprach sie moderne Beziehungs- und Sittlichkeitsprobleme, im vierten die Bevölkerungsfrage und im fünften Vortrag schließlich die politischen Forderungen der Frauen.

Die Schülerinnen folgten allen Vorträgen ohne Ausnahme mit gespannter Aufmerksamkeit und bewiesen durch häufige Anfragen an die Vortragenden ihre rege Anteilnahme, so wie sie sich andererseits sichtlich darüber freuten, so oft die eine oder die andere der jungen Genossinnen die von den Lehrenden gestellten Fragen verständnisvoll beantworten konnten.

Sämtliche Vortragenden hatten das Empfinden, daß sich in den viel zu wenigen Abenden, die ihnen für ihren Gegenstand zur Verfügung standen, nur ganz Unvollkommenes leisten ließ, und andererseits hätten auch die Schülerinnen gern über jeden einzelnen Gegenstand viel mehr erfahren, als ihnen diesmal geboten werden konnte.

Es war eben nur ein erster schättester Versuch, den die Wiener Frauendorganisation hier unternommen hat, den sie aber, ermutigt durch den Erfolg, der ihre Erwartungen weit übertroffen hat, im nächsten Winter auf breiterer Grundlage wiederholen will.

Ein Frauentag in Wien.

Die Arbeit der Frauen im Artee.

Unter zahlreicher Beteiligung tagte Samstag und Sonntag im Festsaal der Handels- und Gewerbelammer die zehnte Generalversammlung des Bundes Österreichischer Frauenvereine. Die Vorsitzende Frau Marianne Hainisch betonte in ihrer Begrüßungsaussprache die Notwendigkeit, sich für die Uebergangszeit zu rüsten, um die Frauenkräfte von den Fesseln zu befreien, die sie binden. Rednerin erweiterte die Bestrebungen der Frauen nach Gleichberechtigung in der Familie, auf dem Markte, in der Gemeinde und im Staat, und forderte die Delegierten auf, zur Erfüllung dieser Forderungen nach ihren Kräften zu wirken.

Die zweite Vorsitzende Frau Margarete Minor erstattete den Tätigkeitsbericht und teilte nach warmen Dankesworten an Frau Hainisch für deren hingebungsvolle und opferwillige Tätigkeit mit, daß der Bund zum Zeichen seiner Dankbarkeit eine Marianne Hainisch-Stiftung errichtet habe, aus deren Erträgnis die Zwecke des Bundes gefördert werden sollen. Diese Mitteilung gab den Anlaß zu lebhaftesten Ovationen für die Vorsitzende, welche in bewegten Worten für die ihr erwiesene Ehrung dankte. Frau Granitsch überreichte hierauf Frau Hainisch unter neuerlichen Kundgebungen der Versammlung das Ehrendiplom als Ehrenpräsidentin des Bundes, zu welcher sie in der letzten Versammlung ernannt worden ist.

Frau Regine Ullmann erstattete den Bericht der Gewerbekommission und beantragte die Schaffung eines theoretisch-wissenschaftlichen Instituts zur Erforschung der Frauenberufe und deren Arbeitsbedingungen und zu diesem Zwecke die Umwandlung der Gewerbekommission in ein Frauenberufsamt. Die Vorschläge der Referentin wurden angenommen. Frau Bürgerlichdirektor Schwarz verwies auf die von den Mitgliedern der Schulkommission ausgearbeiteten Lehrpläne für die Ausgestaltung des Mädchenschulwesens, welche dem Unterrichtsministerium überreicht worden sind. Frau Dr. Julie Schall-Kassowitz erstattete den Bericht der Antialkoholkommission, Frau Hainisch den der Rettungskommission. Nach weiteren Berichten der Frauen Klausberger über die Kommission zur Ueberführung der Frauenarbeit in den Frieden, Nella Herzt über Gartenbau und Kleintierzucht, wurde der Antrag des Bundesvorstandes, eine Auskunftsstelle für die Frauenarbeit in der Gemeinde zu errichten, angenommen.

Die zum Schlusse vorgenommenen Wahlen in den Bundesvorstand hatten folgendes Ergebnis: Als Vizepräsidentinnen wurden die Frauen Gertha v. Sprung und Margarete v. Minor, als Schriftführerin Frau Eugenie v. Paltschek, in den Vorstand die Frauen Ernestine v. Fürth, Helene Granitsch, Marianne Hainisch, Gertha Jäger, Klausberger, Kulla, Marie Schwarz, Anna Moccetta, Emilie Meyer und Dora Köstler gewählt.

„Weibliche Kräfte“ im Staatsdienst.

Die Vorkämpferinnen für die Gleichberechtigung der Frauen erleben jetzt ihren höchsten Triumph: Die beamtete Frau ist zu einer alltäglichen Erscheinung geworden. Wir finden sie bei allen Behörden und Ämtern; am Sitze der höchsten Regierungsgewalten gleichwie in den untersten Instanzen. Fleißig, flink und anständig bemühen sie sich eifrig, die fehlende männliche Arbeitskraft zu ersetzen; sie sind ernst zu nehmende Bedienstete, obwohl sie zuweilen die düsteren, sorgenvollen Amtsräume durch ihre Jugend und ihre oft so optimistische Lebensauffassung erhellten.

Trotz alledem darf man sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß mit Beginn des Friedens die ganze Herrlichkeit zu Ende sein wird. Den zumeist „auf Kriegsdauer angestellten“ weiblichen Arbeitskräften, von denen diesmal hauptsächlich die Rede sein soll, ist in Staatsdiensten keine aussichtsreiche Zukunft beschieden. Vor allem ist der Staatsdienst eines der wichtigsten Sammelbecken für die leider übergroße Zahl derer, die während des Feldzuges, in Verteidigung des Vaterlandes an Leib und Gesundheit Schaden gelitten, sich aber doch ihre Arbeitskraft zum größten Teil erhalten haben. Dann ist die Frau, bei aller Vertiefung ihrer Leistungen, in vielen Dienstzweigen, besonders in einzelnen Gebieten des Exekutivdienstes, mit Rücksicht auf ihre physische Beschaffenheit auf die Dauer weniger oder gar nicht verwendbar. Ferner muß der Staat notgedrungen bei Verleihung der Anstellungen auf die vielleicht allzu große Schar der männlichen Jugend, die alljährlich die Mittel- und Hochschulen verläßt, irgendwie Rücksicht nehmen. Schließlich ist die Neuordnung der öffentlichen Verwaltung, die Gesundung unserer Verhältnisse nur dann zu erwarten, wenn es gelingt, die ungewohnte Armee der Staatsangestellten erheblich zu verringern. So werden sehr viele weibliche Kräfte nach Beendigung des Krieges von den Amtsräumen Abschied nehmen müssen. Wohin sollen sie sich wenden? Es wird ihnen schwer fallen, einen passenden Ersatz zu finden.

Was immer man vom Staatsdienst sagen kann, das eine läßt sich nicht bestreiten, daß sich der gegenseitige Verkehr der Beamten beinahe ausnahmslos in den angenehmsten Formen abspielt. Die weibliche Kollegin läßt man nie, wie dies zuweilen anderwärts der Fall ist, fühlen, daß man sie, überlieferten Anschauungen nach, als einen Eindringling, als einen lästigen Wettbewerber ansieht; sie wird auch vom Vorgesetzten, bei aller Strenge, doch stets als Dame behandelt. Draußen, in nichtstaatlichen Kanzleien, Bureau und Comptoirs weht ein viel schärferer Wind. Die jahrelang in Staatsämtern tätig waren, werden sich ihm nur ungerne aussetzen oder, wenn dies unabweislich sein wird, darunter empfindlich leiden. Um so mehr als sie (als Töchter selbst höherer Offiziere und Beamten) zumeist jenen Schichten entstammen, wo Erziehung, Gewohnheit und Neigung trotz der Beschränktheit materieller Mittel auf die Wahrung guter Normen hinweist und jeder Verstoß doppelt fühlbar wird. Aber ganz abgesehen davon, auch sonst wird es ihnen beinahe unmöglich sein, einen anderweitigen Posten zu finden, weil auch auf

anderen Tätigkeitsgebieten durch die Rückkehr der Männer aus dem Felde und durch den Abbau zahlloser kriegswirtschaftlicher Gebilde ein beträchtlicher Ueberschuß an weiblichen Arbeitskräften eintreten und viele von ihnen postenlos machen wird. Wir haben in Zukunft gleichsam auch mit einer industriellen Reservearmee der Frauen zu rechnen. Die Sache kompliziert sich noch dadurch, daß es sich nicht nur um das Schicksal der weiblichen Hilfskräfte, sondern auch um das ihrer Familien handelt. Ihre Gebühren sind ein höchst willkommenes Beitrags im schmalen Haushalt ihrer Angehörigen, und in so mancher Hofrats- oder Regierungsrats- oder Majorsfamilie wird bittere Not an die Türe klochen, wenn die Tochter (oder gar, wenn die Töchter) ihre zwar bescheidene, aber doch angesehene und angenehme Staatsanstellung verlieren. Bei Erörterung der großen Probleme der Kriegs- und Ueberanagnawirtschaft sollte man auch diese Frage nicht ganz übersehen.

Aber auch während des Krieges sollte der Zufluß der Frauen in andere Bahnen gelenkt werden. Bei der Generalversammlung der Vereinigung der arbeitenden Frauen wurde mit Recht geklagt, daß die heranwachsende weibliche Jugend von den vom Vereine unterhaltenen gewerblichen Schulen einen äußerst geringen Gebrauch mache und dafür hauptsächlich den Kursen zustrebe, die für eine Kanzlei-anstellung vorbereiten. Diese Einseitigkeit sei

sehr zu beklagen, da nach dem Kriege gerade das Gewerbe gegenüber den Kanzleiberufen ein weit ergebnisreicheres Arbeits- und Erwerbssfeld bieten dürfte.

Frauenwünsche zur Bevölkerungspolitik.

N. Berlin, 10. Juli. Der Ausschuss für Bevölkerungspolitik hat den Gesetzentwurf gegen die Verhinderung der Geburten in zweiter Lesung erledigt. Die verschiedensten Frauenvereine hatten sich mit Anträgen und Forderungen an den Ausschuss gewandt, daß die gegen das weibliche Geschlecht gerichteten Bestimmungen fallen mögen. Da alle diese Eingaben unberücksichtigt blieben, entstand der Wunsch, dem Ausschuss selber die Bedenken der Frauenwelt gegen dieses Gesetz vorzutragen. In einer inoffiziellen Sitzung ist dieser Wunsch erfüllt worden. Von Frauen nahmen an dieser Sitzung im Reichstagsgebäude teil: Marie Stritt, Katharina Scheven und Dr. Marie Kaufmann vom Deutschen Frauenstimmrechtsverband, Wally Jeyler, Dr. Maria Wygodzinski und Marie Juchacz von der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Luise Fick von der unabhängigen Sozialdemokratie, außerdem drei Damen vom Evangelischen Frauenverein. Vom Ausschuss waren vier Sozialdemokraten anwesend, außerdem von jeder Partei ein Mitglied, auch ein Mitglied der Regierung nahm an der Sitzung teil. Dr. Quard hatte die Leitung. Um möglichst einheitlich vorzugehen, hatten sich, wie wir dem Bericht des „Vorwärts“ entnehmen, Frauenstimmrechtlerinnen und Sozialdemokratinnen vorher über bestimmte Richtlinien geeinigt. Sie erklären sich einverstanden 1. mit dem Verbot der Anpreisung und des Verkaufs von Mitteln und Gegenständen zur Beseitigung der Schwangerschaft, sowie des Anpreisens von darauf gerichteten Diensten, wenn auch in verschleierte Form; 2. mit dem Verbot der Herstellung, Einführung, des Verkaufs usw. gesundheitsgefährdender Mittel und Gegenstände zur Verhütung der Empfängnis; 3. mit dem Verbot des Hausierhandels mit Mitteln und Gegenständen zur Verhütung der Empfängnis, sowie Verbot der Automaten.

Dementprechend machten sie genaue Vorschläge zur Änderung bestimmter Paragraphen des Gesetzes und der dazu gehörigen Richtlinien. Was die Frauen wollten und wofür sie mit überzeugenden und Beweiskräftigen Argumenten eintraten, ist die Freigabe der unschädlichen Mittel für die Frauen zur Verhütung der Empfängnis. Sie erklärten sich mit den von dem Gesetzgeber angestrebten Endzwecken des Gesetzes einverstanden, bestritten aber ganz entschieden, daß dieser Zweck (gesunde Volksvermehrung) dadurch erreicht werden könne. Vielmehr fürchten sie in der Folge das Anwachsen der kriminellen Aborte und eine starke Entartung des Geschlechtslebens. Sie wollen, daß die Frauen die Möglichkeit haben sollen, sich mit unschädlichen Mitteln gegen die Empfängnis zu schützen, wenn dies aus gesundheitlichen, sozialen, ethischen oder persönlichen Gründen für sie nötig wird. Die einzelnen Rednerinnen behandelten die Frage vom ärztlichen, sozialen, kulturellen und rein menschlichen Standpunkt aus. Die Vertreterin der Unabhängigen schloß sich den Richtlinien nicht an. Sie sprach aber ebenfalls gegen das Gesetz aus politischen und sozialen Gründen. Sehr bezeichnend war es, daß Gräfin Münster, Vertreterin des Evangelischen Frauenbundes, sich für ein unschädliches Frauenschutzmittel aussprach, wenn dieses dem Arzt in die Hand gegeben würde. Sie führte aus, daß sie sich unter Gewissensstrubeln setzen zu dieser Stellungnahme durchgerungen habe; sie beuge sich aber unter die Wucht der Verhältnisse.

Zum Schluß äußerte sich Frau Dr. Marie Baum noch zu dem ebenfalls zur Beratung liegenden Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Sie ist Spezialärztin für Haut- und Geschlechtskrankheiten und Assistentin der entsprechenden Abteilung in der königlichen Charité. Sie sprach sich ganz entschieden für den gesetzlichen Behandlungszwang geschlechtskranker Personen aus. Katharina Scheven, Schriftführerin der Abolitionisten (Bestrebungen zur Bekämpfung der staatlich reglementierten Prostitution) sprach in sachkundiger Weise gegen die Kasernierung der Prostituierten; sie will Wohnungsvereinfachungen und unterstützt die Ausführungen Dr. Marie Baums; sie sieht in einem allgemeinen Behandlungszwang auch das Mittel gegen die gesundheitlichen Gefahren der Prostitution.

Die Mitglieder des Ausschusses fühlten sich in dieser Sitzung nur als Zuhörer. Sie traten mit Meinungsäußerungen wenig hervor, stellten aber an die anwesenden weiblichen Ärzte eine ganze Reihe sachlicher Fragen.

Die Arbeitszeit für Frauen.

Dre freie Samstagnachmittag beschlossen.

Vor dem Kriege ist in Bern ein Staatsvertrag vereinbart worden, durch den sich die vertragschließenden Staaten verpflichten sollten, den zehnstündigen Höchstarbeitstag für Frauen und jugendliche Arbeiter einzuführen. Obwohl der Vertrag nicht mehr rechtswirksam abgeschlossen werden konnte, haben einige Staaten, unter ihnen auch das Deutsche Reich, den zehnstündigen Höchstarbeitstag für Frauen und Jugendliche schon vor dem Kriege in Kraft gesetzt. Jetzt hinkt endlich auch Oesterreich nach. Die Regierung hat dem Parlament einen Gesetzentwurf vorgelegt, demgemäß die Arbeitszeit von Frauen und jugendlichen Arbeitern in Betrieben, die mehr als zehn Arbeiter beschäftigen, nicht mehr als zehn Stunden, am Samstag nicht mehr als acht Stunden betragen darf.

Der Minister für soziale Fürsorge tat sich heute auf die sozialpolitische Tat der Regierung viel zugute. Er rühmte Oesterreich als „den einzigen Staat, der sich durch die Kriegsverhältnisse nicht abhalten ließ, das schöne Friedenswerk fortzuführen“. Herr Dr. Mataja vergaß hinzuzufügen, daß andere Staaten das schöne Werk eben schon im Frieden abgeschlossen hatten.

Die Regierungsvorlage brachte nur einen sehr bescheidenen Fortschritt. Wir hatten bisher den elfstündigen Höchstarbeitstag; an seine Stelle tritt nun für Frauen und Jugendliche der zehnstündige. Der Höchstarbeitstag galt bisher nur für fabrikmäßige Betriebe; der zehnstündige gilt für alle Betriebe mit mehr als zehn Arbeitern. Damit haben wir erreicht, was Deutschland, Frankreich, die Schweiz schon vor dem Kriege hatten — nicht mehr. Es ist ein Fortschritt, aber gar so stolz brauchte Herr Mataja auf ihn nicht zu sein. Zumal da bekanntlich im größten Teile unserer Industrie längst schon eine weit kürzere Arbeitszeit durch die Kraft der Gewerkschaften errungen worden ist.

War aber die Regierungsvorlage recht unzulänglich, so hat sie der Sozialpolitische Ausschuss sehr wesentlich verbessert. Er hat nämlich auf Antrag unserer Genossen die Vorlage in der Weise abgeändert, daß die Arbeitszeit am Samstag nicht mehr als fünf Stunden betragen darf. Dadurch wird den Frauen der freie Samstagnachmittag gesichert. Gegen diese Abänderung ging nun heute im Abgeordnetenhaus der Minister los. Er erklärte es für zweifelhaft, ob die österreichische Industrie eine solche Verkürzung der Arbeitszeit ertragen würde. Zur Abgeordnetenhaus hatte der Herr kein Glück; es hat heute den Gesetzentwurf nach dem Bericht des Abgeordneten Kuranda gemäß dem Vorschlag des Ausschusses beschlossen. Offenbar hat aber Herr Mataja, der sich in dieser Sache als ein Minister gegen soziale Fürsorge benimmt, die Absicht, den freien Samstagnachmittag im Herrenhause niederstimmen zu lassen. Die Müßiggänger im Herrenhause sollen den Frauen, die zehn Stunden täglich in der Fabrik stehen und daneben ihren Haushalt zu besorgen, ihre Kinder zu betreuen haben, den freien Samstagnachmittag verweigern! Und dazu wird dann der Herr Minister schöne Reden halten über sozialpolitische „Reorientierung“, über die Notwendigkeit größerer Geburtenzahl und sorgfältigerer Kinderpflege nach dem Kriege! Wir erklären dem Herrn Minister, daß das Gesetz völlig entwertet würde, wenn es den freien Samstagnachmittag nicht enthielte; und daß sich die Arbeiterinnen den freien Samstagnachmittag selbst erkämpfen werden, wenn das Gesetz ihn ihnen verweigert. Das Abgeordnetenhaus hat in diese Sache eine gute Arbeit gemacht; wir warnen vor jedem Versuch, dieses Werk im Herrenhause zu vereiteln.

Die Frau und die Maschine.

Von
Ulrich Dambitsch.

Seitdem Rathenau am 10. Dezember 1910 in einer Generalversammlung des V. C. G. das Wort von der Umstellung des deutschen Wirtschafts-Mechanismus geprägt hat, ist es in unseren Sprachschlag übergegangen, wird täglich ausgesprochen und bedingt wohl auch einen bestimmten Vorstellungsinhalt. Man denkt dabei an den Maschinenfabrikanten, der Granaten und Zünder dreht, an den Seidenweber, der bei Anfang des Krieges Verbandstoffe in seine Stühle einspannt, an den durch die Gesetzgebung ausgeschalteten Getreidehändler, dem man sehr bald auf anderen Gebieten des Lebensmittelmarktes begegnete. Kurz wir denken an seinen Wechsel im Gegenstand und Ziel der Erzeugung und Verteilung. Damit war der Begriff der wirtschaftlichen Umstellung in den ersten Kriegsjahren auch richtig, später aber zu eng gefaßt. Summe mehr wurde er zu einer ganz allgemeinen Anpassung an alle Bedingungen der Kriegswirtschaft; nicht nur der Gegenstand des Geschäftes, sondern der gesamte Betrieb wurde einer erzwungenen Umstellung unterworfen. Hierher gehört die Verwendung von Ersatzstoffen und die Anpassung der Erzeugungstechnik an die neuen Stoffe, und hier hinein fällt, wohl am frühesten den Betrieb revolutionierend, der Ersatz der durch die Generalkommandos herausgegebenen gelernten durch ungelernete Arbeiter, vor allem Frauen.

Mit der Einstellung der Frau erwachsen dem Fabrikleiter neue Aufgaben. Gewiss hatte er schon vor dem Frauenbeschäftigt. Aber damals hatte er die Wahl; er konnte sich den Arbeitsvorgang herausuchen, der für die Ausführung durch die Frau ihm geeignet erschien, jetzt war der Zwang vorhanden, nahezu jede Arbeit der Frau zu übergeben. Da stand die Maschine, da die Arbeiterin; es galt, die beiden miteinander in Beziehungen zu bringen, die Frau der Seele der Maschine oder die Maschine der Seele der Frau anzupassen. Das erste war wohl allgemein unmöglich und ist wohl nur in Ausnahmefällen versucht worden. Die Maschine ist bildsamer als der Mensch. Es galt, die Maschine nach zwei Richtungen umzubilden. Einmal mußte jede Kraftentfaltung mechanisch überwandbar werden. Es waren Maschinen für Bilputatier zu konstruieren, denen Aufträge von Gullivers Riesen zugefallen waren. Denn der Krieg hatte ja Maße und Gewichte vielfach ins Gigantische gesteigert. Diese Aufgabe bot grundsätzlich gar keine Schwierigkeiten, wenn man alles von neu auf hätte aufbauen dürfen. Man mußte aber nach Möglichkeit die vorhandenen Maschinen, ganz gewiss die Werkstatteinrichtungen benutzen. Wo z. B. keine Kranfräne vorhanden waren für den Transport der Werkstücke, weil die vorfindenden Gewichte mühelos vom Manne in die Maschine eingespannt werden konnten, war es nicht unmöglich, man mitten im angespanntesten Kriegsbetriebe solche Einrichtungen anzulegen.

Nach der zweiten Richtung verlangte die gestellte Aufgabe, den Denkprozeß des Menschen bei der Maschinenbedienung ganz auszufalten. Wille und Gedanke mußten beim Beginn jedes neuen Arbeitsprozesses durch einen Spezialisten, den Einrichter, in die Maschine selbst gesetzt werden. Soweit während des Arbeitsvorganges menschliche Eingriffe erforderlich waren — das ist natürlich die Regel —, mußten sie in gleichmäßig etwa gleicher Folge ein für allemal bestimmt sein. Ihre Grenzen waren durch die Maschine festzulegen. Jeder Eingriff nach Urteil, Gefühl oder Instinkt nach Maß hätte zum Mißerfolg geführt. Decaristische Hilfen verlangten den gelehrten Arbeiter. Kurz gesagt: Mensch und Maschine mußten eine Verbindung zum Automaten eingehen. Der reine Automat, bei dem der Mensch nur noch die Aufsicht ausübt, war im Allgemeinen nicht brauchbar aus mannigfaltigen Gründen, von denen hier nur der erwähnt sei, daß gerade beim Automaten die Vermeidung unvorhersehbarer Störungen eine sehr intime Kenntnis von Material und Maschine beim Arbeiter voraussetzt.

Die Aufgabe ist gelöst. Oben wir vom Abstrakten ins Konkrete, vom Konstruktionsbüro in die Werkstätten! Da stehen in langen Reihen die Drehbänke, die Maschinen allgemeiner Anwendung. Grundgedanke ihres Wirkens ist: Das eingespannte Werkstück wird durch die Maschine in Drehung versetzt, während der Arbeiter gleichzeitig das Werkzeug, den Stichel oder Werkstahl, an den zu bearbeitenden Flächen entlang führt. Das kann, wie meist bei der Arbeit des Holzdrechslers, mit der freien Hand geschehen. Bei der Metalldreherei wird der Stichel jedoch meist in eine Vorrichtung — den Support — fest eingespannt und durch mechanische Führung an das Werkzeug gebracht. Führt der Arbeiter den Stichel mit der freien Hand, so muß er einmal einen Span abquodrehen, und ihn andererseits gleichzeitig allmählich an der zu bearbeitenden Fläche entlang gleiten lassen. Diese beiden Bewegungen, erstens senkrecht, zweitens gleichlaufend zur Drehachse, muß die mechanische Führung gleichfalls bewerkstelligen. Das geschieht durch Drehen zweier Kurbbel mit rechter und linker Hand. Wie weit die Kurbbel zu drehen sind, ist Sache des Augenmaßes, das immer erst hinterher mit Metermaß, Lehere und Fostler kontrolliert werden kann. Es ist einleuchtend, daß hierzu sachliche Übung notwendig ist, daß einem ungelerten Arbeiter diese Tätigkeit mit Erfolg nicht zugemutet werden kann.

Die Drehbank für den ungelerten Arbeiter ist die Revolverdrehbank. Hier steht der Support ähnlich aus wie die Trommel eines Revolvers. Sollen z. B. fünf Flächen an einem Werkstück abgedreht werden, so sind fünf Drehstühle in den Support eingespannt. Wie durch Drehen der Revolvertrommel nacheinander die Patronen in den Lauf gehoben werden, so werden hier ebenso die Drehstühle in die zur Bearbeitung der einzelnen Fläche geeignete Stellung gebracht und dann durch einen Handgriff am Werkstück entlang geführt. Wie weit? Das ist nicht mehr willkürlich, sondern die Bewegung wird durch einen in der Maschine liegenden Anschlag begrenzt, sobald die Fläche abgedreht ist. Im Zeitraum einer Minute können die fünf Flächen fertig bearbeitet sein. Die Hauptfache für unsere Betrachtung aber ist, daß der Arbeiter nichts am Werkstück verderben kann, die Maschine, einmal richtig eingestellt, zwingt ihn, die richtigen Handgriffe, richtig begrenzt, zu machen. Sollen Frauen an der Revolverbank arbeiten, so ist man in der Verwollkommnung der Maschine noch einen Schritt weiter gegangen. Das Einspannen des Werkstückes erfordert Kraft. Ten's das Einziehen der Riemenübertragung, wenn es Tausende von Malen tagsüber vorgenommen wird. Da hat man nun eine Drehbank konstruiert, bei der mit einem einzigen Griff sowohl das Werkstück unter einer erheblichen Kraftersparnis eingespannt und gleichzeitig die Transmission eingerückt wird. Der in dieser Kriegs-konstruktion liegende Fortschritt erscheint gegenüber der seit langem vorhandenen Revolverdrehbank in technischem Sinne keilich; die praktischen Vorteile für die Möglichkeit und Ausnutzung der Frauenarbeit sind aber recht bedeutend.

Was hier für die Drehbank beschrieben worden ist, ist mit gleicher Richtung des konstruktiven Gedankens auch für die anderen Maschinen, an die die Werkstatteleiter im Kriegszwang haben Frauen stellen müssen, durchgeführt worden. Das Ergebnis ist von bleibendem Nutzen. Die so veränderten Maschinen schaffen nicht

nur eine Erleichterung, ermöglichen nicht nur, gelernt durch ungelernete Arbeiter zu ersetzen, sondern erhöhen gleichzeitig die Erzielbarkeit der Arbeit und somit die Rentabilität des Betriebes. Der Krieg ist hier wie auf so vielen Gebieten ein guter Lehrmeister, ein Träger des technisch-ökonomischen Fortschrittes. „Früher“, so sagte mir der leitende Ingenieur eines mustergiltig eingerichteten Großbetriebes, „haben lediglich die Arbeiter selbst ihre Maschinen wirklich gekannt. Schon die Meister, geschweige denn die Konstrukteure und Ingenieure, standen ihr gegenüber etwa wie der Arzt einem Patienten. Die Fortnahme der gelehrten Dreher, Fräser, Bohrer usw. zwang die Konstrukteure, einzudringen in Seele und Doccismus der Maschine und heute kennen wir sie wie die Mutter ihr Kind.“ Der Erfindersinn hat Schwingen bekommen, die auch in späterer Zeit ihre Gedanken zu größeren Höhen tragen werden.

Maschinen, wie die oben beschriebene Revolverdrehbank, verlangen vor dem Arbeitsbeginn eine Einstellung. Die kann nicht vom ungelerten Arbeiter vorgenommen werden; es sind vielmehr in jedem Maschinenfall eine Anzahl von gelernten Arbeitern erforderlich, die dann nichts weiter zu tun haben, als die Maschinen einzurichten. Die den Berlen von den Generalkommandos als unabweislich belassenen Facharbeiter werden zu Einrichtern, von denen jeder eine größere Anzahl von Maschinen bedienen kann. Ihre Fachkenntnisse sind gleichsam multipliziert. Aber es ist klar, daß diese Arbeitsteilung nur lohnend ist, wenn auf der eingerichteten Maschine hunderte, tausende Teile derselben Art bearbeitet werden können. Das ist in der Kriegsindustrie im allgemeinen der Fall. Die Munitionsherstellung ist ja das großartige, aber nicht einzige Beispiel dieser Art. Soll der hier der Materie abgerangene mechanisch-technische Fortschritt seinen Segen auch der Friedenswirtschaft spenden, sollen die Kriegskosten durch erhöhte Rentabilität der Industrie leicht getragen werden, so müssen wir nach Möglichkeit, unter Umständen durch Zwang, dafür sorgen, daß auch späterhin die Fabriken mit großer Stückzahl bei jedem Auftrage rechnen können. Wir sind also hier auf dem Wege über die Frauenarbeit an der Maschine zu einer Begründung der Rathenau'schen Forderung gekommen, überall die Zahl der Typen zu beschränken. So hat im Kriege die Frau Erkenntnisse begündet, Fortschritte erreicht, die ihren Wert behalten werden, wenn sie längst die Fabrik, in die sie ihrer Natur nach nicht hingehört, wieder mit dem häuslichen Herd vertauscht haben wird.

Frauenarbeit in der Etappe.

Für die Frauenarbeit in der Etappe und im besetzten Gebiet, die an sich schon seit dem Frühjahr 1917 zugelassen ist, in Zukunft aber noch ausgedehntere Verwendung finden soll, sind von den zuständigen Stellen folgende *Leitfäden* festgelegt worden:

1. Die Notwendigkeit der Beschäftigung von weiblichen Arbeitskräften in der Etappe und im besetzten Gebiet erwächst aus der Forderung, i. B. Männer in größtem Umfang für den Dienst an der Front freizumachen.

2. Zurückhaltung der Öffentlichkeit gegenüber in bezug auf dieses Arbeitsgebiet war bisher notwendig, um unliebsamen Zustrom von Arbeitskräften zu vermeiden, so lange die Organisation der Anwerbung, Vermittlung, Versorgung usw. dieser Arbeitskräfte noch nicht fertig und erprobt war.

3. Die unbermerkbliche Folge dieser Zurückhaltung war ein gewisses gesteigertes Interesse des Publikums an der Frage der Frauenarbeit in den besetzten Gebieten und damit verknüpft die Bildung von unkontrollierbaren und vielfach durchaus unzutreffenden Gerüchten.

4. Demgegenüber erscheint es jetzt angebracht, der Öffentlichkeit Mitteilung zu machen über die Organisation, die durch das Kriegsamts für dieses Arbeitsgebiet geschaffen worden ist.

5. Das Grundprinzip dieser Organisation ist die völlige Ausschaltung jeder privaten Vermittlungstätigkeit; Anwerbung, Vermittlung und Einstellung liegen ausschließlich bei den vom Kriegsamts mit eingeleiteten Stellen; Kriegsamtsstellen in der Heimat, Beauftragter des Kriegsamts und Referentin beim Beauftragten des Kriegsamts im besetzten Gebiet.

6. Vertragsform und Lohnsätze sind einheitlich geregelt; nach Art der Beschäftigung sind die „Helferinnen“ in 4 Klassen eingeteilt. Die Unterbringung erfolgt grundsätzlich in Heimen unter Leitung gebildeter, sozial gesulter Frauen. Die Referentin beim Beauftragten des Kriegsamts ist Sachverständige für alle Fragen der Fürsorge und Disziplin, die weibliche Arbeitskräfte betreffen.

7. Die Anforderungen auf weibliche Arbeitskräfte für die Etappen und besetzten Gebiete konnten bisher nur zum kleinen Teil gedeckt werden. Verstärkte Anwerbung ist nötig, und zwar muß es sich in erster Linie darum handeln, bisher nicht berufstätige Frauen zu gewinnen. Keinesfalls darf der Bedarf der Etappe auf Kosten anderer kriegswichtiger Betriebe gedeckt werden, bei denen vielfach, z. B. in der Munitionsindustrie, starker Bedarf an Arbeitskräften vorhanden ist.

Wir werden auf den Sinn und die nähere Ausgestaltung dieser Leitfäden noch ausführlicher zurückkommen.

Die Not der Privatschullehrerinnen

Von

Paul Hilbebrandt.

In diesem Kriege leidet am meisten der Mittelstand, im Mittelstand die Beamten, unter den Beamten die Privatbeamten. Staatliche und kommunale Fürsorge müssen gerade ihnen besonders entgegenkommen, wenn Not und Elend nicht überhand nehmen sollen. Die Lage der Privatschullehrerinnen vor dem Kriege war bereits fast einer Kulturnation unwürdig; wenn man im Kriege hören muß, daß noch „Gehälter“ von 100 Mark gezahlt werden, die in einem westlichen Vorort Berlins auf die unwahrscheinliche „Höhe“ von 150—170 Mark steigen — wobei gewöhnlich überall die Versicherungskosten gleich abgezogen werden — so erscheint dieser Zustand geradezu unmöglich.

Dabei handelt es sich nicht etwa um eine allmählich untergehende Schulart: Preußen besaß 1906 883 mittlere und höhere Privatschulen mit 4654 vollbeschäftigten Lehrerinnen und über 97 000 Schülerinnen; 1916 731 Schulen mit 96 995 Schülerinnen und 7827 vollbeschäftigten Lehrerinnen. Was diese Zahlen bezeugen, ergibt sich daraus, daß den 500 Privatmittelschulen mit 39 393 Schülerinnen und 2177 vollbeschäftigten Lehrerinnen 260 öffentliche mit 67 800 Schülerinnen und 1596 Lehrerinnen gegenüberstehen, den 222 höheren Privatschulen mit 57 602 Schülerinnen und 2650 Lehrerinnen 280 öffentliche mit 101 453 Schülerinnen und 3739 Lehrerinnen, wobei des beschämend geringen Staatsanteils mit ganzen 5 Anstalten, 2785 Schülerinnen und 121 vollbeschäftigten Lehrerinnen nur im Vorübergehen gedacht werden soll. Es ergibt sich also, daß in Preußen jedes dritte Schulmädchen in eine Privatschule geht, daß weiter Staat, Gemeinden und Stiftungen zusammen nur 78 v. H. der Privatschulen gegründet haben und daß endlich diese selben Faktoren für etwa die doppelte Anzahl Schülerinnen nicht doppelt so viel, sondern nur 115 v. H. vollbeschäftigte Lehrerinnen angestellt haben! Ein Kind kostet in der Mittelschule etwa 61 Mark, in der höheren Mädchenschule etwa 172 Mark jährlich; der Staat bezm. die Gemeinden sparen also durch das Privatschulwesen 12 310 517 Mark jährlich.

Das statistische Jahrbuch der Stadt Berlin weist für 1914 einen Besuch der städtischen Anzeigen durch 4485 Schülerinnen aus, der höheren Privatmädchenschulen dagegen durch 7083.

Infolge der im Verhältnis bei weitem größeren Anzahl von Lehrern und Lehrerinnen ist die Privatschule natürlich viel eher in der Lage, den Individualitäten der ihr anvertrauten Kinder gerecht zu werden als die öffentlichen Anstalten. Der Wettbewerb der privaten Schulen ist viel reger als der ihrer öffentlichen Schwesteranstalten. Zudem hat sich gerade in den Privatschulen am erfolgreichsten pädagogische Initiative gezeigt.

Aus diesen Zusammenstellungen folgt, daß eine Pflicht zur Unterstützung des Privatschulwesens von Seiten des Staats und der Gemeinden besteht. Nicht einmal jetzt aber scheint diese gerade den Gemeinden zum Bewußtsein zu kommen: die lächerliche Kriegsbekämpfung von ganzen 10 M. monatlich haben sich zwar eine Reihe von Gemeinden zu zahlen entschlossen; viele aber sind noch heut damit im Verzug. Der Kultusminister hat sich bereit erklärt, — angesichts der Notlage der Lehrerinnen — ihnen eine jährliche Steuererzulage von 800 M. zu geben, vorausgesetzt, daß auch die Gemeinden ihrerseits sich zu der gleichen Summe entschließen. Aber ein außerordentlich großer Teil der Gemeinden — darunter auch westliche Vororte Berlins! — können sich nicht zu dieser Ausgabe entschließen! Andere wieder scheiden ängstlich die sogenannten „Konfessionellen“ Schulen aus. Nun ist es natürlich ihr gutes Recht, sich auf den Standpunkt zu stellen, daß diese Art Privatschulen nicht dem öffentlichen Interesse vorbehaltlos dienen und daher sie nicht zu unterstützen. Jetzt aber ist im Kriege die Not so groß geworden, daß sie großzügig darüber hinwegsehen und auch hier die Lehrerinnen unterstützen sollten!

Die Städte müssen es geradezu als Ehrenpflicht betrachten, für ihre Privatschulen zu sorgen; das Borgehen Hamburgs, das 60 000 M. für Steuererzulagen bereitstellt, verdient weitgehende Nachahmung. Denn die Lehrerinnen sind ja nicht aus freien Stücken an die Privatschulen gegangen; gewöhnlich haben sie sich zur Verfügung der Stadt gestellt, aber sie sind bei ihr mitunter jahrelang nicht angekommen — da haben sie denn schließlich sich an der Privatschule verpflichtet — manchmal ganz in Unkenntnis der schwierigen wirtschaftlichen Lage, in der sich das Privatschulwesen überhaupt befindet!

Alle Schulen sind Veranstaltungen des Staats — nach dem Allgemeinen Landrecht —, also auch die Privatschulen. Sie unterstehen daher seiner Beaufsichtigung und bedürfen einer staatlichen Konzession. Trotzdem sind die Lehrer und Lehrerinnen an ihnen Privatangestellte des Unternehmers, weil dieser die Schule erhält. Dabei müssen sie ihr Lehrzeugnis so gut erwerben wie die an öffentlichen Schulen angestellten, nur daß sie rechtlich verpflichtet sind, alljährlich ein Sittlichkeitszeugnis einzureichen und um Erneuerung ihrer Lehrerlaubnis zu bitten, wenn auch die Behörde tatsächlich meist absteht, dies zu fordern. Dieser Unsicherheit der Rechtslage der Lehrer entspricht die der Privatschulen selber: Die Konzession kann ihnen jederzeit entzogen werden; es gibt kein Rechtsverfahren, vermöge dessen sich der Unternehmer dagegen wehren kann; die Ortsschulbehörde kann dem Unternehmer Beweise erteilen, ihn bestrafen, ihn zwingen, Lehrer zu entlassen, — alles, ohne daß er ein Rechtsmittel gegen diese Vorgänge hätte. Wird die Privatschule, in der gerade nach der Reform der höheren Mädchenschulen im 1908 erhebliche höhere Kapitalien als früher investiert werden müssen, durch eine neueröffnete öffentliche Schule erdrückt, so hat der Unternehmer keinerlei Recht auf Entschädigung — selbstverständlich ebensowenig die Angestellten. So kam es z. B. bei der Umwandlung der Dittichschen höheren Mädchenschule in Berlin dazu, daß ein großer Teil der dort angestellten Lehrerinnen und Oberlehrerinnen, die jahrelang an der Anstalt unterrichtet hatten, zur die Wahl hatten, an eine Berliner Volksschule zu gehen oder ihre Stellung überhaupt aufzugeben und sich eine neue Beschäftigung zu suchen.

Bei solcher Rechtslosigkeit der Privatschule muß ja die Lage der Lehrerinnen und Lehrer trostlos sein, denn schließlich ist der Unternehmer sich selbst der Nächste, und kein Mensch kann von ihm verlangen, daß, wenn er selbst auf so schwankendem Boden steht, er seine Angestellten besser stellt. Er muß, will er nicht sein Geld einbüßen, darauf sehen, die Gehälter sich nicht über den Kopf wachsen zu lassen — wobei natürlich nicht im Uebermaß gestellt werden soll, daß einzelne, aber auch nur einzelne Privatschulen den Gesichtspunkt des Erwerbs zu stark in den Vordergrund stellen. Gerade in großen Städten nun kommt dem Sparbedürfnis des Unternehmers der Umstand entgegen, daß Lehrer aus gut oder wenigstens ausreichend versorgten Familien ihr Lehrerinneneigenen machen und nun sich beschäftigen wollen, wobei sie unter allen Umständen in ihrer Heimat, wo sie bei ihrer Familie wohnen, zu bleiben wünschen. Diese Kategorie von Lehrerinnen kommt dann den Unternehmern aufs äußerste entgegen und drückt in unerhörter Weise die Gehälter.

Trotzdem ist natürlich eine Privatschule in den seltensten Fällen ein Geschäft — schon wegen der bestehenden Rechtsunsicherheit: ein Kapitalist wird sich nicht entschließen, sein Geld in ein Unternehmen hineinzustechen, das morgen spurlos verschwinden kann, zumal wenn der zu erhoffende Gewinn doch nur höchst mäßig, selbst im besten Fall, sein wird. Es ist deshalb nur natürlich, daß der Bund privater Mädchenschulen auf eine gesetzliche Regelung des Privatschulwesens hindrängt. Vor allem ist eine gesetzliche Regelung der Konzessionsfrage nötig: Es muß festgestellt werden, ob ein Bedürfnis vorliegt, weiter müssen die strengsten Anforderungen an die Persönlichkeit des Unternehmers gestellt werden. Gegen die Verfassung bzw. Entziehung der Konzession müssen Rechtsmittel geschaffen werden. Bei Aufhebung müssen Entschädigungen gewährt werden. Weiter muß der Staat zu Zuschüssen an die so als notwendig anerkannten Schulen verpflichtet werden. Endlich aber müssen auch die Lehrkräfte gesichert werden: Wenn einmal die Erlaubnis zur Erteilung von Unterricht gegeben ist, so darf sie eben auch nur aus triftigen Gründen wieder entzogen werden und es muß möglich sein, gegen diese Verfügung das Gericht anzurufen. Werden Lehrkräfte von Privatschulen an öffentliche berufen, so muß ihre Dienstzeit ihnen angerechnet werden. Alters-, Invalitäts- und Krankheitsversicherung muß ihnen durch Staatszuschüsse ermöglicht werden.

Nur wenn die Privatschule einen Rechtsboden unter den Füßen hat, kann die Lage ihrer Angestellten erträglich werden; nur dann können auch die Gehaltsverhältnisse so geregelt werden, daß das Existenzminimum den Lehrerinnen wirklich zukommt. Eine Entlohnung, wie sie heut an Privatschulen fast durchgängig üblich ist, schädigt nicht nur die Würde der Persönlichkeit der Lehrenden, sondern dadurch auch die Erziehungsinteressen der ihnen anvertrauten Jugend — und das ist ein erheblicher Teil der gesamten weiblichen deutschen Jugend und wird es voraussichtlich noch Jahrzehnte lang bleiben. Jetzt aber, wo im Kriege die Lage der Privatschullehrerinnen besonders schlimm geworden ist, sollten namentlich die Gemeinden es als eine ihrer vornehmsten Pflichten betrachten, durch Gewährung von Zulagen ihnen wenigstens einige Erleichterung zu gewähren.

23. IX. 1918

Eine Warnung an die Eltern.**Der Heeresdienst der Frauen.**

Das christliche Montagblatt „Wiener Neueste Nachrichten“ veröffentlichte in seiner Nummer vom 16. d. mit der Überschrift „Eine Warnung an die Eltern“ folgenden bemerkenswerten Aufsatz:

Seit geraumer Zeit erhalten wir Zuschriften, die sich mit den unhaltbaren Zuständen befassen, unter denen die Mädchen und Frauen, welche jetzt in den Stappenträumen beschäftigt werden, zu leiden haben. Unsere diesbezüglich angestellten Ermittlungen haben solches Material ergeben, daß wir nicht mehr

anders können, als alle Eltern und Vormünder, denen die moralische und körperliche Gesundheit ihrer Schutzbefohlenen nicht gleichgültig ist, ernstlich zu warnen, diese Geschöpfe diesen „Beschäftigungen“ preiszugeben. Übereinstimmend erklären Frauen und Mädchen, die durch die schönen Versprechungen auf gute Verpflegung usw. verlockt, solche Stellen in der Stappe angenommen, aber, angewidert von dem eiligen Treiben, sie bald wieder verlassen haben, daß für solche Frauen und Mädchen, denen ihre Ehre nicht für eine Hand voll Kronen — Geld spielt da freilich keine Rolle — feil ist, dort keines Bleibens ist. Es sind zwar sogenannte Inspektorinnen angestellt, welche die Aufgabe haben sollen, die bei der Armee im Felde tätigen Frauen und Mädchen zu schützen und vorkommende Ungehörigkeiten abzustellen. Aber in den weitaus meisten Fällen fruchten diese Vorstellungen gar nichts, und die Frauen sind vollkommen schutzlos und jeglicher Willkür preisgegeben. Die Folge dieser Umstände, die uns gerade noch abgegangen sind, ist, daß ganze Transporte geschlechtskranker Frauen und Mädchen ins Hinterland abgeschoben werden müssen. Wir wollen es nicht verhehlen, daß in manchen Abschnitten von den verantwortlichen Kommandanten auf strenge Ordnung in dieser Hinsicht gesehen wird. Aber noch öfter kommt es vor, daß „Kanzleikräfte“ angefordert und aufgenommen werden, von denen nichts weiter gefordert wird, als die Kunst, sich zu kleiden. Weil man ja doch auch in der Monotonie des Kriegslebens eine „Unterhaltung“ haben möchte.

Zu diesen Tatsachen haben wir nur noch folgendes zu bemerken: Die Gemeinde Wien hat in der Posinagasse eine sogenannte „Berufsberatungsstelle“ für Frauen, die in den Heeresdienst eintreten sollen, errichtet. Wir möchten es dieser Berufsberatungsstelle doch nahelegen, sich diese Abstände einmal genauer anzusehen. Es kann doch unmöglich gleichgültig sein, ob unsere Frauen und Mädchen in „Berufen“ untergebracht werden, bei denen nicht nur ihre Ehre, sondern auch ihre Gesundheit von schwersten Gefahren bedroht erscheint. Oder sollen nun auch noch die Frauen in dem sinkenden Pfuhl der Gemeinheit dieses Krieges versinken?

(Es ist nicht das erste Mal, daß diese so wichtige Frage zum Gegenstand von Erörterungen in der Presse gemacht wird. In der letzten Zeit, so im August d. J., hat namentlich die Provinzpresse sich hierüber freimütig geäußert. Es ist zu erwarten, daß nun auch von militärischer Seite eine Stellungnahme hierzu erfolgen wird. Die Schriftl.)

Neue Frauenberufe im Kriege.

Eine zeitgemäße Betrachtung von G. P.

Die Notwendigkeit hat viele Frauen gezwungen, einen Beruf zu ergreifen, der mehr oder weniger ihrer Persönlichkeit entspricht. Die Verhältnisse haben sich in vielen Familien derart geändert, daß schließlich alle Mitglieder derselben, welchem Geschlechte sie auch angehören, sich selbständig machen mußten. In dieser Hinsicht waren die immerhin noch vom Schicksal begünstigt, die schon von früher her etwas Geschäftskennntnis besaßen und in dem Berufe des Vaters oder Bruders einige Erfahrung geschöpft haben. Standen sie doch den für sie so neuen Verhältnissen nicht so hilflos gegenüber wie die Mädchen, die bis nun ganz tatelos im Kreise ihrer Familie gelebt hatten und nun die ersten Schritte ins Leben tun mußten.

Ganz unselbständig erzogen, ließen sie stets die männlichen Mitglieder der Familie für sich sorgen und betrachteten ihre Lebensaufgabe darin, den Heimlehrenden abends die Ruhestunden zu erweitern und mit ihren Hausfrauentugenden das Heim so gemütlich wie möglich zu machen.

Nun ändert sich die Lage aber häufig von einem Tage zum anderen, und die Frauen müssen nun selbst das Ruder in die Hand nehmen, um das Lebensschiff zu lenken. In diesem Falle, der meistens nach dem Verlust des sorgenden Vaters, Bruders oder Mannes eintritt, muß die Frau vorerst ihre Besonnenheit bewahren und dann mit dem Gedanken an ein neues Leben, das nun für sie beginnt, Mut fassen und ihre Kräfte zusammenschließen. Ist die Betroffene ein Mädchen, das bis nun im elterlichen Haushalt gelebt und ihren Vater im Geschäfte gelegentlich unterstützt hat, wird sie sich wohl sofort klar sein, daß sie das Erbe antreten soll und das Geschäft so weiter leiten muß, wie sie es von Kindheit an gelernt hat.

Katlos wird die Frau dastehen, die sich stets vom Geschäfte ihres Mannes ferngehalten hat und sich nun eine Existenz gründen muß. Da ist jedoch die Wahl von verschiedenen Umständen abhängig. In erster Reihe kommt der Gesundheitszustand der Betreffenden in Betracht. Es wäre sinnlos, sich gleich eine Last aufzubürden, die zu bewältigen voraussichtlich ausgeschlossen erscheint. Schließlich gibt es ja eine Unmenge von Berufen und Beschäftigungen, daß es nicht notwendig ist, sich zu einem Berufe zu zwingen, zu welchem die körperlichen und geistigen Fähigkeiten fehlen. Man ermattet dann gleich beim ersten Versuch; dies führt zur Nutzlosigkeit und ist nur zwecklos vergeudete Arbeitskraft. Daher wird ein Mädchen, das zum Beispiel keine Vorliebe dafür hat, den ganzen Tag unterwegs zu sein, sich für eine Arbeit entscheiden, die in einem Geschäfte oder einer Fabrik zu leisten ist. In diese Art schlägt die Laufbahn der Buchhalterin, Korrespondentin oder Maschinenschreiberin. Da lassen sich Sprachkenntnisse, Buchführung und Maschinenschreiben verwerten. Ist aber jemand mehr für eine Beschäftigung eingenommen, die Bewegung erfordert, so wird er sich für den Verkauf oder für Wege außerhalb eignen. Dies wird von einer Agentin, Einkäuferin für Modedesigns oder große Betriebe verlangt. Dies sind Beschäftigungen, die schon früher von Frauen ausgeführt wurden. Denkt man aber, wie groß der Bedarf jetzt erst durch den Mangel an männlichen Arbeitskräften geworden ist, wird man es begreiflich finden, daß sich heute fast jeder seinen Beruf nach eigenem Geschmack wählen kann. Ist eine Frau ganz unabhängig und nicht im Besitze eines eigenen Heims,

so wird sie, vorausgesetzt, sie hat die Eignung dazu, gern ihre Kraft der Pflege von Kindern und Erwachsenen widmen. Die vielen Kinder- und Säuglingsheime, die Beschäftigungsanstalten junger Mädchen und Knaben erfordern wieder eine Menge Leute, die sich mit der Führung derselben befassen.

In diesen Heimen werden Frauen angestellt, die sowohl in geistiger als auch in moralischer Hinsicht einen günstigen Einfluß auf die jungen Geschöpfe ausüben und diese zu brauchbaren Mitgliedern der menschlichen Gesellschaft erziehen. Aber nicht nur die geistige, auch die körperliche Pflege muß in diesem Falle von tüchtigen Kräften geleitet werden. Die Nahrung muß nach den vorhandenen Mitteln auskömmlich zubereitet werden, Sauberkeit muß in allen Räumen herrschen und die Pflegslinge müssen zur Ordnung und Nettigkeit in ihrer Kleidung angehalten werden. Für diese Stellung eignen sich nur erfahrene Frauen (Kriegswitwen), die energisch genug sind, einem so großen Unternehmen vorzustehen. Ähnliche Charaktere taugen für den Betrieb einer Kriegsküche oder einer Lebensmittelabgabe. Hier braucht man umsichtige, tüchtige Leute, die imstande sind, bei solchen Vereinigungen nützliche Tätigkeit zu leisten. Auch da gibt es verschiedene Zweige. Sowohl an die Köchin als auch an die Buchhalterin, wie an die Einkäuferin werden große Ansprüche gestellt und nur eine kräftige Frau kann sich dieser Aufgabe unterziehen.

Auch in den staatlichen und städtischen Unternehmungen findet man das Mädchen, das vielfach als Ersatz für den Beamten dient. Auch auf der Eisenbahn ist sie in der Kasse und auf der Straßenbahn versteht sie den schweren Dienst als Kassierin. Als Weichenwärterin und Laternanzünderin dient sie ihren Mitbürgern.

Die Elektrizitäts- und Gasgesellschaft hat tausende Frauen angestellt, die als Ausschreiberinnen, Kassierinnen u. beschäftigt sind. In Zeitungsbetrieben, als Psalterinnen, Aufschreiberinnen, Ausstückerinnen, in Geschäften als Filialleiterinnen, Beamtinnen bis zur Dienerin wird überall die Frau ihren Broterwerb finden. In Fabriken, die sich mit Kriegslieferungen befassen, sind eine Unmenge Frauen beschäftigt, die teils in den Betrieben selbst, teils zu Hause arbeiten. Heimarbeit wird von Frauen geleistet, die durch häusliche Verhältnisse nicht in der Lage sind, außerhalb ihrem Erwerb nachzugehen. Dies ist bei Schwächlichen oder Frauen, die alte, gebrechliche Eltern oder kleine Kinder zu versorgen haben, der Fall.

Viele neue Berufe haben sich auf dem Gebiete des Kriegsdienstes erschlossen. Frauen mit zarten Händen und starken Nerven stellen ihre Kräfte vielfach in den Dienst des Roten Kreuzes und pflegen Kranke. Aber auch für Gesunde läßt sich in Küchen, in den Kantinen und Magazinen viel nützliche Arbeit leisten. Viele Mädchen und Frauen sind an der Seite ihrer männlichen Verwandten hinausgezogen und stehen noch heute treu bei der Armee im Felde.

In den Fürsorgestellen, beim Roten Kreuz, in den Ministerien und Bankinstituten müssen die Frauen mit dem Einsatz aller Kräfte durchhalten, bis ihre Väter, Brüder und Gatten zurückkehren und sie wieder den Männern das langentbehrte Heim in seiner Traulichkeit wie ehemals bieten, und das sie instand hielten, als hätten sie nie die Pflichten des Ernährers der Familie auf ihren schwachen Schultern als Last empfunden. Diese zarten Frauen, denen nebst der Sorge um den täglichen Unterhalt auch noch in den freien Stunden die Pflege der Eltern und Kinder oblag, ist es zu danken, daß sich das öffentliche Leben im Hinterlande mit bewunderungswürdiger Regelmäßigkeit abspielt. Unbesorgt um ihre Zukunft können die Männer im Felde ihr Vaterland verteidigen. Jeden Augenblick ist es möglich heimzukehren, ohne in ihrem Hauswesen jene Ordnung zu vermissen, die ihnen einst das Heim nach der Tagesarbeit so begrenztwert erscheinen ließ.

Fräulein Recherchent.**Der neueste Frauenberuf.**

Nun haben wir wieder einen neuen Frauenberuf, der auch den natürlichen Anlagen unserer Mädchen entgegenkommt: die Recherchent. Was bedeutet dieses Recherchieren oder zu deutsch Umfragen? Es bedeutet soziale Arbeit am Krankenbett des Fürsorgebedürftigen. Überall dort, wo Hilfe einsehen soll, muß ja erhoben werden, woran es fehlt, ob Krankheit, Arbeitslosigkeit, der Schutz der mütterlichen Aufsicht, schlechte Umgebung in einer eng begrenzten Behausung und so vieles andre die Ursachen sind, daß sich die Gesellschaft des betreffenden Gefährdeten annehmen muß. Sie selbst ist ja daran interessiert, daß es besser werde. Um nun auch wirksamen Rat und Schutz gewähren zu können, bedarf es aber nicht nur des guten Willens, auch Kenntnisse sind heute dazu notwendig, denn die öffentlichen und privaten Schutzstellen sind ja im Wachsen begriffen und haben ja auch im Kriege eine Erweiterung erfahren. Je mehr wir solcher erfahrener Fürsorgerinnen haben, desto zielbewußter wird die Schutzarbeit erfolgen, desto leichter werden wir helfen können. Deshalb ist der Weg, den das städtische Wohlfahrtsamt betritt, sehr zu begrüßen, da es zur Heranbildung solcher gebildeter Fürsorgerinnen beitragen will. Die Mitteilung aus dem Rathause lautet:

Zu Beginn dieses Jahre wurde über Veranlassung des Damenbeirates der Kriegsfürsorgezentrale von der Gemeinde Wien ein Kurs zur Ausbildung von Recherchentinnen abgehalten, der sich eines regen Besuches erfreute und vielen Beifall fand. Eine Veranstaltung derselben Art soll in nächster Zeit wiederholt werden. Der Kurs bezweckt die theoretische und praktische Einführung von Frauen und Mädchen in die Aufgaben einer Recherchent und umfaßt: zehn Vorträge über soziale Bedeutung der einzelnen Zweige der öffentlichen und privaten Fürsorge (Frau Derta v. Sprung), zehn Vorträge über die geschlichen Grundlagen der öffentlichen Fürsorge (Magistratsrat Dr. Hornel), Anstaltsbesichtigungen und mehrwöchige praktische Einführung (Frau Regierungsrat Wien). Die theoretischen Vorträge werden in der Zeit von Anfang November bis Ende Jänner 1919 (mit zweiwöchiger Unterbrechung zu Weihnachten) stattfinden, und zwar an zwei aufeinanderfolgenden Abendstunden (etwa von 5 bis 7 Uhr abends) in einem möglichst zentral gelegenen Saale. Im Februar und März wird sich die praktische Ein-

führung anschließen. Als Regiebeitrag wird für jede Teilnehmerin ein Betrag von 10 Kronen eingehoben. Komitees, Vereine und Korporationen werden eingeladen, jene Mitglieder, die diesen Kurs besuchen wollen, bis 26. d. dem städtischen Wohlfahrtsamte (I. Bezirk, Neues Rathaus, 2. Stock) bekanntzugeben.

Was wird aus den arbeitenden Frauen?

Die „Korrespondenz des Bundes Deutscher Frauenvereine“ schreibt: Wenn der Friede kommt, wonn die Männer zurückkehren, wenn keine Granaten, keine Sprengstoffe, keine Gewehre mehr hergestellt zu werden brauchen, wenn die Scharen von Helferinnen aus den besetzten Gebieten und aus der Etappe entbehrlich werden, was wird dann aus all den Frauen, die weiter arbeiten und verdienen müssen? Das ist eine Sorge, die vielen die Aussicht auf den Frieden verdunkeln wird.

Aber dieselbe Frage hat Reichsbehörden, Kriegsamt und Frauenvereine schon lange beschäftigt und zur Durchberatung der Maßnahmen geführt, die den Frauen die schwere Uebergangszeit erleichtern sollen. Schon lange sind die Arbeitsnachweise ausgebaut, und immer noch wird daran gearbeitet, so daß sie nachher in der Lage sind, auch bei großer Unruhe schnell zwischen Stellenfuchenden und Arbeitsgelegenheiten zu vermitteln. Es wird ferner dafür gesorgt werden, daß bei Entlassungen möglichst Rücksicht genommen wird auf solche Arbeiterinnen, die noch verdienen müssen, daß Kündigungen längere Zeit vorher erfolgen, so daß die zur Entlassung kommenden Zeit haben, sich nach anderer Arbeit umzusehen. Man wird den vielen Arbeiterinnen, die während des Krieges außerhalb ihres Heimatortes Arbeit gefunden haben, die Rückkehr in die Heimat mit allen Mitteln erleichtern und dort für sie sorgen. Man wird, wenn es nötig ist, auch die Arbeit „strecken“, um mehr Menschen noch beschäftigen zu können, wie man es im dritten Kriegsjahr in der Weberei und Spinnerei getan hat; man wird eine Arbeitslosenunterstützung einführen, durch welche denen geholfen wird, die aus ihrer Arbeit entlassen werden, bis sie neue gefunden haben.

Die Zeit nach dem Kriege wird in vieler Hinsicht schwierig sein; wir können nicht wissen, wie schnell unsere Fabriken wieder Baumwolle und Wolle zum Verspinnen haben werden, wie schnell die Stoffe hereinkommen, die beinahe jede einzige Industrie zum Wiederbeginn nötig hat, wie schnell der Handel wieder aufblüht und seine Angestellten wieder beschäftigen kann, wie lange alles Gewerbe braucht, um wieder in den Friedenszustand zu kommen. Aber die Vorarbeiten des Kriegsammtes und der Reichsbehörden haben schon viel getan, um uns für den Frieden und seine Schwierigkeiten zu rüsten, und wir dürfen vertrauen, daß jetzt erst recht alles geschieht, was die arbeitenden Frauen vor der Not der Erwerbslosigkeit schützt. Es ist auch zu erwarten, daß die Kriegsunterstützungen für eine Zeitlang fortgezahlt werden, so daß alle Familien Zeit haben, sich mit ihrem Leben neu einzurichten, und daß nicht zwischen dem Aufhören der Unterstützung und der Wiederbeschäftigung des Mannes eine Lücke der Versorgungslosigkeit entsteht. Auch die Reichswochenhilfe wird sicher in irgendeiner Weise weitergeführt werden.

Alle Behörden werden zusammenwirken, um der Bevölkerung den Uebergang zu erleichtern, damit der Beginn besserer Zeiten nicht durch Angst und Sorge getrübt wird.

9./XI. 1918

Arbeitsvermittlung für Frauen. Die Gemeindeverwaltung hat eine Arbeitsvermittlung für Frauen im Hause Rosinagasse 4 eingerichtet.

14. / 11. 1918

Weibliche Hilfskräfte.

Die Damengruppe des gemeinsamen Zentralnachweissbüros schreibt uns:

In einem Artikel der „Wiener Sonn- und Montagszeitung“ greift ein „als Kanzleiorgan beschäftigt gewesener Landsturmmann“ die weiblichen Hilfskräfte der Militärbüros an, weil sie sich jetzt organisieren und Versammlungen abhalten.

Ohne auf den Ton des Artikelschreibers weiter eingehen zu wollen, möchten wir zur sachlichen Nichtigstellung folgendes bemerken:

Die weiblichen Hilfskräfte in den militärischen Kanzleien haben ein Einkommen von durchschnittlich 200 K monatlich, also durchaus kein Einkommen „um die sie jeder Familienvater in Landsturmuniform beneiden kann“. Unser Zusammenschluß erfolgt nicht, um über „Eröffnung der Pallokazitäten“ zu beraten, sondern unsere Organisation ist eine Folge der Gefährdung unserer Existenz durch eine eventuelle prinzipielle Kündigung aller weiblichen Kanzleikräfte. Wir wollen dieser prinzipiellen Kündigung entgegenarbeiten und unsere Interessen decken sich dabei mit den Interessen der abrüstenden Soldaten. Wenn die Hunderttausende weiblichen Kanzleikräfte jetzt alle entlassen würden, würden sie den ohnedies sehr schwachen Arbeitsmarkt noch weiter drücken und den heimkehrenden Soldaten die Erlangung einer Anstellung sehr erschweren.

Eine Entlassung der weiblichen Hilfskräfte würde einen Stillstand der Militärkanzleien zur Folge haben und eine ordnungsmäßige Demobilisierung unmöglich machen.

Wir fordern deshalb in unserem Interesse und im Interesse der Allgemeinheit, daß die weiblichen Kanzleikräfte, für die es noch Arbeit gibt bis zur vollständigen Erledigung der Demobilisierung, auf ihren Posten verbleiben. Nach ihrer Entlassung müssen sie ferner ihren Monatsgehalt noch für einige Monate gezahlt bekommen, damit sie nicht gezwungen sind, um jeden Preis Stellen anzunehmen und so zur Verschlechterung der Angestelltengehälter beizutragen.

Die in dem oben genannten Artikel erwähnten Mißstände sind zum größten Teil eine Folge unserer Notlage und können nur eine kleine Anzahl der weiblichen Hilfskräfte betreffen. Die meisten weiblichen Kanzleikräfte haben während des Krieges wichtige Arbeiten sachgemäß erledigt, was auch von den Kommandanten der betreffenden Abteilungen anerkannt wurde.

Der Abend
16./II. 1918

81

Die Abrüstung der weiblichen Kriegsangestellten.

Noch einmal die Entlassung der Aushilfs- briestägerinnen.

Durch unsere Notiz vom 12. d. M. über die Entlassung der Aushilfsbriestägerinnen veranlaßt, sprach Abg. Forstner am 14. d. M. beim Generaldirektor Soheiß vor und erhielt die Auskunft, daß eine sofortige Entlassung aller Aushilfskräfte nicht beabsichtigt sei. Von den weiblichen Dienerkräften seien, falls die Standesüberzahl nicht anders zu beheben sei, zunächst jene zu entheben, die „minderentsprechende Dienstleistung aufweisen“, den „Aufnahmebedingungen nicht oder nur teilweise entsprochen haben“, welche „nichtdeutscher Nationalität“ sind und schließlich jene, welche „kürzere Dienstzeit“ aufweisen.

Dieser Auskunft gegenüber stellen wir fest: Kein vernünftiger Mensch hat sich vorgestellt, daß über Nacht alle Briestägerinnen auf einmal entlassen werden. Aber wenn heute der, morgen jener vor dem Antritt der Tour gesagt wird, sie könne nach Hause gehen, und wenn von der Entlassung aller als einer Frage der Zeit gesprochen wird — das ist leider tatsächlich geschehen! —, so ist es klar, daß das Damoklesschwert der plötzlichen Entlassung alle über sich hängen fühlen, besonders aber jene, auf welche die in der obigen Auskunft angegebenen Entlassungsursachen zutreffen. Es genügt nicht, armen, unaufgeklärten Frauen zu versichern, daß das Unglück einer plötzlichen Brotloswerdung nicht unbedingt und nicht sofort jede treffen müsse; es handelt sich vielmehr darum, eine schützende Rechtslage für alle zu schaffen. Das kann nur dann erreicht werden, wenn 1. eine angemessene Kündigungsfrist, 2. eine geldliche Abfertigung festgesetzt wird und 3. die einzelnen Briestägerinnen um das so teuer verdiente Neujahrgeld nicht im letzten Augenblick gebracht werden.

Um alles das geht die Auskunft, die sich Herr Abgeordneter Forstner von Herrn Soheiß holte, vorsichtig herum. Wir wollen hoffen, daß sie noch einen nicht-öffentlichen Teil hatte, der sich mit den anderen von uns bemängelten Mängeln eingehender befaßte. Denn es ist sehr wenig damit getan, wenn die Postverwaltung durch den Mund eines sozialdemokratischen Abgeordneten versichern läßt, es sei nicht ihre Absicht, die Zahl der Arbeitslosen zu vermehren, und sich im gleichen Atemzuge das Recht vorbehält, doch zu tun, was sie will. Das Pro-

blem der Arbeitslosigkeit hat im Augenblicke mit der Zweckmäßigkeit des amtlichen Betriebes nur bedingten Zusammenhang. Vor dem Hunger sind alle gleich, sogar der „Minderverwendbare“ und der „Nichtdeutsche“, und das Gespenst der Arbeitslosigkeit bedroht die Ruhe des Staates auch dann, wenn es im Gefolge einer „kürzeren Dienstzeit“ oder „nichtentsprechender Aufnahmebedingungen“ auftritt. P.

17/11 918

Der Abbau der Frauenarbeit.

Ueber den großen Problemen, die in der nächsten Zeit gelöst werden müssen, ist die Frage des Abbaus der Frauenarbeit eine der wichtigsten. In der Vereinbarung, die zwischen den Unternehmen- und Arbeiterorganisationen dieser Tage abgeschlossen worden ist, haben die Unternehmer den aus dem Felde zurückkehrenden Arbeitern den Anspruch auf die vor dem Kriege innegehabte Arbeitsstelle zugesichert. Die Durchführung dieser Abmachung wird die Interessen mancher Frauen, die diese Stellen während des Krieges nach besten Kräften ausgefüllt haben, sehr berühren. In Wirklichkeit liegen auf diesem Gebiete gedehnte Schwierigkeiten, als auf den ersten Blick erscheint. Es liegen hier die Interessen der heimkehrenden Krieger mit denen der Frauen zusammen, die in der Heimat wertvollste Kriegsdienste geleistet haben. Wie wir hören, sind bereits seit längerer Zeit Beratungen und Verhandlungen über einen Ausgleich in dieser Beziehung im Gange. Man glaubt nun eine mittlere Linie gefunden zu haben, die dahin geht, daß bei notwendig werdenden Entlassungen die persönlichen Verhältnisse der arbeitenden Frauen berücksichtigt werden müssen. Unverheiratete und sonst unversorgte Frauen, in deren Lebensverhältnisse die Entlassung schwer eingreifen würde, sollen von der Entlassung möglichst verschont bleiben. Verheiratete Frauen, deren Männer arbeitsfähig aus dem Felde zurückkehren, werden in großer Zahl aus dem Arbeitsverhältnis ausscheiden, um den Männern Platz zu machen. Auch würde auf junge Mädchen, die Aussicht haben, in der Hauswirtschaft oder in sonstigen ausschließlichen Frauenberufen unterzukommen und die keine höhere Berufsausbildung genossen haben, bei notwendig werdenden Entlassungen keine Rücksicht genommen werden können.

Demokratischer Volksbund.

19./II. 1918

Das Los der Schaffnerinnen.

Die Truppen haben abgerüstet und im friedlichen Kleibe suchen die Heimkehrenden friedliche Beschäftigung. Doch ein nicht geringer Teil der Posten wird „ersetzt“ vorgefunden, zumeist durch weibliches Personal. Besonders wichtig ist die Frage der Wiederanstellung vom Kriege heimgekehrter städtischer und staatlicher Beamter, wie Bediensteter. Bekanntlich sind seit Beginn des Krieges unter den zahlreichen Bediensteten der Straßenbahn an Stelle der eingerückten Männer Frauen und Mädchen angestellt worden. Die Zahl der weiblichen Straßenbahner ist heute bei weitem in der Majorität. Es gibt unter diesen weiblichen Bediensteten sowohl Frauen der nun heimgekehrten Straßenbahner, als auch die Wittwen gefallener Straßenbahner oder anderer Krieger und endlich eine große Anzahl von jungen Mädchen, die im Kriege andere Berufe ausübten, um sich der Straßenbahn zur Verfügung zu stellen. Es entsteht nun die Frage: Was geschieht mit den Schaffnerinnen, sobald die männlichen Angestellten wieder zur Arbeit einrücken? Wie uns die Direktion der Straßenbahn mitteilt, werden alle sich meldenden Heimkehrer aufgenommen, ohne daß vorläufig daran gedacht wird, das weibliche Personal zu restringieren. Von den weiblichen Bediensteten ist die Erwartung ausgesprochen worden, daß bei dem nunmehr notwendig werdenden Revirement unter den Ersatzbediensteten, die keineswegs ein Hindernis für die Heimkehrer sein wollen, nach einem gewissen Schema vorgegangen werde. Zuerst sollen die jungen Kräfte, die früher einen anderen Beruf hatten, ausgewechselt werden, dann die Frauen der Heimgekehrten aus den Dienstketten, hierauf die übrigen Mädchen. Zurückbleiben sollen bis auf weiteres alle Wittwen gefallener Soldaten. Dadurch glaubt man die Lücken, die der Krieg in die Reihen der Straßenbahner gerissen hat, ausfüllen zu können.

* „Die Wählerin.“ Anfang Dezember gelangt ein Frauenwochenblatt: „Die Wählerin“ unter der Redaktion der Genossinnen Adelheid Popp und Therese Schiesinger zur Ausgabe. Der revolutionäre Umsturz hat die Frau zur gleichberechtigten Staatsbürgerin gemacht. Die „Wählerin“ trägt dieser Tatsache Rechnung und wird die Frauen über alle Fragen des öffentlichen Lebens unterrichten. Die „Wählerin“ will beitragen, die Frauen zu reifen, ihrer Aufgabe bewußten Staatsbürgerinnen zu machen. Bestellungen auf die „Wählerin“ werden jetzt schon vom Verlag der „Arbeiterinnen-Zeitung“ Rechte Wienzeile Nr. 97, entgegengenommen.

Die Frau als Wählerin.

Von Ernestine v. Färth.

Wien, 23. November.

Den höchsten Kurzwert auf dem neueröffneten politischen Markt besitzt gegenwärtig unzweifelhaft die große Masse der nunmehr wahlberechtigten Frauen. Alle diejenigen, denen die Sorge um die stetige friedliche Entwicklung unserer jungen, freiheitlichen Staatsbildung am Herzen liegt sowie diejenigen, denen die Republik die günstigste Konjunktur für die Erwerbung eines Abgeordnetenmandates zu bieten scheint, stehen jetzt vor der bedeutungsvollen Frage: „In welchem Sinne werden die Frauen ihr Wahlrecht ausüben?“ — eine Frage, bei der sehr oft übersehen wird, daß die Frau nicht nur als Wählerin, sondern auch als Mandatswerberin die politische Arena betritt.

Erster und verantwortungsbewußter kann aber wohl niemand diese Frage erörtern und erwägen, als der kleine Kreis von Frauen, der seit Jahren sein Streben darauf gerichtet hat, zugleich mit dem Kampfe um die Erlangung der staatsbürgerlichen Gleichstellung auch das politische Verständnis der Frauen zu wecken, und der in diesem seinen heißen Bemühen auf so viel Voreingenommenheit, so viel Vorurteil stieß. Wie seinerzeit ein berühmter Diplomat meinte, daß die soziale Frage bei Letzlichen aufhöre, so meinten noch in allerjüngster Zeit die Herren des seither aufgelösten Deutschen Nationalverbandes, daß die Frauenfrage vor ihren Parteioptionen halt machen müsse. Die tragische Schuld des deutschen Bürgertums bildete ja stets der mangelnde politische Sinn, das absolute Unverständnis für die politischen Erfordernisse der Stunde. Während die Kirche einerseits, die Sozialdemokratie andererseits in kluger Voraussicht auch die Frauen in den Kreis ihrer Werbetätigkeit einbezogen, haben die bürgerlich-schrittlichen Parteien in ihrer Gesamtheit es fast durchwegs abgelehnt, ihre Frauen politisch zu schulen und zur Mitarbeit heranzuziehen. So mußte es geschehen, daß heute, da die Frauen im Laufe weniger Tage aus tiefster politischer Rechtslosigkeit zu dem Vollbesitz des höchsten Staatsbürgerrechtes, des aktiven und passiven Wahlrechtes für die Konstituante gelangten, die bürgerliche Demokratie die einzige Partei ist, die der breiten Masse der neuen Wählerinnen ohne jeden inneren politischen Zusammenhang gegenübersteht. Welche Bedeutung diese Tatsache gerade in dem jetzigen gewichtigen Augenblick besitzt, erkennen wir genau. Wissen wir doch, daß die Ereignisse der nächsten Monate schicksalsbestimmend für die Entwicklung unseres deutschen Volkes sein werden. Eine ungeheure Last der Verantwortung wird mit der Anerkennung des Wahlrechtes jetzt auf die Schultern der Frauen gelegt, eine Verantwortung, die uns klarblickende, politisch gereifte Bürgerinnen unseres Staates fast die Befriedigung über den langersehnten Erfolg unserer Mühe teilben könnte. Wir wissen genau, daß gerade die Frauen kraft ihrer impulsiven, auf gefühlsmäßige Reagenz eingestellten Sonderart Gefahr laufen, aus dem Glend und dem Jammer der letzten Jahre in der Verheißung auf ein anderes besseres Leben Trost und Zuflucht im Schoße der Kirche zu suchen, oder ihr Heil in einem völligen Umsturz

der bestehenden Verhältnisse zu wähen, in radikalsten Utopien, die zur Anarchie führen müssen.

Die fortschrittliche Frauenbewegung hat diese Gefahr seit langem wohl erkannt und ihrer zielbewußten Arbeit wird es zu danken sein, wenn aus den Reihen der Frauen Streiterinnen für die Ideen der wahren Demokratie gegen reaktionäre oder umstürzlerische Tendenzen entstehen. Die Forderungen, welche die fortschrittliche Frauenbewegung stets vertreten hat, sind diejenigen, die heute dem neu aufzurichtenden staatlichen Gemeinwesen zur Grundlage dienen sollen: Selbstbestimmungsrecht der Völker, Wahrung des deutschen Besitzstandes und der deutschen Kultur, demokratische Verfassung im Innern; nicht Herrschaft einer einzelnen Klasse oder eines einzelnen Standes, sondern gemeinsames Zusammenarbeiten aller Bevölkerungsschichten zum Wohle der Allgemeinheit, Anbahnung freundschaftlicher Beziehungen zu allen anderen Nationen im Sinne der Herstellung eines Völkerbundes zur Wahrung des Weltfriedens. Welche Kreise der Frauen haben bereits dieses Kulturprogramm als Grundlage zum Beitritt in eine politische Organisation akzeptiert und der mit zäher Beharrlichkeit einsetzenden Aufklärungsarbeit unserer politischen Frauenvereine wird es gelingen, immer breitere Massen für die Ziele einer wahrhaft demokratisch orientierten Partei zu begeistern und ihren Beitritt in diese Partei zu erreichen. Wo aber haben wir Frauen die einige große politische Partei, der wir mit Freude und Hingebung unsere Mitarbeit weihen, deren Programm wir bedingungslos zu unserem eigenen machen könnten?

Wenige Wochen trennen uns nur noch von dem Wahltag, der die Entscheidung über die Zusammensetzung der Konstituante bringen soll. In diesem Augenblick, da es um Sein oder Nichtsein unseres Volkes geht, ist es erste Pflicht unseres Bürgertums, sich auf sich selbst zu besinnen, all den kleinlichen Eigenbrötleien auf parteipolitischen Gebieten ein Ende zu setzen, die einigenen Momente aufzusuchen und über unbedeutende Meinungs- oder Nuancenverschiedenheiten hinwegzusehen. Wenn dann auf dem Grundsatz der Freiheit und Demokratie unser fortschrittliches Bürgertum in geschlossener Phalanx auf den Plan tritt, werden auch die neuen Wählermassen, die bürgerlichen Frauen, wissen, wo ihr Platz im neuen Staate ist. Freudig und bewußt werden wir im Vollgefühl unserer staatlichen Verantwortlichkeit unser neu erworbenes Bürgerrecht ausüben, um gemeinsam mit unseren männlichen Gesinnungsgenossen den Staat aufzubauen, der unserer Jugend die Verheißungen einer besseren Zukunft sichern muß!

Die Frauen und die Demokratische Partei.

Von Marianne Weber.

Was wir Frauen Jahrzehnte vergeblich erstrebten: die politische Gleichberechtigung unseres Geschlechts, ist zu uns gekommen wie der Dieb in der Nacht, in den dunkelsten Schlafstunden, die wir als Glieder unseres Volkes durchleben müssen. Wir Frauen wollen uns nicht verhehlen, daß wir uns diesen Durchbruch zur wahren Demokratie anders gedacht hatten. Wir hatten gehofft, ihn durch eigene Anstrengung, aber auch durch die wachsende Einsicht und Hilfe unserer bürgerlichen Parteigenossen zu erlangen. Es ist unsagbar schmerzlich, daß erst aus dem Zusammenbruch unserer nationalen Hoffnungen, aus der Zerstörung unseres Staatswesens unsere politische Freiheit geboren wurde. Und dieses Geschenk der Revolution legt sich als schwere Verantwortung auf unsere Schultern. Es ist ja kein Zweifel, daß die Frauenmänner völlig unvorbereitet ihrer neuen Pflicht gegenübersehen. Nicht durch unsere und nicht durch ihre eigene Schuld. Das Interesse unseres Geschlechts an öffentlichen Dingen ist freilich von Natur geringer als das der Männer; aber die Keime dazu haben auch wir. Sie sind nur in unserer deutschen Anschauungswelt bisher eher erstickt als gepflegt worden. Das deutsche Bürgertum hat geschlechtlich das Streben der Frauen, außerhalb des Hauses zu wirken, mißbilligt. Ihre öffentliche Tätigkeit verurteilte der deutsche Mann als unweiblich, als vereinbar mit unseren häuslichen Pflichten, und hinsichtlich der Politik pflegte man der Frau zu sagen: „Du verstehst ja doch nichts davon“; oder aber: „Ihr seid zu schade dafür.“ Selbstverständlich wirkte eine solche abwehrende oder ironische Haltung des Mannes wie Mistau auf jedes leibende Interesse.

Wir Frauen wollen aber in dieser Stunde dankbar anerkennen, daß gerade der demokratische Liberalismus auch in seiner früheren Gestalt als Fortschrittliche Volkspartei die übergroße Bescheidenheit des bürgerlichen Mannes für seine Gefährtin überwunden hat und daß sie die erste bürgerliche Partei war, die wenigstens das Gemeinbewahlrecht für uns beantragte. Die neue Demokratische Partei stellt sich auf den Boden unserer vollen politischen Gleichberechtigung. Deshalb wollen wir bürgerlichen Frauen, die wir wissen, was politische Rechte bedeuten, uns stolz und freudig in ihre Reihen einreihen, um hier, soweit es in unseren Kräften steht, in dieser fürchterlich schweren Zeit am Wiederaufbau Deutschlands zu helfen. Aber sollten auch die bürgerlichen Frauen diesmal lässig wählen, — wir sind nicht bereit, auf unsere Mündigkeit wider zu verzichten, und wir hoffen, daß auch unsere Parteigenossen diese neue Interessengemeinschaft mit uns künftig nicht als Beeinträchtigung, sondern als neuen Lebensreichtum, als organische Ergänzung empfinden.

Unsere Zugehörigkeit gerade zum echten demokratischen Liberalismus ist ja nicht zufällig, sondern tief begründet. Sie ist erwachsen im Boden einer ganz bestimmten Weltanschauung, in den unsere Frauenideale so gut wie die demokratischen eingepflanzt sind. Ja, wenn wir gegen die männliche Diktatur in Staat und Familie und für die politische Freiheit und Mündigkeit unseres Geschlechts gekämpft haben, so war dies ja gar nichts anderes als echte Demokratie. Darüber noch eine kurze Wort. Tiefster Ausgangspunkt der liberalen Demokratie ist die Achtung vor der Menschenwürde der Gläubigen an den absoluten Wert des einzelnen. Um dieses Wertes willen fordert sie für alle Freiheit, das Recht zu freier sittlicher Selbstbestimmung und Selbstverantwortlichkeit. Sie will jedem einzelnen so viel Freiheit sichern, als er bedarf zur vollen Entfaltung seiner wertvollen Gaben und seiner sittlichen Persönlichkeit. Gerade auf diese Idee, daß jeder der Menschenwürde trägt, zu wirklicher Freiheit berufen ist, stützen auch wir modernen Frauen unsere Forderungen. Wir wollen nicht länger überlebten Vorstellungen von dem, was die Frau tun kann und tun soll, unterworfen sein, sondern wir kämpfen für das Recht, unsern Pflichtenkreis selbst abzugrenzen und unsere Doppelaufgaben als Gattinnen und Mütter und als Bürgerinnen nach eigenem Gewissen in Einklang zu bringen. Wir brauchen freien Zutritt zu allen geistigen Entwicklungsmöglichkeiten. Wir brauchen jetzt mehr als je für jede einzelne Frau die Freiheit, sich ihren Lebensinhalt zu schaffen gemäß ihren besonderen Fähigkeiten. Wir brauchen die freie Betätigung an aller Kulturarbeit. Und zweitens: Die echte Demokratie überwindet die natürliche Ungleichheit der Menschen mit der Idee der Gleichheit aller vor dem Gesetz, ihrer Gleichberechtigung gegenüber dem Staat. Wir Demokraten werden eben darin unsere Anerkennung der Menschenwürde aller aus, daß wir jedem ein Stückchen Mitverantwortlichkeit im Staate gönnen, daß wir jedem das Recht einräumen, sich seine Vertreter, die Hüter seiner materiellen und geistigen Interessen und damit mittelbar auch seine Führer selbst zu wählen. Die Demokratie sieht in dieser politischen Mitverantwortlichkeit das wichtigste erzieherische Mittel, um auch den letzten Volksgenossen mit dem Gemeinschaftsleben zu verketten, um auch dem geistig Dumpfen wenigstens irgendwelche Interessen einzuflohen, die ihn über sein persönliches Alltagsdasein hinausheben. Die Politik kann immer nur von wenigen gemacht werden, aber die Demokratie will sich durch solche

wählte Führer regieren, und niemandem, der die Fähigkeiten besitzt, soll der Weg zur Führerschaft verschlossen sein. Auf diese Grundzüge stützen auch wir Frauen die politischen Ansprüche für unser Geschlecht. Wir wollen den Männern nicht gleiche sein. Wir sind uns unsere Sonderart klar bewußt und erkennen in unseren Aufgaben als Gattinnen und Mütter unseren wichtigsten Wirkungsbereich. Aber gerade als die ihrer Eigenart bewußten Frauen fordern wir die Mäßigkeit, unsere eigenen Interessen und unsere besonderen Ansichten im Gemeinschaftsleben zur Geltung zu bringen. Und insofern wir nicht nur Frauen, sondern Menschen sind, bedürfen wir derselben Erziehung zum Verständnis gemeinsamer großer Aufgaben wie die Männer.

Und schließlich der dritte große Gedankenstrom der Demokratie ist die soziale Verantwortlichkeit der Führerenden für die Geführten, der Wille zu ausgleichender Gerechtigkeit, die Einsicht, daß ein Staatswesen erst dann auf sittlicher Grundlage steht, wenn die Anteile an den geistigen und materiellen Gütern des Daseins gerechter und gleichmäßiger verteilt sind als bisher, wenn alle Tüchtigen an das Licht der Kultur gelangen können. Wir Frauen nehmen gerade an den sozialen Aufgaben, die sich die Demokratie stellt, den stärksten inneren Anteil; denn wenn es in erster Linie Aufgabe des Mannes ist, die objektive Kultur, die Welt der Sachen und Ordnungen, alles, was außer uns ist, zu schaffen, so ist es in erster Linie unsere Aufgabe, das Alltagsdasein lebenswert zu gestalten, Trägerinnen der persönlichen Gesittung, „Menschenpflegerinnen“ zu sein. Die zu bewußtem Gefühl für das Ganze erwachten Frauen haben seit vielen Jahren sozial gearbeitet und soziale Frauen durchdacht. In der öffentlichen Wohlfahrtspflege und Fürsorge jeder Art sind wir unentbehrlich. Im Volksstaat wollen und müssen wir auch an der Gesetzgebung mitwirken, durch die der Neubau gesund und wehrlich gestaltet werden soll für alle Schichten unseres Volks. Die Gedanken, die uns Frauen dabei leiten werden, sind wiederum echt demokratisch und echt weiblich zugleich. Wir sind die Hüterinnen des Lebens. Als Gefäß des Geistes und der Seele ist uns der einzelne heilig. Wir wollen, daß der vernunftbegabte Mensch im neuen Deutschland sich unverkümmert entwickeln und wachsen darf. Und wenn der Staat länger als vier harte Jahre über Leben und Schicksal des einzelnen richtsichtslos verfügt hat, so finden wir, es ist endlich hohe Zeit, daß das innerlichste Anrecht des einzelnen auf ein gesittetes, sinnvolles Dasein wiederum zum Mittelpunkt gemeinsamer Arbeit werde.

[Wiederaufstellung verheirateter Lehrerinnen.] Der Stadtrat hat beschlossen, weiblichen Lehrpersonen, welche auf Grund des seinerzeitigen Landesgesetzes anlässlich ihrer Verheiratung aus dem Schuldienste ausgeschieden sind, bei ihrem Neueintritt in den Schuldienst auf Grund der Abänderung des erwähnten Gesetzes von neuem in den Wiener Schuldienst eintreten, Unterbrechung ihrer Dienstzeit als „Außer Schuld und Zutun“ anzusehen und die Dienstzeit dementsprechend richtigzustellen.

Die Wählerin.

Die sozialpolitischen Forderungen der Frauen.

Heute erst feiert die Ideenwelt der Frau den sittlichen Triumph ihrer Anerkennung. Es ist der ethische Gedanke, daß innerhalb der sozialen Gemeinschaft nicht Kampf und Zerstörung, sondern Liebe und Aufbau, nicht Unterdrückung, sondern Freiheit, nicht Macht, sondern Recht herrschen sollen, sowie die wirtschaftliche Erkenntnis, daß der Reichtum eines Landes nicht nach seinen Bodenschätzen, seinem Ertrag der Landwirtschaft und Gütererzeugung allein, sondern nach der gesunden Arbeitskraft und dem geistigen Wert der Bevölkerung zu bemessen ist, daß dem kostbarsten Gut im Staate, den Menschen, durch eine großzügige Sozialpolitik besondere Sorgfalt und Pflege zuteil werden muß. Es liegt nun an den Wählerinnen, ihren sozialpolitischen Wunschzeitel den zukünftigen Volkswartretern vorzulegen, von denen sie die volle Einlösung aller Versprechungen verlangen.

Diese Forderungen richten sich zunächst dahin, daß die schweren Verluste an Menschenleben durch eine weiterschauende Bevölkerungspolitik gemildert werden sollen. Damit ist nicht jene Richtung gemeint, die das einzige Heil der Nation in einer starken Steigerung ihrer Geburtenziffern erblickt, vielmehr soll darauf Bedacht genommen werden, unter welchen Bedingungen Kinder in die Welt gesetzt werden, um diese lebensfähig und gesund zu erhalten. Darum fordern wir alle Maßnahmen zum Schutze von Mutter und Säugling: staatliche Mutterschaftsversicherung, öffentliche Säuglingsstationen und Mütterberatungsstellen, Milchverteilungsstationen, obligatorische Einführung von Säuglingspflegerinnen in Stadt und Land. Für die weitere Aufsicht der Kinder sind verschiedene Voraussetzungen zu schaffen: Licht- und gesunde Wohnräume an Stelle jener

Wohnstätten, die sich infolge der Mietspiegelbildung demnach eine neue Höhe in der Höhe der Mieten gestellt, und die Sicherstellung der Bewilligung ist Stellung für die Erlaubnis befristet und ein- Der Stadtrat hat sich bekanntlich in der vorwiegenden Richtung dem Zehrenterlehen zugewandt worden, diesbezügliche Verbot sei im Wege der Polizei- und Montag, den 6., nicht erteilt wurde. Das Direktorium die Spielstätten für Sonntag, den 5. vom Stadtsamt für öffentliche Spielstätten den Zehrenterlehen die Stadtsamt entnehmen habe, daß für die zu seiner Heberzeugung aus zunächst keine Zehrenterlehen Dr. Heidehunden Zehrenterlehen der Zehrenterlehen befähigt. Forderungen und mit der im Zusammenhang damit im Zehrenterlehen bereits berichtigten, neuerlich mit der Die geistige Stadtratshaltung hat sich, wie mit der Stellung der Fakten. — Die Zehrenterlehen. Stellung des Stadtsamtverlehen und des in den böhmisches Stadtsamt. — Gefahr der Forderungen in der Stadtsamt. — Zehrenterlehen Stadtsamt. — Neue Stadtsamt.

Die Kohlennot.

fallen sind. Alle diese Bestrebungen gehen vornehmlich darauf aus, die Jugend für Beruf und Leben zu ertüchtigen, damit sie einer gesicherten Zukunft entgegengehe. Diesem Zwecke dienen insbesondere die Einrichtungen von Berufsberatung, Lehrstellenvermittlung und öffentliche Arbeitsnachweise. Der Ausbau und enge Zusammenschluß dieser Stellen zu gemeinsamer Arbeit mit Schule und Lehrerschaft gehört zu den bedeutenden Aufgaben der öffentlichen Verwaltung und der Volksvertretung. Im Interesse der Volkswirtschaft wie des einzelnen liegt es, diese Methoden anzuwenden, die zu einer Berufsauslese und deren richtiger Verwendung im Wirtschaftsleben führen. Dieses sozialpolitische Programm der weiblichen Wählerchaft, das hier nur in großen Zügen angedeutet werden konnte, hat seinen Ausblick in die Zukunft. Es ist die Zukunft einer besseren Zeit, die uns grüßt, auf die wir hoffen und der wir vertrauensvoll entgegengehen. **Oly Schwarz.**

Politischer Verein für Frauen.

Der Bund österreichischer Frauenvereine, dem die Frauenvereine fortschrittlicher Richtung angehören, hat eine Vertreterinnenversammlung einberufen, um ihr den Antrag vorzulegen, die Verbandssatzungen dahin abzuändern, daß der „Bund“ als politischer Verein erklärt werde. Die Bundesvorsitzende Frau Bertha v. Sprung begründete diesen Antrag in eingehender Weise und beleuchtete die politische Stellung des Bundes als deutsche, bürgerliche und freiheitliche Vertretung der Frauen. Sie hob hervor, wie sehr die deutschen Frauen jetzt ihre Kraft entfalten müssen, um Kulturarbeit am deutschen Volk zu leisten, wie notwendig es sei, einen engen Zusammenhang zwischen den führenden Frauenkreisen von Wien mit jenen der Alpenländer herzustellen. In ihren weiteren Darlegungen betonte die Rednerin, daß die bürgerlich-demokratischen Frauen ihrer fortschrittlichen Gesinnung am besten mit den Worten Ausdruck geben: „Es gibt kein Zurück mehr!“ Jedoch dürfen bei der weiteren Entwicklung nicht hohe Werte der bürgerlichen Kultur verlorengehen. Nach einer anschließenden, sehr lebhaften Wechselrede sagte die Vorsitzende in ihrem Schlusswort, daß nunmehr der Bund als politischer Verein vor neue Aufgaben gestellt werde, die Frauen politisch zu schulen, sie über die Zusammenhänge mit dem Wahlrecht zusammenhängenden Fragen aufzuklären. Einer bestimmten Partei schließt sich der Bund nicht an, da es ein Zentrum der fortschrittlichen Frauengruppen, theoretisch belehrend wirken will.

Damit ist auch diese größte Frauenvereinigung, die über 100 Vereine in Wien und den deutsch-österreichischen Ländern umfaßt, zu einer wichtigen, politischen Stelle geworden. **O. S.**

Der Werbekampf um die Frau.

Von

Dr. Margarete Meferich.

Bei der Frauenstimmrechtsdebatte im preussischen Abgeordnetenhaus im Januar d. J. lehnten die Konservativen die Forderungen der Frauen mit der Begründung ab, daß hinter der kleinen Gruppe von Frauenrechtlerinnen und besonders Modemilnerinnen, die das Frauenstimmrecht fordern, nicht die geschlossene Masse der Frauen stünde, sondern daß ihnen die Frage gleichgültig sei. So unzutreffend diese Begründung für die Sozialdemokratinnen war, denn jede in der Sozialdemokratie organisierte Frau verlangte als selbstverständlichen Programmpunkt das Frauenstimmrecht, so sehr traf sie für die bürgerlichen Frauen zu.

Wenn auch der Krieg mit der Zunahme der Frauenarbeit und den in das Arbeitsfeld der Hausfrauen tief einschneidenden Veränderungen die deutsche Frau ebenso politisierend beeinflusst hat wie den deutschen Mann, der ja auch vor dem Kriege eine sorgfältige Zurückhaltung allen Fragen der Politik gegenüber bewahrte, so hat doch die Revolution die Frauen für ihre neuen großen Aufgaben schlecht vorbereitet getroffen. Daher gilt es denn jetzt in den wenigen Wochen bis zur Nationalversammlung das nachgehohlene, was durch Jahre veräußert wurde: die Frau in die Grundbegriffe der Politik einzuführen und sie mit dem Verantwortungsgesühl zu erfüllen, ihr Wahlrecht auszuüben, sich aber vorher die notwendigen Kenntnisse anzueignen, damit sie sich aus eigener persönlicher Erkenntnis heraus zu einer Partei zu bekennen vermögen.

Um diese Politisierung der Frauen einheitlich und gründlich anzuleiten, haben sich die Frauenvereine Groß-Berlins zu einem „Ausschuß der Frauenvereine Groß-Berlin (zur Vorbereitung der Frauen für die Nationalversammlung)“ und die Frauenverbände Deutschlands zu einem „Ausschuß der Frauenverbände Deutschlands“ mit gemeinsamem Büro in der sozialen Frauenschule (Berlin W 30, Barbarossastr. 63) zusammengeschlossen.

Diese Ausschüsse haben sich in vier Unterabteilungen, Rednerinnen-, Versammlungs-, Werbe- und Pressekommission gegliedert. Die Versammlungskommission beruft selbst Versammlungen ein und veranlaßt die angeschlossenen Vereine und Verbände, ihrerseits Einzelvorträge und Vortragsreihen zur Aufklärung ihrer Mitglieder oder öffentlich zu veranstalten. Ein Nachrichtendienst gibt allwöchentlich die Veranstaltungen den sämtlichen angeschlossenen Vereinen bekannt, um dadurch ihren Vorständen auch neue Anregungen zu geben. So veranstalten Hausfrauenvereine Vortragsreihen für ihre Mitglieder, deren Aufklärung ja besonders notwendig ist, da sich gerade die Hausfrauen aus dem Mittelstande bisher am meisten jeder politischen Betätigung ferngehalten haben. Ihnen fällt jetzt auch die Aufgabe zu, die Hausangestellten, die, wenn sie nicht zur Sozialdemokratie gehören, von Fragen des öffentlichen Lebens in der Regel gar keine Ahnung haben, aufzuklären. Damit die Hausfrauen das können, müssen sie aber selbst erst lernen. Für die Hausangestellten werden außerdem noch besondere Versammlungen mit dem Thema „Die Hausangestellten und die Nationalversammlung“ veranstaltet. In einer öffentlichen Jugendversammlung wird über „Die Jugend und die Politik“ gesprochen werden; vielleicht gelingt es, durch die Jugend auch deren Mütter zu gewinnen.

Die Rednerkommission vermittelt den Vereinen und Verbänden Redner, soweit sie solche nicht selbst zur Verfügung haben. Grundsätzlich sehen diese Frauenausschüsse zwar über den Parteien, auf besonderen Wunsch der angeschlossenen Vereine vermitteln sie aber auch Redner bestimmter Parteirichtungen.

Die Werbekommission gibt Flugblätter und Schriften heraus, um die Frauen der verschiedensten Kreise zur Ausübung ihres Wahlrechtes heranzuziehen. So ruft ein Ausschuß der Frauenverbände Deutschlands in einem Flugblatt alle Frauen zur Wahl auf, indem es heißt: „Mütter wählt, damit eure Kinder Brot haben! Ehefrauen wählt, damit eure

Männer Arbeit haben! Berufsfrauen wählt, damit eure Rechte vertreten werden!“ Ein anderes Flugblatt richtet sich besonders an die „Frauen in gepflegten Heimen“ und fordert diese Frauen auf, dafür zu sorgen, daß der Staat durch ihre Mitarbeit „ein Heim werde voller Licht und Wärme, in dem Freiheit und Gerechtigkeit, Gesundheit und Schönheit eine Stätte haben.“

Der Ausschuß der Frauenvereine Deutschlands hält den Zusammenhang zwischen der Aufklärungsarbeit im Reich, in den Städten und auf dem Lande aufrecht. Wenn auch die Entsendung von Rednern aus den Großstädten in die Provinz der Verkehrsschwierigkeiten wegen nicht möglich ist, so beschickt der Ausschuß doch die nähere Umgebung Berlins mit Rednern und sorgt dafür, daß von den Provinzstädten aus Vortragende aufs Land gehen.

Besonders von dieser geschlossenen Organisation suchen die einzelnen im Entstehen begriffenen Parteien durch Flugblätter, in denen sie sich besonders an die Frauen wenden, Anhängerinnen zu gewinnen. Während nach diesen Flugblättern die Zentrums- und die Sozialdemokratische Partei die besonderen Eigenschaften der Frau für das öffentliche Leben „auswerten“ will und der Deutsch-nationalen Volkspartei die Mitarbeit der Frau in der Politik immerhin „geboten“ erscheint, stellt die Deutsche demokratische Partei sich selbstverständlich auf den Boden der Gleichberechtigung der Geschlechter. Aber die Unklarheit, die die demokratische Partei bisher durch den Mangel jeden Programms überhaupt kennzeichnet, schadet ihr bei der Werbung um die Frauen ganz erheblich, indem sie anderen Parteien die Möglichkeit gibt, die Frauen an sich zu ziehen.

Auf der Grundlage dessen, was die Frauen in den jetzt gebotenen Lehrgängen und Vorträgen bereits gelernt haben, werden sie zwar jeder Parteiwerbung mit der notwendigen Einsicht und dem Verantwortungsgesühl der gleichberechtigten Staatsbürgerin gegenüber treten können. Aber in so kurzer Zeit lassen sich doch nur beschränkte Kenntnisse erwerben; deshalb muß heute für jede wohlberedigte Frau der Grundsatz nicht nur sein: „Wahlrecht ist Wahlpflicht“, sondern vor allem: „Denk, damit ihr zu wählen versteht!“

Staatssekretär Dr. Mataja über das Frauenwahlrecht.

Im Sitzungsjaal des Alten Rathhauses fand gestern nachmittag eine Versammlung des Christlichen Frauenbundes statt, die einen massenhaften Besuch aufwies. Ortsgruppenvorsitzende Frau Salitsch begrüßte die Erschienenen, unter denen man Gräfin Walterskirchen, Vize-Bgm. Wieninger und mehrere Bezirksräte, Obmann des Armeninstitutes Hörnisch u. a. m. bemerkte.

H. Doppler verwies darauf, daß bereits der verewigte Führer Dr. Queger die Bedeutung der christlichen Frauenbewegung erkannt habe. In der Familie liege in erster Linie die Grundlage für das Wirken der Frau und von hier aus werde die Tätigkeit der Frau auf alle Gebiete ausstrahlen. H. Walter betonte, daß durch das Wahlrecht den Frauen auch die Verantwortung übertragen wurde, nur solche Vertreter zu wählen, die das Glück und den Bestand Deutschösterreichs gewährleisten. Das Wahlprogramm der christlich-sozialen Partei biete die Gewähr dafür, daß die Partei den Wiederaufbau des Staates in solcher Weise gestalten wird, der zum Wohle der Gesamtheit und des einzelnen führt. Das Gewissen der christlichen Frauen werde ihnen die Wahlpflicht auferlegen. H. Domherr Wolny hielt eine längere Ansprache, die er mit den Worten schloß: „Mit der ungerstörbaren, immer glänzenden Waffe der inneren Glaubensüberzeugung wollen wir den Sieg der christlichen Weltanschauung erringen, den wir uns erhoffen und der auch sicher kommen wird. (Großer Beifall.)“

Staatssekretär Dr. Mataja, stürmisch begrüßt, führte aus: Es handelt sich bei der bevorstehenden Wahl um die Entscheidung zwischen zwei Weltanschauungen. Die kleinen Parteien spielen bei diesem Wahlkampf gar keine Rolle, um so weniger, als sie selbst die ungeheure Ungeschicklichkeit haben, sich aus den Ambitionen recht unbedeutender Persönlichkeiten heraus in so viele Gruppen zu spalten. Wir haben kein Interesse an der Zersplitterung des liberalen Bürgertums, aber wenn es selbst so wenig Disziplin für seine Sache aufbringt, so darf es sich nicht wundern, wenn es zwischen großen Parteien zerrieben wird. Zwischen uns und den Sozialdemokraten geht der Kampf, alles andere tritt in den Hintergrund! Setzt messen sich die beiden großen Weltanschauungen, deren eine, die sozialdemokratische, im nüchternsten Materialismus aufgeht und nicht anerkennen will, daß es über die Bedürfnisse des Lebens hinaus noch etwas Höheres gibt, daß etwas über uns steht, was uns alle beherrscht, ob wir wollen oder nicht. Wo ist die große Heldentat, wenn es wirklich gelingt, der Mutter, die im Kriege den einzigen Sohn verloren hat, auch noch den Glauben an das Jenseits wegzunehmen? Diejenigen Leute, die in diesem Kriege ihre Millionen zusammengerafft haben und auf das Ueberirdische verzichten zu können glauben, für die gilt es nicht, die brauchen wir

auch bei uns nicht. Redner kam dann auf das Frauenwahlrecht zu sprechen und sagte: Wir begrüßen das Frauenwahlrecht von ganzem Herzen. Es wird Sache der Frauen sein, daß der durch das Frauenwahlrecht entstehende Zuwachs an Stimmen einen Zuwachs der christlichsozialen Stimmen bedeutet. Wir stehen vor der Aufgabe, auf den Trümmern eines Staates den neuen Staat Deutschösterreich aufzubauen. Das macht man nicht mit Phrasen, Aufzügen und Umzügen, sondern nur mit praktischer Arbeit. In der positiven Verwaltungsarbeit hat sich die christlichsoziale Partei glänzend bewährt. (Beifall.) Deshalb ist jedes einzelne christlichsoziale Mandat, das erobert wird, ein Gewinn für die gesamte Stadt und für die gesamte Bevölkerung. — Mit der Aufforderung zu unermüdlicher Weiterbildung schloß Vorsitzende Frau Salitsch die glänzende Versammlung.

8. I. 1919

Die Reform der Geschworenengerichte. Frauen als Geschworene. — Vom 1. Jänner 1920 an.

Der Bericht des Justizauschusses über die Neuerungen bezüglich der Bildung der Geschworenenliste liegt nunmehr im Druck vor. In dem vom Berichterstatter Dr. Neumann-Walter verfaßten Motivenberichte wird ausgeführt, daß sämtliche Mitglieder des Justizauschusses der Demokratisierung der Geschworenengerichte zugestimmt und die Dringlichkeit der Reform anerkannt haben. Im Zusammenhange damit war die Frage zu lösen, ob auch Frauen zu Geschworenen zu berufen seien.

Der seinerzeitige Beschluß des Abgeordnetenhauses hatte von dieser Neuerung hauptsächlich in der Erwägung abgesehen, daß es nicht folgerichtig wäre, bei der Erweiterung der Rechte der Frauen mit der Berufung zum Richteramt zu beginnen. Nachdem nun aber die Frauen das aktive und passive Wahlrecht in die verfassungsgebende Nationalversammlung und andre offizielle Beiratskörper besitzen und im Ansehe während der Abwesenheit des Großteiles der männlichen Bevölkerung auf vielfachen Gebieten ihre Gleichwertigkeit erweisen haben, stimmte der Ausschuss dem Antrage zu, daß Frauen auch für das Richteramt berufen werden.

Der Abgeordnete Wohlbrunner hatte darauf hingewiesen, daß das Geschworenentum nicht nur ein Recht, sondern auch eine schwere, oft unerwünschte

Pflicht sei, weshalb die Entscheidung über diese Frage der eventuell zusammentretenden verfassungsgebenden Nationalversammlung, in welcher die Frauen bereits vertreten sein werden, überlassen werden möge.

Der Ausschuss war jedoch in seiner überwiegenden Mehrzahl der Ansicht, daß diese Frage bei der Novellierung des Geschworenentumgesetzes nicht zu übergehen sei, zumal sich die Frauenorganisation seinerzeit mit Entschiedenheit im Sinne des Antrages geäußert hatte.

Die Geschworenenbanken sollen übrigens erst vom 1. Jänner 1920 angefangen nach den neuen Bestimmungen gebildet werden, so daß die verfassungsgebende Nationalversammlung, wenn sie der Neuerung wider Erwarten nicht beipflichten sollte, reichlich Gelegenheit hätte, sie rechtzeitig außer Kraft zu setzen.

28. Berichterstatter Bürgermeister: Das zweite Referat betrifft Post 21, Zahl 12818. Abänderung des bisherigen Dienstoides, der Angelobung und der Gelöbniserinnerung der städtischen Beamten.

In unserer Dienstpragmatik, die seinerzeit der Gemeinderat für die städtischen Beamten und Angestellten beschlossen hat, ist eine Eidesformel, welche natürlich durch die Umwälzungen vollständig obsolet geworden ist. Es ist daher notwendig, bis wir ein neues definitives Gemeindestatut bekommen, in dieser Beziehung Wandel zu schaffen.

Ich schlage daher dem verehrten Gemeinderat vor, daß folgende Formel bei der Beeidigung von Beamten und Angestellten zur Anwendung komme:

"Sie werden bei Ihrer Ehre und Treue eidesstättig geloben, der deutschösterreichischen Republik treu und gehorsam zu sein, die von der deutschösterreichischen Nationalversammlung beschlossenen Grundgesetze und übrigen Gesetze sowie die auf Grund dieser erlassenen Vollzugsanweisungen des deutschösterreichischen Staatsrates getreu und unverbrüchlich zu befolgen, die Interessen der Gemeinde Wien nach allen Ihren Kräften zu fördern und jeden Nachteil von ihr abzuwenden. Sie werden ferner geloben, alle Ihrer anvertrauten Amtsgeschäfte treu und gewissenhaft zu besorgen, sich in allem genau nach dem für die städtischen Beamten und deren Amtsverrichtungen bestehenden Vorschriften zu be-

nehmen, sich auf keine Weise durch Eigennutz oder aus Nebenabsichten von der redlichen Erfüllung Ihrer Amtspflichten abwenden zu lassen, dem Gemeinderate und den übrigen beschließenden Organen der Gemeinde sowie dem Bürgermeister und Ihren sonstigen Vorgesetzten die schuldige Achtung und in dienstlichen Angelegenheiten die schuldige Achtung und in dienstlichen Angelegenheiten Gehorsam zu leisten, das Amtsgeheimnis zu bewahren und überhaupt sich alles dasjenige sorgfältigst gegenwärtig zu halten, was den Pflichten eines eifrigen, redlichen und würdigen Beamten der Stadt Wien angemessen ist."

Ich ersuche die verehrte Versammlung, dieser Eidesformel, welche nunmehr eine Gelöbnisformel und keine Eidesformel ist, zuzustimmen, damit ich in der Lage bin, dieser Amtshandlung, die eine nach dem Statut und nach der Dienstpragmatik vorgeschriebene ist, auch nachzukommen.

W. H. S. Zum Worte ist niemand gemeldet. Ich ersuche jene Herren, welche mit dem Referenten-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) Angenommen.

Beschluß:

1. Die §§ 21 bis 26 der Dienstpragmatik für die Gemeindebeamten und Diener der Stadt Wien haben zu lauten:

Eidesstättiges Gelöbniß und Angelobung.

§ 21. Der Angestellte hat bei dem Eintritte in den städtischen Dienst und bei seiner Wiederanstellung ein Gelöbniß nach der vorgeschriebenen Formel an Eidesstatt abzulegen und mit seinem Handschlage zu bekräftigen. Dasselbe Gelöbniß haben auch die Praktikanten nach der mit gutem Erfolge zurückgelegten Probeprozis zu leisten. Bei dem Eintritt in die Probeprozis haben diese die Bewahrung des Amtsgeheimnisses und die Erfüllung ihrer Dienstpflichten mittels Handschlages anzugeloben.

Meine Damen und Herren! Angelegenheiten, welche der Fürst umfassen sind, daß jeder Wunsch gebrachte wurde, als vollständig den muß, und daß es schwer fällt er Anträge der Anfang gemacht tlingslager in Oberhollabrunn wurde schon im Sommer d. J. erzubringen und hat sich in dieährt. Gegenwärtig wird vorgemeinde eigentümlich gehörigen schlechtes unterzubringen, welches bedürfen, um den vielen Gesellschaft an ihnen verbrochen habe von ihnen geheilt zu werden.

es in Wien eine ganz allgemeine kaum in einer zweiten Stadt ntlich in eine Lehre, Schule oder raus großer Menge auf der Stra ihres Lebens, die Jugendzeit, Arbeit gewidmet sein soll, verln später, wenn die harte Pflicht nicht recht wissen, was sie on war, daß zahlreiche Berufe a igender Weise alimentiert werd dene Gewerbe genötigt waren, ihr erhalb Wiens zu beziehen, wäl fende Jugend, kam sie in die verdienen für sie gegeben war, f der keine erlernte Praxis erfo für sich beklagenswert, sind im rden; einerseits die Not im Elter : Erziehung zur Folge hatte, zählten leichten Erwerbsmöglich g Individuen, welche sich schon ei dmet haben, brachten es mit Lebensjahre, sondern viel früher Arbeit widmeten, damit viel G Abwege jeder Art geleitet wu ge Menge der vor den Bahnhöfen e auf diese Weise oft viel Geld schtsinnigster Weise ausgaben; ndlichen, welche in den Gast- un dort überflüssige Gegenstände ve die Frau Dr. Burjan in de

acquiris ac abunx uchoab ad sno 'mal' adipl olju dria
uadmau uuphobg huphobgshunohra quobuq sju sno ar
=quv) uophuay uoa pno uophuphuzshunohg sno ad
alsieq 0% uol uadmau uobohab uobahk sswahog ssa p
ad uo ad 'uobunphuzun uo hpu hvo qun uoboh uo
huphobgshunohra sju amuas uobuhobg uo aduqg 00
uobhuu hpl hvo 'bunauu' uo hpu hpl „quv sju ad
auauh" sswahuzshunohg-huz uobahk ssa uobuhobg
snu 'hpu' dia uobua uobuhobg huz uobuhobg ol uo a
hpu uobuhobg huz uobuhobg qun huz uo auahk ad huz huz
uobuhobg huz uobuhobg huz huz uobuhobg uo uo auahk ssa uobuhobg
uobuhobg sswahuz ssa uobuhobg uo sju 'uobua uobuhobg uo
uobuhobg uo aduqg ad uobuhobg ad ad 'uobuhobg

9. II. 1919

Die Kündigung der weiblichen Kriegsbediensteten.

Heute vormittag erschien eine Massenabordnung der Vereinigung der weiblichen Kriegsbediensteten der Staatsämter bei den Mitgliedern des Staatsrates und ersuchte um eine Erweiterung der Kündigungsbedingungen. Die Mitglieder des Staatsrates anerkannten, daß die weiblichen Kriegsbediensteten in ernster Zeit vollwertig Dienst geleistet haben, und versprachen der Abordnung, die vorgebrachten Wünsche, soweit es die finanzielle Lage des Staates erlaubt, in wohlwollende Erwägung zu ziehen. Präsident Dr. Dinghofer verwies auf den heutigen Beschluß des Staatsrates, die Außerdienststellungen nach Möglichkeit aufzuheben.

10./I. 1919

(Frauen in den Bezirksvertretungen.) In-
folge der Neukonstituierung der Bezirksvertretungen
der Wiener Gemeindebezirke erhielten auch Frauen
in den Bezirksvertretungen Mandate als Bezirks-
rätinnen. Insgesamt wurden 41 weibliche
Mitglieder in die Bezirksvertretungen berufen,
von denen 22 der sozialdemokratischen Partei,
15 der christlichsozialen Partei, 2 der demokratischen
Partei, und 2 der deutschnationalen Partei an-
gehören. Die stärkste Vertretung haben die weib-
lichen Mitglieder in den Bezirken 1 und 15, wo je
4 weibliche Bezirksräte berufen wurden. Im 3.,
8. und 21. Bezirk üben je 3 Frauen das Amt der

Bezirksrätinnen aus. Ohne weibliches Mitglied ist
nur die Bezirksvertretung des 8. Bezirkes. Die
weiblichen Mitglieder der Wiener Bezirks-
vertretungen sind folgende: 1. Bezirk: Katharina
Anderl, christlichsozial; Berta Frankl-Scheiber, demo-
kratisch; Christine Meindl, christlichsozial, und
Anna Pfisterer, demokratisch. 2. Bezirk: Theresia
Almon, sozialdemokratisch. 3. Bezirk: Mathilde
Klein, deutschnational; Hermine Schuster, sozial-
demokratisch, und Laura Steffelbauer, christlichsozial.
4. Bezirk: Anna Erteit, sozialdemokratisch, und
Anna Krafer, christlichsozial. 5. Bezirk: Emilie
Seib, sozialdemokratisch. 6. Bezirk: Marie Pollak,
christlichsozial, und Dr. Helene Popper, sozial-
demokratisch. 7. Bezirk: Elise Fraß, christlich-
sozial; Rosa Grab, sozialdemokratisch, und Josefine
Strohmayr, christlichsozial. 8. Bezirk: Rudolfine
Fleischner, sozialdemokratisch; Annä v. Newald,
christlichsozial, und Marie Rikund, sozialdemo-
kratisch. 9. Bezirk: Katharina Baumgartner,
christlichsozial, und Amalie Pölzer, sozialdemokratisch.
10. Bezirk: Anna Pantl, sozialdemokratisch, und
Theresia Specht, christlichsozial. 11. Bezirk: Luise
Unterkircher, sozialdemokratisch. 12. Bezirk:
Ubele Partisan, sozialdemokratisch. 13. Bezirk:
Agnes Witzil, sozialdemokratisch. 14. Bezirk:
Käthe Königstetter, sozialdemokratisch; Hermine
Neder, christlichsozial; Viktoria Puhwein, christlich-
sozial; Hermine Zemanek, sozialdemokratisch.
15. Bezirk: Marie Kunda, sozialdemokratisch, und
Cäcilie Sipka, sozialdemokratisch. 16. Bezirk:
Leopoldine Kesch, christlichsozial. 17. Bezirk:
Elisabeth Gemeiner, deutschnational; Anna Maschke,
sozialdemokratisch. 18. Bezirk: Cilli Bilek, sozial-
demokratisch. 19. Bezirk: Maria Müntzler, sozial-
demokratisch, und Maria Wanicel, christlichsozial.
20. Bezirk: Anna Fallmann, christlichsozial;
Theresia Gröbl, sozialdemokratisch, und Marie
Schüller, sozialdemokratisch.

An die Mittelstandsfrauen!

Von Fanny Freund-Marcus, Präsidentin der „Noth“.

Im Wahlkreis Nauen-West (6., 7. und 8. Bezirk) kandidiert auf der Liste, deren Führer der geniale Wirtschaftspolitiker Dr. Franz Klein ist, dessen gesetzgeberische Fähigkeit in der Nationalversammlung nicht fehlen darf, an zweiter Stelle Frau Helene Granitsch. Muß ich hier das Programm der „Noth“, die Ziele der wirtschaftlichen Frauenbewegung entwickeln? Praktische Arbeit, weithin sichtbare Erfolge, organisatorisches Ausblühen, ungeahntes Anwachsen der Gesellschafter sind der wirtschaftlichen Frauenbewegung beschieden.

Die Sache, der wir dienen, der Kampf um bessere Lebensverhältnisse des Mittelstandes, der Kampf gegen den Moloch: Preisschraube und Würmer, fordert ganze Menschen zu voller Arbeit.

Die harte Schule der Kriessnot war der Prüfstein für die Organisationen, für die Leistungsfähigkeit im Dienste des Gemeinwohles. Wirtschaftlich ist unsere Arbeit, wirtschaftlich sind unsere Ziele, wirtschaftlich wird unser Wirken und unser Kampf in allen Vertretungskörpern sein, in die uns das Vertrauen der Konsumenten, das Vertrauen des Mittelstandes entzenden wird!

Die Liste, auf der der Name Helene Granitsch steht, der mit dem Erkennen unserer Organisation so innig verknüpft ist, bedeutet ein Programm: „Vorwärts Bürokratismus im Kampfe um dein Recht! Im Ringen um dein Dasein im Staat! In der Sicherung deiner Arbeit und deines Arbeitsvertrages! Vorwärts im Kampfe für Mutterchutz und Jugendfürsorge! Vorwärts im Kampfe gegen Not und Elend! Der Stimmzettel der wirtschaftlichen Frauenbewegung wirt für sich selbst, und wenn ihm tausend parteipolitische Feinde entgegen, die als „Interessenten“ die Kümmernisse der Konsumentenschaft, des ausgebeuteten Mittelstandes nicht kennen, so ersehen den Frauen der wirtschaftlichen Organisation tausende unpolitische Streiterinnen, die wissen, daß es um die Interessensvertretung all jener geht, denen nur „Selbsthilfe“ bisher geholfen hat!

Und wird auch ein Ziel nicht immer im ersten Anlauf genommen, das Ziel bleibt doch das Unverrückbare, die Hauptsache!

Wir Konsumentinnen kennen das Ziel, und keine noch so berg hohen Hindernisse, kein dorniger Leidensweg, keine noch so schwere Sisyphusarbeit haben uns vom Weg zu diesem Ziel auch nur um Haarsbreite abgedrängt. Der Plan zur Frauenhilfsaktion bei Kriegsausbruch, die Gründung der Kriegskommission für Konsumenteninteressen, aus deren Mitte die Maßnahmen gegen das Anstellen, die Konvaleszenzidee hervorging, die Errichtung von Gemeinschaftsküchen und Reparaturwerkstätten als Selbsthilfsaktionen des Mittelstandes, die Organisation der Transporte aus Rußisch-Polen und Serbien, der Gedanke der Krankenversicherung für Hausfrauen, der Plan zur Organisation der Kriegspatenschaft sind die Marksteine der Arbeit der wirtschaftlichen Frauenorganisation, sind ebenso viel verdienstvolle Blätter der schöpferischen Arbeit und der Mitarbeit unserer Mandatarin. Verleumdung, Mißgunst, Scheelsucht, Spott und Hohn, die treuen Beleiter jeder Arbeit im Dienste der Allgemeinheit, haben das Vertrauen breiter Massen in die Tätigkeit der

wirtschaftlichen Frauenbewegung niemals erschüttert. Jedes Jahr führt tausende neuer Anhängerinnen in die Scharen der Organisation. Mittelstandsfrauen! Organisierte Hausfrauen! Konsumentinnen! Ihr wahrer euer Recht, wenn ihr eure Pflicht tut und den Stimmzettel im konsumpolitischen, im wirtschaftspolitischen Sinne abgibt! Wir stehen alle in geschlossenen Reihen hinter unseren Mandatarinnen. Diesmal ist es Frau Helene Granitsch, für die wir in ihrem Wahlkreis mit allem Eifer eintreten werden!

Die „Noth“ ist ein Symbol des Konsumentenkampfes! Helene Granitsch ist uns bisher eine treue Streiterin in diesem Kampfe gewesen! Sie soll uns am Wahltag treu an ihrer Seite finden!

Die „höhere Tochter“ und ihr Intelligenzberuf.

Auch Mädchen aus guten Häusern dürfen jetzt „ins Berdienen“ gehen. Das ist ganz standesgemäß geworden.

Früher sprach man nicht gern davon, man tat es förmlich verstoßen — Arbeit war unvornehm. Allmählich wurde es aber bekannt, daß auch Hofrats- und Offiziersstöchter, denen der färgliche Verdienst von Maler und Etiden nicht mehr genügen konnte, in Yemtern wirken. Da begann man, ihrem Beispiel zu folgen und wurde auch Stenotypistin. Am liebsten in staatlichen Betrieben. Denn die kurze Arbeitszeit in den Yemtern, der Wegfall einer beschwerlichen und zeitraubenden Ausbildung und langer Wartefristen, der leichte Erwerb, der Charakter des Dienstes, der keine bestellten Talente und besondere Vorbereitung erfordert — alles wirkte zusammen, um diesen Beruf als den geeignetesten für ein junges Mädchen aus gutem, aber nicht begütertem Hause ersäkenen zu lassen. Dadurch wurde die Zeit zwischen Schule und Ehe ausgesüllt. Die Mädchen selbst fasten ihren Beruf nur als eine Art Provisorium, als ein Zwischenglied vor der Ehe auf. — für dauernd und endgültig hätten ihn wohl die wenigsten erachtet — und waren sehr zufrieden, sich in den Vormittagsstunden ein ganz hübsches Geld zu verdienen, das sehr oft dazu da war, um in die Lustbarkeiten des Nachmittags umgesezt zu werden.

Dieser Umstand, daß die Beamtinnen sich nicht vollständig an erhaltenen brauchten, hat eine verhältnismäßige Rolle bei der Gebaltsbildung und gespielt.

Arbe, der geringe Aufwand an Zeit und Kosten, den die Auszubildenden zur Stenotypistin

erfordert, locken mehr und mehr auch die Mädchen aus bescheidenen Ständen, und mit der Zeit ging alles zur Schreibmaschine, was keine ausgesprochenen Vortugkeiten und keine Neigung zu einem bestimmten Beruf hatte und was man zu förperlich anstrengender Arbeit zu schmächtlich oder zu faul war, die Schreibmaschine wurde die Aufstiegsstufe der Beamtinmächtigkeit, der Angulänglichkeit, der Bequemlichkeit. Viel spielte auch der Ehrgeiz der Eltern mit, die ihre Kinder gern auf eine höhere soziale Stufe sähren wollen als jene, auf der sie selbst stehen, die aber ganz übersehen, daß mangelhafte Schilbildung und schwerfällige Auffassung die gesellschaftlichen Vortuge dieses „Intelligenzberufes“ gänzlich entwerteten, und daß eine minderwertige Stenotypistin materiell schlechter gestellt ist und auch häufig schlechter behandelt wird als eine qualifizierte Arbeiterin oder ein tüchtiges Dienstmädchen.

Die große Konjunktur, die zu Kriegsbeginn für den Stand der Stenotypistinnen einsetzte, hat das ihre getan, um ihn vollends zu begründen. Verkäuferinnen, Lehrmädchen, Näherinnen, Putzfrauen haben ihre bisherige Tätigkeit auf und überschritten und „Schmellschreibkurse“ für Stenotypie und Maschinenschreiben mit „täglichem Eintritt“ und „individuellem Einlaunterricht“, die einander gegenseitig an Willigkeit, Kürze der Lehrzeit und Güte der Beweise auch bei schlechtestem Erfolg zu überbieten suchten — ein Wettbewerb, bei dem natürlich die guten und gediepenen Schulen in arge Bedrängnis gerieten. Geschöbe, die kaum ihren Namen richtig schreiben konnten, waren die Beweise der Geschäfte, die ihnen mit den raffiniertesten Mitteln nicht beibringen konnten, wenn man D und X, große oder kleine Buchstaben, Beschriftungen oder Punkte kannte; doch verließen sie den Kurs nichtbedenkenlos mit

autem Zeugnis und der stärkeren Konjunktur auf eine Stelle — während die Verhältnisse leer wurden. Schneiderinnen und Modistinnen ihre Geschäfte wegen Ventmangel sberaus mußten und in dem Dienstvermittlungsbureau keine Dienstmädchen und keine Bedienerinnen aufzutreiben waren.

Das blödsichtige Yereisen der Konjunktur hat endlich die Katastrophe gebracht. Kaufende von Schreibkräften werden täglich brotlos durch die Personalredaktionen in den staatlichen Betrieben, in den Banken und Versicherungsanstalten. Die Scharen von ungelerten Stenotypistinnen werden gezwungen sein, sich gegenständig zu unterbreiten und die Löhne zu drücken, und sind ein wahres Verhängnis für die Geschulten und Tüchtigen, die vollwertige, qualifizierte Arbeit leisten. Die wachsende und immer breitere Schicht der erlassende Verarmung des Mittelstandes wird noch dazu diesem Beruf immer neue Amtarierinnen zuführen, das Verhältnis von Angebot und Nachfrage immer ungünstiger gestalten.

Was sich jetzt vollzieht, ist die Tragödie der ermerhenden höheren Tochter, die für die Kurzsichtigkeit, Gedankenlosigkeit, Bequemlichkeit und leicht angebrachte Sparsamkeit der Eltern früherer Generationen zu büßen hat. Mit einem Heft von Kapital, den die letzten vier Jahre über sich haben und den die nächste große Inflation gänzlich fortzuerwehen kann, in einem Beruf, der von Tag zu Tag geringer eingeschätzt wird, mit einem Gehalt, der schon vor dem Kriege unzulänglich war und zur künftigen Mangelhaftigkeit von der Familie beurteilt, jetzt aber bei den derzeitigen Preis- und Lohnverhältnissen ein ersäredendes Nichts bedeutet, steht sie einer trostlosen Zukunft gegenüber.

Es wird an der Zeit sein, daß die Frage rung sich mit dem Stande der berufenen und

staatlichen Stenotypistinnen ein wenig besäkt, soll dieser nicht der schärfstenlosten Ausbeutung und der vollständigen Verelendung und Unterproletarisierung anheimfallen. Die gesellschaftliche Forderung von Mindestlöhnen, das Verbot des Diensttrittes vor dem zurückgelegten achtzehnten Lebensjahr, wodurch der tageliche Organismus vor sähwerer Schädigung gesäert werden soll, ein einheitliches Unterrichtshonorum für die Stenotypistinnen, um der Schmutzkonjunktur zu steuern, die staatliche Kontrolle der Schilprüfungen, endlich die unerlässliche Verbindung eines guten Schulzeugnisses und einer tadellosen Disziplin für die Zulassung zur Prüfung, das sind Maßnahmen, die möglich und durchführbar sind und gewiß auch im Interesse des allgemeinen Geschäftsliebens gelegen wären.

itung.

1918
26. Januar

Die Bedeutung des neuen Gemeindegewahlrechts für die Frauen.

Von
Josephine Lebh-Kathenau.

Unmittelbar vor den Wahlen zur preussischen Landesversammlung hat die preussische Regierung auch das Gemeindegewahlrecht auf das einschneidendste umgestaltet. Wahlberechtigt und wählbar sind jetzt auch für die Gemeindevertretungen Männer und Frauen schon vom 20. Lebensjahr an nach einer Wohndauer von nur sechs Monaten im Gemeindebezirk.

Wenn die Frauen in früheren Jahren auf Erlangung des Stimmrechts drängten und immer erneut die Forderung erhoben, vollberechtigte Mitglieder der gesetzgebenden und verwaltenden Körperschaften werden zu können, so betonten sie dabei stets, daß die Erlangung des kommunalen Frauenstimmrechts ihre Mindestforderung sei. Hier handelt es sich um kein phantastisches oder utopistisches Verlangen, praktisch bewährte Erfahrungen liegen in einer ganzen Anzahl von Kulturländern vor, die den Frauen das aktive und passive Wahlrecht gewährt haben; so z. B. in Norwegen, Schweden, Dänemark, England, Schottland, Irland, den Vereinigten Staaten, in Canada, in Australien usw.

Über auch in Deutschland war während des Krieges weitesten Kreisen das Verständnis dafür aufgegangen, daß es heute kaum ein Gebiet kommunal-sozialen Wirkens mehr gibt, das nicht durch die Mitarbeit geschulter und erfahrener Frauen eine erspriessliche Förderung erhalten würde. Darum ist man an verschiedenen Stellen dazu geschritten, den Frauen wenigstens die Mitarbeit in den Verwaltungsdeputationen zu ermöglichen, und eine Anzahl von Gemeindeverwaltungen haben sich warm für diese, allerdings nur geringfügige Abschlagsbewilligung eingesetzt. Wo Frauen früher in Verwaltungsdeputationen mit beratender Stimme mitarbeiteten (erst die Verordnung vom 23. November 1918 gab ihnen beschließende Stimme), ist ihre Mitwirkung gern gesehen und ihre Arbeit geschätzt und gewürdigt worden.

Über die Zahl der Frauen, die sich kommunal-politisch betätigen, ist doch im allgemeinen nur gering. Viel zu unbedeutend ist jedenfalls die Zahl derer, die an den allgemeinen Aufgaben der städtischen Verwaltung inneren Anteil nehmen und wissen, worin die Pflichten bestehen, die von den Stadtmüthern übernommen werden sollen. Wie außerordentlich eng die Verbindung zwischen dem Wohlergehen des Einzelhaushaltes und des Stadthaushaltes ist, entzieht sich leider der Kenntnis breiter Frauenschichten.

Und doch sollten die Erfahrungen dieser unendlich schweren Kriegsjahre, in denen die Gemeinden gezwungen waren, die Ernährungsfürsorge zum größten Teil selbst in die Hand zu nehmen, allen die Augen darüber geöffnet haben, daß die Ernährung der Säuglinge, der Kleinkinder, der Kranken, Siechen und Schwachen, die Zuteilung von Milch, Fett, Fleisch, Stärkungsmitteln, die Art der Rationierung u. a. m. Fragen sind, die die ureigentlichsten Frauengebiete berühren. Gewiß waren in den meisten Gemeindeverwaltungen Frauen in den städtischen Preisprüfungsstellen oder als Preisprüferinnen tätig, gewiß haben sie in verschiedenen Orten sehr erspriessliche Arbeit leisten können, aber der feste gesetzliche Boden für ihre Arbeit fehlte, und damit blieb ihre Wirksamkeit von dem mehr und leider recht oft minder guten Willen der städtischen Behörden abhängig.

Ganz das gleiche gilt für alle großen Gebiete der städtischen Kriegswohlfahrtspflege. Mit wieviel Mühe und leider oft wenig Erfolg ist nicht vielerorts um die Zulassung der Frauen zu den städtischen Kriegsunterstützungskommissionen gerungen worden; wieviel Kraft, die der Sache hätte zugute kommen müssen, ist nicht

31. I. 1919

a
31

107

Ein Frauentemonstrationszug vor dem Parlament.

Entlassene weibliche Hilfskräfte.

Nach einer Versammlung im Wamberger-Saale begaben sich heute mehrere hundert weibliche Kriegsaus Hilfskräfte vor das Parlament und nahmen dort Aufstellung. Zuerst begab sich eine Abordnung unter Führung des Nationalrates Doctor Dfner zum Präsidenten Dr. Dinghofer und überreichte ihm die in der Versammlung beschlossenen Forderungen. Die weiblichen Kriegsaus Hilfskräfte in den staatlichen Betrieben verlangen, daß so viele wie möglich von ihnen definitiv angestellt werden. Ferner gleiche Behandlung wie die während des Krieges in den Privatbetrieben angestellten Handelsspezifkinnen. Demgemäß auch eine einmonatliche Kündigung, die nach der Zeit der Einstellung am 1. Februar, 1. März oder 1. April zu erfolgen hat. Weiter eine Abfertigung in der Höhe der ganzen Bezüge und Auszahlung eines Aufzassungsbeitrages von 180 Kronen sowie Bezahlung ihrer Wertarbeit in den Staatsangestelltenbeitrat. Wegen Teilnahme an Demonstrationen dürfen keine Maßregeln erfolgen. Die Sprecher der Abordnung führten aus, daß diese Forderungen um so mehr gerechtfertigt seien, da sie ja sonst auf Arbeitslosenunterstützung Anspruch erheben müßten.

Präsident Dr. Dinghofer anerkannte die Berechtigung dieser Forderungen und erklärte, daß die Angelegenheit ohnehin wieder in dem Staatsrat zur neuerlichen Beratung komme, wobei er sich für die Wünsche der weiblichen Kriegsaus Hilfskräfte einsetzen werde. Er bat die Abordnung, noch einige Tage Geduld zu haben und am Dienstag bei ihm neuerdings zu erscheinen, wo er ihnen das Ergebnis der Beratung mitteilen werde. Hierauf begab sich die Abordnung wieder vor das Parlament, wo die Rednerinnen Ansprachen hielten, in denen sie das Ergebnis der Konferenz mit Doctor Dinghofer mitteilten, welche Unterredung die Erfüllung der Wünsche der weiblichen Kriegsaus Hilfskräfte in Aussicht stelle. Sollte dies nicht der Fall sein, würden sie neuerdings vor dem Parlament erscheinen, um ihren Forderungen Ausdruck zu verleihen. Nach den Ausführungen der Rednerinnen entfernten sich die Demonstrantinnen in ruhiger Weise, worauf sich dann die Abordnung zum Staatskanzler Dr. Kerner begab, der gleichfalls die Berechtigung der Wünsche der weiblichen Kriegsaus Hilfskräfte anerkannte und die wärmste Unterstützung zusagte.

Ein zweiter Berichterstatter meldet aus: Die Frauen und Mädchen, von denen viele in Uniform waren, hatten in einem Gastsaal am Neubaugürtel eine Versammlung abgehalten, bei der eine Referentin die Forderungen besprach. Darauf bewegte sich gegen halb 11 Uhr ein Zug von etwa 600 Frauen, unter Verantragung einer Tafel mit der Aufschrift „Postamt 40“, durch die Westbahnstraße nach der Stadt und zum Parlamentsgebäude, das rings von Wache abgesperrt war. Die Frauen entsandten eine zehngliedrige Deputation zum Staatsrat und nahmen vor dem Parlament ruhig Aufstellung, trotz der hitzeren Fälle auf die Rückkehr ihrer Delegierten wartend.

Wir und die Frauen.

Von Dr. Richard v. Wettstein,
Universitätsprofessor.

Nur mehr einige Tage trennen uns von dem Tage, an welchem das Schicksal unseres jungen Freistaates sich entscheiden soll. Das ist ein viel zu kurzer Zeitraum, um durch Werbetätigkeit, durch politische Kleinarbeit, welche niemals die starke Seite der bürgerlichen Parteien war, den Erfolg zu verbürgen. Es ist meines Dafürhaltens auch gar nicht notwendig, dem denkenden Bürger einzuschärfen: „Tua res agitur!“ Er weiß, wessen er sich von den anderen zu versehen hat, von jenen, die bis jetzt am Ruder waren und für die heillosen Zustände mitverantwortlich sind, und von jenen, die im Nachtrauße ihres plötzlichen Emporstieges Utopien nachzujagen und den ruhigen Wiederaufbau — unser aller sehnlichstes Ziel — eventuell zu gefährden drohen. Es ist ein alter und nichtsdestoweniger ungerechter Vorwurf, der dem schaffenden und erwerbenden Bürgertum gemacht wird, daß ihm die politische Reife fehlt. Das Auftreten verschiedenartiger kleiner und größerer bürgerlicher Parteien im gegenwärtigen Wahlkampfe wird natürlich wieder ähnlich gedeutet. Wieder ist es unrecht. Die bereits erfolgte Koppelung der Listen dreier der stärksten bürgerlichen Wählergruppen ist der erste Beweis des erwachenden Gefühls der Zusammengehörigkeit, und man darf sich wohl noch der Hoffnung hingeben, daß es bis zum Wahltag gelingen wird, alle jene sachlichen und persönlichen Gegensätze von untergeordneter Bedeutung, welche zwischen einzelnen der bürgerlichen Parteien fast mehr latent als offen bestehen, im Interesse der großen gemeinsamen Sache auszugleichen. So bedauerlich es wäre, wenn die Plattform hierzu dennoch nicht gefunden werden sollte, so wenig kann sich dadurch das Kräfteverhältnis in der Nationalversammlung ändern. Denn da müssen und werden sich bei der Arbeit für das Gesamtwohl alle jene Kräfte finden, welche naturgemäß zueinander gehören: Ich denke, die Bildung eines fortschrittlich gemitteten bürgerlichen Blocks wird, wenn er nicht schon aus dem Wahlkampfe als fertiges politisches Gefüge hervorgeht, sich von selbst ergeben, und dann wollen wir doch sehen, ob die Vertreter des freibürgerlichen Bürgertums das Geschick des Staates und seiner Bürger nicht mitzubestimmen haben werden.

Eine willkommene starke Trägerin freibürgerlicher Gedanken steht uns in unserer Frauenvelt zur Seite. Die bürgerliche Frau, welche nebst den Pflichten und Rechten der Hausfrau und Mutter nun auch die des vollauf gleichberechtigten Staatsbürgers erhält, wird mit uns für die ruhige allmähliche Entwicklung sein. Sie wird als Anwalt in unsere Rechtspflege, als Staatsbeamte in unsere öffentliche Verwaltung, als Gelehrte in die Erziehung unserer Jugend und als Politikerin in alle Zweige des Erwerbs-, Gesellschafts- und politischen Lebens einzugreifen haben, und wir werden ihr mit Freuden Anteil an Arbeit und Erfolg sowie an Verantwortung überlassen. Auch die bürgerliche Frau bedarf

keiner Ermunterung und Aufstachelung durch Worte! Was wir wollen, ist — Demokratie und nicht Demagogie! Keine törenden Phrasen, keine hölzernen Schimpfreden gegen die anderen und keine leeren Versprechungen für die unseren und — für alle! Unser Programm ist und bleibt einzig und allein: die Arbeit für das Ganze! Das wird nach dem Gesinnungseifer unserer Frauen sein, daran können sie sich mit ihren wertvollen, von uns niemals unterschätzten und von mir als Hochschullehrer anerkannten Kräften zum Heile des Vaterlandes beteiligen. Für sie haben wir insbesondere zwei Punkte auf dem Programm, bei welchen sie als die von der Natur selbst eingeleiteten Autoritäten dem Staate und ihren — unseren Familien die unschätzbaren Dienste zu leisten instande sein werden: Konsumentenpolitik, Jugenderziehung und Jugendfürsorge!

Wenn auch die durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse es mit sich gebracht haben, daß der Mann sich mehr als zuvor mit den täglichen Sorgen des Haushaltes befaßt, um die Frau nicht unter ihrer Last zusammenbrechen zu lassen, so drücken sie die Frau doch am meisten. Jede überstandene Maßzeit, bei der die Familie sich einigermaßen sättigen konnte, ringt der Hausfrau und Mutter einen Seufzer der Erleichterung ab, und schon rückt sie dem schwierigen Problem der nächsten Maßzeit an den Leib. Das abnehmende Körpergewicht des von Kriegsstrapazen geschwächten Gatten und die blutleeren blauen Wangen der Kinder sind ihre ständige Sorge, und an sich selbst denkt die brave bürgerliche Frau kaum mehr dann und wann. Das ist eine Gefahr für den Staat, die durch die reichlichsten Liebesgaben der ganzen Welt nicht abzuwenden ist. Arbeiten wollen wir und unsere Ernährung mit unserer Arbeit bezahlen. Eine zielbewußte energische Verbraucherpolitik wollen wir einleiten, es nicht bloß den privaten Konsumentenorganisationen überlassen, sich zu versorgen, durch Regelung von Angebot und Nachfrage wollen wir preisregulierend wirken und allen helfen, ohne ihnen Almosen zu reichen! Das Zweite ist die Schule. Der Zwang, im neunten oder zehnten Lebensjahre der Kinder ihre künftigen Berufsmöglichkeiten durch die Entscheidung für diesen oder jenen Bildungsgang auf das engste zu begrenzen, muß aufhören. In einer zu schaffenden Einheitschule müssen die Kinder nach der Volksschule einen einheitlichen allgemeinen Bildungsgang durchmachen, bei dem sich ihre Fähigkeiten und Neigungen etwa bis zum vierzehnten Lebensjahre zu entwickeln Zeit haben müssen. Dann erst läßt sich mit der Entscheidung für diese oder jene Bildungsanstalt die Berufswahl. Diese Reform zu erringen, müssen uns die Frauen und Mütter helfen, damit es nicht so viele verfehlte Existenzen gebe, so viele, die es auf keinen grünen Zweig bringen können, weil die vorläufige Berufswahl sie nicht auf den richtigen Platz im Leben gestellt hat.

Diese und hundert andere Fragen, von welchen unser Wohl und Wehe abhängt, zu lösen, werden wir — wenn immer von der Bürgerlich-demokratischen Partei die Mitwirkung in der Nationalversammlung beschieden sein wird — stets im Einvernehmen mit den Frauen und unter ihrer werktätigen Mitarbeit zu lösen bestrebt sein. Deutschösterreichs Parlament ist kein Nationalitätenhaus mehr, wir sind alle Deutsche und haben alle ein gemeinsames teures deutsches Vaterland. Damit sind die alten unfruchtbaren Streitigkeiten begraben, und uns allen winkt nur eine Aufgabe, ein weithin leuchtendes Ziel: Deutschösterreichs Wohl und Ehre! Bürgerlich-demokratische Wähler — Männer und Frauen — voran!

Die Führerinnen.

Strem und fern wie eine Vision steigt bei manchen Versammlungsfällen, in die einen heute ein Wahlaufbruch lockt, ein Alles Bild auf: junge Mädchen in hellen, duftigen Kleidern, kommen mit roten Bäckchen und glänzenden Augen und warten hoffend, gewähnt zu werden zu Lang und Scherz und Fröhlichkeit. Ihre Wähler waren freilich nur die Herren der Schöpfung und wenn auch Mutter, Lante oder Schwester noch so bewundernd ihrem Liebling Haar und Wangen streicheln. „Du mußt ja heute noch die Schönste sein!“ — die Wahl, wer Königin, wer Brauerblümchen werden soll, war einzig in der Männer Hand gelegt.

Wir treten in dieselben Säle; die gleichen sind es und doch wieder nicht. Wo blüht das Licht, der Frohheit, der sie einst erfüllte? Nicht ungehörmlich allein, auch bitter fast nimmt uns danach ein so eintritt heimlich warmer Saal jetzt auf.

Wohl geht es wiederum um eine Wahl. Doch ernst und schwer ist unsere Zeit geworden, jetzt geht es nicht um Wahl zu Scherz und Lang. Die Frauen, die einst ihre politische Gleichberechtigung erlangt haben, können nicht mehr nur Liebeskämpfe und Schönheit für sich sprechen lassen, sie müssen nun im Kampf für ihre Partei ihr ganzes Selbst einbringen. Nicht mehr die jüngsten Frauen können darum heute Werberinnen sein, um Männer und Frauen zu gewinnen. Die Frauen haben das Wort in der Wählerversammlung bekommen, sie treten als Kandidatinnen vor ihre Wähler. Mitunter lassen sie es uns entgehen, daß man sie so lange darauf warten ließ, und — weil schon einmal die lautesten die ersten sein müssen (damit wir sie auch wieder los werden!), wollen wir zuerst mit denen beginnen, die scheinbar am längsten gewartet haben, so daß sie am ungebildigsten wurden, gehört zu werden.

Da sind vor allem die sozialdemokratischen Frauen, die sich rühmen, sie allein hätten den Frauen nicht als Beschäftigung, sondern als wohlbekanntes Recht den Einfluß auf die Politik errungen. Haben sie wirklich so schwer gekämpft, so scheinen sie mir jetzt sich denn doch ein wenig zu viel auf den Lorbeeren der andern niederzulassen. Noch mehr als viele ihrer männlichen Kollegen halten sie sich nicht nur allein an Schlagworte, sondern sie treiben vor allem eine geradezu jüdische Ausbeutungspolitik mit den Schamerzen und Opfern des Krieges. Da sind z. B. als zwei markante Werberinnen die Adelheid Bopp und Therese Schlegelinger zu nennen; die eine die „Frau aus dem Volk“, die andere der Typus der jüdischen Intellektuellen. Das Talent der Auffassungs- und Wandlungsfähigkeit kann man ihnen allerdings nicht absprechen; je nachdem sie zu trennen verstehen —, ob gerade Angestellte, Eisenbahnbeamte ihren Ausführungen lauschen, immer verstehen sie es, sich als die mitfühlenden Seelen, als die all ihre Sorgen begreifenden

benutzen Vertreterinnen ihrer gerechten Forderungen aufzuspielen und ihre Partei als diejenige hinstellen, die, ungeschuldig am Krieg, die einzige sei, welche jetzt auch nur das Recht hat, all die Verprechungen in den Mund zu nehmen, mit denen die bürgerlichen Parteien auf ihren Plakaten prunken. Jedem wollen sie in Aussicht stellen, daß seine Klasse nur unter ihrer Regide endlich zu ihrem Recht gelangen kann. Wer kann einer Frau wie Adelheid Bopp, ohne ihr Hausverhand und Mutterwitz absprechen zu wollen, die theoretische und sachliche Kenntnis abtrotzen, die sie besitzen müßte, um über Kapitel wie die Sozialisierung großer Betriebe — Fragen, deren Lösung selbst die größten sozialistischen Rationalisatoren, weil sie zu keiner Einigung kommen können, immer wieder hinauschieben müssen — auch nur vernünftig mitzureden, geschweige denn zu urteilen? Mit ein paar Schlagworten gleitet sie über Grundfragen der Wirtschaftspolitik hinweg und läßt der leicht entflammten Menge Zustände, die sonst höchstens Kommunistenführer als in Wälde erreichbar hinstellen, in greifbarer Nähe erscheinen. Es können ja nur blühtartige Bilder sein, da ja bereits der Wagen draußen wartet, der Frau Bopp mit ihrer Weltanschauung zu anderen gebildeten Zuhörern bringen soll. Das Aushalten haben diese ja bei ihrer „rationierten“ Zeit nicht so schwer, wie bei „Genossin“ Schlegelinger, die ihr Publikum zwingt, ihr bis in die tiefsten Schächte ihrer eigenen Erkenntnis zu folgen. Sie erinnert nicht wenig an die Art der alten Ehen, welche, wenn sie von Rudolf von Habsburg erzählten, bis auf Adams Zeiten zurückgehen müssen, um es ja recht anschaulich und gründlich zu machen. Am meisten vergrüßt sie sich in die plastische Schilderung aller Leiden, die uns der Krieg gebracht hat, den sie und ihre Genossen natürlich alle vorausgesetzt haben und dessen Wunden nur sie zu lindern und heilen berufen wären. Als ob bei allen anderen Parteien keiner ein Herz gehabt hätte und keiner den Willen zum Gutmachen mitbrächte. Es scheint überhaupt charakteristisch für die jüdische Zubringlichkeit zu sein, nicht nur aus unseren Kulturen und Wirtschaftskräften, sondern sogar noch aus den Schamerzen unseres Volkes Kapital zu schlagen. Wie sie die Parastiten unserer Wirtschaft sind, so sind sie auch noch Parastiten unserer Gefühle; man könnte sie geradezu „Schmerzparastiten“ nennen! Ein noch ungebildiger Zuhörer als wir selbst macht seinem Gefühl in den Worten Luft: „Süß sie denn noch nicht auf, die jüdische Schnatzen!“

Wir sind höflicher und verlassen, ohne die Ruhe zu stören, den Saal, um, kaum dieser Saal erlangt, die marktschreierischen Anpreisungen der Bursche — Demokratischen Partei über uns ergehen lassen zu müssen. Aus einem Auto flattern Wahlaufweise und Stimmzettel und Programme in allen Größen und Farben, aus den Auslagen grüßen uns Protrats der Wahlwerber und Wahlwerberinnen. Wer ist die holde Frau, die uns hier ihre einjüngige Jugendfröhenheit bewundern läßt? Wer weiß etwas? Die Antwort gibt uns ein

Plakat, bei dessen Abfassung wahrlich nicht Verschwendung und Schwelgerei gewalter geandert sind? Wer ist Helene Kranich? Brauchen wir sie noch zu hören? Alle ihre Verdienste leuchten uns ja ohnedies tausendmal am Tag von allen Seiten und Enden entgegen. Und ihre Mitkämpferinnen begrüßen uns schon am ersten Wochentag frühmorgens aus dem „Schreier“-Organ. So lernen wir die greise Patriarchin der Frauenbewegung, Frau Henriette Kersfeldt, und Frau Oly Schwara und noch manchen andere, die sich nicht nur vom „Morgen“-Kreisse machen lassen, sondern noch gegenseitig in der „Frau“ anheimeln, noch ehe wir sie beim Mederzeitlich sehen, genügend kennen. Und zum Ueberflus geben sie außer ihrem Porträt in Wort und Bild auch noch dem Graphologen, den sie etwa „interessieren, Stoff zum Studieren mit markigen Sprüchen, als der Quintessenz ihrer Weltverbesserungsanschauungen.

Während diesen Parteien all dieser Samtan nötig erscheint, um ihre Kandidatinnen den Wählern als Führerinnen begehrenswert zu machen, verächtlich die christlich-sozialen Frauen am Mederzeitlich, im Bewußtsein ihrer Würde, auf Kreisse und geschmacklose Agitation. Aber nicht zu Frieden mit ihrer wahrhaft vornehmen und selbstbewußten Haltung, die sich der Oeffentlichkeit nicht aufdrängt, will man ihnen nicht einmal das Recht lassen, vor jenen zu sprechen, die ihren Wert auch ohne Gewaltmittel der Selbstverherrlichung durch Plakate und Bilder anerkennen und schätzen. Persönlichkeiten, wie Frau Dr. Burjan und Dr. Anna Seif, sind mit Recht christlichen Frauen seit langem Gegenstand der Verehrung und des Vertrauens. In wirtschaftlichen und Berufsfragen haben viele christliche Mädchen und Frauen bei ihnen Rat und Beratung gesucht und gefunden, ohne daß sie, die Helferinnen, ihre Verdienste plakatieren haben. Ohne rhetorisches Pathos und theatralische Gebärden und Wänschen sprechend, sobald sie als Mederzeinerinnen auftreten, müssen sie (wenn nicht, wie es in jüngster Zeit immer häufiger geschieht, Kolgarbisten ohne Achtung vor der im neuen Staate gewähltesten, Berammlungsfeierlichkeit die Sitzungen demonstrativ stören), mit ihrem sittlichen Ernst und ihrer ruhigen Sachlichkeit überzeugender wirken, als alle die früher genannten Frauen. Nicht nur die Wahlwerberinnen, sondern auch die im engeren Kreis für die christlich-sozialen Partei arbeitenden Frauen, wie besonders Frauen Kersfeldt mit ihrem so sympathischen Organ und ihrer liebenswürdigen Persönlichkeit, mühten hier, rühmend hervorzuheben werden. Da es jedoch nicht im Geiste dieser Kandidatinnen und Führerinnen wäre, ihre Verdienste der Oeffentlichkeit anzupreisen, so können wir ihnen nur an dieser Stelle ein schlichtes Wort der dankbaren Anerkennung für ihr unermüdetes Wirken im Dienste der guten Sache widmen. Ihre Art ist die der bewußten Frau vorbildlich: schlicht und treu einer Sache zu dienen, ohne Anspruch auf Ruhm und Lohn.

Frauenziele.

Wir Frauen wollen in den künftigen Parlamenten unseres neuen Staatswesens vor allem eine Stätte der Arbeit sehen, seinen Kampfplatz um politische Parteimacht. Erfüllt von dem lebendigsten Mitempfinden für die ungeheure Not des Volkes, getrieben von dem Wunsche, zu helfen, Leiden zu lindern, Elend zu bekämpfen, sehen wir Arbeit und helfende Liebe als die Leitmotive unserer künftigen Tätigkeit, als die Träger aller kommenden Entwicklung an. Es wird die Aufgabe der Frauen in den gesetzgebenden Körperschaften sein, daß sie nicht im Sinne des Klassenhasses Gegensätze verschärfend auftreten, sondern daß sie im Geiste des gütigen Ausgleichs und der Persönlichkeit, Brüsten zu schlagen versuchen von Partei zu Partei, damit über alle politischen Gegensätze hinweg, eine

ständige Arbeitsgemeinschaft dem darbenenden und leidenden Volk gesichert werde, eine Arbeitsgemeinschaft, die auf jenen Gebieten, die die Grundfesten des menschlichen Lebens bilden, Volksernährung und Volksgesundheit, Mutter- und Säuglingschutz, Jugendfürsorge und soziale Hilfsbereitschaft, über alle Parteidiskussionen hinweghebt und in einem, jedem Parteigetriebe entrückten, unerschütterlichen Fortschreiten erspriehliche Wirksamkeit zu entfalten vermag.

Die Möglichkeit, sich die Kenntnisse zu erwerben, die für die Arbeit in dieser Richtung notwendig sind, muß jedem einzelnen gegeben sein, ohne Rücksicht auf das Geschlecht und die finanzielle Leistungsfähigkeit der Eltern. Deshalb verlangen die Frauen die Einheitschule, die den Kindern aller Volksschichten volle Lernmöglichkeit zusichert, die nur durch die individuelle Begabung begrenzt wird.

Neben aller Wertung der geistigen Arbeit haben aber die Frauen auch die Pflicht, auf die Bedeutung der wirtschaftlich-ökonomischen Leistung der Hausfrau hinzuweisen als einen Grundpfeiler der gesamten Volkswirtschaft. In diesem Bewußtsein verlangen die Frauen für die Zukunft auch die gesetzliche Anerkennung dieser Arbeit als Berufsarbeit und als äußeres Zeichen dafür das gesetzliche festgelegte Verwaltungsrecht der Frau über das den Einkommensverhältnissen der Eheleute entsprechende Haushaltsgeld.

Eine wichtige Forderung der Frauen besteht in dem Verlangen nach zielbewusster Berufsberatung, die auf eine planmäßige Entlastung der Konsumzentren hinwirkt, um eine Verminderung des geistigen Proletariats und Hebung des Siedlungswesens zu erreichen, wodurch ein dichtes Netz von Kleinwirtschaften über das ganze Reich sich erstrecken könnte, das unabhängig von den nur langsam zu hebenden Verkehrsschwierigkeiten die gesamte Produktion und Ernährung unseres Volkes heben würde.

Für die Arbeit im Staats- und Wirtschaftsleben stellen die Frauen den selbstverständlichen Grundsatz auf: „Gleicher Lohn für gleiche Leistung“ und unbegrenzte Aufstiegsmöglichkeit für die Tüchtigen ohne Unterschied des Geschlechts. Die bürgerlichen Frauen sind aber auch berufen, besonders darüber zu wachen, daß angesichts der politischen Befreiung der Frauen die Frauenfrage nicht einfach aufgehe in der Arbeiterinnenfrage, daß außer den wirtschaftlichen Momenten, die seit Einsetzen des Maschinenzeitalters bestimmend waren für die Machtentwicklung der auf sozialdemokratischer Basis organisierten Arbeiterinnen, auch die ethischen und kulturellen Seiten der Frauenfrage entsprechend gewertet werden.

Ferner werden die Frauen für gesetzliche Garantien des Mutterrechts einzutreten haben, wie für die Anerkennung der Produktivität der Mutterschaft durch die Gesellschaft. Die werdende Mutter, sofern sie den mittellosen Ständen angehört, muß durch eine allgemeine Mutterschaftsversicherung die Gewährung des Krankengeldes für die Zeit vor und nach der Entbindung, sowie die Auszahlung des Stillgeldes zugesichert erhalten im Interesse einer gesunden Nachkommenschaft.

Die Frauen erhoffen von dem Verwerden der Manneskraft, die bisher in ihrer besten Entwicklungszeit durch den Militarismus gebunden war, den Ausschöpfung der allgemeinen Produktivität, den wir so notwendig brauchen. Als wichtigstes Recht werden sich die Frauen das Einspruchsrecht bei allen Entscheidungen über Krieg und Frieden zu sichern wissen. Die Frauen werden in ihrer vereinigten Mütterlichkeit die Menschheitsgemeinschaft der Welt begründen, die eine sicherere Gewähr für die Erhaltung des Weltfriedens sein wird als der Völkerbund, an dessen Wiege Männer stehen, die in ihrem Siegesrausch noch allzu sehr beherrscht erscheinen von imperialistischen Zielen und Wegen.

Alle diese Forderungen sind aber nur dann erfüllbar, wenn recht viele kluge und verständige Frauen und Mütter in die zukünftigen Parlamente der Kulturstaaten entsendet werden. Darum Ihr Mütter, die Ihr die wahren Mätyrerinnen des Krieges und der Gesellschaftsordnung seid, die den Krieg heraufbeschworen hat, erkennt die Bedeutung der Stunde der Entscheidung! Von mir den Augenblick, der uns mit der politischen Befreiung, mit dem Stimmzettel, die Herrschaft über die Situation gegeben hat! Erweisen wir uns würdig des Vertrauens, das die Demokratie, die Volksherrschaft uns entgegenbringt! Lieben wir mit dem Stimmzettel in der Hand unsere Gewalt aus! Im Sinne der glücklichen Befreiung von Not und Despotie, von Gewalt Herrschaft und zwangsweisem Rücktritt geben wir mit dem Stimmzettel in der Hand der Zukunft die Richtung nach Freiheit und Höherentwicklung der Menschheit!

S. S.

Die weiblichen Wiener Abgeordneten

Der gestrige Wahltag ist in der Geschichte des politischen Aufstieges der Frauen ein entscheidender Wendepunkt. Von nun an wird die Frau in vollster Gleichberechtigung an der Entwicklung unseres Staates mitarbeiten können.

Wir geben nachfolgend einen kurzen Überblick über den Lebenslauf der weiblichen Abgeordneten Wiens:

Gabriele Popp ist Sekretärin der sozialdemokratischen Partei. Eine noch junge, sehr intelligente Frau. Sie war vor Jahren Hausgehilfin und ist die eifrigste Gesinnungsgenossin Fritz Adlers.

Emma Freudenloj (Sozialdemokratin) betätigte sich bis vor etwa 7 Jahren hauptsächlich in der mährischen Tabak- und Textilarbeiterbewegung. Nach ihrer Übersiedlung nach Wien wirkte sie hauptsächlich in der Genossenschaftsbewegung; sie veröffentlichte eine Anzahl Schriften, die sich mit der Ernährungs-, Wohnungs- und Kinderfrage beschäftigten.

Amalie Seidel (Sozialdemokratin) war Hilfsarbeiterin, durch Selbststudium bildete sie sich zur intelligenten Arbeiterinnenführerin und wirkungsvollen Rednerin aus.

Anna Bofschel (Sozialdemokratin) rang sich durch bitteres Elend als Blumenschmückerin und Hilfsarbeiterin zur gewerkschaftlichen Arbeiterinnenführerin auf. Sie ist eine tiefgefühlende Sprecherin.

Abelheid Popp (Sozialdemokratin) ist in der Frauenbewegung der leitende Kopf. Auch sie war ursprünglich Fabrikarbeiterin. Viktor Adler erkannte ihr großes Talent und ließ sich ihre Erziehung zur Arbeiterführerin sehr angelegen sein. Frau Popp ist schriftstellerisch als Redakteurin der „Arbeiterinnen-Zeitung“ tätig. Ein Buch, in dem sie ihre Augenjahre erzählt und von Veibel in einem Vorwort besprochen wurde, fand viele Auflagen.

Frau Dr. **Vurian** (Christlichsozial) ist eine Stütze der katholischen Frauenorganisation. Sie gehört zum kerikalen Flügel der Christlichsozialen Partei.

18.7.1919

Die Frauen in der Gesetzgebung.

Der Wahltag hat der Forderung der Frauen nach Gleichberechtigung glänzende Erfüllung gebracht. Bisher haben acht von ihnen das schönste Ehrenamt erhalten, welches das Volk zu vergeben hat: Sie werden mitarbeiten an den Gesetzen des Staates, die das Leben der Bevölkerung ordnen, mitarbeiten in einer Zeit, in welcher es der größten Weisheit und Kraft bedarf, um den Wagen des Staates über schwere Hindernisse hinweg auf die gebahnte Straße zu bringen. Das Bemerkenswerte an diesem geschichtlichen Ereignis ist Mangel jeder Gegnerschaft gegen die Berufung der Frau. Kein ernsthafter Mensch denkt mehr an die Gründe, mit denen man noch vor kurzem die gesellschaftliche und wirtschaftliche Gleichberechtigung der Frau sowie ihre Zulassung zum aktiven und passiven Wahlrecht bekämpfte. Der Fortschritt des öffentlichen Denkens wurde in sehr kurzer Zeit erreicht. Noch nicht der vierte Teil eines Jahrhunderts ist verstrichen, seitdem die ersten Hörerinnen der Medizin zögernd den Hörsaal betraten — heute ziehen die Frauen in die Nationalversammlung ein. Diese Entwicklung ist durch die Kriegsverhältnisse nicht wenig gefördert worden. In den letzten Jahren haben die Frauen unter den drückendsten Verhältnissen als Vertreterinnen der abwesenden und als Helferinnen der im Hinterlande gebliebenen Männer den vollen Befähigungsnachweis für ihre Tüchtigkeit, ihre ernste und zielbewusste Lebensauffassung erbracht, ihre großen Verdienste um die Familie und die Allgemeinheit öffneten ihnen die Tore der Nationalversammlung.

Weit entfernt davon, Figuren einer politischen Mode zu sein, werden die Frauen in der Gesetzgebung ein reiches Feld der Tätigkeit finden. Auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge überragen sie die Männer, der Schutz der Familie und der arbeitenden Frau wird ihre besondere und große Aufgabe sein. Jedoch auch auf allen andern Gebieten wird ihr Einfluß sich bemerkbar machen. Denn die Frauen lieben Ehre und Wahrheit, und haben den Mut, ihrer Meinung auch dann Ausdruck zu geben, wenn sich die Vorsicht des Mannes mit einem Ausgleich abfindet. Ihre Teilnahme am Redeturnier der Nationalräte wird auch in der Politik das Dichterswort zur Geltung bringen: Das Ewig-Weibliche zieht uns hinan!

Die Wiener weiblichen Abgeordneten.

Die Wahlen in die konstituierende Nationalversammlung haben acht Frauen den Besitz von Abgeordnetenmandaten gebracht. Ihrer Parteizugehörigkeit nach sind sieben Sozialdemokratinnen, eine ist christlichsozial. Sie stehen alle bereits seit mehreren Jahren in der Politik und seit Einführung des provisorischen Gemeinderates in Wien sind fünf von ihnen auch Mitglieder dieser Körperschaft, in der sie sich wiederholt durch Teilnahme an den Debatten und Stellung von Anträgen hervortaten. Der sozialdemokratischen Partei gehören an Adelheid Popp, Theresie Schlesiinger, Emmy Freundlich, Gabriele Probst, Amalie Seidel, Anna Boschei und Marie Tusch, zur christlich-

sozialen Partei zählt Frau Dr. Hildegarde Burjan. Sie ist ebenso wie Frau Boschei vom 6. Wahlkreis in die gesetzgebende Versammlung entsendet worden. Dieser Wahlkreis ist also von zwei Frauen vertreten.

Im Folgenden seien einige Daten aus dem Lebenslaufe der weiblichen Abgeordneten Wiens angeführt:

Frau Adelheid Popp feierte vor kurzem ihren 50. Geburtstag. Sie war seit dem 11. Lebensjahre Arbeiterin in einer Korffabrik in Meidling und übte ihren Beruf elf Jahre hindurch aus. Ihr Buch: „Jugendgeschichte einer Arbeiterin — Erinnerungen aus meiner Kindheit“, enthält eine Schilderung ihres Werdeganges. Es ist von August Bebel mit einem Vorwort versehen worden. Schon als Arbeiterin trat sie vielfach rednerisch auf und fand bei ihren Arbeitsgenossinnen viel Anhang. Mit 22 Jahren gab sie ihren Beruf auf und stellte sich in den Dienst der sozialdemokratischen Partei. Sie ist seit vielen Jahren Leiterin des Partei-Blattes die „Arbeiterinnen-Zeitung“ und auch sonst vielfach schriftstellerisch und publizistisch tätig. Eine Reihe von Broschüren stammt aus ihrer Feder. Sie schrieb auch viel in deutschen und englischen Zeitungen. Sie ist von ihrer Partei in den provisorischen Gemeinderat entsendet worden.

Frau Theresie Schlesiinger ist 1863 in Wien als Tochter des Pergamentfabrikanten Albert Gastein geboren. Im Jahre 1888 verheiratete sie sich mit dem Hauptkassier der Länderbank Viktor Schlesiinger, wurde jedoch schon nach kaum dreijähriger Ehe Witwe. Frau Schlesiinger schloß sich zuerst der fortschrittlich-bürgerlichen Frauenbewegung an und trat im Jahre 1896 zur Sozialdemokratie über. Ihre Tochter, Frau Dr. Anna Schrey, ist mit dem Vorsitzenden des Vollzugsausschusses des Soldatenrates verheiratet.

Aus dem Arbeiterinnenstande hervorgegangen, ist Frau Emmy Freundlich derzeit ausschließlich schriftstellerisch tätig. Ihre Veröffentlichungen auf dem Gebiete der Ernährungs- und Wohnungsfürsorge sowie der Kinderfrage sind von großer Gründlichkeit und stets mit einem übersichtlich aufbereiteten statistischen Material ausgestattet. Im Gemeinderat hat Frau Freundlich wiederholt geltend gemacht die Beratung der Kinderfürsorge den Standpunkt ihrer Partei vertreten.

Frau Gabriele Probst war Hausgehilfin, ehe sie sich in Bildungsvereinen und durch Selbststudium das Wissen erwarb, das sie befähigt, den Posten einer Sekretärin der sozialdemokratischen Partei zu bekleiden. In politischer Beziehung gehört sie dem radikalen Flügel der Partei an und hat ihre Anschauungen in Wort und Schrift stets mit hoher Intelligenz vertreten. Auch sie ist Mitglied des provisorischen Gemeinderates.

Frau Amalie Seidel war, wie ihr Gatte Ingenieur Seidel, von der Partei in den provisorischen Gemeinderat delegiert worden. Als wirkungsvolle Rednerin hat Frau Seidel, die ehemals Hilfsarbeiterin war, im Gemeinderat stets volle Aufmerksamkeit auf sich gelenkt.

Anna Boschei war Blumenschmückerin und mußte eine lange Reihe von Jahren in den kümmerlichsten Verhältnissen verbringen, ehe es ihr mit Hilfe selbstervorbener Wissens gelang, sich zu einer der anerkannten Arbeiterführerinnen aufzuschwingen. Sie überrascht in ihren Ausführungen durch Beredsamkeit und durch Klarheit der Darstellung, wodurch sie stets sympathisch wirkt.

Frau Marie Tusch, die im Kärntner Wahlkreis gewählt wurde, zählt zu den Führern der dortigen Arbeiterbewegung.

Die einzige Christlichsoziale, die in Wien gewählt wurde, Frau Dr. Hildegarde Burjan, gehört der Organisation katholischer Arbeiterinnen an. Sie erwarb das Doktorat der Philosophie und hat sich auf sozialem Gebiete besondere Verdienste erworben. Als Gemeinderätin hat sie wiederholt an Debatten sich beteiligt und ist dabei stets mit Erfolg im Sinne ihrer Ueberzeugung eingetreten.

schließen. Es bleibt aber zu prüfen, welcher Art dies „Maß“ ist, und unter welchen Gesichtspunkten die Grenzen festzustellen und zu ziehen sein werden. Dabei sei vorab zugegeben, daß das Bestreben dahin gerichtet sein muß, die Frau aus jeder Art unangenehmer, ungesundheitsgefährlicher und dem Generationsdienst verhängnisvoller Arbeit je eher, je lieber und so gar umfänglicher, als dies vor dem Kriege der Fall war, zu entfernen. Kann im übrigen aber die Frauenerwerbsarbeit auf das Maß des vor dem Kriege vorhandenen zurückgeführt werden, und muß sie das in der Tat im bevölkerungspolitischen und sozialen Interesse des Volkes ganz?

Wir rühren mit dieser Fragestellung an das entscheidende Problem innerer Zeit. Die außerhäusliche Frauenerwerbsarbeit war vor dem Kriege im ständigen Aufsteigen begriffen, und man konnte mit einiger Wahrscheinlichkeit den Zeitpunkt berechnen, an dem die außerhalb des Generationsdienstes verbleibenden gesunden Frauen ebenso reiflos in die Produktionswirtschaft einbezogen sein würden, wie dies bei den Männern der Fall ist. Frömmern wir uns der Tatsache, daß schon 1907 72 Prozent aller ehemündigen Ledigen des weiblichen Geschlechtes im Hauptberuf erwerbstätig waren, und daß seit 1907 diese Einbeziehung der Ledigen wie auch der Verheirateten ständig zugenommen hat.

Dann kam der Krieg. Er hat all unser Denken, Fühlen und Sein durcheinandergewirbelt und vom Grunde auf umgewälzt und umgeordnet. Er hat ganz gewiß über das ausfällige Maß hinaus die Frauen aus der „Familie“ herausgerissen und zum Teil in den Dienst treuer und unzuförmlicher Arbeit gestellt. Es übernahm mit seiner Lockerung der Dienstverhältnisse, seiner Bedrohung des Nachwuchses infolge Vernachlässigung der

Säuglings- und Kinderpflege, Betvorbereitung und Bewahrung der heranwachsenden Jugend darf und wird nicht bleiben. Hunderttausende von Müttern sehnen den Tag herbei, der ihnen den Gatten, den Kindern den Vater wiedergibt, den „schönen Tag, wenn endlich der Soldat ins Leben heimkehrt, in die Menschlichkeit...“ Wie gern wollen und werden sie sich dann ihr Heim neu bauen und kein Verlangen haben, das schier Unertragbare, das die Zeit ihnen aufbürdete, weiter zu schleppen. Aber da sind andere Hunderttausende, da sind vielleicht Millionen, die sich in hoffentlich etwas gemildeter Form mit dem Leben von heute, als mit einem für alle Zukunft unabänderlichen Schicksal werden abfinden müssen. Da sind die Hunderttausende, deren Ernährer im Dienste des Vaterlandes gefallen sind. Die anderen Hunderttausende oder Millionen, denen er kriegsbeschädigt heimkehrt oder die die Ehe mit Kriegsinvaliden nur unter der Voraussetzung eingehen können, daß sie statt des Mannes den Hauptteil der Ernährungslast auf sich nehmen.

Unterstellen wir selbst die unmöglichste Sorge für die kriegsbeschädigten, so müssen wir uns andererseits doch völlig klar darüber sein, daß der Staat nicht in der Lage sein wird, für alle kriegsbeschädigten so ausreichend zu sorgen, daß eine ganze Familie kulturmächtig davon leben könnte. Schon jetzt hat der Staat ungeheure Schuldenlasten auf sich geladen, und noch ist kein Ende des unheiligen Ringens und damit der wachsenden Verschuldung abzusehen. Der fünften Kriegsanleihe wird eine letzte, und es werden je nachdem weitere folgen müssen. Selbst die großzügigste Finanzpolitik, einstücklich Konfiskation gemisser Vermögensquoten, hoher Kriegsgewinn- und progressiver sonstiger Steuern, wird schwer an der noch alledem noch verbleibenden

Schuldenlast zu tragen haben und nicht in der Lage sein, den auf staatliche Versorgung Anzuzuwenden. So werden mehr als das Notdürftigste zu gewöhnen mehr als das Notdürftigste zu lebenden alles daransetzen müssen, um ihr Lebensschicksal über Wasser zu halten, und so wird Frauenerwerbsarbeit nach dem Kriege mehr als je zuvor zu einer selbstverständlichen Erscheinung werden.

Schuldenlast zu tragen haben und nicht in der Lage sein, den auf staatliche Versorgung Anzuzuwenden. So werden mehr als das Notdürftigste zu gewöhnen mehr als das Notdürftigste zu lebenden alles daransetzen müssen, um ihr Lebensschicksal über Wasser zu halten, und so wird Frauenerwerbsarbeit nach dem Kriege mehr als je zuvor zu einer selbstverständlichen Erscheinung werden.

Über nicht nur die Frauen der schon vor oder während des Krieges Verheirateten werden in dieser Richtung in Frage kommen. Hunderttausende von unverheirateten kriegsbeschädigten werden in die Heimat zurückkehren. Sie haben ihre Gesundheit dem Vaterland geopfert. Für unter sicheres Wohnen, für die Unangenehmheit der Heimat haben sie ihre gesunden Gliedmaßen dahingegeben. Soll ihnen zu diesem Opfer auch noch das des dauernden Verzichtes auf persönliches Lebensglück, auf das in der Familie verurteilte Heim- und Heimatgefühl aufzuerlegen werden? Oder haben wir nicht vielmehr die heilige Pflicht, ihnen die Heimat wohllich zu machen? Diese Sätze auszusprechen, heißt, sie bejahen. Sie bejahen bedeutet aber, all den Heimkehrenden, die danach verlangen, die Möglichkeit der Familiengründung zu verschaffen. An Mädchen, die willig sind, auch kriegsbeschädigte zu heiraten, wird es nicht fehlen. Aus altruistischen wie auch aus egoistischen Beweggründen. Hat doch der Krieg das Lebens- und Liebesvertrauen nicht nur der männlichen, sondern auch der weiblichen Jugend tödlich getroffen.

So gilt es zu retten, was noch zu retten ist. Doch der Staat hier helfend eingreifen, daß er neben den schon bestehenden Familien auch noch die neu zu gründenden mit mehr als den den Kriegskentner persönlich aufstehenden Beträgen unterzulegen könnte, muß als ausgeschlossen gelten. So heißt es, aus eigener und, wenn es nottut, aus alleiniger Kraft der in Frage

Frauenarbeit.

Von Gertrude Gärsh. *)

Schon vor dem Kriege ging die Entwicklung auf eine immer stärkere Herausziehung des weiblichen Geschlechtes zur Erwerbsarbeit. Sie wurde im Kriege zu einem unentbehrlichen Faktor der Aufrechterhaltung unserer kriegs- und volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Die Frau hat sich bewährt, und man hat diese Bewährung uneingeschränkt anerkannt. Aber schon werden Stimmen laut, freudwillige und auch solche, aus denen die Furcht vor unliebloser Konkurrenz spricht, die danach verlangen, daß möglichst sofort nach Friedensschluß, jedenfalls aber sobald dies irgend angeht, die Frau soviel wie möglich aus dem Erwerbsleben zurückzuziehen. Eine Verhandlung des Regierungs-Amtsblattes sagt dazu: „So wertvoll die Frauennarbeit während des Krieges in volkswirtschaftlicher und militärischer Hinsicht ist, so überraschend und die Erfolge über die Leistungsfähigkeit der weiblichen Arbeit auch in früher ausschließlich den Männerberufen im allgemeinen ausgefallen sind, darüber kann kein Zweifel bestehen, daß die Frauennarbeit in dem Umfang, den sie während des Krieges erreicht hat, in Friedenszeit nicht weiterbestehen darf, und bei Ueberführung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft auf ein Maß zurückgeführt werden muß, das den bevölkerungspolitischen und sozialen Interessen des Volksganzen entspricht.“

*) Wir entnehmen diesen Aufsatz der in der Folge des „Kriegswirtschaftlichen Beifragen“ im Verlag v. G. W. Mohr (Paul Sieber) in Tübingen erschienenen Broschüre „Die deutschen Frauen im Kriege“. D. H.

Die Frauenhilfsaktion im Kriege Fortführung oder Auflösung der Frauenhilfs- ämter?

Wer den Namen dieser Fürsorgestelle liest, wird geneigt sein, den ganzen Artikel, der sie angeht, zu über-schlagen, bloß weil das Wörtchen „Krieg“ dabei steht. Wir alle haben ja dieses Wort und alles, was mit ihm im Zusammenhang steht, überaus satt und sind geneigt, auch das Gute, das in der Kriegszeit entstanden, unwillig und ohne Anerkennung beiseite zu schieben, um so rasch wie möglich den Zusammenhang mit einer Zeit zu verlieren, die den schrecklichsten Abschnitt unseres Lebens enthält.

Die Frauenhilfsaktion, diese Tat gewordene Hilfsbereitschaft der Frauen Wiens, hat zu Beginn des Krieges sich mit derselben Begeisterung dem Vaterland zur Verfügung gestellt, wie es die Männer getan haben, die freiwillig zu den Fahnen eilten. Zuerst waren es viel zu viele, aber Strohfeuer hält nicht an und was heute noch übrig ist, das ist sozial wertvolles Menschenmaterial. Man hat von vorneherein daran gedacht, die Frauenhilfsämter in die Uebergangszeit hinüber zu nehmen, man hielt an dieser Absicht um so mehr fest, als die Sektionen sich seit durchwegs bewährt hatten. Die Frauenämter bestehen deshalb heute noch, obwohl sie nominell ihre Daseinsberechtigung eingebüßt haben.

Die Erwägung, daß auch der Uebergangszeit ein Termin gesetzt sein muß, legt die Frage nahe, ob die Frauenhilfsämter ganz aufgelöst werden sollen oder ob man sie unter anderem Titel der Allgemeinheit auch für die Friedenszeit erhalten soll. So viel steht fest, daß man den Frauen, die Eid und Angelobung für die Dauer des Krieges geleistet haben, nicht zumuten kann, sich bis ins Endlose gebunden zu erachten und einfach stillschweigend eine Arbeit weiter zu leisten, zu der sie sich nur bis zu einem gewissen Termin verpflichtet hatten. Man müßte eine Form der Ueberleitung finden, die Abschluß des Alten und Beginn des Neuen enthält. So sehr es nun wünschenswert wäre, die ganze Organisation als eine Gemeinschaft sozial gesulter Kräfte vor der Auflösung zu bewahren, zumal das Zusammenarbeiten in den einzelnen Sektionen trotz der vorhandenen Parteischattierungen geradezu vorbildlich genannt werden muß, so erwägenswert sind auch die Gründe, die für die Auflösung sprechen. Der Parteierkehr ist in den Sektionen andauernd stark und die Damen haben anscheinend mehr denn je zu tun: sie geben Speisekarten aus, bemühen sich nach einem gerechten Maßstab, die Schweizer Liebesgaben und sonstige Lebensmittel zu verteilen, versuchen Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen, vermitteln Stellen und — was gerade nicht das Angenehmste ist — gehen auf Erhebungen aus, ein Dienst, der heute nur mit Verachtung aller Flektyphusgefahr gemacht werden kann. Für die Heimkehrer besteht kein Entlassungszwang mehr, eine Tatsache, die sich besonders im Kinderheim besorgniserregend bemerkbar macht. Dennoch verfährt man das Heim bei Beachtung aller Vorsichtsmaßnahmen vor der Schließung zu bewahren.

Die Arbeit, welche die Frauenhilfsaktion heute leistet, entspricht aber nicht ihren Hauptaufgaben, und je größer der Andrang in ihren Räumlichkeiten wird, desto weiter fühlt sie sich von ihrer wahren Pflichterfüllung abgedrängt. Die Manipulation im Lebensmittelmagazin war ihr Neben Zweck, die Ausweisung war es und der Recherchendienst Mittel zum Zweck, den sie niemals im Schenken und Unterstützen sah, sondern in der Anleitung zur Arbeit. Wer arbeitsunfähig war, wurde zeitweilig unterstützt; man bemühte sich, ihn wieder arbeitsfähig zu machen. Man nahm den Frauen die Kinder tagsüber ab, damit sie ihrem Verdienst nachgehen konnten, man gab den

1./IV. 1919

**Zulassung der Frauen zu der
juridischen Fakultät.**

**Eine Erklärung des Unterstaatssekretärs
Glöckel.**

Unterstaatssekretär Glöckel hat gestern eine Abordnung von Frauenvereinigungen empfangen, welche die Zulassung der Frauen zu den juridischen Studien verlangte. Der Abordnung wurde die Antwort zuteil, daß die Unterrichtsverwaltung schon mit dieser Sache beschäftigt sei, ebenso wie mit der von den Frauen schon oft verlangten Zulassung zur Technik und zur Hochschule für Bodenkultur. Unterstaatssekretär Glöckel versprach rascheste zustimmende Erledigung und unbedingte Gleichstellung der weiblichen mit den männlichen Studenten, ebenso wie die Errichtung einer staatswissenschaftlichen Lehrkanzel nach deutschem Muster.

Der Abordnung hatten angehört der Bund österreichischer Frauenvereine, der Verein für erweiterte Frauenbildung, der Verein für realgymnastische Mädchenschule, der Akademische Frauenverein und zahlreiche andre Studentinnenvereine.

1. IV. 1919

Die Zulassung der Frauen zum Jusstudium.

Die jüngst angekündigte Zulassung der Frauen zum Jusstudium wird heute in folgender amtlicher Verlautbarung mitgeteilt:

Das Staatsamt für Inneres und Unterricht wird in den nächsten Tagen eine Vollzugsanweisung veröffentlichen, mit welcher die Zulassung der Frauen zu dem ihnen bisher verschlossenen Studium der Rechts- und Staatswissenschaften ausgesprochen werden wird.

Mit dieser Verfügung, durch welche den Frauen die letzte ihnen bisher nicht eröffnete weltliche Fakultät freigegeben wird, wird ein langjähriger Wunsch der gebildeten Frauen Deutsch-österreichs erfüllt und eine Maßnahme getroffen, welche jekt, da die Gleichberechtigung der beiden Geschlechter im öffentlichen Leben zur Tatsache geworden ist, nicht mehr zurückgestellt werden konnte.

Den Frauen wird die Möglichkeit gewährt sein, jene Kenntnisse zu erwerben, welche sie in rechtlichen, volkswirtschaftlichen, sozialen und organisatorischen Fragen zu sachkundiger Mitarbeit im öffentlichen Leben befähigen können.

Durch die Absolvierung der rechts- und staatswissenschaftlichen Studien wird den Frauen bei der Erlangung von Lebensstellungen mancher Vorteil erwachsen. Im öffentlichen Dienste jedoch wird es den anstellenden Behörden nach wie vor vorbehalten bleiben, Funktionen, zu deren Vernehmung Personen männlichen Geschlechtes nötig erscheinen, auch weiterhin wie bisher zu besetzen.

Die Vollzugsanweisung nimmt in Aussicht, die Frauen unter den gleichen Bedingungen wie die männlichen Studierenden zum Studium an den juristischen Fakultäten sowie zur Ablegung der Staatsprüfungen und zur Erlangung des Doktorgrades zuzulassen.

Die weiblichen Studierenden werden bereits mit Beginn des Sommersemesters 1919 die juristischen Fakultäten beziehen können.

Ein Doktorat der Staatswissenschaften.

Wie wir erfahren, wird in den nächsten Tagen eine Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Inneres und Unterricht erscheinen, mit welcher an den rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultäten der deutschösterreichischen Universitäten das Doktorat der Staatswissenschaften eingeführt wird. Dieses Doktorat soll für jene Personen, welche an der Universität eine besondere wissenschaftliche Ausbildung auf dem Gebiete der politischen Wissenschaften erworben haben, den Abschluß ihres Studienganges und die Bekundung ihres Nachwissens bedeuten.

Die „Staatskorrespondenz“ teilt hierzu mit: Die Einführung eines solchen Doktorats entspricht der steigenden Bedeutung der Staatswissenschaften für die Allgemeinheit und für den einzelnen und bringt die Erfüllung eines von der überwiegenden Zahl der Professoren der deutschösterreichischen Juristenfakultäten sowie von Interessentenkreisen lange gelegten Wunsches; es ist auch zu hoffen, daß dieser akademische Grad, dessen Erwerbung für Studierende aus den Balkanländern von besonderem Werte wäre, einen Zuzug dieser Studierenden an die deutschösterreichischen Hochschulen mit sich bringen wird.

Das Doktorat der Staatswissenschaften soll ein wissenschaftlicher Grad sein, aus dem Berechtigungen nicht abzuleitet werden können.

Die Bedingungen zur Erlangung dieses Doktorats sollen die Absolvierung eines mindestens sechssemestrigen Studiums an einer rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät in der Eigenschaft eines ordentlichen Hörers, die obligatorische Frequenz der allgemeinen Vorlesungen über politische Ökonomie und öffentliches Recht, die Betätigung in Proseminarien und Seminarien, die Vorlage einer wissenschaftlichen Abhandlung und die Ablegung eines zweistündigen Hauptprüfungsumsatzes aus den genannten Fächern und eines Nebenprüfungsumsatzes aus einer der Wahl des Kandidaten überlassenen privatrechtlichen Disziplin sein. Die Promotion zum Doctor rerum politicarum wird in der für solche Akte üblichen Form erfolgen.

Die genannte Vollzugsanweisung tritt mit Beginn des Sommersemesters 1919 in Kraft.

Frauen im Magistrat?

Die preußische Regierung gegen ihre Zulassung.

Als der Novembersturm den Frauen die politische Gleichberechtigung gab, hofften sie, nun wirklich zu allen Ämtern zugelassen zu werden, von denen sie vorher nur ihrer politischen Unmündigkeit wegen ausgeschlossen waren. Aber immer wieder finden sich irgendwelche Schranken, die genau so fest verschlossen sind, wie früher, nur daß man den Grund jetzt noch weniger dafür einsehen kann, als vormals.

In der letzten Stadtverordneten-Versammlung in Königsberg in Preußen teilte der Oberbürgermeister mit, daß der Minister des Innern die Wählbarkeit der Frauen in den Magistrat nicht für zulässig halte. Eine nähere Begründung, weshalb diese Ablehnung erfolgt ist, ist nicht bekannt geworden. Die Städteordnung vom 30. Mai 1853 bestimmt über die Zusammensetzung des Magistrats im § 20: Der Magistrat besteht aus dem Bürgermeister, einem Beigeordneten oder zweiten Bürgermeister als dessen Stellvertreter, einer Anzahl von Schöffen (Stadträten, Ratsherren, Ratsmännern) und, wo das Bedürfnis es erfordert, noch aus einem oder mehreren besoldeten Mitgliedern (Syndikus, Kämmerer, Schulrat, Baurat).

Irgendetwas über besondere Vorbildung für diesen Posten ist nicht vorgeschrieben, und es ist auch nirgends gesagt, daß diese Magistratspersonen nicht Frauen sein dürften, es sei denn, daß man es daraus schließen wolle, daß nur von Ratsherren und Ratsmännern, nicht aber auch von Ratsdamen und Ratsfrauen die Rede ist. Oder will man es aus dem § 30 schließen, der besagt, daß Vater und Sohn, Schwiegervater und Schwiegersohn, Brüder und Schwäger nicht zugleich Mitglieder des Magistrats sein dürfen? Mütter, Töchter und Schwestern sind ja ... Sei allerdings nicht besonders aufgezählt, aber schließlich hat eben im Jahre 1853 noch niemand daran gedacht, daß Frauen überhaupt so ehrgeizig sein könnten, in den Magistrat gewählt werden zu wollen. Man soll das Gesetz nicht nach dem Buchstaben auslegen, sondern nach dem Sinn. Und dieser Sinn kann sich doch ändern, wenn sich der ganze Geist der Zeit ändert. So veraltet an sich dieses Gesetz sein mag, man könnte die Zulassung von Frauen zum Magistrat sehr gut damit vereinbaren, wenn man eben sinngemäß auslegen würde. Nach der neuen Verfassung des Deutschen Reiches könnte eine Frau sogar Reichspräsident sein. Sollte man sie da nicht auch Magistratsperson werden lassen können? M. M.-z.

17. IV. 1919

Frauen in der Gemeindevertretung.

In dem Aufsatz „Frauen im Magistrat“ (im gestrigen Abendblatt der „Vossischen Zeitung“) wird ausgeführt, daß der Minister des Innern die Wählbarkeit von Frauen in Magistratsstellen ohne gesetzliche Begründung für unzulässig erklärt habe. Wie wir im Ministerium des Innern festgestellt haben, gründet sich diese Auffassung des Ministers auf die feststehende Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts, nach der Frauen im Bereiche der Städteordnung kein Bürgerrecht und damit auch kein passives Wahlrecht zu Ämtern in der Gemeindeverwaltung zustehen. Dieser Rechtszustand ist durch die neue Gemeindeverordnungsordnung nur für die Wahl zur Gemeindevertretung (Stadtverordnetenversammlung) geändert worden. Das Wahlrecht der Frau zur Gemeindeverwaltung (zum Magistrat) ist durch diese Verordnung nicht berührt worden. Der Minister hat indessen angeordnet, daß in dem in Vorbereitung befindlichen Entwurfe einer neuen Städteordnung auch das Bürgerrecht der Frau und damit ihre Wählbarkeit für alle Stellen der Gemeindeverwaltung und Gemeindevertretung anerkannt wird.

23. IV. 1919

Ein Jahr katholischer Frauenarbeit.

Einen reichen Tätigkeitsbericht konnte die katholische Frauenorganisation in ihrer, wie bereits kurz berichtet, Dienstag abgehaltenen Generalversammlung erstatten. Die Zeit bis zum November war der Fortführung alter Pläne der Liebetätigkeit für Kinder, Frauen und Soldaten, dem Ausbau der wirtschaftlichen Hilfe für die Hausfrauen, der sozialen Arbeit gewidmet; die Zeit seit dem Umstürze, der den Frauen das Wahlrecht gebracht hat, steht zum Großteil unter diesem Zeichen, verbunden mit einer großzügigen, sehr erfolgreichen Agitationsarbeit, die zur Neugründung zahlreicher Gruppen in Wien und in der Provinz führte.

Die hauswirtschaftliche Sektion hat trotz der großen Hindernisse manchen schönen Erfolg aufzuweisen. Der Umsatz des Wirtschaftsvereines betrug 1918 fast 8 Millionen. An Gemeinschaftsküchen nennt die katholische Frauenorganisation bereits sechs ihr eigen. In folgenden Organisationen, die das Gebiet der Hausfraueninteressen berühren, war die katholische Frauenorganisation vertreten: Freiwilliger Ernährungsdienst, Ernährungsrat, Wohnungsfürsorgeausschuß der Stadt Wien, Landes-Kohlenkommission, Milchverorgungsstelle und handelspolitische Kommission. Nicht nur Studium der einschlägigen Fragen setzt sich die Sektion für Säuglings- und Kinderfürsorge (Leiterin Frau E. Kasl) zur Aufgabe, sondern auch wertvolle Hilfe. In vielen Orten wurden Mutterberatungsstellen ins Leben gerufen, in Wien allein wurden durch „Fürsorgerinnen“ 812 Fälle erhoben und Unterstützungen in Geld, Lebensmitteln und Kleidungsstücken gewährt. Die Fürsorgerin Frau A. Griendl allein hat die Generalvormundschaft über 122 Minderjährige geführt. Tagesheimstätten, Halbtagskorte, Kinderkrippen und -lekturen, Ferienaktionen, Ausspießstellen — das sind weiter die wichtigsten Unternehmungen dieser Sektion. Die Jugendsektion (Leiterin Baronin von der Wense) mit 119 angeschlossenen Mädchenvereinen und 25.000 Mitgliedern veranstaltete Kurse, Festspiele, Ausflüge, Exerziten, Flugblätter und dergleichen und gründete eine Erholungsstätte in Neuwaldbeug.

Auf schöne positive Leistungen kann auch die Sektion für Frauenbildungsfragen (Leiterin Frau A. Callenberg) zurückblicken. Kurse für Klosterfrauen, Beteiligung an dem neugegründeten „Reichsbund für Erziehung und Unterricht“, Abhaltung von Rednerinnenkursen, die an die Sozial-Charitative Frauenschule angeschlossen wurden, gehören zu den Arbeiten dieser Gruppe. Außerdem wurden Lehrpläne unserer Mädchenschulen vom Mädchengymnasium bis zur Normalschule durchberaten und durchstudiert, Pläne zur Verbesserung entworfen. Der staatsbürgerlichen Erziehung und politischen Schulung unserer Frauen und Mädchen wurde durch das Lehrjahr der Sozial-Charitativen Frauenschule Rechnung getragen. Zur Unterstützung der christlichen Presse suchte die Sektion ein Zusammenarbeiten mit dem Biusverein. Die Hauptarbeit aber galt dem Ausbau der Sozial-Charitativen Frauenschule, die das dritte Schuljahr durchging. An Vortragsthemen sind zu erwähnen ein religionswissenschaftlicher, ein politisch-sozialer und ein Stenographiekurs. An dem Ausbau der sozial-charitativen Fachbibliothek und der Zeitschriftenschau sowie an der Anlage einer Hilfs- und Anschaffungsmittelsammlung wurde fleißig weitergearbeitet. Das Komitee zur Heranbildung von Frauen für soziale Berufe fand an der Gruppe beratende und aktive Mitarbeit. Die von Frau B. Buraczinska geleitete Frauenberufszentrale stellt die Verbindung her durch die von der katholischen Frauenorganisation angeregten, aber ganz selbständigen Berufsorganisationen dar. Sie erhält eine Beratungsstelle für einen Beruf oder eine Stelle suchende Frauen und Mädchen, eine Jugendberatungsstelle, eine Stellenvermittlung und das Klemens-Hofbauer-Heim in der Sonnenfelsgasse, wo Hochschülerinnen, Lehramtskandidatinnen und Beamtinnen ihr Heim aufgeschlagen haben.

Einen besonders starken Aufschwung in der Gruppen- und Mitgliederzahl hat die unter Leitung der Frau Gräfin M. Colloredo stehende Landwirtschaftliche Sektion genommen. Die Organisierung der Landfrauen auf christlicher Grundlage schreitet rüstig vorwärts. Veranstaltung wirtschaftlicher Vorträge, Bildung eines Lehrkurses für die Uebergangswirtschaft, seine Studienreise nach Ostpreußen, um die dortigen landwirtschaftlichen Hausfrauenvereine an Ort und Stelle kennen zu lernen, Unterbringung unterernährter Wiener Kinder durch Landgruppen und einige Streiflichter von der Tätigkeit dieser Sektion, deren Programm u. a. anstrebt, die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Förderung der Landfrauen durch fachliche Ausbildung der Landfrau als Mitbesterin des Mannes in der Produktion, durch Befürwortung des land- und hauswirtschaftlichen Pflichtunterrichtes in den Schulen, durch Veranstaltung von Wanderkursen zur Schulung der reisenden

weiblichen Bevölkerung in allen für Haus und Hof notwendigen Kenntnissen, durch Schaffung gemeinsamer Verkaufsstellen in den Provinzstädten, durch Förderung der landwirtschaftlichen Versicherungszweige, durch Aufzucht und Ausbildung von Erwerbsmöglichkeiten für die weibliche Landbevölkerung, durch Veranstaltung von Ausstellungen landwirtschaftlicher Erzeugnisse, durch Ausbau der Säuglings- und Kinderfürsorge, durch zeitgemäße Jugendfürsorge, durch Errichtung von Wohlfahrtsanstalten, durch Wahrung der sittlich-religiösen Grundlage unseres Landlebens, Pflege des deutschen Volksgedankens, politische Schulung der Landfrauen, Verbreitung nützlicher Kenntnisse und durch die Verständigung zwischen Stadt und Land. Die Arbeiten der politischen Sektion sind allgemein bekannt und anerkannt. Die von Frau Gräfin G. Walterskirchen geleitete Rechtssektion führt den Kampf um die öffentliche Sittlichkeit und Sicherung der Volksgesundheit weiter und zeigt durch die unentgeltliche Rechtschutzstelle vielen Rat suchenden den Weg. Eine Beratungsstelle für Finanz- und Versicherungsfragen wurde neu eingerichtet.

Gerade unter dem Eindruck der Revolution empfanden die christlich denkenden Frauen mehr denn je die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses. So zählt denn die katholische Frauenorganisation heute bereits 34 Wiener und 61 Landgruppen. Es ist eine wahre Freude, zu sehen, mit welchem Eifer und Verständnis so viele christliche Frauen die Organisationsidee erfassen und wie sie sich gerade dadurch den Blick für die Arbeit im Rahmen der Allgemeinheit schärfen.

Die preussische Frauenfrage.

Eine Debatte im Abgeordnetenhaus.

Selten hatte das Abgeordnetenhaus so aufmerksame und auharrrende Zuhörer wie gestern: die Ankündigung, daß fünf Anträge, teils für, teils gegen die Frauenbewegung auf der Tagesordnung stehen, hatte Anhängerinnen aus allen Parteirichtungen der Frauenbewegung auf die Tribüne gelockt. Neben bekannten führenden Frauen, unter ihnen die ebenso kluge wie uner-schrockene Kämpferin Minna Cauer, die verdienstvolle Leiterin des Nationalen Frauendienstes Frau Levy-Rathenau, die in der städtischen Verwaltung tätige Gattin des Reichstagsabgeordneten Wurm, sah man eine ganze Klasse junger Gym-nastinnen — ein erfreuliches Zeichen, daß auch der Nachwuchs, der sich bisher der Frauenbewegung mit der der Jugend eigen-tümlichen Undankbarkeit fernhielt, Interesse für die staatsbürger-lichen Forderungen und Pflichten der Frau zu nehmen beginnt.

Weniger aufmerksam waren allerdings die Abgeordneten selbst. Nur ein knappes halbes Hundert standen im Saal herum, und auch von diesen schien nur die wenigsten die Verhandlung zu interessieren.

Zur Beratung standen ein fortschrittlicher Antrag auf Be-stellung von Frauen zu Mitgliedern städtischer Verwaltungsdeputationen. Der Ausschuß beantragt die Regierung um einen Gesetzentwurf zu ersuchen, der die Be-stimmungen der preussischen Städteordnung dahin abändert, daß Frauen zu Mitgliedern städtischer Verwaltungsdeputationen der sozialen Fürsorge und Wohlfahrtspflege mit beschließender Stimme bestellt werden können. Ein Zentrumsantrag will die Frauen in gleicher Weise auch zu den Schuldeputationen zugleichen. Die Fortschrittler beantragen Wiederherstellung ihres ursprünglich durch den Ausschuß abgeänderten Antrages.

Als erster Redner sprach Abgeordneter Graef (kons.). Zuerst verheißt er, daß seine Freunde trotz aller Bedenken für die Aus-schufsanträge und für den Zentrumsantrag stimmen werden, aber dann kommt die Enttäuschung, als er fortfährt: „Dagegen lehnt der größere Teil meiner Fraktion den fortschrittlichen Antrag wegen seiner Folgerungen für das politische Frauenstimmrecht ab.“

Aus seiner Begründung könnten die Frauen viel lernen, denn er zitiert Aussprüche und bezieht sich auf Tatsachen, die ur-sprünglich von Frauen selbst ausgesprochen sind und nun von dem konservativen Abgeordneten wieder als Waffen gegen die Frauen benützt werden. So, wenn er anführt, daß die Mehrzahl der Frauen das Frauenstimmrecht gar nicht will, und es nur als das Verlangen einzelner Kreise der Frauenwelt bezeichnet, und wenn er sich späterhin darauf beruft, daß Anselma Heine als das größte Erlebnis für die Frau im August 1914 das empfunden hat, daß sie nicht selbst tätig am Kriege teilnehmen, sondern wieder nur warten und hoffen kann. Er weiß keine neuen Argu-mente gegen das Frauenstimmrecht vorzubringen, malt wieder in schwarzen Farben die verheerende Wirkung, die das Frauenstimm-recht auf das Eheleben haben werde, wenn nämlich bei jedem Mittagessen sich die Eheleute über Politik unterhalten werden und stellt unter höhnischem Lachen der Gäste auf der Tribüne fest, daß die Rechtslage der Frau durch das Bürgerliche Gesetzbuch hin-reichend gesichert und der männliche Gesetzgeber zu notwendigen Abänderungen gern bereit sei.

Der Abg. Dr. Kaufmann (Ztr.) stellt fest, daß das aktive Frauenwahlrecht und die Teilnahme der Frauen am öffentlichen Leben nach kirchlichen Grundsätzen nicht unerlaubt sei, aber seine Freunde halten es nicht für er-priesslich. Die Verhältnisse im Auslande seien ihm nicht maßgebend, denn man müsse doch end-lich einmal lernen, nach eigenem Rezept zu kochen. Er lehnt für seine Freunde das Frauenstimmrecht ab, erklärt sich aber damit einverstanden, daß Frauen im Wohnungs-, Schul- und Sozial-wesen sachkundig mitberaten.

Mit freudiger Teilnahme werden auf der Tribüne die Mit-teilungen eines Regierungsvertreters aufgenommen, der im Namen des Ministers des Innern erklärt, die Städte-ordnung solle im Sinne der Wünsche des Gemeindeausschusses ab-geändert werden, so daß die Frauen in die wichtigsten Depu-tationen als stimmberechtigte Mitglieder eintreten können. Das solle jedoch nicht durch ein Sondergesetz geschehen; hoffentlich finde sich aber bald der Weg, um den Frauen dieses Recht zu geben.

Mit ehrlicher Ueberzeugung tritt Abgeordneter Dr. Lewin (fortschr. Vp.) für die Rechte der Frau ein. Er erinnert daran, daß schon im Jahre 1912 der Abgeordnete Trimborn im Namen des Zentrums die Frauen zur Teilnahme am politischen Leben aufgefördert und ihnen schon damals das Stimmrecht in Aussicht gestellt habe. Heute aber haben wir von dem Zentrumsredner nach all den Erfahrungen dieser Jahre nicht gehört, daß man seit-her weiter gekommen ist. Die Rede des Abgeordneten Graef unterzieht er einer scharfen Kritik und erklärt, man habe nur Schlagworte gehört. Die Frauen haben im Kriege Pflichten aus-geübt. Man muß ihnen dazu auch Rechte geben. Vor dem Kriege war die Zahl der erwerbstätigen Männer nur doppelt so groß wie die der erwerbstätigen Frauen, jetzt im Kriege hat sich das Verhältnis sehr zu Gunsten der Frauen verschoben. Die erwerbs-tätigen selbständigen Frauen haben auch die Steuerpflicht ebenso wie die Männer. Auf die Eingabe des Bundes gegen die Frauenemanzipation geht er nur deshalb ein, weil der Ausschuß sie der Regierung zur Erwägung überwiesen habe, sonst nennt er sie bedeutungslos, denn die Frauen denken gar nicht daran, den Männern den Platz zu nehmen. Schließlich erklärt er, wir stimmen für den Antrag Kaufmann, bitten aber, auch unseren Antrag auf Wählbarkeit der Frauen in die städtischen Deputationen anzu-nehmen. Den Frauen muß das Gemeinde-Wahlrecht gegeben werden.

Abgeordneter Hirsch-Berlin (Soz.) tritt für das Frauen-stimmrecht ein und erinnert im Anschluß an die Rede Graefs an ein Wort Lloyd Georges: „Rehmt so ein Mannstüchchen. Das ganze Gehirn seines Hauswesens ist die Frau, die ihn wahrschein-lich absolut beherrscht — er aber, der Herr der Schöpfung, spricht: sie ist nicht reif zum Wählen.“

Der Abgeordnete Diepman (natl.) steht dem fortschrittlichen Antrage wohlwollend gegenüber, weil die Frauen in der Ge-meinde schon Gutes geleistet haben. Im übrigen glaubt er aber nicht, daß die Frauen das Wahlrecht als tatsächlichen Dank für ihre Leistungen im Kriege erwarten, denn sie hätten sich jetzt im Kriege nur von ihrer idealen Auffassung leiten lassen. Abgeord-nete von Bonna (frk.) erklärt die Beschränkung der unehelichen Geburten für wichtiger als das Frauenstimmrecht, und Abgeord-nete Ströbel fordert das Reichstagswahlrecht der Frau.

Schließlich vertagt sich das Haus auf Mittwoch, wo wieder-um die Anträge zur Frauenfrage auf der Tagesordnung stehen.

10. II. 1918

23

wertigkeit gesprochen werden kann; die Frau ist einfach anderswertig als der Mann. Das zeigt sich am besten in der eigentlich weiblichen Tugend, im Altruismus, der der geistige Boden für die Eignung der Frau zum Mutterberufe ist; diese Sorglichkeit der Frau wird oft so selbstverständlich hingegenommen; diese Seite ihres Wesens gilt es stets zu berücksichtigen. Wenn man dies bedenkt, so wird man ein-

etwas mehr Männer gewesen wären; denn an ihnen liegt es doch zum großen Teil, der Frau die Bahnen zu öffnen, die der Referent geseigt hat und für die vielfach das nötige Verständnis noch fehlt. Es wäre gut gewesen, wenn recht viele vernommen hätten, daß die Lösung der Frauenfrage nicht nur in der Einführung des Frauenstimmrechts aufgeht, wie so viele meinen.

Die körperliche und geistige Eigenart der Frau

Vortrag des Hochschulvereins.

In dem bis auf den letzten Platz angefüllten Großratsaal sprach der Direktor des kantonalen Frauenospitals, Herr Prof. Guggisberg, über die körperliche und geistige Eigenart der Frau. Man spürte gleich von Anfang an, daß der Referent aus dem Vollen schöpfen konnte und seine auf wissenschaftlicher Höhe sich haltenden und doch gemeinverständlichen Ausführungen das konzentrierte Extrakt jahrelanger gewissenhafter Beobachtungen und Erfahrungen darstellten.

Der Referent wies eingangs auf die gewaltige Arbeit hin, die die Frau im heutigen Weltkriege geleistet hat; das wird notwendigerweise nach dem Kriege einen Kampf zwischen Mann und Frau nach sich ziehen, in dem das weibliche Geschlecht seinen jetzigen Platz wieder behaupten wollen; es ist deshalb Pflicht des Staates, der Frauenfrage sein Augenmerk zuzuwenden; um aber zu einem guten Ziele zu gelangen, muß die Eigenart der Frau erforscht und erkannt und berücksichtigt werden.

Der Vortragende setzte darauf die Eigenarten der weiblichen körperlichen Organisation auseinander, verwies insbesondere auch auf die bekannte Tatsache, daß das Frauenhirn leichter sei als das Männerhirn.

Der Frauentag.

Wie es zu erwarten war, gestaltete sich die Frauentagsversammlung in der Volkshalle des neuen Rathhauses am Sonntag zu einer außerordentlich eindrucksvollen Kundgebung. Vom herrlichsten Wetter begünstigt, wies sie einen wahren Massenbesuch auf. Schon eine Stunde vor ihrem Beginn hatten Hunderte Frauen und Mädchen des Einlasses in die Volkshalle. Die meisten von ihnen waren einzeln oder in kleineren Gruppen erschienen und waren deshalb so früh gekommen, um sich unbedingt einen Platz in der Versammlung zu sichern. Um dann um 2 Uhr die Volkshalle geöffnet wurde, war beim Eingang schon ein derartiges Gedränge, daß die Ordnerinnen und Wachorgane, die dort aufgestellt waren, um den Einlass zu regeln, Mühe hatten, dem Ansturm zu begegnen. Der eigentliche Zustrom zur Versammlung war aber erst jetzt. Immer dichter wurden die Scharen der vielen Frauen und Mädchen. Bald folgten auch einzelne größere Jüge aus den Bezirken. Als dann die Versammlung begann, war die Volkshalle schon derart überfüllt, daß Hunderte keinen Einlass mehr finden konnten. Sie hielten die Rampe unter den Arkaden und die Steintreppen, die zur Volkshalle hinaufführen, besetzt und lauschten von hier aus den Reden.

Die Versammlung war sehr erregt. Begreiflicherweise war im vierten Kriegsjahr der Frauentag nicht der Platz für eine theoretische und wissenschaftliche Erörterung des Frauenwahlrechtes und seiner Notwendigkeiten, er mußte zu einem Widerklang der Stürme werden, die in der Welt toben und die Seele jeder Frau erbeben machen. Gesprochen wurde nicht nur von der Tribüne herab. Es hat wenige Versammlungen gegeben, die so sehr von Aussen der Zuhörer erfüllt waren wie diese. Was die Menschen in den vier Kriegsjahren an Ungemach getroffen hat, rang nach Ausdruck und die Bitterkeit der Empfindungen drängte nicht die sanftesten Worte auf die Lippen. Oft hatten die Redner Mühe, die Rufe der Zuhörerinnen zu überhören.

Eingeleitet wurde die Versammlung mit dem *Frauentag* von *Irre Ch. t. s. m. a. r. s. h.*, der in Holland entstanden ist. Der gemischte Chor der *Freien Typographia*, geleitet von Schoof und begleitet von vier Bläsern, trug den anfeuernden *March* mit *harter Lebhaftigkeit* vor.

Dann wurde die Versammlung eröffnet.

Amalie Bötzger

eröffnet die Versammlung mit herzlichem Begrüßungswort und teilt mit, daß von den angekündigten Rednerinnen *Anna B o s c h e l* wegen Krankheit fernbleiben mußte.

Abgeordneter Dr. Ellenbogen:

Fast vier Jahre Weltkrieg sind hinter uns, vier Jahre einer ungeheuren Weltumwälzung. Es ist eine Umwälzung aller Dinge vor sich gegangen. In diesen Prozeß ist in erster Linie die Frau einbezogen worden. Bisher war ihr der Platz im Hintergrund angewiesen. Jetzt hat man sie herausgezogen auf Posten, die von den heftigsten Stürmen umtost werden. Mit allen öffentlichen und privaten Funktionen des Mannes wurde sie bekleidet, für die sie angeblich, wie man früher sagte, nicht geschaffen ist. Leben heißt kämpfen und die Frau ist eine Kämpferin geworden und ihr gebührt die Anerkennung, die man den Soldaten gewollt hat. Aber wie wird diese Anerkennung aussehen? Wie wird man sich ihr erkenntlich äußern dafür, was sie geleistet hat, ohne welche Leistung das Vaterland nicht zu verteidigen war? Man ist voll Lobes für die Frauen, aber gar mancher möchte sich vom Danke drücken. Glaubst man, daß es möglich ist, daß Oesterreich und Deutschland die einzigen Länder sind, in denen den Frauen nicht ihre Rechte gegeben werden? Wer das glaubt, begeht Hochverrat an den Notwendigkeiten des Staates und der Gesellschaft. Wer noch immer glaubt, daß sich die Bevölkerung gefallen lassen wird, daß die Frauen auch weiter entrechtet bleiben (Rufe: Wir lassen es uns nicht gefallen!), über den wird das Rad der Geschichte zermalmend hinweggehen. Wer solche Experimente machen will, der sei gewarnt. Aber nicht nur die Frauen verlangen diese Rechte als Erfordernis der Zeit, als Ausdruck dessen, was geworden ist. Auch wir Männer verlangen es mit Ihnen. Wir alle, Männer und Frauen, haben den Krieg bis in die Knochen satt und werden nicht ruhen, als bis die Möglichkeit neuer Kriege für immer verflügt ist. Wir brauchen eine Gestaltung der Geister in der Zukunft, eine derartige Beeinflussung der öffentlichen Meinung, daß ein Gedanke an neue Kriege nicht mehr entstehen kann. Deshalb brauchen wir die Frauen, damit der öffentliche Geist durchsieht werde mit Fraueninteressen, mit Mütter- und Gattinneninteressen. Deshalb wollen wir die Erteilung aller öffentlichen Rechte an die Frau, die unsere tapferere Mitkämpferin war im Kriege und die mehr ausgehalten hat als die meisten Männer, wir wollen, daß der Frau, die unsere Mitkämpferin war im Kriege, auch dieser Platz bleibe im Frieden. Darum wird die Sozialdemokratie, in deren Namen ich spreche, ihren ganzen Einfluß einsetzen, daß alle Formen der öffentlichen Rechtszuteilung an die Frauen zur Wahrheit werden und aus den Trümmern der rauchenden Schutthäufen dieses Krieges hervorgehe die Gleichheit der Frau. (Lebhafte Beifall.)

Therese Schlesinger:

Der Wirbel der Völkerverheerung hat leider auch große Schichten des Volkes erfasst. Aber was uns erhebt, ist, daß in allen Ländern die Frauen die ersten waren, die zur Besinnung gekommen sind, die sich niemals hineinziehen lassen in den Haß der Völker, in diesen Krieg, der nichts anderes als namenloses Elend über alle Völker gebracht hat. (Beifall.) Wir haben verlernt, uns der Siege zu freuen, denn wir wissen genau: ob Sieg oder Niederlage, das Morden geht weiter! (Lebhafte Zustimmung.) Alle Hoffnungen auf ein Ende des Krieges haben bisher getrogen. Der Hochmut der Diplomaten hat die hoffnungsvollen Anfänge von *Brest-Litowsk* zunichte gemacht.

Die Differenz um Intervention sind nicht in Wien fabriziert, sondern sie wurden schon ausgestoßen von den Großen in jenen Ländern, die darum zitterten, daß ihr Besitz vom Bande übernommen werden solle, von jenen Landesverrätern, die den Fremden ins Land riefen, damit er ihren armseligen Besitz schütze. Ein wirklicher Verständigungsfriede mit Rußland hätte die Friedensbewegung in ganz Europa gestärkt. Was nützt uns der Friede im Osten, wenn unsere Männer und Söhne jetzt im Süden kämpfen müssen? Wir wissen nicht, wann dieser Krieg zu Ende geht, aber wir wissen, daß, wenn er zu Ende ist, es noch vieler Jahrzehnte bedürfen wird, um die Verwüstungen an Menschenleben und Menschenglück, an Gut und Blut und Kultur wieder gutzumachen. Wir selbst haben davon nicht mehr viel zu erwarten; aber wir sind Mütter und wir wollen, daß unsere Kinder noch den Neuaufbau der Menschheit erleben.

Bisher hat nur die eine Hälfte der Menschheit entschieden, jetzt verlangen wir, daß auch wir, die andere Hälfte, gehört werden, die Frauen und Mütter, die rufen, daß eine neue Welt gezimmert werden müsse, eine Welt der Freiheit und des Friedens, eine Welt, die wir uns nicht schämen müssen unseren Kindern zu hinterlassen. (Lebhafte Beifall.)

Frau Leopoldine Kulla:

Ich habe Ihnen die Gräße der bürgerlichen Freiheitlichen Frauen zu überbringen, die im Frauenverein und in der kürzlich gegründeten *Friedenspartei* vereinigt sind. In diesen furchtbaren Jahren sind die Frauen des Mittelstandes Genossinnen geworden in Sorge und Mühe, Leib und Qual. Es ist, wie es eine englische Frau geschrieben hat: An dem Tage, da die Frauen teilnehmen werden am Räte der Nationen, wird der Krieg als Einrichtung aufgehört, nicht früher und nicht später. So wollen wir mit Ihnen zusammengehen im Kampfe um Freiheit und Frieden. (Beifall.)

Abelheid Popp:

Der Kampf um den Frieden kann nicht erst beginnen, wenn der Krieg ausgebrochen ist, er muß aber geführt werden, wenn dieser gräßliche Krieg vorübergegangen ist. Die Frauen brauchen politische Rechte, um den Kampf zu führen gegen den Militarismus, gegen die Vorbereitung der Kriege. Wir brauchen das Wahlrecht, damit nicht die Mittel der Gesamtheit verwendet werden für Kanonen und Maschinengewehre, für Bomben und Granaten, für Luft- und Unterseeschiffe, sondern für die Kranken und für die Greise, für die Witwen und für die Waisen, für gesunde Nahrung für die Kinder, damit dieses Geschlecht aus dem Elend des Krieges wieder emporgehoben werde zu einer lebensfähigen Menschheit. (Lebhafte Beifall.) Wer will heute noch sagen, daß die Frauen zu dumm seien, zu wählen? Um den Krieg zu machen, brauchte man früher keine gelehrten Menschen, sondern nur Leute, die gesichtslos genug waren, nicht daran zu denken, was der Krieg für die Menschheit bedeutet. (Laute Zustimmung.) Wenn man die Zuteilung der Lebensmittel und der Kleidung sieht, irgend eine Seite des heutigen Jammers betrachtet — wären wir Frauen nicht gescheit genug gewesen, es auch dahin zu bringen? Wir sind zu dumm — freilich ist das wahr, aber nur insofern wir so lange zusehen haben. (Brausende Zustimmung.) Zum Wählen zu dumm — aber zur Arbeitspflicht für das Kriegsjahren gescheit genug. (Stürmische Rufe.)

Vorsitzende: Der Regierungsvortreter erklärt mir, falls diese Rufe nicht aufhören, würde er die Versammlung auflösen. (Neuerliche Erregung.)

Popp: Was Sie durch diese Rufe ausdrücken, können Sie sich ja denken. Ich werde in anderen Worten so ziemlich dasselbe ausdrücken. (Weiterkeit.) Das Gesetz verfügt, daß jede Person zwischen 19 und 40 Jahren zur Arbeit gerufen werden

kann. (Rufe: Hoch!) „Hoch“ dürfen Sie rufen! (Weiterkeit.) Gegen die Arbeitspflicht wenden wir nichts ein. In der sozialistischen Gesellschaft wird jeder, der essen will, arbeiten müssen. Dann wird es aber auch nicht vorkommen, daß sich die arbeitenden Menschen um drei Delagramm Zeit anstellen müssen, während die Nichtarbeitenden alles in großen Häufen bekommen. Aber es darf nicht dazu kommen, daß Frauen, wenn sie nicht bestimmte Arbeiten verrichten wollen, ins Gefängnis geworfen werden, während man ihnen ihre Rechte vorenthält. (Brausende Zustimmung.)

Wenn wir in diesen Tagen die Schlachtberichte lesen, zittern unsere Herzen. Wir haben Mitleid mit den Frauen aller Länder, deren Gatten und Söhne jetzt in den entsetzlichen Gefahren schweben. Wir möchten, daß unser Ruf nach Frieden hinausbringe zu den Schwestern der ganzen Welt und sie ihre Stimmen mit der unsrigen vereinigen zu der Parole: Es lebe die Gleichberechtigung der Frauen, Völkerrfriede und Völkersolidarität, die Wiederherstellung der Gemeinschaft der Arbeitenden aller Länder, die sozialistische Gesellschaftsordnung! (Brausende Hochrufe.)

Die Versammlung beschloß nun einstimmig folgende

Resolution:

Die beim sozialistischen Frauentag versammelten Arbeiterinnen entsenden dem revolutionären Proletariat Rußlands ihre Grüße. Gleichzeitig geben sie den Gefühlen herzlichster Sympathie und der Dankbarkeit Ausdruck dafür, daß das russische Proletariat mit beispielloser Hingebung und Opferbereitschaft versucht hat, den allgemeinen Frieden herbeizuführen, als dessen Vorkämpfer der Friede im Osten zu betrachten ist. Daß der mit der russischen Revolutionsregierung geschlossene Friede kein Friede der Verständigung, empfinden auch die sozialistische Frauen Oesterreich-Ungarns schmerzlich. Umsomehr wünschen und wollen wir, daß der allgemeine Friede, der die Sehnsucht aller Völker ist, auf Grundlage der Verständigung geschlossen werde, ohne Vergewaltigung anderer Völker, die nicht nur unserem proletarischen Solidaritätsgefühl widerspricht, sondern auch die Gefahr künftiger Kriege in sich trägt. Wir fordern von der Regierung Oesterreich-Ungarns, daß sie alles tue, um den Krieg mit Italien durch einen Verständigungsfrieden zu beendigen. Zugleich verlangen wir, daß Oesterreich-Ungarn seinen Einfluß auf die deutsche Regierung geltend mache, um auch mit den Westmächten zu einem Verständigungsfrieden zu gelangen.

Die Völker Europas, insbesondere das Proletariat Oesterreich-Ungarns, erleiden seit mehr als dreieinhalb Jahren desto Entsetzliches, die Leiden jeder einzelnen Familie und jedes einzelnen Menschen haben ein so hohes Maß erreicht, daß das heiße Verlangen, den Kriegsgreueln ein Ende zu machen, alle Herzen erfüllt. Der allgemeine Friede allein kann der Menschheit Erlösung bringen und die Hoffnung erwecken, daß Menschlichkeit und Kultur endlich wieder zur Geltung kommen werden. Um diesen ersehnten Zustand herbeizuführen, entsenden wir unseren Schwestern in der ganzen Welt unsere Grüße und rufen sie auf, beim internationalen Frauentag mit uns gemeinsam gegen die Fortdauer des Krieges zu demonstrieren. Der Krieg hat über die Menschen aller Länder, auch derjenigen, die nicht zu den Waffen gerufen wurden, so namenloses Elend gebracht, daß die Frauen ihre ganze Kraft einsetzen wollen und müssen, um Verhältnisse zu schaffen, die eine Wiederkehr solcher Greuel unmöglich machen.

Die Frauen müssen zu dem Uebermaß schwerster Pflichten, die ihnen aufgebürdet sind, endlich auch Rechte erhalten. Schon vor dem Kriege haben die Frauen vieler Länder politische Rechte besessen. Im Verlauf des Krieges wurde vor allem in Rußland, dem einflügeligen Hort der europäischen Reaktion, den Frauen die politische Gleichberechtigung gegeben. Uebereinstimmend mit den sozialistischen Frauen und Parteien aller Länder fordern wir daher politische Gleichberechtigung, vor allem das allgemeine und gleiche Wahlrecht für alle geschlechtsgebenden und verwaltenden Körperschaften. Wir sind überzeugt, daß die Erlösung der Frauen aus wirtschaftlicher Knechtung und politischer Unfreiheit die Befreiung der gesamten Menschheit beschleunigen und die Welt dem Sozialismus entgegenführen wird.

Es war 3/5 Uhr, als die Versammlung endete. Arbeiterlieder singend, verließen der Teilnehmerinnen die Volkshalle. Sie und die vielen, die draußen geharrt hatten, formierten sich nun auf dem großen Plage vor dem Rathause zu einem gewaltigen Zuge, der unter dem Sonntagspublikum nicht geringes Aufsehen erregte. Mit Gesang und Hochrufen auf den Frieden und das Frauenwahlrecht zogen die Frauen zur Universitätsstraße und von hier bogen sie in die Laftenstraße ein. Bei der Einmündung der großen Bezirksstraße schwenkten sie je nach dem Bezirk ein. Die Polizei hatte auf dem ganzen Wege die Zugänge in die Innere Stadt abgesperrt. Sie hatte auch in der Umgebung des Rathauses viel Mannschaft aufgeboden. Namentlich in der Bartensteingasse und in der Felderstraße war viel Polizei zu sehen. Ganz überflüssigerweise.

(1576, M. B. U. III, 43762/17.) Dem Ernst Strasser, Großindustriellen, wird über sein Ansuchen gegen Erlag der seinem Aufenthalte entsprechenden Tage die Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband zugesichert.

(2279, M. U. XIa, 1486.) Von der Ausgemeindung des Anton Knecht und seiner Familie wird abgesehen.

(2192, M. U. XIa, 628.) Die der Marie Ethofer mit Beschluß vom 13. Februar 1917, P. Z. 1856/17, erteilte Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Heimatverband wird im Hinblick auf ihr Ableben für ihren minderjährigen Sohn Karl Ethofer unter Belassung der ursprünglichen Tagvorschreibung von 40 K aufrecht gehalten.

(2241, M. U. XIa, 1507.) Der von der Gemeinde Ober-Mirnitz für Ignaz Bösch, Hilfsarbeiter, erhobene Heimatrechtsanspruch wird anerkannt.

Außerdem wurden in dieser Sitzung im Sinne der §§ 2, 3 und 5 der Heimatgesetznovelle von 1896 400 Ansuchen um Aufnahme oder Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Heimatverband erledigt.

Hievon entfielen auf Inländer 342 Aufnahmen und 50 Abweisungen, auf Ausländer 6 Zusicherungen und 2 Abweisungen.

Schluß der Sitzung.

Allgemeine Nachrichten.

Frauen-Hilfsaktion im Kriege.

Bericht

über die 66. Sitzung der Zentrale der Frauen-Hilfsaktion im Kriege
vom 13. September 1917.

Vorsitzende: Excellenz Frau Berta Weiskirchner.

Anwesend die Frauen: Hanni Brentano, Tony Colbert, Emmy Freundlich, Fanni Freund-Marcus, Sophie Guttmann, Anna Raff, Josefine Kurzbauer, Dr. Alma Seiß, Herta v. Sprung, Gräfin Gerta Walterskirchen und Rosa Wien.

Entschuldigt die Frauen: Mathilde Eisler, Helene Granitsch, Marianne Hainisch, Prinzessin Klementine Metternich.

Beigezogen: Ober-Magistratsrat Dr. Jakob Dont.

Schriftführer: Kanzlei-Assistent Drexler.

Tagesordnung.

1. Mitteilungen.

2. Bericht der Frau Josefine Kurzbauer über die Aktion „Wiener Kinder aufs Land“.

Excellenz Frau Berta Weiskirchner begrüßt die Erschienenen und eröffnet die Sitzung.

Ober-Magistratsrat Dr. Dont bringt ein Schreiben des Frauen-Arbeits-Komitees für den III. Bezirk zur Verlesung, in welchem um die Genehmigung ersucht wird, aus der Kriegs-

küche jenes Essen gegen Bezahlung beziehen zu dürfen, welches für das Personal der Kriegsküche bereitgestellt ist.

Nach längerer Debatte beschließt der Zentral-Beirat, das Ansuchen abzulehnen, da die Ausgabe derartiger Mahlzeiten durch die Kriegsküchen zu schweren Mißverständnissen in der Bevölkerung Anlaß geben könnte. Der Zentral-Beirat betont hierbei, daß gegen einen Bezug der gewöhnlichen Kriegsküchenkost durch die Mitglieder der Frauen-Hilfsaktion nichts einzuwenden sei und wäre auch ein Anschluß an eine Mittelstands- oder Beamtenkriegsküche möglich.

Über Vorschlag Ihrer Excellenz der Frau Vorsitzenden wird Ober-Magistratsrat Dr. Dont ersucht, diesbezüglich mit dem Herrn Bürgermeister zu sprechen und nach Genehmigung ein Rundschreiben mit genauer Angabe der gegenwärtig im Betriebe stehenden Mittelstandsküchen und der Aufnahme-möglichkeiten an sämtliche Frauen-Arbeits-Komitees zu erlassen.

Ober-Magistratsrat Dr. Dont berichtet sodann über den Kassenausweis der Zentrale vom 5. September 1917, welcher bereits einen Abgang von 1.006.561 K 35 h aufweise. Da in der gegenwärtigen Zeit die Einleitung einer Sammeltätigkeit unmöglich sei, sei der Herr Bürgermeister an die Regierung mit der Bitte herangetreten, die Kosten der öffentlichen Auspeisung und der Kriegsküchen auf den Mindestbemitteltenfonds zu übernehmen; das Volksernährungsamt habe bereits zugestimmt, doch sei ein endgiltiger Beschluß des Finanzministeriums bisher nicht herabgelangt.

Frau Herta v. Sprung regt an, an die Kriegs-Zentralen wegen einer Beitragsleistung heranzutreten.

Frau Emmy Freundlich erwidert, daß die Kriegs-Zentralen bereits durch das Finanzministerium zur Beitragsleistung herangezogen wurden.

Ober-Magistratsrat Dr. Dont gibt bekannt, daß die bisherige Summe der Ausgaben fast 22½ Millionen Kronen betrage, hievon entfallen:

Auf fortlaufende Unterstützungen 3.172.367 K 81 h,
auf einmalige Unterstützungen 1.863.403 K 4 h,
auf Auslagen für die Auspeisung Bedürftiger 13.688.562 K 84 h,

auf Auslagen für die Näh- und Strickstuben der Frauen-Hilfsaktion 2.617.697 K 84 h,

für Beiträge an Fürsorgestellen 957.644 K 3 h,

für Auslagen an Porto, Drucksorten u. dgl. 74.841 K 91 h,

für Verläge gegen Verrechnung 82.712 K 95 h.

Bei den Nähstuben müsse aber berücksichtigt werden, daß sie für die geleisteten Arbeiten einen Betrag von 2.263.597 K 25 h aufweisen, das Minus also nur 354.100 K 48 h betrage.

Ober-Magistratsrat Dr. Dont verweist ferner auf den Bericht des Herrn Bürgermeisters an den Stadtrat über die Gemeindeverwaltung bis Ende Juni 1917, welcher in der Nummer 66 des Amtsblattes abgedruckt sei, und fügt hinzu, daß besonders die Kriegsküchenaktion einen starken Aufschwung genommen habe.

Vom 15. bis 21. April 1917 wurden 514.000,

vom 13. bis 19. Mai 1917 wurden 589.000,

vom 17. bis 23. Juni 1917 wurden 687.000,

vom 15. bis 21. Juli 1917 wurden 784.000,

vom 5. bis 11. August 1917 wurden 801.000 Portionen

ausgegeben. Im Durchschnitt ergeben sich daher pro Woche

Die Frau in Haus, Beruf und Staat.

Haus — Beruf — Fabrik?

Von Emma Stropp.

Vor einer wichtigen Frage stehen heute die deutschen Frauen. Sie lautet: „Wo ist deine Arbeitskraft dem Staate zurzeit am notwendigsten — in Haus, Beruf oder Fabrik?“ Je nach dem Lebensumfanden wird die Antwort anders, abweichend gegeben werden. Ihre Basis aber ist dieselbe — die Zurückstellung der eigenen Interessen hinter den Erfordernissen des Ganzen — Deutschlands. Ziel wird die in ihr einschaltene Forderung ungenossen, welche sogar unverteidigt oder zum mindesten zu weitgehend erscheinen, und doch stellt sie das Gebot der schwereren Zeit dar, in der wir leben. Wie unter aller Einzelhaftigkeit von dem Ausgang dieses Weltkrieges und seinen politischen und volkswirtschaftlichen Nachwirkungen abhängt, so ist wiederum die Gesamtleistung von Heer und Heimat — Abwehr, Rüstung und Volkswirtschaft — durch die Fähigkeit, nicht nur durchzuhalten, sondern zu siegen, bedingt durch die Anspannung aller dafür nutzbar zu machenden Kräfte. Wie unerlässlich hierbei die Mitwirkung der Frauen ist, braucht an dieser Stelle nicht bewiesen zu werden, ehenso wenig, daß sie in ihrer großen Mehrzahl in diesen Kriegsjahren tapfer „ihren Mann standen“. Wo wären wir, wenn wir unter im höchsten Maße anpassungsfähigen Hausfrauen nicht hätten, nicht umre gewissenhaftigen berufstätigen Mädchen und die einsigen und leistungsfähigen Frauen der einfachen Volksschichten, die in Besatzungen, die — leider — oft das Maß der weiblichen Körperkräfte übersteigen, in Fabriken, auf Straßen und Eisenbahnen, im Kohlenbergbau und auf dem Meer wärten?

Es ist nicht Sache der Frau, die Bedeutung der Arbeit ihrer Geschlechtsangehörigen für Geduld und Verderb unsers Landes hervorzuhellen und rühmend zu preisen. Anderes bewegt uns heute. Wir wissen, daß in manchen für Rüstung, Verkehr und Lebensmittelversorgung ungeheurer wichtigen Betrieben vermehrte Arbeitskräfte dringend gebraucht werden; sie bereitzustellen, ohne daß das allgemeine Volkswirtschaftsleben leidet, ist unerlässlich. Wie kann dies geschehen? Nur dadurch, daß jede einzelne deutsche Frau, jedes deutsche Mädchen sich die Frage vorlegt: „An welcher Stelle kannst du deinem Vaterlande am fruchtbarsten nützlich sein?“ Eingehende Selbsterprüfung hat ihr vorauszuweisen. Dabei wird sich, oft unter schmerzlichen Seelenkämpfen, die Spreu der Selbstsucht, oder sagen wir milder, der Wunsch der Selbstbehauptung, von dem Goldorn tiefen Vaterlandsliebe und hoher Opferbereitschaft zu lösen haben. Es werden auch gemeist die Frauen der sogenannten „höheren“ Stände, der Besitzenden, besonders der reichlich besitzenden Kreise, sich diese Frage vorlegen müssen, denn unter ihnen befindet sich die Mehrzahl jener, die noch immer nicht dem Staate geben, was des Staates ist — einen Teil ihrer Arbeitsfähigkeit.

Arbeit? — Bieten von ihnen Klingt dies Wort rauh und ungewohnt — und doch — jetzt darf es in Deutschland keine Frau geben, die nicht arbeitet — mag sie reich oder arm sein. Überflüssige Befragungen zu machen und Staubwischen in Lurusräumen sind dabei als Betätigungen zu betrachten, die nicht unter diesen Begriff fallen. Wir müssen uns klar werden, daß jede nur dem äußeren Behagen oder auch der in ruhigen Zeiten vollberechtigten Lebenskultur dienende Kraftauswendung dem dringenden notwendigen Abbruch tut. Von diesem Gesichtspunkte ausgehend, werden wir gewahrt werden, daß die meisten von uns viel Kraft und Zeit an überflüssigem vergeteln, die im Dienste der Gesamtheit zu überaus wertvollen und wichtigen Ergebnissen umgewandelt werden könnten. Daraus folgt, daß im Haushalt wie im Privatleben unbedingt Veränderungen der Lebenshaltung und Lebensführung eingutreten haben, wenn wir unsere Pflicht dem Staate gegenüber erfüllen wollen. Sie können dadurch eintreten, daß man die bei der Begrenzung auf das Innerlichste überflüssig werdenden Dienstboten entläßt, damit sie in Haushaltungen eintreten können, in denen Kranke und alte Leute oder kinderreiche Familien ihrer dringend bedürftigen. Weiter folgen wir einmal im Post- oder Eisenbahnenwesen oder in den Rüstungsindustrien — die vorhandenen Stellen füllen. Viele sollen der Tätigkeit in den statischen, städtischen oder privaten Wohlfahrtsstellen zuwenden. Einige von ihnen sind nach dem Abtauen der ersten Begeisterung, welche sie verdrängt waren oder auch ermüdet, vielleicht auch gelangweilt. Sie bejahen jetzt, „der Haushalt siehe ihnen keine Zeit“. Wohl in manchen Fällen mag dies zutreffend sein — die Haushaltsführung ist unerbittlich sehr erspäuert — in sehr vielen — den meisten aber würde durch eine straffere Zeiteinteilung und — wiederum durch die bewußte und gewollte Beschränkung aufs notwendige — manche Stunde am Tage erspart werden, die man dem Hilfsdienst widmen könnte — wenn man nur ernstlich wollte. Eine höhere Opferbereitschaft verlangt schon die Aufgabe oder das Umbiegen von erst aufgesehenen Lebenszielen, die die im vaterländischen Sinne zu erfolgende Beantwortung der oben gestellten Frage zur Folge haben muß. Es wird sich allerdings meist nur um einen Aufschwung ihrer Erreichung handeln, wenn jetzt Studentinnen, Mädchen, die sich für irgendeine Kunstbetätigung oder einen außerhalb des praktischen Lebens liegenden Beruf vorbereiten, ihre Ausbildung vorläufig unterbrechen, um ihrer Staatsbürgerpflicht nachzukommen.

Meist dürfte dieser Verzicht mit schwerem Herzen geleistet werden. Das ist natürlich — es kann, es darf nicht anders sein. Es kann nicht anders sein, weil bisher Mädchen und Frauen dieses höchsten Opfers, das ihren Brüdern und Männern selbstverständlich erscheint, erspart blieben. Noch nie standen Frauen vor dem gleichen Bewußtseinszwang, der um so schwerer ist, als von ihnen das Opfer, freiwillig zu leisten ist, während es bei dem Manne durch

das Gesetz ausgelöst wird. Diese selbstgewollte zeitweise Zurückstellung der eignen Lebensinteressen und -ziele in us auch später fallen — denn nur wer mit Leib und Seele an dem erwählten Beruf hängt, leistet in ihm Wertvolles. Dadurch steht für mich dieses Berufsopfer, das jetzt viele strebende Mädchen bringen oder noch vollziehen werden, höher als die Hingabe des blondhaars umher Armütler auf dem Tisch des Vaterlandes, obwohl kein Ruhmesblatt diese stillen Heldinnen je verherrlichen wird. Noch aber jögern viele Mädchen, die Schritte zu überschreiten, die zu tatkraftigem Vaterlande führen. Sie wissen noch nicht, wohin sie sich wenden sollen, Vorurteile bilden sich, hemmend Mahnungen und pessimistische Voraussetzungen Bekämpfer ein Gefährlich, das jedoch durch kräftigen Entschluß überwunden werden muß — auf daß das Idealismus, der Selbstlosigkeit und der Tatkraft die Bahn frei wird. Die Tochter aus reichem, vornehmem Hause, die vielleicht, weil die Freundinnen es tun, irgendwo spielerisch etwas „hiff“, das junge Mädchen, das seine schöne Stimme zur eignen Freude oder zu beruflichen Zwecken ausbilden läßt, die alleinige Frau reifern Alters, die als Malerin sich mit mehr oder weniger Erfolg betätigt — um nur einige Typen herauszugreifen — sie alle müssen jetzt Arbeiterinnen werden, im ernstesten, strengsten Sinne des Wortes — vielleicht sogar — Fabrikarbeiterinnen. Eine Anzahl Studentinnen ist ihnen in dieser Beziehung mit gutem Beispiel vorangegangen. In Reich und Gied stehen sie mit den Mädchen des Volkes und fertigen die Geschosse, die unser Land verteidigen, den ankommenden Feind verrichten, den eisernen Vorhang bilden sollen, der ihre Brüder, die Männer, die ihrem Herzen teuer sind, schützt. Schwere Arbeit leisten sie — doppelt schwer, weil sie in durchaus ungewohnte Verhältnisse führt, die körperliche Beschwerden und seelisches Zurückweichen nicht ausschließen.

Sie haben zum Teil — nicht immer — die gleichen physischen und physischen Widerstände zu überwinden, die dem gebildeten Manne anfangs im Körperlichen gegenübertraten. Sie lernen aber gleich ihm die ethischen Werte schätzen, die in diesem Intertougen in die große Masse und in primitive Lebensverhältnisse enthalten sind. „Mein bester Freund in der Kaserne war ein Maurer“, sagte mir einer unserer bekannesten Schriftsteller. Sollte nicht auch ein Fabrikmädchen die Freundin einer Studentin, einer jungen Musikbesitzerin werden können? Sind nicht so viele Vorurteile jetzt geknirscht, als daß nicht auch die „höheren Töchter“ von dem unberechtigten Niederhalt ihrer Lebensstellung herabsteigen möchten, um Briefe zu schreiben, Bahnstengelarten zu kuppeln oder Maritimen zu fertigen um des Vaterlandes willen? In Wäre es etwas anders — als das — Geben und Schauen umher Arbeitssoldaten, unter denen sich doch mancher Mann befindet, der aus ihren Kreisen stammt? Nein, diese Vorurteile müssen fallen. Sie sind unüberwindlich, wenn es sich um höhere Dinge handelt. Die praktisch-nützlichen Engländerinnen, die doch gewiß Wert auf Stellung und Geburt

legen, sie wissen, worauf es jetzt ankommt, von ihnen besteht ein hoher Prozentsatz der 700 000 Frauen, die allein in den Munitionsfabriken arbeiten, als Angehörigen der sogenannten „höheren“ Stände. Bei uns aber liegen noch viele Kräfte brach oder werden in Leistungen verschwendet, deren Bedeutung für das große Geschlechte und Unterhaltung, sie haben ihre volle Berechtigung, wenn Frieden im Lande herrscht — jetzt aber ist Krieg — es geht um die Zukunft Deutschlands — um die jedes einzelnen von uns. Da heißt es, das Notwendigste tun. Wenn ein Haus in Flammen steht, schmückt man es nicht mit Kränzen.

Darum frage sich jetzt jede Frau: „Wo erfüllst du deine Pflicht dem Staate gegenüber am vollkommensten — in Haus, Beruf oder Fabrik?“ Mit unbarmherziger Klarheit und Offenheit vor sich selbst frage sie die Antwort zu finden und — die Folgerungen daraus zu ziehen. Ein Gefühl ist in dem Satz enthalten: „Deutschland über alles!“ — auch für die Frau.

22./4. 1918

Der Tag der christlichen Arbeiterinnenschaft.

Die Delegiertenversammlung.

Ueber die glänzende, massenhaft besuchte Festversammlung, welche den Abschluß der am 5. d. stattgefundenen Tagung der christlichen Arbeiterinnen bildet, haben wir in unserem Morgenblatt vom 7. d. berichtet. Nicht minder erfolgreich verlief die Tagung selbst die im Saale der ehrw. Schwestern in der Friergasse stattfand und von der „Sozialen Zentralstelle“ einberufen war.

Unter diesem Namen hat Frau Dr. phil. Hildegard Burjan, die unermüdlige Organisatorin der katholischen Arbeiterinnen, eine Vereinigung ins Leben gerufen, die alle bestehenden Arbeiterinnenverbände umschließt und im engsten Einvernehmen mit den männlichen Organisationen die Interessen und Rechte der Arbeiterinnen wirksam vertreten und ihnen wirtschaftliche und soziale Fürsorge angeheißt lassen will. Alle bereits angeschlossenen Verbände und Einzelvereine hatten Delegierte entsendet, auch aus den Kronländern und aus Ungarn waren Vertreter erschienen. Die Arbeiterorganisationen waren durch M. Leopold Runschak und StM. Spalowski, die Gemeinderäte Dr. Semala, Ullreich, Paulitschke, Schwarz und G. Czerny aus Mödling vertreten, die katholischen Vereine durch Gräfin Walterskirchen (Katholische Frauenorganisation), Fräulein Eder (Schutzverein für katholische Mädchen), Fräulein Weiß (Verband weiblicher Hausbediensteten).

Auf Antrag der Präsidentin der „Sozialen Zentralstelle“ Frau Dr. Hildegard Burjan wurden von der Delegiertentagung als Vorsitzende folgende Frauen gewählt: Frau Dr. Burjan (Zentralstelle), Fräulein Steffelbauer (Zentralstelle), Frau König (Reichsverband), Frau Treitner (Katholischer Arbeiterverein Zittau), Fr. U. Schenbeck (Diözesanverband katholischer Arbeiterinnenvereine), Frau Groß (Christlicher Tabakarbeiterverband), Fräulein Pilzer (Christlicher Lederarbeiterverband), Fräulein Sponner (Graphischer Zentralverband), Frau Linthof (Christlicher Seimarbeiterinnenverband).

Unter dem Vorsitz von Fr. Steffelbauer ergriff Frau Dr. Burjan das Wort zu dem grundlegenden Referat über die Organisierung und den Ausbau der „Sozialen Zentralstelle“. Sie führte u. a. folgendes aus:

Der Ausbau der „Sozialen Zentralstelle“.

Das mächtige Anwachsen der Frauenarbeit führte schwerwiegende Fragen herbei, zu deren Lösung eine Verständigung innerhalb der christlichen Organisationen der Arbeiterinnenvereine und ein einheitliches Vorgehen unbedingte Notwendigkeit war. Es mußte für die verschiedenen christlichen Arbeiterinnenverbände ein gemeinsames Sprachrohr geschaffen werden. Die heutige erste Tagung wird nun der Auftakt sein zu Tagungen, die in nicht zu langen Zwischenräumen folgen müssen. Inzwischen werden Vertreterinnen der angeschlossenen Verbände die schwebenden Fragen gründlich studieren und über die Stellungnahme beraten. Bisher sind der „Sozialen Zentralstelle“ 14 Verbände mit 14230 Mitgliedern angeschlossen. Die Geschäftsführung liegt in den Händen des ehrenamtlichen Präsidiums und des geistlichen Konsulenten des Vereines „Soziale Hilfe“. Ein angegliederter Beratungsausschuß besteht aus Vertreterinnen der Verbände und einer Abgesandten der katholischen Reichsfrauenorganisation. Die „Soziale Zentralstelle“ soll und will kein Extraverband sein, der neben oder gar über den christlichen Verbänden steht, sondern ihr gemeinsames Exekutivorgan, das die Interessen aller Verbände mit Nachdruck vertritt. Dem Beratungsausschuß gehören auch je ein Vertreter der christlich-sozialen Arbeitervereine, der christlichen Gewerkschaften und des Reichsbundes der Christlichen Jugend an. Es gibt ja keine isolierte Arbeiterinnen- und keine isolierte Arbeiterbewegung, sie ergänzen sich gegenseitig, alle Fragen müssen im Interesse der gesamten Arbeiterfamilie und der christlichen Gesellschaft gelöst werden. Die grundlegende und bedeutungsvollste Aufgabe der „Sozialen Zentralstelle“ ist ein einheitliches Programm aller christlichen Arbeiterverbände nach gemeinsamer Beratung und Entschließung auszuarbeiten und in der Öffentlichkeit zu vertreten. Die „Soziale Zentralstelle“ wird das ganze soziale und Wirtschaftsleben genau verfolgen und die Verbände von allen notwendig werdenden Maßnahmen verständigen, durch Einheitlichkeit, Tatkraft und Tüchtigkeit wird sich die christliche Arbeiterinnenbewegung auch in der Öffentlichkeit Geltung zu verschaffen vermögen. Durch Schaffung einer Bibliothek, einer Zeitungsartikelliteratur und anderer geeigneter Mittel wird die „Soziale Zentralstelle“ zu einer Aushängestelle für die Verbände werden. Eine der wichtigsten Aufgaben wird aber die Heranbildung und Schulung von Führerinnen, Vertrauenspersonen, Helferinnen für die verschiedenen Verbände sein. Ein Versuch wurde vergangenen Winter schon gemacht: ein von Mitgliedern verschiedener Verbände gut besuchter sozialer Kurs leitete die Teilnehmerinnen zur Erstattung selbständiger Referate an. Die Heranbildung tüchtiger Referentinnen und Fachrednerinnen für Versammlungen, die dann jederzeit den angeschlossenen Verbänden zur Verfügung stehen, ist eine wichtige und dringende Aufgabe. So wird eine Art Vermittlungsstelle zwischen den einzelnen Verbänden entstehen. Eine unbedingte Notwendigkeit ist ein Verständigungsorgan, eine eigene Zeitung. Jede

arbeitende Frau, jede christliche Arbeiterin muß durch die Zeitung vollkommen informiert und jederzeit in der Lage sein, ihren Anliegen Ausdruck zu geben. Bei Errichtung neuer sozialer Frauenberufe, z. B. Fabrik- und Wohnungspflegerinnen, Berufsberaterinnen usw. wird es nötig sein dafür zu sorgen, daß nicht ausschließlich Frauen anderer Gesellschaftskreise diese wichtigen Berufe besetzen, sondern auch solche der arbeitenden Stände, die die zu diesen Ämtern erforderlichen praktischen Kenntnisse, die notwendige Lebens- und Arbeits- erfahrung haben. Trotz ihres kurzen Bestehens hat es die „Soziale Zentralstelle“ schon erreicht, daß sie eine Delegierte in die Kommission für Frauenarbeit des Ministeriums für Soziale Fürsorge, der Frauenschuttkommission für die Frauen bei der Armee im Felde, in den Frauenbeirat, für die Spitäler, die Preisprüfungskommission, den Militärwitwen- und -waisenfonds und den Organisationsfonds entsenden konnte.

Vollkommen selbständige und unabhängige Arbeiterinnenorganisationen, in denen die Arbeiterinnen ihre Standesinteressen und alle ihre Familie betreffenden Fragen vertreten, die ihnen für ihren Stand notwendig scheinenden Fürsorge- und Schutzmaßnahmen aufstellen und zur Durchführung bringen, sind Voraussetzung für eine starke katholische Arbeiterinnenbewegung. Zur Durchführung einer großzügigen Agitation wird die Anstellung einer Agitationssekretärin nötig sein, die den bestehenden Verbänden bei der Agitations- und Organisationsarbeit besonders in den Kronländern zur Verfügung steht und neue Vereine dort ins Leben ruft, wo der Boden dafür gegeben ist. Die wichtigste der wirtschaftlichen Aufgaben der „Sozialen Zentralstelle“, die Errichtung von Konsumvereinen für die christlich organisierten Arbeiterinnen, fand durch die Gründung des Lebensmittelvereines „Hilfe“ eine Lösung. Von den Fürsorgeeinrichtungen, die in nächster Zeit zum Wohle der Arbeiterfamilien geschaffen werden müssen, wurde bisher der Wöchnerinnen- und Säuglingsheim in praktischer Weise durch Beistellung einer Wochenpflegerin eingeführt. An die Errichtung von Arbeiterinnenheimen in solchen Orten, die durch Kriegsarbeit von Frauen überslutet werden, wird in nächster Zeit geschritten.

Der stürmische Beifall der Versammelten zeigte, daß Frau Dr. Burjan der Ueberzeugung von der unbedingten Notwendigkeit einer Zentralisation der katholischen Arbeiterinnenorganisationen, die von allen in der Bewegung Tätigen seit Jahren schmerzlich vermisst wurde, den treffendsten Ausdruck verliehen hat. Die Wege, die sie den schweizerlich vereinten katholischen Verbänden gewiesen, sind wie der Erfolg der bisherigen Durchführung klar erkennen läßt, die richtigen, um freie Bahn zu schaffen für eine einmütige, großzügige, allen Organisationsformen gerecht werdende katholische Arbeiterinnenbewegung.

Die Debatte.

In der sehr lebhaften Diskussion sprachen Gemeinderat Paulitschke und Fr. Treitner aus Zittau, die ganz besonders die Schaffung einer eigenen Zeitung als dringende Notwendigkeit begrüßte. Gräfin Walterskirchen überbrachte die Grüße der katholischen Reichs- und Landes-Frauenorganisation. M. Runschak begrüßte die Tagung im eigenen sowie im Namen der christlich-sozialen Arbeiterbewegung und sagte, daß diese die merktätige Mitarbeit einer auf gleichen Prinzipien aufgebauten weiblichen Bewegung seit jeher sehr vermisst habe.

Beschlüsse über die christliche Arbeiterinnenorganisation.

Das zweite Referat, in dem Diözesanpräses Schaurhofer in klarer, sachlicher Weise seine als langjähriger Führer der katholischen Arbeiterinnen erworbenen Erfahrungen mitteilte, führte zur einstimmigen Annahme folgender Anträge:

1. Der Arbeiterinnentag begrüßt aufs freudigste die Gründung der sozialen Zentrale als Einigungspunkt und gemeinsames Organ für die gesamte christliche Arbeiterinnenschaft und fordert die christlichen Arbeiterinnen und Organisationen zum Anschluß an dieselben auf.
2. Diese dringend notwendige Vereinheitlichung der christlichen Arbeiterinnenorganisation erscheint aber damit noch nicht zum Abschluß gebracht; es ist überdies ein ständiges Hand-in-Hand-Arbeiten der einzelnen Organisationen unerlässlich. Hiefür muß der Grundsatß maßgebend sein, daß sowohl die gewerkschaftliche Organisation, wie auch die religiös-kulturellen Vereine für jede Arbeiterin in gleicher Weise notwendig sind. Es wird also Aufgabe eines jeden einzelnen Vereines sein, darauf hinzuwirken, daß seine Mitglieder auch wirklich beiden Organisationsarten angehören. Ebenso notwendig ist es, daß die verschiedenen Alters- und Ständegruppen umfassenden Vereine — für jugendliche, für erwachsene ledige und für verheiratete Arbeiterinnen — in der Weise sich gegenseitig unterstützen, daß 1. im gegebenen Zeitpunkt eine Ueberleitung ihrer Mitglieder in die anderen Vereine stattfindet und daß sie 2. sich bemühen, auch den anderen Vereinen neue Mitglieder zuzuführen.
3. Der Arbeiterinnentag erachtet es zwar für notwendig, daß die christliche Arbeiterinnenorganisation als selbständige Organisation weiter bestehe und nicht zu anderen in ein Unterordnungsverhältnis trete, wünscht aber ein inniges Zusammengehen und Zusammenarbeiten sowohl mit der Organisation der männlichen Arbeiterinnenschaft, als auch mit der der bürgerlichen Frauen.
4. Die Tagung beschließt einstimmig die Herausgabe einer eigenen Arbeiterinnenzzeitung und beauftragt die Soziale Zentrale, die nötigen Vorarbeiten zu besorgen.

Die katholische Arbeiterinnenbewegung in Ungarn.

In der von Frau Dr. Burjan geleiteten Diskussion erzählte der Vertreter des Bundes katholischer Arbeiterinnenvereine in Budapest, Hochm. v. Kriegsau, von dem erfreulichen Stand der katholischen Arbeiterinnenvereine Ungarns, die nach kurzem Bestand schon 12000 Mitglieder umfassen. Fräulein Treitner, Zittau, betonte in eingehender, sehr

Gegenwart und Zukunft der Frauenarbeit.

Von
Eliza Jochenhäuser.

Die Frauen sind gegenwärtig in einer merkwürdigen Lage. Man bedarf ihrer dringend zur Arbeit, man wirbt um ihre Arbeit, man bittet um sie, ja, man verlangt sie kategorisch unter dem Hinweis, daß es die Pflicht jeder Frau sei, so gut wie der Mann sein Leben fürs Vaterland in die Schanze schlägt, ein gleiches mit ihrer Arbeitskraft zu tun. Und die Frauen lassen sich das nicht zweimal sagen. Ihre seit 1882 bereits steigende außerhäusliche Arbeit hat während des Krieges ein geradezu rasendes Tempo eingeschlagen. Sie nehmen jede Arbeit an, die man von ihnen verlangt. Waren bei der letzten Berufsählung noch die häuslichen Berufe und die Landwirtschaft ihre Hauptgebiete und in der Industrie das Bekleidungs-gewerbe, die Textil-industrie und die Nahrungsmittelindustrie, so haben sie seither auch in den bisher als männlich geltenden Industrien, der Lederindustrie, der Industrie der Maschinen und Apparate, der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe, der Steine und Erde, der Metallverarbeitung, der chemischen Industrie Fuß gefaßt und während des Krieges gerade in diesen Industrien die stärkste Zunahme erfahren, wie auch im Verkehrsgewerbe, wo ihre Zunahme 50 Prozent beträgt, und das vor dem Krieg erst recht als rein männliches Gewerbe gelten konnte, da nur eine relativ verschwindend kleine Anzahl von Frauen vorher darin Platz gefunden hatte. Die Schaffnerin, die Briefträgerin, die Zugführerin, die Sattlerin, die Fellzurichterin, die Lehrensbauerin, die Kranführerin, die Stahlhauerin, die Frau an schweren Maschinen und viele andere, die ausschließlich männliche Berufe ausübten, sie alle sind Kriegsprodukte. Staat und Unternehmer brauchten sie, und da haben sie sich zur Arbeit eingependelt, gleichgültig, ob sie ihrem körperlichen Organismus entsprach oder nicht, gleichgültig, ob die mit soviel Mühe erreichten Schutzgesetze während der Kriegsdauer aufgehoben und die Arbeitszeit eine mitunter unerträglich lange wurde. Gar manche ist auf diesem Felde der Ehre gefallen, und nur allzu wohlverdient ist das Lob, das ihnen von höchster Stelle gespendet wurde. Aber trotzdem und alledem, trotzdem unsere Kriegswirtschaft anerkanntermaßen ohne die Frauenarbeit nicht hätte fortgeführt werden können, sieht man ihr schon heute für die Zukunft vielfach mit Mißtrauen und Angst entgegen. Die im Felde stehenden Männer fragen sich besorgt, ob sie bei ihrer Rückkehr ihre Stellen nicht von Frauen besetzt finden werden. Die Frauen selbst denken natürlich nicht daran, den Vaterlandsverteidigern ihr Brot wegzunehmen, und werden ihnen freitwillig das Feld räumen; aber nun erhebt sich die Sorge, was soll aus der großen Anzahl von Frauen, die in der Kriegswirtschaft beschäftigt sind, werden? Wie kann ihre zweckvolle Einstellung in die Uebergangs- und Friedenswirtschaft erfolgen?

Dieser bedeutsamen Frage haben der Bund Deutscher Frauenvereine und der Ständige Ausschuß zur Förderung der Arbeiterinneninteressen ihre Aufmerksamkeit geschenkt, und sie durch die eben stattgehabte Tagung, über die an dieser Stelle bereits berichtet wurde, wie auch durch Herausgabe einer Denkschrift, die von Dr. Hilbe Oppenheimer und Dr. Hilbe Radomski bearbeitet worden ist, zwar nicht gelöst (das hatten sie auch gar nicht unternommen), aber in interessanter Weise beleuchtet.

Die wertvolle Denkschrift und die Vorträge der Referentinnen weisen richtig, daß das Verhältnis der weiblichen Fach- zur Gesamtarbeiterinnen-schaft sich im Laufe des Krieges noch ungünstiger gestaltet und damit eine eben einsetzende Aufwärtsbewegung der Frauenarbeit eine jähe Unterbrechung erfahren hat. Beispielsweise zählte man 1911 nur zirka 340 geprüfte Meisterinnen, dagegen ergab eine 1914 aufgenommene Statistik allein 8938 Schneidermeisterinnen. Andererseits ist die ungelernete Arbeiterin zum Teil durch angelernte abgelöst worden. Ein qualitativer Aufstieg ist mithin nicht ohne weiteres zu bezagen. In Bezug auf die Lohnfrage wird festgestellt, daß das Steigen des Nominallohnes von einem Sinken des Reallohnes begleitet gewesen ist, und, von einigen Ausnahmefällen abgesehen, die Löhne der weiblichen Arbeiterschaft, ihre Lage durchaus nicht so günstig war, wie gemeinhin angenommen wird. Noch weniger ermutigend sind die Mitteli-

Was sollen die Mittelstands- frauen tun?

Ein Besuch bei Frau Generalkonsul
Rutschera.

Die Mitteilungen über die Versammlung, in welcher dieser Tage unter dem Vorsitz der Frau Generalkonsul Agnes Rutschera die Begründung des Wirtschaftsbundes für die Mittelstandsfrauen „Selbsthilfe“ beschlossen wurde, haben in der Öffentlichkeit die lebhafteste Aufmerksamkeit erregt, was unter anderem aus einer ganzen Anzahl von Anfragen hervorgeht, die uns aus dem Kreise unserer Leser und Lesersinnen zugekommen sind. Gegenüber einem unserer Berichterstatter, der Frau von Rutschera das Nähere über die Ziele und Zwecke ihrer Aktion befragte, äußerte sie sich nun in der nachstehenden Weise:

„Die von uns ins Leben gerufene Aktion — dies muß ich vorausschicken — hat jenen Teil des Mittelstandes im Auge, der am allermeisten jetzt durch die wahnwitzige und stets noch zunehmende Teuerung in Mitleidenschaft gezogen ist. Alles, was nicht reich ist, gehört zum Mittelstand; aber nicht alle in diesem Kreise lebenden ja in dem gleichen Maße der Hilfe. Man wird mir zugeben, daß es

Schichten im Mittelstande gibt, die doch noch das heutige Elend zu ertragen vermögen. Gewiß ist es ein Jammer, wenn einer von seinem Kapital zehren muß, er hat aber doch wenigstens ein Kapital! Was sollen die Staats- und Privatbeamten der verschiedenen Kategorien, was die Lehrer und die kleinen Leute, die alle miteinander keine Kapitalisten und auch keine Kriegsgewinner sind, die bloß auf ihre Bezüge angewiesen sind? So mancher von ihnen wird es heute gestehen — und tut er es nicht in Worten, so liest man es aus seinem Gesichte, seinem gewendeten Kopf, seinen von Wolle und Stammgarnstücken freigewordenen Kleidungsstücken! — daß er sich vor dem Kriege für immer gesichert geglaubt hat. Und heute?

Lassen Sie sich statt vieler Auseinandersetzungen einige Beispiele dafür anführen, wer alles sich an mich wendet, um in diesen „Wirtschaftsbund“ aufgenommen zu werden. Es sind Frauen, die, anfangs zumeist schüchtern und zurückhaltend, sich um die Bedingungen der Aufnahme erkundigen kommen; aber dann taufen sie auf, und langsam rollt sich dann das Bild des Lebens von heute auf. Kommt da eine ältere Dame, deren Umgangsformen und gewählte Ausdruckweise sofort zeigen, daß sie eine sorgfältige Erziehung genossen hat. Ihr Titel besagt schon, daß ihr früher Not und Sorgen völlig unbekannt waren. Sie ist die Witwe eines hohen Funktionärs und lebt von einer Pension, die für frühere Verhältnisse vollkommen ausreichte. Jetzt in ihren alten Tagen muß sie nicht etwa nur auf liebgeordnete Bequemlichkeiten verzichten, sondern sich auch viele Entbehrungen auferlegen. Es ist ja noch nicht das Ärgste, was einem widerfahren kann; aber ich bitte: eine alte, vornehme Dame, die allein in der Welt steht und mich jetzt mit den Augen eines hilflosen Kindes anblickt und leise um Rat bittet, was sie tun soll. Soll sie ihre bisherige Wohnung aufgeben und sich in ein möbliertes Kabinett zurückziehen? Soll sie sich von den ihr so lieb gewordenen Andenken trennen, die ihr von den Lieben zurückgelassen sind? Jedes Bild, jeder Sessel bedeutet für sie eine Erinnerung — soll sie das verkaufen? Sie trodnet sich die Tränen; das heißt ja, die Toten noch einmal begraben. Und wer weiß, wenn dieser unselbige Krieg doch einmal ein Ende nimmt und wieder bessere Zeiten kommen, wird sie es dann nicht bereuen, so voreilig gewesen zu sein und aus egoistischen Gründen — das nennt sie egoistisch! — diese Andenken verkauft zu haben. Dann noch etwas. Die Alten sind noch treu, die alten Diensthofen der Herrin und die alte Herrin den Diensthofen. Sie hat eine alte Dienerin, die kann sich nicht mehr so fänden, ja nächstelang anstellen, um die Lebensmittel zu ergattern. Die Kühe versagen schon, und dann kann sie auch die alte, einsame Frau nicht so lange ohne Mitleid lassen. Was also tun?

Frauenschicksale von heute.

Eine andre Witwe — fuhr Frau v. Rutschera fort — eine, die einen Nebenverdienst zu ihrer schmalen Pension gefunden hatte, gesteht, daß sie sich anfangs schonte, die Vorteile des Wirtschaftsbundes in Anspruch zu nehmen, da sie vermeinte, dadurch einem Bedürftigeren den Platz wegzunehmen. Nur weil ihre berufliche Tätigkeit sie daran hinderte, zu Hause zu kochen, wollte sie in der Vereinsküche ihre Mahlzeit nehmen. Nun habe sie erfahren, daß die Eigentümerin des Nebenhauses, die doch eine wohlhabende Frau ist, uns beitreten will, um — nun, warum? Weil sie auch in Not ist? Nein, um nicht ihre Köchin zum Einkauf schicken zu müssen! Ich konnte sie darüber beruhigen, daß allerdings auch reichere Leute bei uns aufgenommen werden, aber nicht um den Bedürftigen das Essen wegzunehmen. Im Gegenteil, nur dann, wenn sie einen Betrag für Freitische spenden, ist für sie bei uns Platz.

Nehmen Sie zum Beispiel folgenden Fall: Es erscheint bei mir eine Dame, eine Witwe, distinguiert gesellt und ausgezeichnet gebildet; nur sehr gebrechlich sieht sie aus. Sie ist heute 67 Jahre alt und hat drei Söhne. Der eine war schon Doktor der Rechte, der zweite ein gut gestellter Bankbeamter, und jeder schickte ihr monatlich regelmäßig einen ansehnlichen Betrag, mit dem sie, die Pension ihres verstorbenen Mannes hinzugerechnet, ihr schönes Auskommen fand. Ja noch mehr, sie konnte davon bequem ihren dritten, jüngsten Sohn studieren lassen, und auch er war kriegsbrav. Da kam der Krieg, und alle drei mußten einrücken, womit die Subventionierung von seiten ihrer Söhne aufhörte, und die arme Frau war der Verzweiflung nahe. Wie wir ihr halfen? Wir verschafften ihr eine Stelle als Manipulantin bei einer bekannten militärischen Anstalt. Freilich gab es da noch für sie einen bitteren Augenblick, nämlich die ärztliche Untersuchung. Mitten unter den Hunderten Arbeiterfrauen stand die den Rats- und Dokortitel von ihrem Manne her führende Dame und wartete, bis die Netze an sie kam. Aber jetzt, nicht wahr, werden Sie

ist. Erfährt Sie denn: die 67jährige Dame ist mit 120 K. monatlich angestellt. . . .

Eine alte Pensionistin, Witwe eines Hauptmanns, der schon vor Jahren, als die Pensionen noch recht bescheiden bemessen waren, verschieden ist, kommt zu uns und fragt — fragt dasselbe, was ich jetzt, nur lauter und mit mehr schüchtern, frage: Wie denn die Witwe eines Offiziers mit 82, sage zwei- und achtzig Kronen monatlich leben soll? Freilich würde sie von dem Sohne, der ihr aus der Ehe mit dem Verstorbenen zurückgelassen war und der im Felde stand, anständig und ehrenhaft unterstützt, wie es sich für einen guten Sohn ziemt, der eine alte Mutter hat. Allein der Sohn ist im Kriege gefallen, und damit hat die Unterstützung aufgehört. Wäre also jemand das Rätsel, wie eine Pensionistenfrau mit 82 Kronen auskommen soll. Eine andre Pensionistin, die durch 36 Jahre einem großen, später verstaatlichten Unternehmen diente, bezieht jetzt einen Ruhegehalt von 120 Kronen. Das erzählt sie mir aber nicht gleich, sondern im Verlaufe eines Gespräches, das mich anfangs befremdete. Sie sagte mir nämlich, daß sie nicht täglich, sondern nur zwei- oder dreimal in der Woche bei uns essen möchte. Ich antwortete: „Gnädige Frau, das geht nicht, unsere Vereinsmitglieder schreiben sich für die ganze Woche, respektive für den ganzen Monat ein.“ Darauf zögerte sie und sagte, sie sei verhindert, täglich zu kommen, worauf ich meinte, das mache ja nichts, sie könne sich das Essen holen lassen. „Ja“, erwiderte sie, „das macht Umstände.“ Und sie gestand, daß es ihr an Bedienung fehle. Nun gab ein Wort das andre, worauf sie mir endlich stammelnd sagte, daß es ihr — sie ist siebzig Jahre alt — ihre Bezüge nicht gestatten, täglich mittag zu essen; höchstens zwei- bis dreimal in der Woche könne sie sich das erlauben. Früher wäre es wohl anders gewesen, da habe sie noch etwas verdienen können, aber jetzt mit siebzig Jahren . . .

Wie geringfügig und kleinlich!

Ich frage also alle Welt, schloß Frau Rutschera, ob das nicht herzerreißend ist. Und das Schreckliche dabei ist, daß das ja keine vereinzelt Fälle mehr sind, denn ich könnte Ihnen noch eine ganze große Menge solcher Erfahrungen mitteilen, die ich nur in den wenigen Tagen, seitdem wir unsere Aktion in Angriff genommen haben, gemacht habe. Das zeigt aber auch, welche Kategorie des Mittelstandes in erster Linie wir durch die „Selbsthilfe“ wenigstens vor den nächsten Sorgen zu schützen versuchen wollen. Andre können sich vielleicht noch retten. Aber die Anzahl derjenigen, die nicht durch Streiks ihre Entlohnung verbessern können und wehrlos den stets wachsenden Erschwernissen des Lebens gegenüberstehen: die Beamten, die Privatangestellten, die Lehrer, die Witwen, die Pensionisten, ihnen muß man helfen, wenn man nicht will, daß sie zugrunde gehen. Was man ihnen an Teuerungszulagen und andern Ausbissen bewilligt hat, wie kleinlich und geringfügig ist das doch! Gibt es denn auch noch einen Menschen bei uns, der es glauben kann, das heute jemand damit geholfen wäre? Was nützt einer Familie eine einmalige Zuteilung von, sagen wir, 300 K., wenn ein Paar Schuhe 200 bis 300 K. kostet? Dann die Art der Auszahlung dieser Teuerungszulagen! Ich kenne einen Pensionisten des gemeinsamen Dienstes — und er wird ja in diesem Punkte nicht allein stehen —, er bekam die Teuerungszulage pro 1916 im September 1917, jene für 1917 teilweise im Dezember sowie im Mai 1918, und dann wieder nichts. Kennt man das? Zulage? Ich brauche die Zulage jetzt, in diesem Augenblick, denn wenn ich sie nicht erhalte, kann ich verhungern. Und statt dessen zahlt man sie mir in voller Verleumdung des Umstandes, daß wir sie jetzt und schon jetzt brauchen — denn sonst würde man gar nicht daran denken, sie zu bewilligen — acht, neun und zehn Monate später! Das sind Dinge, für die es einfach kein Wort der Kritik mehr gibt. . . .“

Preiswürdige erstklassige photographische Apparate und Zubehör, Projektionsapparate. Neue Vortragsserien z. Sengsbratl, erzherr. Kammerlieferant, 7. Bezirk, Mariabilferstraße 74 B.

Die Katastrophe von Wöllersdorf.

Eine amtliche Darstellung.

Aus Wiener-Neustadt, 22. d., wird uns gemeldet: Ueber die Katastrophe hat die Direktion der k. u. k. Munitionsfabrik Wöllersdorf heute die Korrespondenz Weiß zur Veröffentlichung folgenden Berichtes autorisiert:

Am 18. d. entstand nach 1/12 Uhr vormittags in dem Objekte 143, „Laborierung der Hülsenkartuschen“ ein Brand, bei welchem die blüßschnelle Ausbreitung und die unter den dort beschäftigt gewesenen Arbeitern entstandene Panik eine große Anzahl von Toten und Schwerverletzten forderte. Das Objekt 143 besteht aus drei Teilen, und zwar der Rekonstruktionswerkstätte, dem Uebernahmlokal und dem Laboratorium. In dem letztgenannten wird die Füllung der Kartuschhülsen mit Sachpatronen und die vollständige Ausfertigung der Hülsenkartuschen vorgenommen. Dieser Raum ist von den zwei erstgenannten durch je eine Drahtgitterwand abgetrennt, in welche fünf Türöffnungen eingeschnitten sind.

Zur Zeit der Katastrophe waren die einzelnen Arbeitspartien bereits in der Ausarbeitung begriffen, da um 12 Uhr Schichtschluß ist. Durch Einvernahme der geretteten Personen ist festgestellt worden, daß der Brand bei einer ungefähr in der Mitte befindlichen Arbeitspartie entstanden ist, und zwar vermutlich durch das Fallenlassen einer scharf adjustierten Hülsenkartusche auf den Boden des Laborsaalcs, wobei sich die Kapsel der Zündschraube entzündet hat und die brennenden Körner des rauchschwachen Pulvers aus der Hülse herausgetrieben wurden. Dieselben brachten dann die in der nächsten Umgebung auf den Tischen befindlichen Teilladungen zur Entzündung. Durch die auf diese Weise entstandenen Stuchflammen verpflanzte sich der Brand blüßschnell auf die übrigen Arbeitstische und auf die in einigen Kästen untergebrachten Teilladungen, so daß der ganze Laborterraum, insbesondere der Teil zwischen dem Feuerherde und den Ausgangstüren in kürzester Zeit in Flammen stand. Die Arbeiter der Partien, die in der Nähe des Feuerherdes standen, wurden sofort von den Flammen ergriffen und konnten sich nicht mehr retten. Auch die entfernter Beschäftigten wurden auf der Flucht von den nachziehenden Stuchflammen ereilt. Es konnten sich sonach nur die zunächst der Ausgänge befindlichen Personen retten. Die Brandkatastrophe war in der kürzesten Zeit beendet, doch erfolgten noch während der sofort eingeleiteten Löschaktion zeitweise weitere Detonationen, die von der Entzündung der noch im Raume vorhandenen Hülsenkartuschen herrührten. Das sofortige Eingreifen und die hervorragende Haltung der Feuerwehr der Munitionsfabrik isolierte das schwere Unglück auf das einzige Objekt.

Insgesamt sind 216 Tote zu beklagen und 27 Schwerverwundete. Nachdem in dem Objekte 435 Personen beschäftigt waren, so haben sich somit 132 gerettet, von denen der größte Teil in der Rekonstruktionswerkstätte und im Uebernahmlokal beschäftigt war.

Das Objekt 143 hat eine Länge von zirka 83 Metern und eine Breite von zirka 70 Metern, hat 10 Türen, die ständig offen sind und auch während der Katastrophe nicht geschlossen waren. Das Objekt ist nahezu intakt, es fehlen nur die Fensterscheiben. Der Materialschaden ist verhältnismäßig gering. Der Betrieb läuft ungestört weiter. Die Arbeiterschaft ist durch die Einflußnahme der Direktion und der Vertrauensmänner ruhig geblieben und hat die Arbeit nicht unterbrochen. Die Munitions-erzeugung hat hiemit keinerlei Störung erfahren.

Großes Eisenbahnunglück in Dresden.

32 Tote, 28 Schwerverletzte. — Minister a. D. Dr. Baernreither unter den Fahrgästen.

Berlin, 23. September.

Wie die „B. Z. am Mittag“ zum Dresdener Eisenbahnunglück meldet, sind nach den letzten Feststellungen 32 Tote und 28 Schwerverletzte gezählt worden. Wie das Blatt erfährt, befand sich in dem verunglückten Schnellzug auch der frühere österreichische Minister Dr. Baernreither. Ueber sein Befinden traf hier die Mitteilung ein, daß er äußerlich nicht verletzt sei und daß er sich auch in sein Hotel hatte begeben können, aber innerliche Schmerzen verspüre und einen Arzt haben rufen müssen. Der in demselben Zuge fahrende Berliner Delegierte der österreichischen Zentraleinkaufsgesellschaft Konsul Rudolf Spielmann, der sich im Schlafwagen befand, ist unverseht geblieben und konnte seine Reise nach Wien fortsetzen.

Mitteilungen aus dem Publikum.

In der physikalisch-diätetischen

Kuranstalt Schweizerhof, Wetzelsdorf b. Graz

wird mit 1. Oktober d. J. eine Abteilung für spezielle Kinderernährung vom 2. bis 14. Lebensjahr mit ärztlich-pädagogischem Unterricht unter fachlicher Leitung eingerichtet. Auskünfte erteilt die Direktion. Int. Telephon 0297. Graz.

Der erste christliche Arbeiterkongress Oesterreichs.

Um 1/9 Uhr vormittags eröffnete heute Stadtrat Spalowsky die letzte Sitzung des Kongresses und brachte zunächst die Debatte über das Referat des H. Rumschal „Sicherung der Ernährung“ zur Abwicklung. Es sprachen die Delegierten: Pichula, Bradler, Gräfin Walterskirchen, Feldmann, Malferthein, Holaubel, Brunner, Taubel, Gradel, Gaider, Macho, Dobletel, Pohl, Käfer, Gahl, Kotschorsky, Hanneg, Sorel, Sidlo, Waldner, Majesty und Pischitz. Die Abstimmung über die Entschließung ergab die einstimmige Annahme.

Die letzte Berichterstatterin Frau Dr. Hildegard Burjan führte in ihrem Referat über **Frauenarbeit und Frauenrecht** aus:

In unserer jetzigen Zeit über diese beiden das Leben der Frau so tief berührenden Fragen zu sprechen, ist nicht leicht. Frauenarbeit oder deutlicher gesagt Frauenerwerbsarbeit finden wir zwar wo immer wir hinblicken. „Der Soldat des Hinterlandes“, wie die k. u. k. Heeresverwaltung treffend die Frau bezeichnet hat, steht an ihrem Arbeitsposten, leistet Kriegsdienst und leidet Kriegsmühen genau so wie unsere Soldaten an der Front. Von Frauenrechten aber in unseren Tagen zu berichten, wohlverstanden von echten und gottgewollten Frauenrechten, das ist schwer. Die Rechte, die die Kriegszeit der Frau einräumt, die sie ihr mit dem lodenden und bedrohenden Ruf: „gleiches Recht und Freiheit der Frau auf allen Gebieten“ zugleich mit einer nie gekannten Arbeitsfülle als Danaergeschenk in den Schoß warf, die sind der erwerbenden Frau durchaus nicht zum Segen geworden. Ein Blick in das Leben der Arbeiterinnen von heute wird uns zeigen, daß die Rechte, welche die katholische Arbeiterinnenbewegung mit aller Energie und Laborkraft anstrebt, fernab von den Ertragschäften und scheinbaren Erfolgen liegt, mit denen der Krieg die arbeitenden Frauen beglückt hat. Nicht um die Gleichberechtigung also, die der Krieg den Frauen für alle Arbeitsbetätigungen wahllos gegeben hat, kann es sich um handeln, sondern um die Befreiung aller Schäden und Gefahren, die den arbeitenden Frauen aus diesem traurigen Recht erwachsen sind und um die Wiedergabe des einen, einzigen Rechtes, ihre Frauenkraft und ihre Frauenbefähigung so zu verwenden, wie es ihrer Natur entspricht. Der Krieg hat die Lebensgrundlagen der Frauen volllommen zerstört. Sie kommen verschoben. Nicht nur daß er Hunderttausende aus der Familie heraus ins Erwerbsleben gedrängt, ohne Rücksicht auf Familienglück und Mutterpflicht, er hat den Frauen auch Arbeiten aufgebürdet, die ihrer natürlichen Veranlagung vollkommen entgegengekehrt sind. Heute kann man wohl kaum fragen: „Wo sind Frauen beschäftigt“, sondern die Frage muß lauten: „Gibt es überhaupt einen Arbeitszweig wo Frauen nicht beschäftigt sind?“ Die Arbeiterinnen stehen nicht mehr neben den Arbeitern, sondern an Stelle der Arbeiter, hauptsächlich in Industrien, die man zu den sogenannten „männlichen“ rechnet. Alle spezifisch weiblichen Industrien, wie z. B. die Textil-, die Bekleidungs- und Nahrungsmittelindustrie leiden an Mangel von Rohstoffen. Kein Wunder also, daß das Heer der arbeitenden Frauen die Arbeitsplätze überflutet, die bisher ausschließlich starken Männerhänden vorbehalten waren. In Deutschland ist der Anteil der Frauenarbeit seit Kriegsbeginn in der elektrischen Industrie um 88-2 Prozent, in der chemischen um 29-8 Prozent, in der Hütten-, Metall- und Maschinenindustrie um 19 Prozent, in den Verkehrsgewerben um 50-8 Prozent gestiegen und in Oesterreich wird das prozentuelle Verhältnis eher ein noch ungünstigeres sein. Durch die Aufhebung der Arbeiterinnenschutzgesetze zu Beginn des Krieges war die Beschäftigung der Arbeiterinnen im Bergwerk und Hüttenbetrieb wieder erlaubt, bei Arbeit „untertags“ verdienen sich also im Krieg Frauen ihr bitteres Brot. An den schwersten kompliziertesten Maschinen, überall finden wir Frauen. Bei der jüdischen Straßenbahn in Wien sind allein über 8000 Frauen beschäftigt, im Eisenbahndienst mehr als 30.000, und bei der Armee im Trappenraum sollen etwa 40.000 ihren Erwerb haben. Die Zunahme der weiblichen Kräfte überhaupt ist statistisch noch nicht erfasst. In Deutschland machen 1917 die weiblichen Versicherten 50-9 Prozent der Gesamtmitglieder der Krankenkasse aus. Daß die Verwendung der Frauen in so großer Zahl nur in spezifisch männlichen Berufen während des Krieges möglich war, liegt vor allem daran, daß in den Betrieben ganz anders als im Frieden gearbeitet wird und an Stelle der Einzelanfertigung Massenproduktion getreten ist. Diese läßt eine größere Zerlegung in Teilarbeit zu, so daß gewöhnlich unter einem Vorarbeiter viele Frauen leicht erlernbare Beschäftigung finden.

Die Beurteilung der Frauenarbeit.

Ist eine ganz verschiedene. Während von Seite der Unternehmer über die Frauenarbeit vorwiegend günstige Urteile vorliegen, werden von Seite der Kollegen auch entgegenge setzte Urteile laut. Ein einwandfreies Urteil in der jetzigen Zeit über Frauenarbeit zu bekommen, ist wohl fast unmöglich. Bei den Unternehmern, auch bei dem Staat steht die Notwendigkeit, Frauen für die Arbeit zu bekommen im Vordergrund, weil es an entsprechenden männlichen Arbeitskräften fast vollkommen mangelt. Auch der niedrigere Lohn ist bei vielen von ausschlaggebender Bedeutung. Der Staat als Arbeitgeber hat überdies im Krieg vor allem Interesse daran, alle nur möglichen männlichen Kräfte für den Heeresdienst einzustellen. Dem Anspruch der Heeresverwaltung, daß die Frau überall, wo man sie hinstellte, entsprochen hat, darf also in diesem Zusammenhang keine so große Bedeutung beigemessen werden. Ebenso wenig ist aber das ungünstige Urteil der Kollegen immer maßgebend. Leider sehen ja viele Arbeiter noch immer in der Frau nur die mißliebige Konkurrentin, die die Löhne herabdrückt und dertwegen der früher an dem Platz stehende Mann ins Feld einzürden wußte. Hoffentlich wird es eine Frucht unseres ersten christlichen Arbeiterkongresses sein, diese Auffassung vieler Arbeiter über die Frauenarbeit zu korrigieren. Mögen diese in Zukunft an der Arbeiterin nicht mehr die lästige Lohnbrückerin sehen, sondern die verständnisvolle, opferbereite Kollegin, die, von bitterer Not getrieben, zur Arbeit gegriffen hat und einmütig mit den männlichen Arbeitern die gleichen Ziele der christlichsozialen Arbeiterbewegung erstrebt. Abgesehen von diesen mehr persönlichen Momenten, ist aber auch sonst in der Kriegszeit eine Wertung und Beurteilung der Frauenarbeit schwer. Selbst wo die Erfahrung lehrt, daß heute sechs Frauen nötig sind für eine Arbeit, die früher vier Männer geleistet haben oder gar, daß oft zwei Frauen die Arbeit eines Mannes zu schaffen nicht imstande sind, muß man doch mit den Schülern vorsichtig sein. Wir müssen in Betracht ziehen, wie schlecht und unzureichend heute die Ernährung, wie schwer und mühsam für die Frauen die Beschaffung der Lebensmittel und Kleidungsstücke, wie aufreibend die Benützung der Verkehrsmittel und vor allem, welche Zeiten schwerster seelischer Erregungen und Leiden die arbeitenden Frauen durchzuleben haben. Ein sicheres Urteil über die Frauenarbeit wird man erst abgeben können, wenn einmal genaue Erhebungen über die Tätigkeit der Frau in den einzelnen Berufen vorliegen.

10./X. 1918

a
10

76

Die weiblichen „Hilfskräfte“ im Felde.

Man schreibt uns:

Die Berichte über die weiblichen Hilfskräfte (W. G.) bei der Armee im Felde veranlassen mich, meine in vierjährigem Kanzleidienste im Felde gemachten Wahrnehmungen mit den W. G. mitzuteilen. Eine weibliche Kanzleihilfskraft erster Klasse, von welcher Maschinschreiben und Stenographie verlangt wird, erhält einen monatlichen Gehalt von 200 K (weniger 40 K für die Verpflegung. Also bar 160 K). Der Reserve- oder Landsturmunteroffizier mit mindestens denselben Kenntnissen, da er im günstigsten Falle in der Kanzlei nur bis zum Feldwebel vorrücken kann, eine tägliche Löhnung von 70 + 20 h, also 27 K im Monat. Beide, der Unteroffizier und die weibliche Hilfskraft stehen im Bezuge der ärarischen Verpflegung, nur mit dem Unterschiede, daß für die weibliche Hilfskraft in eigenen Messen oder in einer Offiziersmesse, für den Unteroffizier aber in den Mannschaftsküchen gekocht wird. Die Verschiedenheit liegt klar auf der Hand.

Eine weibliche Kanzleihilfskraft, die vor ihrer entsprechenden Tätigkeit bei der Armee im Felde die Gäste in einem staubfreien Gastgarten eines kleinen Bergstädtchens als schmecke Kellnerin durch ihren Anblick erfreute, versicherte mir stolz, daß sie nach „Absolvierung“ eines sechzehnstündigen (!) Kurses nun vollkommen Maschinschreiben, Stenographie, mit Berechnungswesen und Militärgeschäftsstil beherrsche. Einen Monat war das Fräulein in unserer Kanzlei. In dieser Zeit las sie noch (selbstverständlich heimlich) sämtliche erreichbaren Romane, natürlich in den Kanzleistunden. Dieselbe weib-

nicht verzichten kann, so mag aus vorstehenden Zeilen ersehen werden, daß es sich auch in diesem Falle eben um ein „Ersatzmittel“ handelt, dem, gleich den meisten anderen, in der Regel reichliche Mängel anhaften. Diesen abzuwehren mit Umsicht und Strenge muß eine ernsthafte Aufgabe sein.

Frauenstimmrecht ist Frauenstimmpflicht.

Von

Margarete Weinberg.

Der seit etwa einem halben Jahrhundert anhaltende Streit der Meinungen um das Frauenstimmrecht ist nunmehr durch die Verfügung der provisorischen Regierung vom 12. November, laut welcher fortan alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften nach dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrecht auf Grund des proportionalen Wahlsystems für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen sind, endgültig entschieden worden. Gleichsam über Nacht wird den deutschen Frauen das demokratischste aller Wahlrechte besichert, und zwar in einer Zeit, die wie keine andere mit dieser Gabe eine ungeheure Verantwortung auf ihre Schultern lädt. Niemand wird bestreiten können, daß die überwiegende Mehrheit der Frauen auf ihre neuen staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten noch recht ungenügend vorbereitet ist, daß sie diesen teilweise verständnislos und gleichgültig gegenübersteht. Keine Forderung des Tages kann also bringender sein als diese: die Frauen auf die Tragweite der neuen Bestimmung für die Zukunft des deutschen Volksstaates hinzuweisen, ihnen einzuschärfen, daß die in Aussicht genommene konstituierende Nationalversammlung nur dann den Willen der Gesamtheit unverfälscht zum Ausdruck bringt, wenn sich keine stimmfähige Frau ihres Wahlrechtes begibt.

Insbesondere können diejenigen Bevölkerungskreise, welche zahlenmäßig eine Minderheit darstellen, keine Stimme erheben; sie müssen also vor allen anderen darauf bedacht sein, die politische Gleichgültigkeit und Untätigkeit in ihrer Mitte auszumerzen und eine rege Beteiligung beider Geschlechter an den Wahlen durchzusetzen. Es hieße die Hemmungen unterschätzen, mit welchen Macht der Gewohnheit, Hang zur Bequemlichkeit, Mangel an Initiative und Weltfremdheit den Erfolg solcher Bestrebungen bedrohen, wollte man sich der Hoffnung hingeben, daß alle Frauen des Bürgerturns leicht von der Notwendigkeit der Stimmpflichtbefüllung zu überzeugen sein werden. Haben sie doch bisher selbst der Bewegung, welche ihnen die politische Gleichberechtigung erkämpfen wollte, ein auffallend geringes Interesse entgegengebracht. Nach dem „Jahrbuch deutscher Frauenvereine für 1918“ beträgt die gesamte Mitgliederzahl des Reichsverbandes für Frauenstimmrecht, der i. J. 1916 durch Verschmelzung des Deutschen Verbandes mit der Deutschen Vereinigung für Frauenstimmrecht entstanden ist, nicht mehr als 10 000, die sich auf 10 Landesvereine und 87 Ortsgruppen verteilen, und der Frauenstimmrechtsbund, der sich von jenem dadurch unterscheidet, daß er ausdrücklich das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht beansprucht, fügt den Belennerinnen zu weniger radikalen Forderungen nur noch ein paar tausend Mitglieder hinzu. Wenn nun auch angenommen werden kann, daß die um Verständnis werbende Wirksamkeit dieser Verbände sich noch über die Grenzen ihres tatsächlichen Mitgliederkreises hinaus Beachtung verschafft haben wird, so ist sie doch sicherlich den Fernerstehenden nicht so vertraut geworden, wie etwa die seit langer Zeit zum Parteiprogramm gehörende Forderung des Frauenstimmrechtes den organisierten Sozialdemokratinnen in Fleisch und Blut übergegangen ist. Ihnen allen wird seine Ausübung selbstverständlich sein, den Bürgerfrauen nicht. Von den Frauenstimmrechtsverbänden wird man also erwarten müssen, daß sie möglichst schnell eine energische Propaganda entwickeln, um die neuen Staatsbürgerinnen über die Tragweite ihrer neuen Pflichten zu orientieren. Es fragt sich nur, wie weit sie in der Lage sind, ihren Aktionsradius auszudehnen, um außer den im Berufsleben stehenden Frauen und Mädchen des Bürgertums, denen eben durch ihre Erwerbstätigkeit vermutlich das Verständnis für die Neuerung noch am nächsten liegt, vor allen Dingen auch die ausschließlich im Familienleben wurzelnden Hausfrauen zu erfassen. Die Hausfrauenvereine, welche in dieser Hinsicht eine unschätzbare Aufklärungsarbeit verrichten könnten, haben sich ja ihren Sitzungen entsprechend bisher jeder politischen Beeinflussung ihrer Mitglieder mit peinlicher Gewissenhaftigkeit enthalten, wie dies auch durch deren Zusammensetzung aus den vornehmsten Kreisen der Bevölkerung als selbstverständliche Voraussetzung geboten war. Es bleibt abzuwarten, ob sie diese ihre Verpflichtung zu politischer Parteilosigkeit dahin

auslegen werden, daß sie auch auf eine rein orientierende Erörterung des Frauenstimmrechtes und die Ermahnung ihrer Mitglieder zu seiner Ausübung verzichten müssen, oder ob sie diese Frage verneinen, da ja eine solche Wirksamkeit, die durch die außergewöhnlichen Verhältnisse wahrlich mehr als gerechtfertigt wäre, noch lange keine Stellungnahme zu den Forderungen der einzelnen politischen Parteien bedeutet und die Stimmrechtsfrage als solche durch die Ereignisse abgehandelt ist.

Der Einwand, daß man die entsprechende Beeinflussung der Hausfrauen getrost den Chemännern überlassen kann, die schon dafür sorgen werden, daß ihre besseren Hälften sich pünktlich bei der Wahlurne einfinden, ist aus vielen Gründen nicht stichhaltig. Er löst zunächst einmal die Frage für hunderttausende von alleinstehenden Frauen, von Lebigen, Witwen und Geschiedenen nicht; überdies liegt bei dem bedauerlichen, während der letzten Jahrzehnte eingerissenen Mangel an politischem Interesse für viele Männer die Notwendigkeit vor, sich zunächst einmal selbst wieder zur gewissenhaften Erfüllung ihrer staatsbürgerlichen Pflicht zu erziehen und sich eine selbstständige politische Meinung zu bilden. Und wieviele gerade unter ihnen dürften von dem neu verliehenen Frauenrechte an sich so wenig erbaut sein, daß sie schon aus der Ueberzeugung, „die Frau gehöre ins Haus“, davon absehen werden, diese etwa noch zur Betätigung staatsbürgerlicher Pflichten zu ermutigen. Wer so handelt, übersieht freilich, daß er durch sein hartnäckiges Festhalten an überlebten Vorurteilen an der Sache selbst nichts mehr ändern kann, wohl aber einer gerechten Zusammensetzung der künftigen Volksvertretung gewissenlos entgegenarbeitet und sich so an der künftigen Volksgemeinschaft und innerhalb derselben an der Zukunft des Bürgerturns versündigt. Nicht einmal die möglicherweise bevorstehende Einführung des

Wir Frauen und das Wahlrecht.

Von

Gräfin Wilhelm Groeben, aeb. von Kleist.

In den Tageszeitungen, in Zeitschriften, in Flugblättern, in Versammlungen wird das Wahlrecht für die deutsche Frau seit seiner Verkündung von den verschiedensten Seiten und von den verschiedensten Gesichtspunkten aus erörtert und verhandelt. Bald ist es die Tatsache, daß die Frauen das Wahlrecht erhalten haben, die überschwänglich und begeistert gepriesen wird. Bald mißt sich in die Begeisterung die Klage, daß zu jungen Personen das Wahlrecht gegeben, und daß mit 20 Jahren die Fähigkeit, zu wählen und gewählt zu werden, noch nicht vorhanden sei. Bald wird wieder mit tiefem Bedauern festgestellt, daß nicht von allen politischen Parteien die Frauen für die Ausübung des Wahlrechts vorgezogen seien. Bald wird es beklagt, daß das Wahlrecht gerade jetzt, von der Revolution, den deutschen Frauen als unvermerktetes Geschenk zuteil geworden sei, während es doch nur in hartem Kampf von denen, die seit Jahrzehnten für das Wahlrecht eingetreten seien, hätte errungen werden dürfen. Je nach persönlicher Auffassung und Empfindung werden wir Frauen uns der einen oder anderen Auffassung anschließen oder werden nach echter deutscher Art noch neue Gesichtspunkte zu finden wissen, unter denen wir zu der Frage des Wahlrechts Stellung nehmen.

Aber all das bringt uns nicht über die Tatsache hinweg, daß wir Frauen nun einmal das Wahlrecht erhalten haben, und da wir das Wahlrecht haben, kann es für uns alle nur noch die eine Frage geben: wie stehen wir zu dem Wahlrecht, oder vielmehr, wie müssen wir uns zu dem Wahlrecht stellen.

Wie auch der persönliche Standpunkt jeder einzelnen von uns Frauen zu Religion, Familie, Bildung, Besitz, Staat sein mag, jede weiß heute, daß unser Vaterland, daß unser gesamtes Staatswesen vor schwerer Entscheidung steht, die für lange Zeit, vielleicht auf Jahrzehnte hinaus, über Sein oder Nichtsein entscheiden soll. Diese Entscheidung wird in der Nationalversammlung fallen. Von der Zusammensetzung der Nationalversammlung wird die Entscheidung abhängen, für die Zusammensetzung der Nationalversammlung ist die Entscheidung der Wähler maßgebend. Von den abgegebenen Stimmen hängt es ab, wer der Nationalversammlung angehören wird. Jede Stimme ist bedeutungsvoll. Eine einzige Stimme kann ausschlaggebend sein! Deshalb darf sich kein deutscher Mann der Aufgabe, zu wählen, entziehen, deshalb darf keine deutsche Frau bei der Wahl fehlen. Es wird Pflicht jeder deutschen Frau, ihr Wahlrecht auszuüben.

Ehe ich auf die Art, wie diese Pflicht auszuüben ist, näher eingehe, möchte ich die Frage stellen: Sind denn staatsbürgerliche Pflichten für uns Frauen etwas absolut Neues? Stehen wir bis her zum Staate noch in keinem Pflichtverhältnis? Ja weiß mich eins mit allen deutschen Frauen, die in sittlichem Ernst, mit gläubigem Verzen ihr Leben leben, daß wir dem Staate und Vaterland gegenüber als Frauen bewußt und unbewußt allezeit bestrebt waren und bestrebt sind, die Pflichten der geschriebenen und ungeschriebenen Gesetze des Staates zu erfüllen.

Der Staat ist es, der uns schon in dem Augenblick, in dem wir das Licht der Welt erblicken, in seine staatliche Obhut nimmt — Standesamt, Personalregister;

der Staat ist es, der die Schulbildung, die wir erhalten, regelt und überwacht. Staatliche Prüfungen geben uns die Berechtigung zur Ausübung bestimmter Berufe; wir brauchen nur an den Beruf als Aerztin, Lehrerin, Krankenpflegerin, Hebamme zu denken;

der Staat ist es, der bei dem Abschluß einer Ehe die Beurkundung ausübt;

der Staat ist es, der unsere Rechte und unseren Rechtsstand gewährleistet;

der Staat legt uns die Pflicht der Versicherung für uns und unsere Angestellten auf;

der Staat heurkundet unseren Tod;

der Staat fordert von uns Frauen — und wir alle haben es stolz, wenn auch blutenden Herzens, miterlebt — unsere Männer, Söhne und Brüder; für den Staat und das Vaterland mußten wir in ach so großem Umfange Opfer bringen.

Städtische Chronik.

Was uns vor allem noht.

Von Bürgerstabsdirektorin Marie Schwarz,
Mitglied des Gemeinderates der Stadt Wien.
Mit ungeahnter Beschleunigung, fortgetragen von den
Stürmen der Staatsumwälzung, sind wir Frauen zur kom-
munalen Würde der Gemeinderäte gekommen. Während wir
noch mit der uns durch Jahrtausende anezogenen Beschei-
denheit überlegten, wie unsere Wünsche um Heranziehung
der Frauen als Beiräte in allen Vertretungskörpern
eingehend zu begründen und von allen Seiten zu beleuchten
seien, standen wir vor der vollendeten Tatsache, in den Ge-
meinderat als vollberechtigte Mitglieder einzuziehen. Damit
ist uns nicht nur ein unmittelbarer Einblick in die Gemeinde-
verwaltung gegeben, sondern auch eine ernste Verantwortung
auferlegt: wir sind von der Kritik zur Arbeit über-
gegangen. Zu einer Arbeit allerdings, deren Ergebnis unter
den gegenwärtigen Verhältnissen nicht als ein maßgebendes
gelten kann; denn wie sollen 12 Frauen mit ihrem Einflusse
unter den 165 Mitgliedern der Gemeindeverwaltung be-
merkbar sein? Es will mich beinahe so bedünken, als sei die
Heranziehung der Frauen in dieser Form so ein bißchen ein
„Probepfeil“ für kommende Mitarbeit, ein Versuch, nicht
bloß, ob sie sich bewähren, sondern auch, ob sie selbst nicht
bald davon genug haben und wieder freiwillig in ihre Ver-
sorgung untertauchen. Daß dies nicht geschieht, wird ein
ernste Pflicht der 12 Geladenen sein und ich zweifle nicht
daß sich jede von ihnen der Pflicht bewußt ist, welche
Parteilichkeit sie auch angehören mag, als Pfadfinderin
für ihr Geschlecht wirken zu müssen. Vor allem gilt es zu
beobachten und das, was wir Frauen als zu gering bewertet
zu einseitig beachtet, bis jetzt vermibt hatten, ins rechte Licht
zu rücken, und um unsere männlichen Kollegen, von denen ich
ja den besten Willen voraussetze, auf die Läden aufmerksam
zu machen, die sie bisher in der Gemeindeverwaltung
gelassen, entweder nicht bemerkt oder ihrer Natur nach nicht

auszulesen vermocht haben, und sie zur Arbeit in dieser
Richtung zu veranlassen.
Der ersten Beobachtung zeigt sich in dem gegen-
wärtigen Sinne ein besonders Streben der Parteien,
einander an Arbeitsfelder den Rang freilich zu machen, der
Bewertung zu zeigen: Seht, das haben wir veranlaßt, das
kommt von uns, mit uns müßt ihr zufrieden sein! Dieser
Zettler in der Zeit der Kriegerstellung entspringt leicht
einzelnen Gedanken und kann gewiß nur zu manchem
Wahnsinn beitragen, das unter anderen Umständen noch
Särgen auf sich hätte warten lassen. Dazu kommt noch
die dringende Not der schmerzlichen Zeit und doch ungenü-
gen an die Historie des höchsten Kollapses. Die Gemeindevor-
waltung steht vor Aufgaben, die erfüllt werden müssen, denn
nur dadurch können wir unsere Lebensfähigkeit erhalten.
Die Zukunft hofft, Licht und Wärme mangelt, die Stadt von
der „Miser von Licht“ ausgehen sollte, liegt im Dunkel
da, die Kriegerzeit hinter sich, die ihrer Ernährer
Bewußten Kammern sich an den Verdiensten, der ihnen den
Lebensunterhalt liefert. Ein Enten der Löhne wird un-
ausweichlich sein; ein Weibes bei den Parteien der unent-
geltlichen Dinge steht noch in weiter Ferne, denn keiner
bequemt sich mehr mit einem Weibes; sie alle, vom er-
strebtesten Arbeiter in der ersten Reihe bis zum er-
höchtesten Beamten, der die erblichen Brot-
krüden für eine Krone an den Bahnhöfen den hungerigen
Söldner verkauft, sie alle wollen schnell und viel gewinnen.
Nur eine gesunde, volle Wirtschaftspolitik der Gemeinde,
die Ausnutzung jedes Streifen Bodens im Bereiche des
weiten Stadtbereiches, der innige wirtschaftliche Zusammen-

arbeiten; aber es ist immer ein anderes zu entstehen, was mit
dem guten Willen verbunden als bis, was uns von
einer Seite ankommen. Und so wird auch die Frage
im State der Wirtschaftspolitik aller Staatsbürger ihre
Lösung verlangen müssen.
Männlich und überaus wichtig sind also unsere
nächsten Aufgaben; mögen Männer und Frauen mit klarem
Verstand und weitem Herzen ruhig daran gehen, und nicht
von Parteikämpfen, geht das Beste zu finden — es tut
uns allen not.
(Unterhaltung der Parteiberechtigten.) Lande-
hauptmann v. S t e i n e r hat an Landesminister Dr. Schöner-
berger einen Antrag gestellt. In demselben des § 3 der Wählungs-
ordnung des Staatsrates vom 4. d. d. r. über die niederösterreichische
Landesregierung die beabsichtigte Ergänzung der Landes-
regierung vorzuschlagen für die Ergänzung der Landes-
regierung zu genehmigen, daß im 2. Bezirk Wien-Neubau
die wirtschaftliche Partei 10, auf die sozialdemokratische Partei 11
und auf die bürgerlichen Parteien 4 Mandate zu erhalten haben,
so daß in allen 21 Bezirken zusammen die wirtschaftlichen 22,
die sozialdemokratischen 22 und die bürgerlichen 21 Mandate
erhalten.
(Gesandtschaft.) Der Stadtrat beschloß nach einem Antrag
des Stadtrates Komola, im heutigen Abende den Bericht auf den
ständlichen Gesandtschaften im St. Johannsplatz im 5. Bezirk dem
Justizvorsteher in der ersten Reihe, im St. Johannsplatz, im 5. Bezirk
der Stadtratspräsidenten und im Hause 8. Bezirk, Edmund
Goffe 11 der Dringende Gesandtschaft des Landesminister und
im 12. Bezirk, Steinböck, dem Herrn zur Pflege der Körper-
lichen Ergänzung zu überlassen.

Die Not der heimkehrenden Krankenschwestern.

Das Mißverhältnis in der Behandlung der weiblichen Hilfskräfte und der Krankenschwestern. — 66 Kronen Abfertigung! — Die Notwendigkeit einer Uebergangsfürsorge.

Mit dem über uns hereinbrechenden Unglück ist auch die große Anzahl von Kriegskrankenschwestern brotlos geworden. Als zu Kriegsbeginn der Ruf an die österreichischen Frauen erging, sich zur Krankenpflege für unsere Verwundeten zur Verfügung zu stellen, strömten Frauen und Mädchen aller Kreise herbei, um zum überwiegend großen Teile vorerst freiwillig und ohne Entgelt sich in den Dienst der Barmherzigkeit zu stellen. Natürlich war es unpermeidlich, daß sich unter dieser Menge, die im Wege des von der Heeresverwaltung „Roten Kreuzes“ oder ohne dessen Mitwirkung angestellt wurden, eine Menge ungeeigneter, ja schädliche Elemente befanden. Diese waren auch die Ursache, daß die Krankenschwestern bei dem großen Publikum sich nicht des besten Ansehens erfreuten, ja eine Zeilang sogar in Verruf waren. Wie überall mußten auch hier die Tüchtigen für die schädlichen Elemente, die von Abenteuerlust zur Armee ins Feld und in die Anstalten des Hinterlandes getrieben worden waren, büßen. Aber unter den Krankenschwestern aller Kategorien, den diplomierten Schwestern, Berufsschwester ohne Diplom und den Hilfschwester, war eine große Anzahl opferfähiger, hingebender, tüchtiger Frauen, die Bewunderungswürdiges während der langen Jahre des Krieges leisteten und die Note der Barmherzigkeit und der nie versagenden Hilfsbereitschaft in den Weltkrieg trugen.

Nicht allein den Anstrengungen ihres Berufes, der bei einer großen Anzahl die Gesundheit untergraben hat — ich verweise nur auf die erschreckende Ziffer der von Tuberkulose befallenen Schwestern — und den infektiösen Krankheiten waren die Schwestern ausgesetzt, sondern viele unter ihnen haben auch im feindlichen Feuer unentwegt ihre Pflicht getan, groß ist die Zahl ihrer Verwundeten und auch Tote sind zu beklagen. Und nun sind diese Schwestern, fliehend in dem allgemeinen Zusammenbruch, häufig ihrer Varmittel, ihrer Habe, der Wäsche und Schuhe beraubt, heimgekehrt und müssen unter den schwierigsten Verhältnissen ihre Existenz neu

aufbauen. Wie sorgt die Heeresverwaltung für diese heimkehrenden Schwestern? Wie sorgt das „Rote Kreuz“ für sie? Wir wissen, die Schwestern haben einen Heeresunterstützungen erhalten, daß sie auf keine Weise dauernde Versorgung Anspruch haben. Von dauernder Versorgung soll auch gar nicht die Rede sein, wohl aber von einer Beurlaubung für die Arbeitslosenunterstützung für Stellenlose ihrer Berufsarten, die Krankenunterstützung für Stellenlose sind, angeblich läßt, wie sie die Heeresverwaltung den weiblichen Hilfskräften „aller Kategorien (Rückwärts personell)“ (auf) gemacht.

Ratholische, christliche Frauen, Achtung!

Unser altes Vaterland liegt in Trümmern. — Schweres Unglück ist über uns hereingebrochen. . . . Alle Kräfte müssen wieder gesammelt werden zum Wiederaufbau! Frauen! Ihr habt in kurzer Zeit Euer neues Recht, Euer Wahlrecht auszuüben und zu wählen, es ist dies Eure Gewissenspflicht.

Wer 20 Jahre alt ist, hat das Wahlrecht.

Warum sollt und wen sollt Ihr wählen?

Ihr sollt wählen Männer und Frauen, die verteidigen und dafür einstehen: 1. Daß der Boden im deutsch-österreichischen Vaterlande dem deutschen christlichen Volke gehöre. — Wir wollen keine volksfremden Schädlinge! 2. Daß unsere schwerfällige und veraltete Verwaltung besser, billiger und ehrlicher werde; wir hätten nicht so hungern müssen, wenn nicht so viele Lebensmittel zugrunde gegangen wären — wenn nicht wucherische Ausbeuter Millionen von Kriegsgewinnen dem armen Volke erpreßt hätten. Wir verlangen, daß der unehrlich erworbene Kriegsgewinn zurückgegeben, und zwar bei Heller und Pfennig zurückgegeben werde. — Wir fordern eine Steuerreform durch die der Reiche mehr herangezogen wird als der Arme!

3. Privateigentum muß bleiben — wir lehnen mit Entschiedenheit die Bestrebungen der radikalen Sozialdemokratie ab, die das Privateigentum abschaffen, alle Güter als Gemeingut erklären und alle Güter teilen wollen. Kein Vater hätte dann das Recht, seinen Kindern durch ehrliche Arbeit erworbenes Gut zu vererben und seine Kinder im Leben voranzubringen. Alle Lust und Freude am Schaffen würde dem Menschen vergehen! Keine Regierung darf solche volksfeindliche Strömungen zulassen!

4. Ihr sollt wählen Männer und Frauen, die verlangen, daß der christliche Geist unserem Volke erhalten bleibe — der christliche Geist, der in Europa die Grundlage aller Kultur war und bleiben muß; der christliche Geist in der Familie, der christliche Geist in der Schule; denn die Schule wird von den Steuergeldern des christlichen Volkes erhalten und alle Eltern haben das Recht, das unabweisliche Recht, eine Erziehung ihre Kinder zu verlangen, wie sie ihnen paßt.

Wir verlangen auch die Freiheit der Kirche, der religiösen Genossenschaften und Vereinigungen.

5. Ihr sollt Vertreter wählen, die eintreten für eine wirkliche Volksregierung mit einem Oberhaupt, das unabhängig ist von jeder Partei, das durch christliche Ueberzeugung und christliche Lebensführung dem Volke ein Vorbild ist und bei dem das Volk allezeit Gerechtigkeit und Liebe findet.

Christliche Frau, begreift Du nun, um was es geht?!

Es geht um die Existenz des ganzen christlich-deutschen Volkes in Deutsch-österreich; Dein „ja“ oder „nein“ ist ausschlaggebend dafür.

Boenen-Verkaufsstelle 7744. —
Stadtwirtschaftl. I. Schulen-
Kraße 11. Fernsprecher: 2926.

Einzelgen. Annahme: Wien,
VIII. Strassg. 8. Fernsprecher:
13870, 18082, 22641. Wien, I.
Schulterstraße 11. Fernsprecher:
2926, 8374, sowie bei allen An-
zeigennachnahmen des In- und
Auslandes.

Kleiner Anzeiger: Wien, VIII.
Strassgasse 8. Fernsprecher:
13870, 18082, 22641. Wien, I.
Schulterstraße 11. Fernsprecher:
2926, 8374, sowie bei allen An-
zeigennachnahmen.

Einzelpreise:

Morgenblatt 24
Son- und Feiertagsblatt 24
Wochenblatt 10

Reichspost.

Unabhängiges Tagblatt für das christliche Volk.

Einzelheft 20
halbjährlich 99

Für Österreich-Ungarn:
bei täglich zweimaliger Postver-
sendung

monatlich K 7.40
vierteljährlich 22.—
halbjährlich 44.—

bei täglich einmaliger Postver-
sendung

monatlich K 6.70
vierteljährlich 20.—
halbjährlich 40.—

Für Deutschland:
viertel. Kreuzband/emb. K 23.—
und durch die Postämter laut vor-
ausgesetzter Postbestimmungen

Änder des Weltpostvereins:
viertel. Kreuzband/emb. K 28.—

Nr. 17

Wien, Samstag, den 11. Jänner 1919

XXVI. Jahrgang

Forderung nach dem Rücktritte Eberts und Scheidemanns. Ententekommissär Dr. Taylor für den wirtschaftlichen Zusammenschluß der Nationalstaaten.

Wir wollen mitreden!

Ein Wort zu dem Eheverderb-Gesetz.
Von einer Wiener Wählerin.

Sie wollen es also noch durchaus vor den Wahlen haben. Die Eheverderberei soll noch vor der konstituierenden Nationalversammlung durchgeführt werden. Man muß bekennen, es hat diese Eile des Herrn Dr. Osner und seiner sozialdemokratischen Gefolgschaft ihre guten Seiten: Wir Wählerinnen erfahren da, wie man es mit uns meint und was wir Frauen von Parteien zu erwarten haben, die diese Ziele auf ihre Fahne geschrieben haben.

In dem Gesetzesentwurf zur Änderung der Ehegesetzgebung behaupten die Urheber Dr. Osner und Baron Hod, daß der moderne Staat die Verstaatlichung des Institutes der Ehe und die Abschaffung aller konfessionellen Verschiedenheiten verlange, und daß vom Staate die Ehe „nur als soziales Institut“ zu behandeln sei. Die christliche Frau wird nie zugeben, daß die Ehe, mit der sich zwei Menschen für Leid und Freud, für alle Schicksale und Heimtücken, für die eigene gegenseitige Bereicherung und die Erziehung ihrer Kinder verbinden, nicht viel mehr sei, als ein Dienstbotenvertrag oder ein Abkommen, das ein reicher Fabrikherr über die Wohnung und Versorgung seiner Arbeiter schließt. Wir werden uns nie denken können, daß die Ehe, das heilige Institut des Menschengeschlechtes, von dem Goethe sagte, daß es „der Anfang und Gipfel aller Kultur“ sei, der göttlichen Weihe beraubt werden dürfe, ohne daß der Staat sich selbst untergräbt. Aber sei es drum: Wir wollen mit den Urhabern des Gesetzes nur von dem sozialen Charakter der Ehe sprechen, zumal nach den Anträgen im Ausschusse der provisorischen Nationalversammlung vorläufig die kirchliche Trauung und die kirchliche Patrimonialführung verbleiben und die gesetzliche Veränderung im wesentlichen nur darin bestehen soll, daß die gesetzliche Unauflöslichkeit der katholischen Ehe aufgehoben und die Trennbarkeit der Ehe nur bei bestimmten erheblichen Gründen, zum Beispiel

Ehebruch eines Gatten, Mißhandlung, bei böswilligem Verlassen oder „vollkommener Zerrüttung“ der Ehe, möglich sein soll. Die Verfasser dieser Gesetzesänderung tun sich etwas darauf zugute, daß sie mit einem sanften Kompromiß sich begnügen und nicht die staatliche Zivilehe und die allgemeine Trennbarkeit der Ehe einführen, sondern die Auflösung des Ehebandes nur auf bestimmte schwere Fälle beschränken wollen. Es gibt jedoch darüber keine Täuschung, daß mit dem Grundgesetz die Einrichtung selbst fällt. Heute will man die Trennung nur bei gewissen Fällen gestatten, morgen wird man finden, daß es auch noch zehn, zwanzig andere Gründe gibt, welche den Anspruch auf Ehetrennung gewähren, und man wird mit Zug und Bedenken, daß es sehr unrecht sei, den einen zu einer unauflösliehen Ehe zu verpflichten, nur weil es in seinem Hause zu keinem Ehestand gekommen ist, oder weil er seine Frau nicht wiederholt mißhandelt hat. Ganz folgerichtig wird man dann die allgemeine und bedingungslose Auflösbarkeit der Ehe aussprechen, so wie es noch in jedem Lande gekommen ist, das die gesetzliche Unauflöslichkeit der katholischen Ehe verlassen hat. Wo einmal die Fesseln des Ehebandes gelockert wird, dort gibt es für die Gesetzgebung kein Halten mehr. Man verbräme also, was man tun will, nicht mit glatten Redensarten, man spreche die volle Wahrheit aufrichtig und ehrlich aus: Man strebt auf dem betretenen Wege der freien Lösbarkeit jeder Ehe zu und will alle Konsequenzen genehmigen, die damit verbunden sind!

Es ist keine anglische Phantasie, die diese Konsequenzen ausmacht. Die menschliche Erfahrung zeigt sie uns bereits mit erschreckender und durch keine Verleumdungskünste mehr zu beschönigender Deutlichkeit an den Folgen der Ehegesetzgebung in Frankreich und zahlreicher amerikanischer Staaten. Die Ehetrennung, die mit dem Divorce-Gesetz in Frankreich eingeführt worden ist, wird zum Grabe der französischen Nation. Jährlich hören wir die Männer der Wissenschaft Frankreichs aus den kalten Zahlen der Statistik dies beweisen. Das Zweielindersystem, seit langem her schon in gewissen Teilen Frankreichs heimisch, hat einen so unheimlichen Umfang angenommen, seit vor zwanzig

Jahren jene Ehetrennungsgesetze die Rechtsicherheit der Ehe zu erschüttern begannen, die Frauen anfangen, Kinder als lästige Erschwerung einer eventuellen zweiten Ehe zu fürchten, und die Familiengründungen von Anfang an mehr auf das Auseinandergehen, als auf das Zusammenbleiben eingestellt wurden. Woher soll eine Frau auch den Mut nehmen, ihrem Gatten und der staatlichen Gemeinschaft Nachwuchs zu schenken, wenn sie nicht weiß, ob sie mit ihrem Schöderl Kinder, von ihrem Manne aus der Ehe gestochen, der bittersten Not preisgegeben sein würde? Das ist das Brutale in dem Sexualleben, wie es von Männern eingerichtet wird, die darin nur einen tierischen Prozeß erblicken, daß alle Vorteile zugunsten des Mannes und alle Nachteile zugunsten der Frau gehen. Die Barbareien der Ehegesetzgebung in den verschiedenen Staaten wären nicht möglich gewesen, wenn der Egoismus einer für gewissenlose Männer zugeschnittenen Sexual-eheil von den Frauen auf dem Boden der Gesetzgebung hätte bekämpft werden können. Der Mann schüttelt die Folgen des Ruins seiner Ehe ab; selbst wenn ihm Kinder verblieben sind, wird er sich leicht wieder verheiraten können. Die Frau, die einmal verheiratet war, hat praktisch nicht mehr die gleiche Fähigkeit zur Wiederverheiratung, namentlich wenn sie Kinder hat, und gar dann, wenn sie etwas älter geworden ist und sie nicht mehr der Reiz der Jugend verleiht.

Das Recht auf Ehetrennung ist deshalb ein sehr ungleiches Recht, die Frau ist dabei fast immer im Nachteile, das Recht des Mannes ist ein Unrecht gegen sie. Zu unbarmherziger Härte aber werden die Folgen einer zerstörten Ehe für die Kinder, die den Gatten auf der Suche nach Wiederverheiratung zu lästigen Pleigevächtern werden, und wenn es dann zur Wiederverheiratung kommt, in der neuen Gemeinschaft das bittere Los der Stiefkinder zu tragen haben.

Vielleicht wären die sozialen Folgen der geplanten Ehegesetzgebung noch erträglicher, wenn uns deren Urheber verbürgen könnten, daß nach der Schaffung dieses Gesetzes die Zahl der zerstörten Ehen nicht wach-

Zukunft. Was ihr Mann missamt den Leinwandern verdienen, reicht knapp für ihn, wenn er sich nur halbwegs schliefen wolle, und sie werde schließlich irgendeine Beschäftigung finden. Abgesehen von diesen schmerzhaften materiellen Momenten ist ihr aber überhaupt die ganze neue Situation wenig sympathisch, und sie drückt das recht drastisch aus: „Drei Jahre war man Beamtin und hat außerhalb des Dienstes keinen Herrn über sich gehabt, und jetzt ist man wieder nichts als der Dienstreisende vom Mann und den Kindern! In Wädring allein sind schon in den paar Wochen drei Ehen auseinandergegangen.“

Der Pöckelndorfer Wagen kommt; die Schaffnerin gibt die Lasten, die Kreisange und den Tagesausweis samt Kosma ab, und wird dadurch a. D., und ich fahre nach Hause. Vor dem Tor sitzt die Hausmeisterin mit zwei Jungen, sehr blaffen Mädchen, deren ganzes Äußeres in merkwürdigem Kontrast zu ihren hohen Stöckelköpfen und den seitlichen Wimpern steht. Es sind die Lächler, die ebenfalls „abgerüstet“ haben. Vor ein paar Wochen erklärte die alte Frau noch von phantastischen Summen, die die Lächler in der Fabrik im Saalraum verdienen, und jetzt ist das vorbei. In Gegenwart der Mädchen, die dazu herausfordernd lachen, sagt sie, daß die „Mensch“ bis in den besten Tag hinein schlafen und den ganzen Tag essen wollen. Und trotzdem die Mädchen zwei Jahre hindurch zusammen vierzig Kronen per Tag verdient hätten, bezähen sie jetzt nicht mehr einen Heller, weil alles auf „Fetzen“ und Nachverl aufgegangen sei. Ob ich nicht irgendeine Arbeit für die Mädchen wisse? Auf meine Bemerkung, daß doch noch immer ein empfindlicher Mangel an Hauspersonal herrsche, fahren mit die jungen Damen beinahe ins Gesicht. Die ältere stemmt die Arme in die Hüften und meint: „Da wären mir schon blöd! Dazu hab' ich mit net die schwere Arbeit in der Kiecherei gemacht, daß wir jetzt die Schlämmen bei ons Kriegsgewinnern abgeben sollten. Da war' ich mir halt demontrieren und unser Recht bezug kungen. Das war' no' länger...“

Abrüstung der Wienerinnen.

Die etwas voluminöse Schaffnerin mit dem aufmüthig lachenden Gesicht, die drei Jahre hindurch prinzipiell an Anwaldden und Soldaten mit schweren Rucksäcken vorbeigang, ohne einzukassieren, ruff: „Gerikhof — alles austreten!“ Dann aber reißt sie zu den „Kommunikationern“, streckt ihnen die Hand entgegen und verabschiedet sich für immer. „Meine letzte Fahrt heute“ sagt sie. „Wann i wieder mit der Elektrischen fahr', bin i selbst Kassierarin.“

Sie wartet noch auf Anschlag noch Pöckelndorf, die Schaffnerin auf ihre endgültige Verfassung, und so kommen wir ein wenig ins Getöse. Sie erzählt, daß jetzt allwöchentlich einige hundert Schaffnerinnen „abgerüstet“ auf die Straßen gehen, die Frauen von Pensionisten und wieder fahrenden Konduktoren, dann die verheirateten Frauen, deren Männer überhaupt Arbeit haben, und dann die Witwen. Ein paar Wochen noch, und die letzte Schaffnerin gehört der Irrenschaft an.

Sie, die mir das erzählte, achtet zu der Kategorie der Frauen, deren Mann wieder in den Dienst der Straßenbahn einberufen ist, sie ist also in einer verhältnismäßig guten Situation. Sie veranlaßt mich durchaus nicht zu Frieden und hat besternde Ansat vor der

Sie enthielt mich jeder weiteren, erschütterlich unfruchtbarer Diskussion, begehete mich zum militärisch und extreme mich einer Schüssel Zuerücken, die im Gesicht an erfrorrene Erdäpfel, Fischerslein und Kamillentee erinnert. Aber auch dieser Genuss bleibt nicht ungehört. Am Tage vorher hatte ich gesprächsweise einem benachbarten Kaufmann gegenüber geäußert, daß ich für zwei bis drei Stunden des Tages eine Schreibkraft brauche. Na übertröher Gefälligkeit hatte der Kaufmann einen Bittel mit derartigen Angebot in das Auslagenheft geklebt, und nun kam eine Hochflut von Stellungsstüchenden heran. Fast ganz junge Dinger von kaum sechzehn Jahren. Viele hatten noch im November fünfzehnt und sechshundert Kronen monatlich in irgendeiner Penitente verdient, und nun erklärten sich alle mit einem bescheidenen Verdienst zufrieden. Die meisten bezogen sogar noch ihren Gehalt, hatten aber nichts mehr zu tun, und sie alle ärmliche das Gespenst der völligen Erwerbslosigkeit. Da kam unter anderen ein abgeworbene Gymnasialin mit trosten Sprachenfeminist. Sie hatte in einer Wiener Adressenkarte gearbeitet und dort einen geringen Gehalt bezogen. Nun aber fahrten die Kompagnen und Kollegiatoren aus dem Stuhl in der Kanalei mehr frei. Der Adressat hatte ihr in nobelster Weise den Gehalt eines Vierteljahres ausgereicht — aber was nun? Das junge Mädchen sieht ihre und ihrer Schicksalsgenossinnen Zukunft durch recht schwarze Brillen. Einerseits die absolute Unmöglichkeit, wieder das Hauskutschentzen zu spielen, wie es sich früher einmal die Tochter des höheren Beamten oder Offiziers leisten konnte, andererseits auf Jahre hinaus keine Aussicht, eine erträgliche Stellung zu finden. Bleibt als einzige Möglichkeit die Seitar, und diese Möglichkeit erscheint angesichts der verworrenen und unklaren Verhältnisse und der ungeheuren

Arbeitslosigkeit in den Kreisen der männlichen Intelligenz verschwindend gering.

Am Abend sah ich im Café und las Zeitungen. In Robentisch unterhielten sich junge Leute, die das Recht haben, in ihrer noch ungebildeten Lebensweise die Dinge von der heiteren und lockeren Seite zu betrachten, über ihre kleinen und großen Liebesabenteuer. Und jeder fast erzählt von A-D-Mädlein, mit denen er hier und dort angebandelt, ständliche, noch Lagen oder auch nur noch Stunden zählende Beziehungen unterhalten hatte. Und aus dem Gespräch erlah ich, daß diese bisher oder noch in den Militärämtern beschäftigten jungen Mädchen das Wiener süße Mädel von heute verkörpern, aber nicht den lieben, leichtsinnigen Frauen von einst, sondern das Mädchen, das Hunger hat, Schade und Stummisse braucht und angefaßt des unerbörten Luxus umher, von dem es sich auf ehrliche Weise auch nicht ein winziges Stückchen ergattern kann, den Boden unter den Füßen verliert, und vollends jetzt, wo es stellenlos ist oder morgen werden muß, die letzte Beute des Mannes wird, der so aussteht, als ob die Bekanntheit mit ihm ein paar warme Überbleiben oder Stiefelchen mit Luchciniat garantieren würde.

Die Frauen demobilisieren, aber der häusliche Herd, an den sie nun zurückkehren sollen, ist kalt und leer, und die Abstrichuna bedeutet für sie nicht den wohlbedienten Frieden, sondern den abstraktesten Kampf um Brot und Kleidung. Und denen, die vom Schicksal mit einem hübschen Gesicht und schlanke Gliedern beschenkt wurden, winkt als das gefährlichste Kampffeld die Strake! Gefährlich für sie, die dabei zur Grunde gehen müssen, gefährlich für die ganze neue Generation, die das Mädchen aus der Munitionsfabrik und den Kriegshilfsämtern als Wiederaufbauerin und Mutter braucht. Eine schwere, ernste Sorge in einem Umfang, der keinesgleichen in der Weltgeschichte noch nicht gehabt hat, entsetzt den Führer und

Gesetzgebern des neuen, jungen Staatswesens, ein Krankheitsbild tritt auf, das wahrhaftig nicht bekämpft werden kann, indem man neue Verordnungen gegen Prostitution und Unfruchtbarkeit erläßt.

Die Schaffnerin, die Kabrifarbeiterin, das A-D-Mädel, sie alle bilden ein Problem, das an den schwersten dieser furchtbaren Zeit gehört.

Zum Problem der geistigen Frau.

Von W. W. Goethe.

Zwei Extreme zu innigster Freundschaft verflochten; zwei Vorübergehender geistiger Anschauung und darum — wie es die Zweckzahl in Verbindung mit Vollkommenheit schon an sich bedingt — von schlechthin polarer Gegenständigkeit; der naive Mensch und der sentimentalische; der weibliche Mensch und der männliche; all dies in zwei Namen, einem Beispiel, dem einzigen, genannt, heißt: Goethe und Schiller. Es soll hier nur das Idealbeispiel genannt werden.

Von jeder gilt Goethe als das Schulbeispiel des weiblichen, Schiller als das des sentimentalisch-männlichen — Schillers nicht etwa Menschen. Es folgt er auch niemand aus dieser Einreihung, daß nun etwa Goethe ein vorzugsweise weiblicher Mensch sei. Er war, um Bekanntheit noch mehr zu sagen, viel mehr als das; er war, wie jeder universelle Mensch, von seelischer und geistiger Zweigeigenschaft. Er vereinte die unbewußte Schöpferkraft des Naturgenies, eine ungeriffene Aktivität des Welt- und Werkerlebens mit der ungeriffenen Intelligenz und dem kritischen Verstand des Naturmannes; aber schon das Ueberhaupt-vorhanden-sein der ersten Eigenschaften macht ihn zu diesem als „weiblich“ bezeichneten Schiller, während das eigentliche Weib: Goethe la oben in dem verhältnißmäßig zusammengezogenen dieser gegenständlichen Gaben bewußt. Künstlicher einfacher formulierbar, weniger frei als nicht vielfältiger, so doch unendlich disharmonischer steht daneben der Typ Schiller: von Kantischer Willenshaftigkeit, aber zweifelsohne, ewig im Kampf mit sich und der Welt, in lebensvoller Bewußtheit seine Hochziele verfolgend, deren Aktivität entschlößt, in paradiesverlorener schwergläubiger Männlichkeit.

Jeder geistige Mensch, sei er Mann oder Frau, wird notwendig einem dieser Typen irgendwie angehören müssen; mag sein, daß er, je nach verschiedenen Lebensabschnitten, zwischen den beiden schwankt. Auf welche Seite, in der großen Wechselskala aller Fälle, sich der geistige Mann löst, wird, ist allgemeingültig nicht festzulegen, dagegen läßt sich von der geistigen Frau mit fast unumstößlicher Sicherheit voraussetzen, daß sie keineswegs „weiblicher Künstler“ sein, sondern dem männlichen, sentimentalischen, dem Schillerstypus angehören wird.

Dies liegt ein Oberflächensurrogat vor, der schon in geistiger Weise seine Erfüllung findet. Es läßt sich die Voraussetzung aufstellen, daß die notwendige Schöpferkraft, die

von der Natur aus gesehen, das Wesen lebendig der geistigen Frau ausmacht, sich, sobald sie auf geistige Welt überzogen wird, zur männlichen Intelligenz ebenso zugehörig verhält wie männliche Schöpfer- und Fortschrittskraft zu weiblicher Intelligenz oder besser Intellektualität. Folgendes diene zu richtiger Erläuterung: Die intellektuelle Frau ist ein Widerspruch an sich. Ursprünglich dazu bestimmt, ihre Schöpferkraft nur körperlich auszuwirken, ist sie, folgerichtig die Naturgenialität im geistigen Sinn verlagert. Gelangt sie trotzdem, insoweit starker intellektueller Veranlagung, durch Erziehung oder Beispiel, zum geistigen Werk, so geschieht dies notwendig in vollkommener, nicht etwa naiver Schwachsinnigkeit. Die intellektuelle Frau ist immer sentimentalisch, sobald sie, wie ungedeutet, weibliche Intellektualität stets mit (dem Wesen nach) männlichem Schöpferstern paart. Es ist eine psychologische Folgerichtigkeit, daß der intellektuellen, das heißt männlich gewordenen Frau nur noch der Weg zum Ganz-Männlichen freisteht, da (geistige) Naturgenialität bei der zur Natur bereits über durch ihre Intellektualität in Widerspruch stehenden Frau die Schöpferkraft beinahe ebenso vergeblich würde, als wenn sich der schöpferische Mann plötzlich auch zum Kindergebären befähigt fände. Der Idealfall Goethe (Allgemeinere Natur, die sich in Geisteswert umsetzt) ist der Frau ein für allemal verlagert.

Daß nun aber sie, die geistige Frau, ein Widerspruch in sich sei, steht — in den weitaus meisten Fällen — niemand härter und schmerzlicher als sie selbst. Schindlich ist sie sich der Witterhaftigkeit bemußt nicht mehr Frau und noch nicht Mann zu sein. Psychologisch, fast immer auch geschlechtlich, ist sie Frau geblieben; daran schleppt nur der männliche (oder vielmehr, dieser Verbindung wegen, weibliche) Intellekt, und diese Widerspruchslage hindert die geistige Frau fast ausnahmslos, sich dem sentimentalischen Schillerstypus bis zu völliger Auswirkung im erkämpften Wert anzugleichen. Freilich erklärt sich die Unruhbarkeit im Werte, die sich letzten Endes bei fast allen geistigen Frauen findet; jedenfalls ist die Tatsache, daß alle geistige Schöpferkraft hinter der männlichen noch weniger unendlich weit zurückbleibt, nicht abzuleugnen. Und allein diese Zurückständigkeit macht es verständlich, daß der nur durch „kritische“ Mann schon am Ausgangspunkt das gleiche Format besitzt, wie die hochbegabte Frau, und daß diese endlich im geistigen Selbstüberwindung, sorgfältige Talentpflege anwenden muß, um inhaltlich dahin zu kommen, wo sie formal schon steht. Zur eigentlichen Schöpfung zu gelangen, ist ihr meist auch damit noch verlagert, bestmöglichst gelangt hoch zu werkende Schöpferkraft und Kritik schon geübterer Tatkraft, wie es bei der stets als „männlich“ bezeichneten Natur der Frau ist, und in der

ganzen Geistesgeschichte könnte man nur die eine Ausnahme gelten lassen, welche die Regel: der Frau ist die (geistige) Naturgenialität verlagert, bestreitet: Selma Lagerlöf. Die Schriftstellerin bildet überhaupt das Schulbeispiel dafür, daß 99 Prozent der intellektuellen Frauen über den Grad dieser Witterhaftigkeit nicht hinauskommen vermögen. Denn sobald sie sich mit ganzer Kraft des Geistes und der Seele (von oberflächlicher Unterhaltungs-Vielheit ist hier natürlich abgesehen) zu einem Wert sammelt, gestaltet sie fast ausschließlich nur sich selbst, in hundert Abwandlungen immer fast selbst, ihre Zweifeln, ihre Bereitwilligkeit, ihre Sehnsucht nach vollkommener Harmonie; in einer Selbstlosigkeit, die der schreibenden Mann nur in Ausnahmefällen kennt. Selbstverständlich findet man auch beim männlichen Schriftsteller dies Nur-sich-selbst-Sehen und -Schalten. Als edelstes Beispiel dieser Art hat im Schrifttum der Gegenwart wohl Thomas Mann zu gelten, dessen eigenes Gut eben jene bis zur Verleugung gehende Selbstbildung, jenes Schmeicheln nach verlorenen Einfachheit ist. Wie weit hierbei eine weibliche Intellektualität des Dichters die Schuld trägt, mag dahin stehen; letzterer erklärt sich nebenbei bemerkt, seine schmerzvolle Witterhaftigkeit aus der nordföhlischen Massenmischung, die ihre gemeinlich hochbegabten Abstammung nie ohne seelischen Bruch in die Welt schickt.

Insmerhin ist eine Witterhaftigkeit, die bis zur Witterbinderung, ja Wittertötung geht, beim geistigen Mann ein Einzelmarkt, während sie bei der geistigen Frau unumgängliches Schicksal ist. Was kann nun geschehen, um diese Spaltungen auszufüllen, aus dem Regativen Neuen zu ziehen, festzuhalten und darum beschließenden. Aber des Frauengeistes Furchtbarkeit zu waschen! Es ist dafür zu halten, daß die Erfüllung der Frau auch hier beim Mann liegt, und daß nur ein höherer Weg zu dem oben angedeuteten Ziele führt: die geistige Zusammenarbeit mit dem Mann. Möglicherweise besteht die differenziertere Mann unserer Zeit das Bedürfnis nach geistiger Kameradschaft mit der Frau kennt; und dauernd möglich kann sie sein, wenn die Frau genügend Güte (Weiblichkeit) und der Mann genaue Kraft (Männlichkeit) — beides im geistigen Sinn — besitzt, um Strömung herab zu überwinden.

Sobald nämlich die Frau niemals unterdrückbare geistige Bedürfnisse findet — und Gefühlsverfälschung nicht voraussetzung eines solchen Verhältnisses — verliert die Witterung ihre Schrecken, und der Geist der intellektuellen Frau vermag sich auszuwirken ohne Hemmung durch geschlechtliche Elemente. Die Begriffe der Unterordnung, der Selbstausgabe werden hier, wo eine höhere Erfüllung stattfindet, zu bloßen

Worten. Die Frucht einer solchen ausübenden Gemeinlichkeit wird heillos kaum überlegend eigenes Wert der Frau sein. Aber hieran wird die Erfüllung der wirklich Frau gebührenden und Frau sein wollenen Intellektuellen — nur von dieser ist die Rede — kaum löslich. Dieser noch als in der Formerschen Begriffe sie in der geistigen Gemeinlichkeit, daß keine Fallsame der Natur den Mann zum Zeugen, die Frau zum Empfänger geistigen hat; die physiologische Verschleidenheit offenbart sich als tiefes Geheimnis. Ein geistiges Kind, das die Frau gebiert, wird stets die Züge des Vatergeistes tragen; so ist es der Gefahr entzogen, der Dominanz zu werden, der die Mutter, auf sich allein gestellt, wahrcheinlich in die Welt gesetzt hätte. Aber sobald die Gemeinlichkeit fest und innig genug geworden ist, wird es dem Bedürfnis der Frau reiflos genügen, den in sie gelegten Gedanken des Mannes zu hegen, ihn Lebenskraft zu schenken, ihn schließlich geklärt dem Mann zurückzugeben, auf daß er ihn zum Wert vollende. Hier, wo weiblicher Intellekt und männlicher Schöpferkraft sich zur vollen Einheit vereinen, endet ihre Aufgabe.

22.1.1919

Die Frauen und die Kirche.

Von
Dr. Renetta Brand-Wyt.

Eine Frage macht es besonders den unentschlossenen Frauen schwer, sich parteipolitisch zu entscheiden, und das ist die Frage: Wie wird im neuen Deutschland die Stellung der Kirche sein?

Zwar ist diese Frage nicht die Hauptfrage in unserer kritischen Zeit, aber sie ist für viele die Herzensfrage. Wo viele Frauen wählen, da ist es leicht, diese Gefühls- und Herzensfrage als wichtigste hinzustellen. Das wissen die parteipolitischen Männer sehr wohl. Sie greifen die Worte: „Trennung von Staat und Kirche“ auf und geben diesem Schlagwort die Bedeutung, als handele es sich um die Entzerrung des Staates und die Gefährdung der Religion!

Prüfen wir daher noch in letzter Stunde vor der Wahl an der Hand der verschiedenen Parteiprogramme die Stellungnahme der verschiedenen Parteien.

Wie stellt sich das Erfurter Programm der Sozialdemokraten zu dieser Frage? Klipp und klar fordert dieses „Erlösung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbständig ordnen“. Das heißt also: ob man einem Sportverein, einer politischen Partei, einem Berufsverband oder einer Religionsgemeinschaft angehört, das ist vom sozialistischen Standpunkt aus betrachtet ganz gleich, das ist Privatsache. Die Kulturaufgaben der Kirche sind hiermit verkannt, und es wird wenig nichtsozialistische Wähler und Wählerinnen geben, die diesen schroffen Standpunkt der sozialistischen Partei als richtig anerkennen.

Die Christlich-demokratische Volkspartei — das alte Zentrum — hat den Rahmen zur Lösung der Kirchenfrage am weitesten gefaßt, denn zu ihren Leitfäden gehört zuerst die Forderung „vollkommene, durch völkerrrechtliche Bindungen gesicherte Unabhängigkeit des Heiligen Stuhles“, und dann erst die Ablehnung „gewaltfamer Aenderung der staatlich-kirchlichen Rechtsverhältnisse“. Es ist seitens des Zentrums das Lösungswort gefunden, das weit über die heimatische Grenze hinaus bis zu Rom reicht. Es gehört geschichtliche Kenntnis dazu, den Sinn dieser beiden Forderungen richtig zu verstehen: es bedeutet nichts anderes als Unterordnung des Nationalstaates unter römische Kirchenherrschaft. Die Umgestaltung der alten Zentrumspartei zur „Christlichen Volkspartei“, die erfolgte, um auch evangelische Christen für den Eintritt in die Partei zu gewinnen, konnte an dieser Haltung nichts ändern.

Der Standpunkt der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei in dieser Frage ist durchaus nicht derselbe. Während jene sich deutlich ausdrückt und wörtlich sagt: „die geschichtlich übernommene Verbindung von Staat und Kirche darf nicht aufgelöst werden“, hat sich die zuletzt genannte Partei nur für eine „Erhaltung und Durchdringung des Christentums in unserem Staats- und Volksleben“ ausgesprochen. Hier ist also weder für noch gegen Trennung von Staat und Kirche Stellung genommen und, man möchte sagen, nur einer freundlichen Gesinnung der Religion gegenüber Ausdruck verliehen.

Die Deutsche Demokratische Partei verlangt „Freiheit des Gewissens und der Religionsübung. Eine Trennung von Staat und Kirche ist nur denkbar unter voller Wahrung der Würde und unter Sicherung der finanziellen Selbständigkeit der Kirche“.

So verhalten sich die Parteiprogramme. Wie verhalten sich aber die Parteien selbst im Wahlkampf zu der strittigen Frage? Da zieht man ganz demagogisch eine Demarkationslinie und läßt alle sozialistischen oder bürgerlichen Demokraten links vom Strich, alle anderen Parteien rechts des Striches aufmarschieren und prägt dann das Schlagwort: „Hier Kirchenfeinde — dort Christen!“

Und doch ist kein Flugblatt so religiös gehalten und so weitherzig und wahrhaft deutsch wie das Flugblatt der Deutschen Demokratischen Partei über die Frage der Trennung von Staat und Kirche. Ja, im neuen Deutschland sollen weiterhin die Kirchenglocken läuten! Nicht nur dem Gelärte soll Folge geleistet werden, die Religion soll mehr als je der Souverän unseres persönlichen, häuslichen, kirchlichen, aber nicht des politischen Lebens sein. Weshalb steht denn die Deutsche Demokratische Partei im Kampfe um die Religionsfrage in Staat und Schule hinter den anderen Parteien zurück? Warum hat für diese Partei das Schlagwort „Trennung von Staat und Kirche“ keine werbende Kraft?

Vielleicht, weil diese Frage dem Kirchlich-Liberalen eine tief innerste Angelegenheit ist, eine Angelegenheit, so heilig, hoch und

Ueberfluß an Lehrerinnen.

Die Aussichten der jüngeren Lehrerinnen sind recht schlecht. Von den Lehrerinnen, die im Juli 1918 in den sechs Wiener Lehrerinnenbildungsanstalten reif erklärt wurden, konnten rund 200 keine öffentliche Lehrstelle erhalten. Den Lehrerinnen, die in den Jahren 1916 und 1917 nach Ablegung der Reifeprüfung angestellt wurden, droht jetzt die Entlassung, die offenbar nur mit Rücksicht auf die bevorstehenden Wahlen noch nicht durchgeführt wurde. Aber auch die Lehrerinnen, deren Ausbildung in den Jahren 1914 und 1915 vollendet war, haben durchaus nicht in ihrer Mehrzahl das Recht auf eine feste Anstellung erworben, da sie zumeist in dem Anstellungsschein die Anmerkung haben, daß sie nur für Kriegsdauer angestellt werden.

Zu diesen teils stellenlosen, teils in ihrer Stellung bedrohten Lehrerinnen wird im Juli 1919 ein neuer Nachwuchs von mindestens 200 Lehrerinnen stoßen, sind doch alle sechs Lehrerinnenbildungsanstalten überfüllt. Auch in den Folgejahren wird das Heer der stellenlosen Lehrerinnen alljährlich um mindestens 200 vermehrt werden. Wohin mit den vielen Lehrerinnen? Diese Frage ist der ernstesten Erwägung wert.

Vor allem sollte vorgebeugt werden, daß das Heer der stellenlosen Lehrerinnen nicht alljährlich in solch übermäßiger Art vermehrt wird. Warnungen vor dem Zubranga zu den Lehrerinnenbildungsanstalten erweisen sich als wirkungslos; das Lehren wohl auch die Erfahrungen, die man mit den Warnungen vor dem Zubranga zu den Mittelschulen gemacht hat. Es gibt nur ein wirksames Mittel: im nächsten Schuljahr darf keine der bestehenden sechs Lehrerinnenbildungsanstalten neue Köpfe aufnehmen. Dieses Verbot wird vielen Eltern die Augen öffnen und sie werden ihre Töchter einem anderen Berufe zuführen.

Über auch im zweinsten Schuljahr sollen nicht alle sechs Lehrerinnenbildungsanstalten erste Jahrgänge eröffnen dürfen, sondern höchstens eine der Anstalten, und auch in den Folgejahren soll es in Wien immer nur einen ersten Jahrgang geben, bis alle ausgebildeten Lehrerinnen untergebracht sind und wieder ein stärkerer Bedarf an Lehrerinnen sich einstellt.

Das sind nun freilich Maßregeln, die den Bestand einzelner Anstalten bedrohen. Tatsächlich wäre eine Verminderung der Zahl der Wiener Lehrerinnenbildungsanstalten sehr empfehlenswert. Wir haben jetzt drei staatliche Anstalten und drei Musterschulen. Die Ausbildung der Lehrer und Lehrerinnen sollte ein Vorrecht des Staates sein und nicht ein Privatgeschäft geistlicher Vereinigungen. Das republikanische Lehrerbildungsgezet, das die neu zu wählende Nationalversammlung beschließen soll, wird hoffentlich die Errichtung privater Lehrerinnenbildungsanstalten nicht mehr gestatten.

Aber auch die drei staatlichen Anstalten sind zur Deckung des Bedarfes nicht nötig. Eine einzige Anstalt genügt. Die Lehrerinnenbildungsanstalt des Bismarckmädchenseminars sollte in eine Anstalt zur Heranbildung von Mädchen, die sich sozialen Berufen widmen wollen, verwandelt werden und die Lehrerbildungsanstalt des Offiziersstörchens in eine hauswirtschaftliche Musteranstalt.

Dieser Plan deutet zugleich an, was mit den stellenlosen Lehrerinnen geschehen soll. Wir brauchen dringend eine Vermehrung der in sozialen Berufen tätigen Mädchen und Frauen. Dem Gemeinderat liegen diesbezüglich schon Anträge vor, die die Anstellung von Wohnungsfürsorgerinnen empfehlen. Andere Anträge

empfehlen die Errichtung neuer Kinderheime und Fürsorgeanstalten, die Erbauung von Kinderspielfeldern und Tuberkulosefürsorgestellen. Man wird den stellenlosen Lehrerinnen Gelegenheit geben müssen, sich solchen sozialen Anstalten zuwenden.

Die Lehrervereine haben noch andere Vorschläge erstattet, deren Durchführung die Versorgung der stellenlosen Lehrerinnen und Lehrer ermöglichen würde. Die Lehrerschaft wünscht, daß die ausgebildeten Lehrpersonen beim Uebertritt in den Ruhestand keine Einbuße in ihrem Einkommen erleiden. Dadurch würden viele Lehrpersonen, die aus Angst vor der Einbuße ihren Uebertritt in den Ruhestand verzögern, bezogen werden, ihre Stellen der jüngeren Lehrerschaft zu überlassen.

Die Lehrerschaft wünscht ferner eine Herabsetzung der Schülerzahl in den einzelnen Klassen. In der Kriegszeit konnten die Volksschulen durchaus nicht die Forderungen der Lehrpläne erfüllen; wird die Zahl der Schüler herabgesetzt, so könnte dieser Kriegsschaden leichter behoben werden. Die Herabsetzung der Schülerzahl würde zu einer Vermehrung der Klassen und damit auch der Lehrstellen führen.

Wünschenswert wäre ferner ein Verbot von Ueberstunden an den Bürgerschulen. Die Lehrverpflichtung der einzelnen Lehrpersonen ist hoch genug bemessen, so daß namentlich bei den jetzigen Ernährungsverhältnissen eine Mehrarbeit sicherlich keine gute Arbeit sein kann. Das Verbot von Ueberstunden hätte zur Folge, daß mehr Lehrpersonen angestellt werden müßten. Der Unterricht an Fortbildungsschulen kann deswegen nicht in Tagesstunden erteilt werden, weil er ein Nebenverdienst der am Tage beschäftigten Lehrer und Lehrerinnen ist. Wird dieser Nebenverdienst verboten und der Unterricht an Fortbildungsschulen besonderen Lehrern anvertraut, so kann dieser Unterricht, wie es gewöhnlich wünschenswert ist, auf Tagesstunden verlegt werden, und eine große Zahl von Stellen für stellenlose Lehrerinnen und stellenlose Heimlehrer wird frei.

Wünschenswert wäre auch eine Vermehrung der Bücherreien für Erwachsene und für Kinder (Kinderlesehallen). Das würde nicht bloß zur Erhöhung der Volksbildung und zur Bekämpfung der Schundliteratur beitragen, sondern auch zur Vermehrung von Stellen führen, die junge Lehrerinnen gern versehen werden.

Die Hände in den Schoß legen und der Vermehrung der Zahl der stellenlosen Lehrerinnen zusehen, ohne auf Abhilfe zu denken, war unter dem f. f. Unterrichtsministerium üblich. Das Staatsamt für Unterricht wird andere Wege einschlagen müssen. *A. Engler.*

Der späte Unterrichtsbeginn.

Wir leben in einer schweren Zeit, die von uns allen schmerzlich ungläubliche Opfer fordert, und die auch mit einer ebenso ungläublich scheinenden Geduld gebracht und ertragen werden. Solange diese Opfer ertragen werden müssen, um uns über die traurige Gegenwart hinauszuhelfen, sind sie ganz begreiflich und leider auch selbstverständlich. Wenn es sich aber um die Zukunft handelt, dann wird die Sache bedenklich, und sie wird noch bedenklicher, wenn es sich um die Zukunft unserer Jugend handelt. Dazu gehört die geradezu ungläubliche Vernachlässigung des Unterrichtes durch Kürzung der Unterrichtszeit. Die durch so viele Zwangsfertien ohnehin stark eingeschränkte Schulzeit wurde durch die — sagen wir es heroisch — ganz unnötige Verlegung des Unterrichtsbeginnes auf 9 Uhr vormittags noch mehr verfürzt. Der Schade, der hierdurch den Schülern der oberen Klassen der Volksschule und der Musterschule erwächst, kann auch von Nichtfachmännern beurteilt werden, während der Nutzen dieser Einschränkung alsich Null ist.

Oder glauben die Herren, die diese Verlegung getroffen haben, wirklich, daß sie namhafte, wenn überhaupt welche Erbsparnisse an Gas und Kohle gemacht haben, weil die Leute um eine Stunde später aufstehen, wenn die Kinder um eine Stunde später zur Schule

müssen? Das trifft nur bei einem sehr geringen Bruchteil der Bevölkerung zu, nicht einmal bei den oberen Zehntausend, die ja ihre Kinder in die Mittelschule schicken, die bekanntlich von dieser Maßregel nicht betroffen wird. Die breite Masse hat übrigens zu Hause keine Gasbeleuchtung, Gasöfen oder gar Elektrizität. Man sehe nur einmal zu, wie sich die Kinder schon um 8 Uhr vor den Schulen herumtreiben, wie sie den Gefahren der Straße und der Kälte ausgesetzt sind, weil ihre Eltern schon um 8 Uhr von zu Hause weggehen müssen. Die größeren Kinder treiben sich herum und geraten auf Abwege und kommen auch um 9 Uhr nicht daher. Diese durch den gekürzten Stundenplan verursachten Uebelstände sind also kein Opfer mehr, sondern ein Verbrechen an unserer Volksgugend, das sich in naher Zukunft rächen wird. Es wird so viel geredet und geschrieben über die Verwahrlosung der Kinder, über Mangel an Aufsicht und Beschäftigung; aber solche Verordnungen sind nicht geeignet, diesen Uebeln zu steuern und das Schulleben in seine alten Bahnen zu lenken und die Jugend zu veredeln. Unbegreiflich muß es aber erscheinen, daß die Verfügung des späteren Unterrichtsbeginnes auch jetzt noch aufrechterhalten wird, wo es seit Wochen um 8 Uhr morgens schon taghell ist, und man ohne jede künstliche Beleuchtung alles unterrichten kann. Alle Einschränkungen für Theater, Gast- und Kaffeehäuser, Kinos und andere Vergnügungsanstalten werden aufgehoben oder gemildert, aber an die Schule denkt man nicht, oder vielleicht ganz, ganz zuletzt. Man hätte sich diese Maßregel überhaupt ganz ersparen können, wenn die Lehrerschaft in der ersten Unterrichtsstunde solche Gegenstände durchgenommen hätte, bei denen kein künstliches Licht notwendig ist.

Die Lehrerschaft, die alles mit der größten Bereitwilligkeit tut, was für die Allgemeinheit von Nutzen und Vorteil ist, hätte sicherlich mit der Verlegung des Unterrichtsbeginnes auf 8 Uhr ein Uebel eines verkehrten Stundenplanes gern ertragen, weil der dadurch entstehende Schade gar nicht in Betracht kommt gegen den, den die Verlegung des Unterrichtsbeginnes hervorgerufen hat. Und ganz bescheiden sei auch erwähnt, daß dadurch den Lehrpersonen eine kostbare Stunde geraubt wird, daß Hunderten daraus eine materielle Schädigung erwächst, und daß besonders jene, die bis 12 Uhr mittags unterrichten und um 1 Uhr nachmittags schon in der Brotkommission sitzen müssen, auch körperlich darunter leiden. Die Lehrerschaft muß daher dringend fordern, daß unverzüglich der Unterrichtsbeginn wieder auf 8 Uhr verlegt werde, damit ein geregelter Unterricht ohne jede Kürzung möglich werde. Sie fordert das nicht für sich, sondern für die Jugend, die ihr anvertraut ist, und weil ihr die Zukunft unserer Kinder am Herzen liegt. Die Jugend hat geistig wahrlich genug gelitten, und jede Beeinträchtigung des Unterrichtes ist ein grenzenloser Frevel.

Mittelschülerbewegung und Schulgemeinde.

Am Selbstverlag der Vereinigung sozialistischer Mittelschullehrer Deutschösterreichs ist als zweites Heft ihrer Veröffentlichungen unter dem obigen Titel eine lehrwerte Broschüre erschienen, die einen klaren Einblick in die Mittelschülerbewegung, deren Zeugen wir in den letzten Wochen waren, gibt. Dr. Hans Fischl berichtet darin zunächst über „Zweck und Form der Schulgemeinde“ und legt dann den Entwurf einer Verfassung für die Schulgemeinschaft des Staatsgymnasiums im 9. Wiener Gemeindebezirk vor. Der Verfasser stellt fest, daß sich die Mittelschülerbewegung aus verschiedenen Komponenten zusammensetzt. Der Anstoß hierzu ist von dem Unwillen der „Heimlehrer“ ausgegangen, die sich plötzlich wieder auf die Schulbank versetzt haben, ohne daß dort für ihre besonderen Bedürfnisse und Ansprüche irgendwelche Vorkehrungen getroffen waren. Daß ferner das Verlangen am Erststapel, das Verlangen, es den Erwachsenen mit ein wenig Revolutionspielerei gleichzutun, breitere Massen

angezogen hat; daß von außen her unberufene Hände manches getan haben, um die Bewegung zu führen — aber es wäre ein schwerer Fehler, anzunehmen, daß die genannten Beweggründe allein maßgebend oder auch nur entscheidend waren, und daß es durchweg die wertvollsten Elemente unter der Jugend sind, die sich bisher äußerlich ferngehalten haben. Die Haupttriebfeder war vielmehr zweifellos idealer Natur, ein ethischer Protest, eine innere Auflehnung gegen gewisse ungesunde Zustände in unserer Schule, die schon früher unhaltbar waren, deren Anachronismus aber nach den letzten Freiungen noch krasser zutage tritt. Geschlossen tritt uns diese Auflehnung entgegen in den verschiedenen Formen der Jugendbewegung, deren äußerste Äußerung einerseits der „Wanderzug“, andererseits die Vertreter der „Jugendkultur“ bilden, aber mit ihnen empfindet in den jetzt in Betracht kommenden Fragen sicherlich auch ein Großteil der nichtorganisierten Schülerschaft.

Die Forderungen, die die acht Verbände in einem Memorandum dem Landesschulrat überreicht haben, und die Erledigung, die dort in gemeinsamer Beratung vereinbart wurde, veranlassen nun den Verfasser, Stellung hierzu zu nehmen. Wir wollen dem Urteil des Lesers der Schrift — wir empfehlen deren Lektüre wegen der unbedingt notwendigen Einführung in das Wesen der Mittelschülerbewegung und wegen der vom Landesschulrat empfohlenen Gründung von Schulgemeinden allen Mittel- und Hochschullehrern aufs wärmste — nicht vorgreifen und führen im folgenden nur an, über welche Punkte der Forderungen der Verfasser seine Ansicht darlegt. Zunächst spricht er über die Koalitionsfreiheit der Schüler in den oberen Mittelschulklassen. Sodann gibt er seine Meinung über die der Jugend zu gewährenden Gewissensfreiheit bekannt. Sehr eingehend behandelt er die aufgestellte Forderung nach einer Einflußnahme der Vertreter der Mittelschüler bei der Vorbereitung der Schulreform. Ganz besonders scharf rügt er die gänzlich Unzulänglichkeit der derzeit geltenden Disziplinarordnung als Sinnbild unserer bisherigen Erziehungstätigkeit und empfiehlt einen von ihm im Verein mit zwanzig Schülern des Obergymnasiums ausgearbeiteten Entwurf einer Schulverfassung. Dieser Entwurf verdient eine ernste Prüfung und Erwägung; denn ohne eine feststehende, allgemein bindende Verfassung wäre die Schulgemeinde eine momentane Gelegenheitspielerei, die, ohne Halt und Stütze, in der kürzesten Zeit in sich selbst zerfallen müßte. Die Schrift (Preis R. 1.40) ist durch Dr. D. Remecsek, Wien, 8. Bezirk, Neue Wiener Handelsakademie, zu beziehen.

20. I. 1919

Die Frauen und die Nationalversammlung.

Von Frau Gemeinderat Dr. Hildegard Surjan,
Mitglied der neugewählten Nationalversammlung.

„Nach Frauenliebe, Frauenhänden schreit,
In argen Nöten unsere Zeit.“

Nöte so arg, daß fast die Worte nicht ausreichen, haben wir in viereinhalb Kriegsleidensjahren erlebt. Jetzt ruhen die Waffen, jetzt schweigen die Kriegsstürme, aber das Elend, der Hunger, die Arbeitslosigkeit nehmen täglich zu.

In diesen Tagen der bittersten Sorgen, der tiefsten Erniedrigung unseres Vaterlandes haben wir Frauen die staatsbürgerlichen Rechte bekommen. Die Not der Zeit braucht alle Staatsbürger! Soll unsere Heimat gesund, soll unsern Kindern eine glücklichere Zukunft beschieden sein, dann muß jeder Einzelne der Allgemeinheit seine besten Kräfte weihen, dann kann auf die Mitarbeit der Frauen auch im öffentlichen Leben nicht länger verzichtet werden. Während des Krieges, da hatten die Männer die Entscheidung allein in der Hand; die Frauen mußten nur leiden, tapfer dulden und in der Stille arbeiten, um die Tausende von Wunden zu lindern, die der Krieg erbarungs- und schonungslos schlug.

Liegt nicht eine tiefe Symbolik darin, daß wir Frauen die politische Gleichberechtigung gerade in dem Augenblick bekommen, da unser Vaterland so tief donigerliegt? Der furchtbare Ernst, die schwere Verantwortung, die uns die bürgerlichen Rechte bringen, gräbt sich uns in die Seele ein. In ruhigeren, glücklicheren Zeiten, da hätte es vielleicht manche unter den politisch ungeübteren Frauen gegeben, denen auch die „Politik“ nur eine Eitelkeit, ein Sport, eine Selbstbefriedigung — Dilettantismus — gewesen wäre, vielleicht auch eine kindliche Freude, daß man seinen Willen durchgesetzt und sein Ziel erreicht hat. Jetzt gibt es aber wohl keine Frau, der die Erzielung der staatsbürgerlichen Rechte das Ziel bedeutet.

Wir wissen es und sind uns ganz klar darüber, daß unsere Bürgerrechte nur Vorbedingung dazu sind, um unsere Pflichten dem armen, zusammengebrochenen Staat gegenüber voll und ganz erfüllen zu können. Das Ziel aber liegt in weiter Ferne — hohe, unwegsame Berge von Frauenelend, Ströme von Kindertränen, Klüfte und Schluchten von unrationeller Erwerbsarbeit, Tiefen von falscher Erziehung, von Unfittlichkeit und Verwahrlosung trennen uns noch davon. Ein glänzender Stern aber weist und führt uns zu dem fernem Ziele, das ist der Idealismus der Frauen, der Glaube, das Vertrauen und die Zuversicht, daß wir in unermüdlicher, uneigennütziger Kleinarbeit die selbst oder mitleidig gefühlten Nöte der Zeit beseitigen werden. Uns Frauen haben die Enttäuschungen nicht nutzlos gemacht, unsere Kraft ist nicht gebrochen. Durch eigene Leiden und Mitleid sind wir Frauen „wissend“ geworden, und glücken danach, unser „Wissen“ nicht für uns behalten zu müssen, sondern es für alle Notleidenden, für alle Armen, Sorgenvollen, Bedrängten, Kranken und Verzweifelten verwerten zu können. Nicht die eigentliche „Politik“ ist es, die wir Frauen im allgemeinen in der öffentlichen Betätigung suchen, nicht die „Politik“ ist es, die ohne uns Frauen nicht mehr auskommt, sondern das weite Gebiet der sozialen Fürsorge, der Vertretung der Fraueninteressen, der Erziehung, des wirtschaftlichen Aufbaues.

Wir Frauen bringen zu dieser Arbeit ein liebedes, mütterliches Frauenherz mit, das am liebsten hilft, wenn die Not am ärgsten ist, das seine heißeste Liebe dem Schwächsten schenkt, die größten Opfer für seine kranken Kinder zu bringen verlangt.

Nie hat aber Frauenliebe weihedollere Arbeit zu leisten gehabt, als in der kommenden Nationalversammlung. Wir Frauen bringen aber auch unseren gesunden Hausverstand mit, der die Dinge konkret und praktisch anpackt, der sich nicht in abstrakte Klugeleien verliert und oft Schwierigkeiten zu überwinden versteht, vor denen der Verstand der verständigsten Männer zurückschreckt. Je mehr daher die Frauen in ihrer öffentlichen Tätigkeit ihre weibliche Eigenart bewahren, desto mehr werden sie zum Segen der All-

gemeinheit arbeiten. Die Frauen sollen keine bloße Vermehrung der Abgeordneten sein, sondern in ihrer ganzen Arbeit, ihrem Interessentum, ihrer selbstständigen Betätigung eine Ergänzung der Männer.

Eine weitere Hoffnung knüpft sich von Seite unserer Frauen, gewiß auch von Seite vieler Männer, an die öffentliche Tätigkeit der Frau, nämlich, daß es ihr gelingen möge, die politischen Sitten zu veredeln und zu verfeinern. Möge die Frau, der man gewöhnlich vorwirft, daß sie zu persönlich ist, zu wenig Sachlichkeit aufbringt, im neuen Abgeordnetenhaus zeigen, daß sie nicht von Gefühlen und momentanen Eindrücken hin- und hergeworfen wird, sondern über alles Persönliche hinaus, in ernster, klarer Verstandesarbeit auch bei politischen Streitfragen die Frauenwürde zu wahren weiß. Möge daher mit dem Einzug der Frau der gehässige, persönlich aggressive Ton verschwinden, der uns Frauen bisher die Politik so sehr verleidet hat. Nicht einer Verwischung der Parteiuunterschiede rede ich das Wort, sondern der Achtung vor dem sachlichen Gegner. Je fester ein Mensch von seiner Weltanschauung überzeugt und durchdrungen ist, je mehr ihm seine Gesinnung heiligste Herzenssache ist, desto ruhiger erträgt er andere Meinungen, desto mehr sucht er überall das Versöhnende, Verbindende heraus, und ignoriert bei gemeinsamer Arbeit das Trennende. Die Frauen, die sich in dieser Zeit zur politischen Tätigkeit entschließen, können nichts anderes wollen, als „Helfen und Dienen“, vor allem und in erster Linie ihren Mitbewertern und den Kindern. Diese Hilfsbereitschaft, diese Arbeitsfreude, vor allem aber die über allen Parteiuunterschieden stehende Not wird die Frauen der verschiedensten Weltanschauung zu gemeinsamer Frauenarbeit zusammenführen.

Wir Frauen wollen nicht unsere beste Kraft verbitternden, fruchtlosen Parteikämpfen opfern, sondern praktische, die Gesamtheit fördernde Arbeit leisten. Wir brauchen den Geist des Friedens und der Versöhnung in sachlicher, uneigennütziger Arbeit, nur dann wird die neue Nationalversammlung das Fundament eines glücklicheren Deutschösterreich werden.

Ostpreußens. g. beteiligt.

Die Gemeindewahlen und die Frauen.

Von Emma Stropp.

Zum dritten Male innerhalb weniger Wochen werden die Frauen an die Wahlurne gerufen; diesmal gilt es, den Willen der Frauen für die Zusammenstellung der Gemeindevetreter zum Ausdruck zu bringen.

War bei den Wahlvorbereitungen für die Nationalversammlung eine tiefgehende Anteilnahme festzustellen, die selbst politischen Fragen bisher Fernstehende in eifrige Arbeiterinnen wandelte, so bewies die Preußenwahl bereits ein bedenkliches Abflauen der Wahlfreudigkeit. Wenn jetzt die Sprache auf die bevorstehenden Gemeindewahlen kommt, begegnet man aber fast immer einer bedauerlichen Gleichgültigkeit, die zum Teil wohl politischer Mädigkeit, mehr aber noch der Unkenntnis entspringt, warum gerade bei diesen Wahlen die Mitwirkung der Frauen von besonderer Wichtigkeit ist.

Weite Frauenkreise sind sich bis jetzt noch nicht klar darüber, daß die Entscheidungen des Stadtparlamentes unmittelbar in ihr häusliches Leben eingreifen, die Frage der Aufbringung der Mittel für die der Gemeinde zufallenden Aufgaben und deren Verwendung ihre persönliche Lebenshaltung zu stark beeinflusst, daß die Vernachlässigung oder Förderung bestimmter Einrichtungen nicht nur für die städtische Gesamtheit von Wichtigkeit, sondern auch auf den eigenen Lebenskreis oder den ihrer Familie ausstrahlend von oft einschneidender Bedeutung sind.

Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, stellten die ersten Vorkämpferinnen der Frauenbewegung bereits in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts die Forderung auf, daß neben den Stadtvätern auch die Stadtmütter für das Wohl der Gemeinde Sorge tragen sollten.

Dieser Anspruch blieb dauernd bestehen und wurde auch von Persönlichkeiten warm unterstützt, die seinerzeit das politische Wahlrecht der Frauen ablehnen zu müssen glaubten, er führte schließlich dazu, daß in einer Reihe von Städten Frauen in die Ausschüsse für Armen- und Waisenspflege, während des Krieges auch für die Lebensmittelversorgung und zum Teil auch für die Wohnungspflege, zugezogen wurden.

Schon aus der Erwähnung dieser Teilaufgaben, an deren Lösung Frauen mitarbeiten durften, geht hervor, daß der sachverständige Rat von Müttern und Hausfrauen als die Allgemeinheit fördernd anerkannt wurde. Mit ihnen ist aber der Einfluß der städtischen Verwaltung auf das häusliche Leben der Frauen durchaus nicht erschöpft, denn die Stadt hat im Laufe der Zeit so manche wirtschaftliche Mühe den Frauen abgenommen: sie versorgt uns durch ihre Gas- und Elektrizitätswerke mit Licht, an Stelle des Brunnens, aus dem die Mägde (so sagte man damals) das Wasser mühselig schöpften, ist die Wasserleitung geworden, und die Stadt hat in den letzten Jahren mehr oder minder, und zu welchen Preisen!, auch bestimmt, was an Lebensmitteln wir in unsere Speisekammern tragen durften, hat Volkstischen eingerichtet, die wir dankbar begrüßten, bei deren weiterer Ausgestaltung aber der Rat der hauswirtschaftlich erfahrenen Frauen nur dienlich sein kann. Denken wir weiter an das Gesundheitswesen, die Kanalisation, die Müllabfuhr, die Verkehrspolitik und schließlich an — die Steuern, die erhoben werden müssen, um die Ausgaben der städtischen Betriebe und Wohlfahrtseinrichtungen sowie die durch den Krieg den Städten auferlegten Lasten zu decken, so wird man zugeben müssen, daß gerade die bevorstehenden Gemeindewahlen das hingebendste Interesse der Frauen finden müssen.

Es bedarf auch wohl nur dieses Hinweises, um die jetzt noch schlafende Anteilnahme der Frauen zu wecken für Aufgaben, die sich ebenso an ihr mütterliches Herz wenden, als an ihren hauswirtschaftlichen Weitblick, an ihre Erfahrungen als Hausbesitzerinnen und Steuerzahlerinnen.

Dieser letzte Punkt ist jetzt von besonderer Wichtigkeit, da bei einer überwiegenden sozialdemokratischen Mehrheit in der Gemeindeverwaltung das Bürgertum wieder einmal der leidende Teil zu werden scheint, der auch bei den bevorstehenden sozialistischen Experimenten die Zechen zu bezahlen haben dürfte.

Wenn es nun auch, besonders in den Großstädten, kaum zu umgehen sein wird, daß Mehrheitssozialisten und Unabhängige die Mehrheit der Stadiverordneten bilden, so muß ihrem Einfluß doch durch die bürgerlichen Parteien ein möglichst wirksames Gegengewicht gegeben werden. Diese Hoffnung dürfte auch erfüllt werden, da innerhalb der Stadtverwaltung deren politische Gegensätze zurücktreten und sie daher einen geschlossenen Block bilden können, dessen Opposition Stärke und Gewicht genug besitzt, um unsere Gemeindepolitik nicht ganz in sozialdemokratisches Fahrwasser zu führen. Bei den bevorstehenden Wahlen ist dieses geschlossene Zusammengehen allerdings noch nicht erreicht, es scheiterte wiederum an dem Widerstand der demokratischen

Der Sieg des Frauenwahlrechtes.

Wie in allen Fragen des öffentlichen und politischen Lebens hat auch bei der Beurteilung des Frauenwahlrechtes die Sozialdemokratie recht behalten. Wie hat man uns gehöhnt daß wir die Wähler mit den langen Haaren und dem kurzen Verstand haben wollen, deren Heines Gehirns die große Politik gar nicht fassen kann! Seit Babels Buch „Die Frau und der Sozialismus“ erschienen ist, wurden wir Sozialdemokraten wegen der Forderung nach der politischen Gleichberechtigung der Frauen von den Reaktionsären beschimpft und von den sogenannten Liberalen und Fortschrittlichen nicht unterstützt. Trotzdem haben wir die Forderung nach dem Frauenwahlrecht immer hochgehalten und mehr als dreißig Jahre haben wir jeden ersten Mai für diese politische Anerkennung der Frauen und ihr gleiches staatsbürgerliches Recht demonstriert. Aber auch in unseren eigenen Reihen hat es viele Genossen gegeben und wir müssen es bekennen, auch einige Genossinnen, die immer noch zögerten, das Frauenwahlrecht ohne Sorgen zu betrachten, denn man meinte, die Frauen müßten dank der politischen Vernachlässigung, die ihnen immer zuteil geworden ist, reaktionär sein und bleiben. Die meisten Genossen und Genossinnen aber wußten, wenn Menschen Rechte richtig verwenden lernen sollen, dann muß ihnen das Recht gegeben werden.

Und wir können heute freimütig gestehen, wir haben niemals erwartet, das Frauenwahlrecht werde der Partei des Sozialismus einen solchen Erfolg sichern, wie wir ihn nun erlebt haben. Nicht nur, daß fast alle Frauen zur Wahl gegangen sind, in den meisten Sprengeln ist auch die prozentuelle Teilnahme der Frauen verhältnismäßig viel größer als die der Männer, sie haben wie in allen Ländern auch hierzulande nicht reaktionär gewählt. Und wenn wir die lebhaften Teilnahme der Frauen teilweise auf das Konto Reugierde haben müssen und der Reiz der Neuheit auch dazu beigetragen haben mag, diese Beteiligung so außerordentlich zu steigern, so müssen wir doch erkennen: die Frauen haben ihre Staatsbürgerpflicht, wie sie Pflichten immer nehmen, als eine heilige Pflicht empfunden, die sie im Interesse ihres Kinder ausüben müssen. Frauen stehen, wie Frau Andreas Salome einmal gesagt hat, dem Himmel und der Erde näher und in den wertvollen Geschöpfen dieser Art lebt ein so hohes Bewußtsein des Wertes mütterlicher Pflichten, daß sie alle Verpflichtungen ernst nehmen, wenn sie die Kinder und das Wohlergehen der Familie betreffen.

Die starke Wahlbeteiligung hätte sich natürlich auch in anderem Geiste dokumentieren und die Frauen hätten in derselben Stärke für die Reaktion wirken können, die sie für den Kampf um die Freiheit und den Fortschritt aufgebracht haben. Vieles an Erziehungsarbeit hat der Krieg geleistet, aber alles dürfen wir doch nicht auf sein Konto stellen. Es ist nicht zu leugnen, in den Frauen hat sich durch die zunehmende Gewerkschaftsarbeit, die steigenden Lasten der Haushaltsführung und die ständige währende Fürsorge für das nächtliche Leben eine geistige Umgestaltung angebahnt, die nun plötzlich für alle sichtbar in Erscheinung treten konnte und nun auch getreten ist. Die Frauen, und wir möchten ausdrücklich betonen, die Frauen aller Klassen, haben einen praktisch geschulten Sinn, der sie den Widerstand der bestehenden Ordnung besonders empfinden lehrt. Deshalb haben wir diesmal so viele Stimmen aus den Kreisen der bürgerlichen Frauen bekommen, der „Ueberläuferinnen“, wie sie das merkwürdige Frauenblatt „Die Frau“ genannt hat, dessen Debattieren weit mehr eine Unehre als eine Ehre für die deutschösterreichische Frauenbewegung ist; denn es ist reaktionär und, was noch schlimmer ist, es stellt das Niveau der bürgerlichen Frau auf einem Tiefstand dar, der wahrlich keine Ehre ist. Frauen sind einmal Mütter und je höher ihre persönliche Sittlichkeit steht, umso mehr die Mutter aller Kinder und aller Menschen, es sind in ihnen aber auch alle Elemente der Nächstenliebe lebendig, die für den Sozialismus unentbehrliche seelische Voraussetzungen schaffen helfen. Die bürgerliche Frauenbewegung kann ebensowenig wie die bürgerlichen Parteien ein neues gesellschaftliches oder geistiges Ideal aufstellen und jeder, der über den Rahmen gemeinsten alltäglicher Nützlichkeit hinausgeht, findet keinen Inhalt für sein politisches idealistisches Wollen als innerhalb der Sozialdemokratie. Wir haben dadurch viele wertvolle Kräfte gefunden, die uns im Dienste des Sozialismus neue Bereicherung geben können. Die Frauen haben den Sozialismus alle ohne Ausnahme aus reinstem idealistischen Gefühl gewählt und damit bewiesen, wie groß ihre Charakterfestigkeit ist. Sie haben aber auch für den Sozialismus gestimmt, weil sie in seinem internationalen Wirken die einzige Garantie finden, die einem dauernden Frieden die Gasse zu bahnen vermag. Die überwiegende Mehrzahl der Frauen dürfte sozialdemokratisch gewählt haben, und viele Tausende wurden dem sozialistischen Gedanken gewonnen, weil sie den Frieden um jeden Preis wollten, auch wenn er das Privateigentum kosten sollte.

Haben die Frauen gut gewählt, betrachtet man die Wahl vom politischen Standpunkt, so kann man auch ruhig behaupten, sie haben gute Kandidatinnen gewählt und mit einem Instinkt unterschieden zwischen der lauten Geschäftigkeit der bürgerlichen Kandidatinnen und dem ernsten Wollen und der getreuen Arbeit unserer Frauen. Es war doch allen Menschen, die höhere Werte im politischen Leben suchen, eine innerliche Genugtuung, daß unsere bewährte Theresie Schlegel gewählt wurde und nicht ihre Gegenkandidatin Frau Selens Granitsch, deren laute Rufname nicht seines Empfindens so tief

verleht. Größere Gegensätze als zwischen diesen beiden Frauen kann es nicht geben und viele Menschen, die vielleicht gar nicht sozialdemokratisch gewählt hätten, haben es getan, weil sie zwischen diesen beiden Frauen nicht anders wählen konnten, wollten sie ihrem stillen Empfinden nicht Zwang antun. Unsere Genossin Schlegel kennt nichts anderes als die Sache, der sie dient, und dieses Dienen steigert sich bei ihr sogar leicht zu einem starren Fanatismus, der nichts sieht als sein heutiges Ziel. Es wäre ihr vollständig unmöglich, etwas zu behaupten, das sie nicht im tiefsten Innern empfindet, und das sie nicht bereit wäre, mit ihrem Herzblut zu verteidigen. Frau Granitsch war immer die Dame der guten Konjunktur, ob sie sich mit der Kaiserin malen ließ oder als Republikanerin für die Freiheit zu kämpfen vorgegeben hat. Sie hat immer wenig Gehalt gehabt und vieles, was sie als Erkenntnis oder Gefühl ausstrahlt, ist doch nur die gefällige Pose, die sich vor allem selbst gefällt.

Auch zwei andere Gegenkandidatinnen haben sich nicht nur als politische, sondern auch als persönliche Gegensätze gegenüber gestanden und unsere Adelheid Popp, die unsere roten westlichen Hochburgen mit der größten Begeisterung gewählt haben, hat viele Stimmen sicher bekommen, weil ihr lebensvolles, feisches und begeistertes Wesen so angenehm und wohlthuend abgestochen hat von ihrer Gegenkandidatin, der Frau Gemeinderätin Strobel, die selbst ihre eigenen Parteigenossen in ihrer pfäffischen Unnatur und verständnislosen reaktionären Denkungsart als eine schwere Last empfinden. Unsere Adelheid mit ihrem heißen Herzen, die so vielen Millionen Frauen den Sozialismus gelehrt hat, die soviel Herzengüte und eine so reiche Menschlichkeit besitzt, wird der neuen Nationalversammlung einen wertvollen Menschen bringen, der aus der Schule unserer Genossen Adler hervorgegangen ist und der, durch seine Freundschaft vielfach gefördert, eines gelernt hat: immer das eigene Leid über die großen Leiden der Menschheit zu vergessen und daraus seine besten Kräfte zu ziehen.

Anna Bosche, die erfahrene Gewerkschafterin, die der Führerin der christlichen Heimarbeiterrinnen Frau Dr. Burjan gegenüber gestanden ist, hat im gewerkschaftlichen Kampf immer ihre ganze Kraft erprobt und bewährt. Sie ist erfüllt von dem feinsten Verständnis für alle Leiden der arbeitenden Frauen und nichts, was Menschen quält und brüht, die schwer arbeiten müssen, bleibt ihrem Verständnis fremd. Sie ist keine Doktorin der Philosophie wie ihre Gegenkandidatin, aber sie hat etwas, was dieser vollständig fehlt: sie ist ein proletarisches Wesen. Sie wird immer ihre proletarische Fühlen und ihre proletarische Erkenntnis zur Grundlage ihrer Tätigkeit nehmen. Ihr sachliches Wissen auf dem Gebiet der gewerkschaftlichen Arbeit ist das größte und sie ist gewiß unter allen Frauen Oesterreichs die, die die größten Erfahrungen auf allen Gebieten der Lohnarbeit hat und die für unsere sozialpolitische Arbeit unendlich viele Schätze in die neue Nationalversammlung mitbringt.

Gabriela Probst, die Erwählte des dritten Wahlkreises, ist die personifizierte Sachlichkeit. Sie wird niemals ein Wort sagen, das sie nicht selbständig durchdacht hat, niemals etwas vorgeben, was sie nicht ist und was sie nicht sein darf. Ein bescheidener und feinfühler, vielleicht sogar empfindsamer Mensch, der sich niemals überschätzt, eher vielleicht unterschätzt, der tiefe Hochachtung vor allen Leistungen hat, die andere erfüllen, und dessen Kraft tiefer und höher ist, als man meint, wenn man nur die bescheidene äußere Hülle nimmt, ohne in die Tiefe zu schauen.

Auch im fünften Wahlkreis standen zwei Frauen einander gegenüber, Amalia Seidel und Frau Dr. Klara Seig. Genossin Seidel ist der nächstern Vorstand unter den sozialistischen Frauen, der seine Freunde an Zahlen, an Buchhaltung und Bürokratischen Dingen hat. Sie verließ sich mit Leidenschaft in eine Fülle von statistischem Material, sie wirkt gern im vielseitigen Dienst der Partei, als Genossenschaftlerin und Kinderfreundin, aber doch immer vor allem in ihrer Art, als kritischer und beobachtender Mensch, der sich über alle Vorurteile der bürgerlichen Gesellschaft mit souveräner Verachtung hinwegsetzt und der sich keinem jemals beugen würde. Viel Energie und viel ruhiges Urteil lebt in unserer Genossin Seidel, die gewiß im parlamentarischen Leben ihren Arbeitsplatz und ihre Freunde finden wird.

Wienum ist außer Marie Lusch in Kärnten, einer Tabakarbeiterin, die sich mit viel Talent und vielem Idealismus allen Widrigkeiten des proletarischen Lebens zum Trotz durchzukämpfen beginnt, nur noch Emmy Frensch gewählt worden, die, ihren persönlichen Reizungen entgegenkommend, in anderem größten Industriewahlkreis, dem vierten Wahlkreis, kandidiert hat und gewählt wurde. Geboren in den Kreisen der deutschböhmischen Industrie, fühlt sie sich verbunden mit allem, was industrielle Entwicklung und industrielle Tätigkeit mit sich bringt. Sie hat die bei Frauen immerhin noch seltene Leidenschaft für alle volkswirtschaftlichen Probleme, die sie vor allem anziehen, und ihrer Neigung kommen die großen Aufgaben, die der Anschluß an Deutschland und die Sozialisierung der neuen Nationalversammlung stellen, entgegen. Wie sie sich einmal aus allen bürgerlichen Verbindungen und den Traditionen der bürgerlichen Familie gelöst hat, um vollständig und restlos in der Arbeit mit und für das Proletariat aufzugehen, so steht sie heute und immer in leidenschaftlicher Begeisterung zur heiligen Sache des Volkes, der sie mit reiferer Hingabe und ihrer vollen persönlichen Kraft dient.

Was aber alle Frauen, die der Wahlkampf uns als Vertreterinnen besetzt hat, auszeichnet, ist, daß sie alle von dem Ziele aufgedient haben, keine durch Protektion oder Verbindungen den Weg kürzen konnte, sondern alle arbeiten mußten, an sich und für andere, um den Weg zu gehen, der sie zu dem größten Erfolg geführt hat. Viele Frauen, volle Menschen, begeisterte Kämpferinnen, das sind unsere „Nationalkämpferinnen“, die nun in das wertvollste Amt eintreten, das Frauen jetzt offensteht, und die gewiß, das sind wir sicher, wertvolle Arbeit leisten wollen und leisten werden.

Lehrerin und Ehe.

Vor einigen Tagen besuchte sich der Frankfurter Lehrertinnenverein mit der Frage, ob es wünschenswert sei, die Heiratskandidaten aus dem Anstellungsvertrag der Lehrerinnen zu befreien. Nach ausgiebiger Unterhaltung wurde die Frage mit 80 gegen 76 Stimmen verneint. Zwei Kommissionen wurden beauftragt, die Angelegenheit weiter zu studieren. Wie aus dem Abstimmungsverhältnis ersichtlich, halten sich zwei Parteien fast die Waage, vielleicht hat nur ein oder zwei Stimmen weniger genügt, um die Sache für erledigt zu erklären. Ein börsentier Mensch meinte, wenn die Heiratskandidaten $80 \times 50 = 4000$ Jahre gegen $76 \times 25 = 1900$ Jahre gestimmt und das Wort „Man soll die Stimmen wägen und nicht zählen“, dürfte in dieser Sache keine Geltung haben. Wünschenswert ist das anzunehmen, besonders für jemand, der die Heiratskandidaten der Heiratskandidaten der Lehrertinnen für sich hält. Wir wissen nicht, was in seiner Versammlung besprochen wurde, denn die Definitivität war ausgeschlossen. Sicher ist jedoch, dass es sich nicht um bezweifelnde, dass diese mit einem gewissen Material bewaffnet waren.

Was mögen sie gesagt haben? Ich stelle mir vor, daß nach paramentarischer Brauch zunächst eine Sprecherin für die Lehrertinnen Ehe das Wort ergreift und sich zwei Stunden lang über das Thema verbreitet. Wenn es erlaubt sein darf, Vermutungen zu äußern, so gipfeln ihre Ausführungen nach folgender Ausbreitung nachfolgender Zahlen in folgendem Schluß:

Nach dem Dargelegten kann es Ihnen, verehrte Kolleginnen, nicht zweifelhaft sein, daß die Lehrerin ein Recht auf die Ehe hat, ein unveräußerliches Recht, das uns nur die brutale Macht eines Locales nehmen könnte, dessen Frauen erst in allen Zeiten erachtet werden. Er und die Städte schlossen durch das Heiratsgesetz 80000 künftige Mädchen vom Heiraten und reinen Heiratsrecht aus, vom Heiratsrecht eines geliebten Mannes aus, vom Heiratsrecht der Mutterkiste. Ich spreche nicht noch einmal davon, daß der Staat damit eine schlechte Bevölkerungs-politik treibt und sich in einer Zeit der andauernd sinkenden Geburtenziffer eines Nachwuchs es verweigert, der, das darf ich wohl ohne Überbetreibung sagen, Qualität gehabt haben würde, da man uns nun doch einmal die veramtortungsschwere Aufgabe zutraut, aus Kindern gute Menschen und gute Bürger zu machen. Ich spreche für das natürliche Recht der Frau, ihrer Bestimmung zu folgen. Wie anderen Berufs haben es keiner Angehörigen in gewerblichen oder kaufmännischen Berufen ist es verweigert, unter Beibehaltung der Pflichten, die sie dem Arbeitgeber zu leisten hat, der Stimme ihres Vermögens zu gehorchen — nur die Lehrerin darf

freizügigkeit der Lehrerin aus einer grausamen Formel — mußten wir sein! (Lächelnder Beifall links)

Hierauf betrat die Rednerin gegen die Lehrertinnen-Ehe des Nobium. Sie breitete gleichfalls zwei Stunden lang statistisches Material und schließlich wie folgt:

Nach dem Dargelegten kann es Ihnen, verehrte Kolleginnen, nicht zweifelhaft sein, daß die Lehrertinnen-Ehe zu verwerten, daß sie eine Halbwelt ist, ein unbedingender Zustand. Ich wiederhole: Wir haben unsere volle Kraft, unser ganzes Vermögen für unsern anstrengenden Beruf nötig. Niemand kann zwei Herren dienen, am wenigsten wir. Die Ehe oder die Schule muß leiden. Die Gedanken der verheirateten Lehrerin werden beim Unterrichte nur zu oft von häuslichen Dingen abgelenkt sein, sie werden hinüber zum Mann, zum Kind, zur Küche. Und zu Hause wird die verheiratete Kollegin nicht die Zeit zu gründlicher Vorbereitung auf den nächsten Schultag ausbringen, sie wird sich ihrer Familie widmen wollen und lieber ihre Kinder betreiben als wissenschaftlichen Studien obliegen. Das ist menschlich, weiblich, aber es ist kein Gewinn für die Schule. Entweder — oder! Auch die Gesundheit der Frau-Lehrerin würde unter dem Preispaß solcher Doppelpflichten leiden. Wir Lehrerinnen sind ehedem nervös, wir haben häufiger Krankheitsurlaub als unsere männlichen Kollegen nötig, wir werden früher pensioniert, leichter entliehen, wenn wir gewissenhaft sind, unser Körper den Anforderungen des Amtes. Wollen wir die Hülle von Nervosität, Hysterie, Lieberkrankung durch die verheiratete Lehrerin ins Maßlose vermehren? Die Kräfte sind sich darin einig, daß wir dem Doppelberuf, Mutter und Lehrerin zu sein, nicht gewachsen sind. Ich glaube, daß die Schule den größten Schaden hätte, wenn die Lehrerin Frau sein darf. Die volle, die letzte Hingabe der Lehrerin würde ihr mangeln, die Schule würde der Lehrerin zur Erwerbsangelegenheit werden, sie wäre ihr nicht mehr die ideale Mission, die sie uns sein soll. Es ist auch nicht richtig, daß der unverheirateten Lehrerin die liebevolle Einstellung auf die kindliche Psyche fehle. Die Lehrerin aus dem Beruf (Heiratsrecht links) hat das Gefühl für das Kind in den kindlichen Augen. Meine Schülertinnen sind immer meine Kinder gewesen und ich hoffe, daß die meisten von Ihnen dasselbe von sich sagen werden. Mit dem Ernst, den keine Wille bieleidet, mit der Liebe, die alles versteht, habe ich Tausende von Kindern ihren Weg gelehrt. Das Leuchten ihrer Augen, Dankbarkeit, die noch lange nach beendeten Schulaufgaben herrlich sich meldete, waren mein Lohn. Ich darf sagen, daß ich eine glückliche Lehrerin bin, obgleich auch mit der Größe, welche die Vorbereitung zu befristeter Schilberie, einst nicht fremd waren. Ich habe gekämpft und überwinden. Mit mir stehen viele auf freier Höhe, nicht verflüchtigt, verdorrt, arbeitslos, mein als Frauen im besten Weibstum, als Mütter vieler. Bar mein Leben ein Opfer, so war es doch gesegnet, wurde es doch erfüllt. Das Mädchen, das in ein Lehrerinnen-Seminar eintritt, muß wissen, was es tut. Vor ihm liegt ein Dasein entlassungsvoller Arbeit, in es gangen

Wenigen braucht. Das Glück der Ehe liegt nicht auf dieser Bahn. Wir verzichten, um ein Höheres zu gewinnen: das Glück, unserm Volke zu dienen, Wächter seiner Jugend zu sein. Wer darin nicht sein Ideal erblickt, der bleibe uns fern. Die Lehrerin, die später ihrem Herzen folgen will, die heirate und verlaße das Amt. Die verheiratete Lehrerin lockt das Gefüge der Schule, hindert die Stetigkeit, schafft unruhigere Zustände, trägt Stimmungen in das Klassen-Zimmer, die der Schule fremd sein sollten. Die „Verheirateten“, ohnedies unerfährlich für gewöhnlichen Unterricht, würden zur Regel werden, werdende Mütter erzeugen fatale Auswirkungen, die Frau mit Hausarbeiten gehört nicht an das Pult. Es ist außerdem sehr unsicher, ob die Kinder, die von der verheirateten Lehrerin zu erwarten haben, einen begrüßenswerten Zuwachs unseres Volkes darstellen würden. Ich fürchte, sie würden die Zahl der Heiratskandidaten und der mit mancherlei tüchtigen Dispositionen Behafteten stark vermindern. Unsere Fähigkeiten liegen auf geistigem Gebiete, wir sind körperlich meist nicht robust genug, um regie Trägerinnen neuen Lebens zu sein, die Mitgift an Kraft, die wir ihm geben könnten, wäre gering. Ich das nicht auf alle Lehrerinnen anzuwenden, für viele gewiß. Ich schlicke: im Fortfall der Heiratskandidaten vermag ich keinen Segen zu erblicken und ich hoffe, daß die Einsicht der Kolleginnen mit befristeten wird, wenn ich sage: die Frau in das Haus, die Lehrerin in die Schule! (Lobhafter Beifall rechts.)

Der Herrsteller dieser Reden hofft, man werde keine objektive Einschätzung in die Anschauungen beider Parteien würdigen, wenn er auch in Anbetracht der notwendigen Kürze der Referate nicht annehmen darf, wie einst W a s i n g t o n für die klare Formulierung eines Programms der Gegner den lauten Beifall der Partei, trotz seiner Besessenheit, beiden Gruppen gerecht zu werden, und zwar hält er es mit der ersten, obgleich es zur Zeit nicht auf die Hand einer Lehrerin abgesehen hat. Da er es aber auch mit der Gruppe der Beirätinnen nicht verderben möchte und stark mit Überläuferinnen rechnet, versucht er es mit der Rolle des christlichen Maßlers und hält, wenn möglich, ein neutrales Schlußwort:

„Verehrte Damen! Wir haben beachtenswerte Sätze für und gegen die Heiratskandidaten-Ehe gehört. Wie immer, so hat auch hier jede Partei von ihrem Standpunkt aus recht. Warum aber sollten sie nicht getrennte Wege gehen und dennoch vereint die Schule halten? Ich lasse vor: die Hälfte der Lehrertinnen, die Abschnür der Ehe, befristeten, die sich von ihrem Beruf ausgefüllt wissen, weigern sich nach wie vor, Gott Amor Gefolgschaft zu leisten und weigern sich nach wie vor, (Unter uns gesagt, viel ist mit den Mädchen das Standesamt.) Die Damen der anderen Partei dagegen müssen heilaten, falls sie einen Mann kriegen können. Verflüchtigen die Lehrertinnen ihre Pflichten (im Streite war das nicht der Fall), so wird schon bald ein Direktor, eine Konferenz oder ein Direktor bei der Hand sein, und die Nachlässige ver-

1. III. 1919

Die Not der arbeitenden Frauen.

Von Margarete Häuborff.

Uns allen, die wir in der Not des Krieges für den vaterländischen Hilfsdienst der Frau eintraten, der Hunderttausende weiblicher Arbeiter in Fabriken und militärische Betriebe führte, uns allen schlägt heute das Gewissen angesichts des Elends, das diesen Frauen droht. Wir wissen nun, daß wir uns, bevor wir warben, hätten versichern müssen, daß auch für den Fall eines ungünstigen Kriegsausganges die wirtschaftliche Existenz dieser Arbeiterinnen nicht gefährdet sein würde. Das haben wir unterlassen und das ist unsere große Schuld. Der Staat erkennt keinen Anspruch dieser Frauen an, die, um das Hindenburg-Programm erfüllen zu helfen, Lehrstellen aufgaben, aus häuslicher oder ungelernter Arbeit in die Fabriken strömten, oder die nach kurzer Ausbildung an die Stelle von Männern traten und so gut es ihrer dürftigen Vorbildung möglich war, dazu halfen, die Volkswirtschaft aufrecht zu erhalten. Gewiß sind auf diese Weise sehr zahlreiche Unberufene in Stellen gelangt, die Befähigteren und sachlich gründlich Vorgebildeteren hätten vorbehalten bleiben müssen. Gewiß auch war dem größeren Teil dieser Mädchen beim Eintritt in die Arbeit nicht das Gefühl der Mitverantwortung für den Ausgang des Krieges entscheidend, sondern der Wunsch, die Konjunktur zu nützen.

Aber darauf kommt es nicht an. Heute stehen diese Frauen und Tausende andere, in langer Ausbildungszeit sachlich geschulte vor dem Nichts. Der Kampf gegen die Frauenarbeit wird von den Männern mit einer Schärfe geführt, der alle vor den Wahlen gehörten Beteuerungen der Gleichberechtigung der Frau als Staatsbürgerin zu Phrasen stempelt. Arbeiterräte, Arbeitslosenkommissionen, staatliche und städtische Ämter bereuen sich, die Frauen aus ihren Stellen zu vertreiben oder sie zu entlassen. Es ist zuzugeben, daß nicht nur gute Erfahrungen mit der Kriegsarbeiterin gemacht wurden. Selbstverständlich ist es, daß alle Frauen, die nur als Ersatz gelten konnten oder nicht mehr sein wollten, heute, wo die Auswahl an Berufeneren groß ist, diesen weichen müssen. Ehrerleichterung aller Frauen, die nicht notwendig arbeiten müssen, ist es, jenen Männern, die der Krieg aus ihrer bürgerlichen Arbeit riß, den Platz zu räumen. Darüber ist nicht zu streiten.

Aber auch darüber ist nicht zu streiten, daß es eine große Anzahl von Berufen gibt, in denen nur eine Frau wirklich segensreich wirken kann. Es ist nicht anzunehmen, daß viele junge Kaufleute mit einem anderen Interesse als dem, bald damit fertig zu werden, die Aktien eines Fürsorgebaltungs, einer Kriegserwitwe oder der Familie eines Trinker's bearbeiten werden, oder daß sie jene Einfühlungsfähigkeit haben werden, die dem notwendig ist, der als Auskünsterteilender sich mit den verwinkelten häuslichen Verhältnissen von Frauen oder unglücklichen Müttern befassen muß. An diesen Stellen wenigstens sollte man die Frauen nicht ausschalten wollen. Tut man es, so kann die Schädigung, welche der Gesamt-

heit damit zugefügt wird, vielleicht nie wieder ausgeglichen werden. Man braucht kein Lobredner der Frauenarbeit zu sein, um seine ganze Kraft dafür einzusetzen, daß solche Stellen, an denen Fraueneinsticht und die mütterlichen Eigenschaften der Frau starre Paragraphen segensreich zu paralysieren berufen sind, ihnen vorbehalten bleiben, daß man sie jetzt nicht daraus entfernt, um sie durch eine schematisch arbeitende Kraft zu ersetzen. Und dennoch geschieht dies vielfach. Es geschieht, obgleich Zerfall der Familien und Verwilderung der Jugend im Kriege mehr als je umfangreiche Volkspflegerische Arbeit notwendig machen, die ohne Hilfe weiblicher Kräfte gar nicht getan werden kann, und obgleich es dringend geboten ist, einem Millionenüberschuß von Frauen solche Berufe zu erschließen oder zu schaffen, in denen die weibliche Arbeit nicht zum lohnbrütenden Wettbewerb für den Mann und von den Zufälligkeiten des Arbeitsmarktes abhängig wird.

Das können aber nur solche Berufe sein, welche die besonderen Herzens- und Geistesbesonderheiten der Frau oder ihre manuelle Befähigung wirksam werden lassen und entwickeln. Zu diesen gehört auch der Beruf der Hausangestellten aller Grade. Man begreift, daß die relativen Annehmlichkeiten und Freiheiten der Fabrikarbeit oder kaufmännischer Tätigkeit in zahlreichen Mädchen eine starke Abneigung gegen das Bindende der häuslichen Arbeit geweckt haben. Dennoch muß mit allen Mitteln versucht werden, Frauen und Mädchen der Hausarbeit zurückzugewinnen. Die Arbeitsnot unter den Frauen wird in den kommenden Jahren nicht abnehmen, vielmehr wird sie in der nächsten Zukunft sogar wachsen, und unabsehbares Elend steht dann denen bevor, die sich den veränderten Verhältnissen nicht anpassen wußten.

Will man aber für die Rückkehr der Frau zur Hauswirtschaft plädieren, so muß man zuvor bessere Vorbildung für diesen Beruf fordern. Denn nur diese würde ihn heben und ihm anspruchsvollere Frauen zuführen. Staat, Gemeinden, Interessensvereinigungen schaffen Fortbildungsschulen für Knaben, die Hauswirtschaftsschule für Frauen ist nicht weniger notwendig. Auch gegen die Frau haben Staat und Gemeinde, deren wirtschaftliches Getriebe im Kriege Frauenkraft nicht entbehren konnte, Verpflichtungen übernommen. Diese Ausbildung, sei sie nun obligates, unentgeltliches Schulschul oder theoretische Ergänzung der praktischen Arbeit, würde nicht einem Stande, einer Frauenklasse nur, sondern der Volksgesamtheit zugute kommen. Denn es ist nicht anzunehmen, daß die Haushaltungen in naher Zukunft wieder so lebendig geführt werden können, wie vor dem Kriege. Praktische Wirtschaftskennntnisse allein werden jene Hauskultur sichern ohne die eine relative allgemeine Kulturhöhe eines Volkes nicht denkbar ist. Sicherlich ist es dankenswert, daß man anaenblicklich die Gewährung von Erwerbslosenunterstützung an Jugendliche vom Besuch einer Schule abhängig macht, aber diese Sechswochenkurse können nur wenig Nutzen stiften bei Mädchen, die jahrelang häusliche Gemeinschaft nur noch als Schlafstelle konnten. Freude an der Tätigkeit und die Einsicht in ihren Nutzen werden sie nur bei wenigen werden. Notwendig ist es also, den Kursus zum Lehrjahr

zu erweitern oder für solche Mädchen, die bereit sind, Stellen anzunehmen, Fortbildungskurse einzurichten. Der Kaufmann hat sich mit dem Schulbesuch seines Lehrlings abgefunden, die Hausfrau wird sich mit dem Schulbesuch ihrer Angestellten ebenfalls abfinden müssen. Zu fordern ist auch die baldige Einführung des Arbeitsvertrags für Hausangestellte, der Pflichten und Rechte der Hausfrau wie der Angestellten regelt.

Zu befürworten ist die Zurückführung vom Land stammender, während des Krieges in die Stadt gezogener Frauen und Mädchen aufs Land, wenn sie sich weigern, eine Ausbildungsmöglichkeit zu nützen, die ihnen einen anderen Beruf öffnet. Der elterlichen Gewalt Unterstehende würden alle zu ihren Eltern zurückzuführen sein. Gewiß wird vielen dieser Frauen, die in der Stadt vielfach bleichsüchtig geworden sind, im Anfang die ungewohnte Arbeit schwer werden, aber es wird sich zeigen, daß sie sich den Lebensbedingungen, in die sie hineingeboren wurden, sehr bald wieder anzupassen vermögen. Es ist also nicht als Härte zu empfinden, wenn man aus allen gewerblichen und kaufmännischen Betrieben die unverheirateten Männer und alle Frauen aussondert, die nicht unbedingt Geld verdienen müssen, sie auf das Land verpflanzt oder der häuslichen Tätigkeit zuführt. Härte, unerhörte Härte aber ist es, wenn man die Aussonderung der Frauen aus Erwägungen vornimmt, welche die gebotene Sachlichkeit vermissen lassen und die unsozial genannt werden müssen, weil sie Tausende von qualifizierten Arbeiterinnen und solche, die ihren Lebensunterhalt verdienen müssen, dem Elend preisgeben.

Vielleicht ist die Entscheidung zugunsten des Mannes im Kampf der Geschlechter um die Arbeit in dieser unglückseligen Zeit vielfach von politischen Rücksichten diktiert. Die Frau hat es noch nicht gelernt, in turbulenten Versammlungen ihre Rechte zu vertreten, ihre wirtschaftliche und moralische Not zum politischen Kampfmittel umzumünzen. Und man muß hoffen und wünschen, daß sie nie gezwungen sein wird, dies von den Männern zu lernen. Es würde die politische Atmosphäre noch mehr vergiften. Aber lernen sollten sie von ihnen, Solidaritätsgefühl zu haben und es als Waffe gegen Ungerechtigkeit zu benutzen. Nie mehr dürfte es, wie jetzt, möglich sein, daß Millionen von Frauen aller Stände dem von der Not gebotenen Kampf ihrer Schwestern nicht mehr Teilnahme entgegenbringen als den etwa ungerechtfertigten Ansprüchen einer minderen Klasse.

So ist denn die Entscheidung über das Arbeitsrecht der Frauen den männlichen Staatsbürgern anheimgegeben, denen von welchen sie bekämpft werden, denen, welche ihnen Arbeit neben können. Und die Frauen wissen, daß sie nur von dem menschlichen Wohlwollen, der sozialen Einsicht der Männer Gerechtigkeit erhoffen dürfen, nicht von deren Ueberzeugung. Denn mögen sie in anderem noch so freigeinnt sein, die Erwägung des Anspruchs der Frau auf andere als rein weibliche Arbeit, ist den meisten Männern nur aus konservativen Gesichtspunkten möglich. Vielleicht ist dies nur bedingt zum Nachteil der Frau, da es die Moralität läßt — wenn dies auch nicht als sicher anzunehmen ist, daß der Mann seinen Anspruch auf alle jene Stellen, in denen eine Frau segensreicher wirkt als er,

als Irrtum erkennen wird. Und es erlaubt die Hoffnung, daß der revolutionierte Staat seiner weiblichen Bürgerin alle jene Schulen schaffen wird, die notwendig sind, um aus der Konkurrenz des Mannes seine Ergänzung in volkswirtschaftlicher und sozialer Arbeit werden zu lassen.

Öffentliche Arbeitsnachweise für Frauen.

Von Camilla Seinet (Heidelberg).

Die mächtigen wirtschaftlichen Umwälzungen während des Kriegs, die Verschiebungen der Arbeitsverhältnisse, das Eintreten der Frauen in Arbeitsgebiete, die bisher von den Männern behauptet waren, die Notwendigkeit einer planvollen, zielbewußten Aberteilung der Kräfte in die Friedenszeit, die Friedenswirtschaft, die Aufgabe der Frage der öffentlichen Arbeitsnachweise für Frauen erhöhte Bedeutung. Noch gesteigert wird diese durch den von der Regierung an die Frauen ergangenen Aufruf, sich zu Arbeiten im Dienst des Vaterlandes zur Verfügung zu stellen. Die Gefahr liegt nahe, daß an manchen Orten Überangebote von Arbeitskräften stattfinden und daß an andern Mangel an solchen weiterbestehen werde. Es ist die weitere Gefahr vorhanden, daß Arbeit vielen, die auf Erwerb angewiesen sind, die Arbeitsgelegenheit wegnimmt. Übersichtlichkeit des lokalen Arbeitsmarktes sowie lokale Organisation der Arbeitsnachweise untereinander ist daher notwendig. Die tatsächlichen Verhältnisse bleiben hinter diesen so selbstverständlich erscheinenden Forderungen ganz erheblich zurück. Anstatt daß die einzelnen öffentlichen Arbeitsnachweise wie die Räder einer Maschine ineinandergreifen, steht ihr Zusammenwirken noch mehr oder weniger auf dem Papier; aber selbst den lokalen Aufgaben von heute vermögen sie vielfach nicht gerecht zu werden. Ihre Entstehung fällt oft noch in Zeiten, wo man ihre volkswirtschaftliche Bedeutung nicht erkannte und in der Verpflichtung, ihnen einen Vektor zu geben, nicht selten eine günstige Gelegenheit sah zur Unterbringung von Militärwärtern oder sonstiger verdienten Männer, deren Verdienste zur Selber auf einem durchaus andern Gebiet lagen. Die weiblichen Abteilungen wurden aber gar nur als Anhängsel der männlichen betrachtet, und liegen auch heute noch oft in der Hand des Leiters der männlichen Abteilung selbst, oder in der Hand des Frau, von der — bei dem niedrigen Grad ihrer Bildung — durchaus keine selbständigen Leistungen zu erwarten sind.

Um jedem Mißverständnis zu begegnen, sei ausdrücklich betont, daß unter „öffentlicher Arbeitsnachweise für Frauen“ nur die Stellenvermittlung auf den Gebieten ungelernter oder angelernter Arbeit verstanden werden soll; also die Unterbringung von land- und forstwirtschaftlichen Arbeitskräften, von häuslichen Angestellten, von Gast- und Schenkwirtschaftspersonal, von Fabrikarbeiterinnen, Hausgewerbetreibenden, Schuh-, Wäsch-, Kauffrauen, Aufwärterinnen, Tagelöhnerinnen, Schaffnerinnen im Eisen- und Straßenbahndienst und ähnliches mehr. Nichts zu tun sollen dagegen die öffentlichen weiblichen Arbeitsnachweise mit gehobenen Berufen haben, die kräftige Organisationen mit eigener Stellenvermittlung besitzen. Wer bereits auf eigenen Füßen steht, braucht keine Fürsorgeeinrichtung. Und öffentliche, von den Gemeinden bestellte Arbeitsnachweise sind Fürsorgeeinrichtungen — d. h. der Idee nach! Freilich, um es wirklich zu sein, dazu sehr ihnen oft nicht weniger als ziemlich alles! Die Mittel von den weiblichen Abteilungen der Gemeinde-Arbeitsnachweise — wenn sie überhaupt so weit gekommen sind, um Stellen

auch nach auswärts zu vermitteln — haben es z. B. begriffen, daß es nicht angeht, junge weibliche Personen an einen fremden Ort zu senden, ohne vorher gründliche Erkundigungen darüber einzuziehen, ob sie die bisher in ihrer Familie geteilt, dort auch erschwungliche ansässige Unterkunft finden, ohne die sie natürlich den größten Gefahren ausgesetzt sind. Praktisch aber von größerer Wichtigkeit als dieser Punkt — da Frauen der untern Volksschicht meist wenig geneigt sind, den Aufenthalt zu wechseln — ist aber die Tätigkeit des Arbeitsamts an Ort und Stelle. Vor allem: es darf nicht lediglich Adressenbureau sein, muß vielmehr in nahe Beziehung mit Arbeitgeber und -nehmern zu kommen tragen, muß individualisieren, um den berechtigten beiderseitigen Ansprüchen gerecht zu werden.

Es muß ferner auf die Arbeitsbedingungen, auf die Lohnhöhe Einfluß gewinnen. Das kann es nur, wenn es ihm gelingt, den Arbeitsmarkt wirklich zu beherrschen, d. h. die gesamte Stellenvermittlung in der Hand zu haben. Nur dann kann es sagen: wer nicht auf die von uns aufgestellten Bedingungen eingeht, erhält keine Arbeitskräfte. Am schwertesten wird der Kampf mit der gewerkschaftlichen Stellenvermittlung sein. Daß er nicht aussichtslos ist, zeigen durchschlagende Erfolge einiger vorzüglich arbeitender Arbeitsämter, denen es gelungen ist, in ihrer Gemeinde die gewerkschaftlichen Stellenvermittlung sogar ganz auszuscheiden. Die bundesstaatlichen Regierungen haben es in der Hand, den Arbeitsämtern das Recht zur Mitwirkung bei der Durchführung des Stellenvermittlungsrechtes zu geben, insbesondere das Recht zur Durchsicht der Geschäftsbücher der gewerkschaftlichen Stellenvermittlung. In Baden z. B. ist eine dahingehende Vollzugsverordnung vom Ministerium des Innern am 13. September 1910 ergangen. Wo von diesem Recht energisch und gewissenhaft Gebrauch gemacht wurde, kamen derartige Unregelmäßigkeiten zur Ruhe, daß die Stellenvermittlung es nicht erst darauf ankommen ließen, daß ihnen die Konzession entzogen würde, sondern, daß sie „freiwillig“ ihr Gewerbe aufgaben. Häufig betreiben aber auch Fürsorgevereine Stellenvermittlung und stehen so der so sehr wünschenswerten Zentralisation im Wege. Der Grund, warum ihnen an dieser Tätigkeit viel gelegen ist, liegt darin, daß sie mit deren Erträgen ein Mädchenheim erhalten. Dieser Zusammenhang ist aber nicht innerlich notwendig. Weibliche Gemeinwesen werden leicht in der Lage sein, jenen Vereinen durch Bewährung von Zuschüssen zu ihren Heimaten ihr Vermittlungsgeschäft abzugeben. Gegenüber der Zersplitterung des nachweislich endlich durch das Innehalten von jenseitigen Arbeitsämtern durch Aufklärungsarbeit in Versammlungen oder durch Druckschriften es erreichen, daß die örtlichen Arbeitgeber — seien es nun Fabriken, Hausfrauenorganisationen, Gattungsvereinigungen oder andere — sich aus sozialpolitischer Einsicht verpflichten, nur solche Personen zur Arbeit einzustellen, die ihnen vom Arbeitsamt gefandt werden. Für Erfolge in solchem Vorgehen gibt es Beispiele.

Nicht bloß offene Stellen zu besetzen, sondern auch deren Zahl zu vermehren, den örtlichen Arbeitsmarkt zu erweitern, Arbeit zu beschaffen, also für die, die nach ihr verlangen, muß Aufgabe der Arbeitsämter sein. Es gilt nach allen möglichen Gelegenheiten zu spähen, Eingaben an Behörden zu machen, die vielleicht Mangel an Arbeitskräften haben, aber bisher noch nicht daran gedacht hatten, die fehlenden männlichen durch weibliche zu ersetzen, sondern auch deren Zahl zu vermehren. Die fehlenden weiblichen durch weibliche zu ersetzen, ist aber gar nur als Anhängsel der männlichen Abteilungen zu betrachten, und liegen auch heute noch oft in der Hand des Leiters der männlichen Abteilung selbst, oder in der Hand des Frau, von der — bei dem niedrigen Grad ihrer Bildung — durchaus keine selbständigen Leistungen zu erwarten sind.

Um jedem Mißverständnis zu begegnen, sei ausdrücklich betont, daß unter „öffentlicher Arbeitsnachweise für Frauen“ nur die Stellenvermittlung auf den Gebieten ungelernter oder angelernter Arbeit verstanden werden soll; also die Unterbringung von land- und forstwirtschaftlichen Arbeitskräften, von häuslichen Angestellten, von Gast- und Schenkwirtschaftspersonal, von Fabrikarbeiterinnen, Hausgewerbetreibenden, Schuh-, Wäsch-, Kauffrauen, Aufwärterinnen, Tagelöhnerinnen, Schaffnerinnen im Eisen- und Straßenbahndienst und ähnliches mehr. Nichts zu tun sollen dagegen die öffentlichen weiblichen Arbeitsnachweise mit gehobenen Berufen haben, die kräftige Organisationen mit eigener Stellenvermittlung besitzen. Wer bereits auf eigenen Füßen steht, braucht keine Fürsorgeeinrichtung. Und öffentliche, von den Gemeinden bestellte Arbeitsnachweise sind Fürsorgeeinrichtungen — d. h. der Idee nach! Freilich, um es wirklich zu sein, dazu sehr ihnen oft nicht weniger als ziemlich alles! Die Mittel von den weiblichen Abteilungen der Gemeinde-Arbeitsnachweise — wenn sie überhaupt so weit gekommen sind, um Stellen

ersehen. Durch Verträge mit auswärtigen Organisationen können Arbeitsämter auch unter Umständen der Nachfrage nach entsprechend bezahlter Heimarbeit in verstärktem Maße nachkommen. Die Aufgaben eines weiblichen Arbeitsnachweises beschränken sich übrigens nicht auf Vermittlung von Arbeit, die sich gleichzeitig in Lohn umschließt. Er ist zugleich die gegebene Stelle für Vermittlung von Lehrstellen am Orte verfügt, um die so notwendige Kontrolle über die besetzten Lehrstellen auszuüben. Auch in diesem Zweige haben sich einige Arbeitsämter schon vorbildlich bewährt. Wo die Leitung der männlichen Abteilung in geeigneten Händen liegt, wäre es das Wünschenswerteste, wenn zwischen ihr und der weiblichen, der aber ihre selbständige weibliche Leiterin vorzuziehen hätte, eine organische Verbindung bestünde. Erfahrungen auf der einen Seite kämen der andern zugute. Freilich dort, wo man bei der Befehlzung der Stelle eines Leiters der männlichen Abteilung bei einer veralteten Tradition stehenbliebe, müßte — wenn bei Neuschaffung eines weiblichen Arbeitsnachweises wenigstens dieser den modernen Aufgaben genügen sollte — zwischen beide Abteilungen ein scharfer Schnitt geführt werden.

Die Anforderungen, die an die Persönlichkeit einer Leiterin des Arbeitsnachweises zu stellen sind, liegen vor allem darin: sie muß ein sozial empfindender und sozial geschulter Mensch sein. Nur an solche Frauen möge gedacht werden, die in sozialer Tätigkeit überhaupt schon Erfahrung gesammelt und sich in ihr bewährt haben! Eine Zeilung müßte sie sich überdies in einem großen, gut geleiteten Arbeitsnachweise für ihre besondere Tätigkeit vorbereiten und geschult haben.

Unter die gleiche Leitung wie die Arbeitsnachweise zu stellen sind, da die Art ihres Wirkens wesentlich andere Begabung und Vorbildung voraussetzt, sollten die weiblichen Arbeitsnachweise nach Möglichkeit in naher Beziehung stehen. Am besten wären daher Berufsberatungsstellen — wo solche bestehen — im gleichen Hause, also meist im Rathaus unterzubringen. Es gibt Grenzfälle zwischen Arbeit- und Berufsberatung, wo eine Besprechung zwischen beiden Ratgeberinnen von großem Nutzen sein kann. Sicherlich wäre die Errichtung von selbständigen weiblichen Arbeitsnachweisen wegen der dazu erforderlichen Beschaffung von Räumen und wegen der Besoldung vorgebildeter weiblicher Leiterinnen mit Kosten verbunden. Zum Teil würde aber durch gut geleitete Arbeitsnachweise die öffentliche Unternehmung überflüssig werden. Aber selbst wenn diese Rechnung nicht durchwegs stimmen sollte, es kann und darf kein Zaudern geben, wo es gilt, volkswirtschaftliche und menschliche Werte vor dem Untergange zu bewahren.

8. VII. 1919

Nr. 20 - S. 2013 - 1919 - Wien

ist, diese Flächenteile der Gemeinde Wien über deren jeweiliges Verlangen gegen einmonatige Kündigung vollständig geräumt und ohne Anspruch auf irgendeine Entschädigung zur Verfügung zu stellen.

3. Die Aktiengesellschaft verpflichtet sich für den Fall, als Arbeiten an dem den Pachtgrund durchschneidenden Hauptrohrstränge der Wiener Hochquellenleitung notwendig sind, die von ihr aufgeführten, diese Arbeiten hindernden Baulichkeiten auf jeweiliges Verlangen der Gemeinde Wien ohne Anspruch auf irgend eine Entschädigung abzutragen.

Sollte die gänzliche oder teilweise Abtragung aus irgendeiner Ursache dringlich sein, so steht der Gemeinde Wien das Recht zu, die Abtragung, falls sie die Aktiengesellschaft nicht sofort selbst vornimmt, durch ihre eigenen Organe zu besorgen.

4. Zur Sicherstellung der der Gemeinde Wien durch letztere Art der Abtragung erwachsenden Kosten erlegt die Aktiengesellschaft spätestens am 31. Dezember 1919 bei der städtischen Hauptkasse den Betrag von zehntausend Kronen entweder bar oder in Wertpapieren zum Tageskurse und gibt ihre Zustimmung, daß, falls die Aktiengesellschaft innerhalb angemessener Frist die Kosten einer von amtswegen erfolgten Abtragung der Gemeinde Wien nicht ersetzt, diese sie aus der genannten Haftsumme deckt.

5. Für die pachtweise Ueberlassung der Grundfläche ist anstatt der bisherigen Teilpachtzinse ein Pachtzins von 14.400 K pro Jahr, demnach von monatlich 1200 K vom 1. Jänner 1919 an zu entrichten, der am 1. jedes Monats im vorhinein bei der städtischen Hauptkasse-Abteilung für den 16. Bezirk einzuzahlen ist; dieser Bemessung ist ein Einheitspreis von einer Krone per Quadratmeter zugrundegelegt.

6. Die in Punkt 1 und 2 angeführten Verpachtungen erfolgen auf daselbst erwähnte Zeitdauer nur unter der Bedingung, daß die Aktiengesellschaft die Emailgeschirr-Erzeugung in dem im Pachtansuchen vom 4. Dezember 1918 beschriebenen Umfange noch im Jahre 1919 in Betrieb setze.

Sollte dies nicht der Fall sein oder die Emailgeschirr-Erzeugung im geplanten Umfange vor Ablauf der im Punkte 1 angegebenen Pachtdauer wieder aufgelassen werden, so steht der Gemeinde das Recht zu, das Pachtverhältnis ohne irgendeinen Entschädigungsanspruch der Aktiengesellschaft an die Gemeinde Wien jeweils für aufgelöst zu erklären, ebenso steht der Gemeinde Wien das Recht zu, den Pachtvertrag ohne einen solchen Entschädigungsanspruch für aufgelöst zu erklären, wenn die unter Punkt 4 erwähnte Haftsumme nicht spätestens am 31. Dezember 1919 erlegt wird.

7. Für die Verpflichtung der Aktiengesellschaft zur Abtragung sämtlicher Baulichkeiten nach Ablauf der Pachtdauer, beziehungsweise die Kosten einer etwa von amtswegen erfolgenden Abtragung derselben haftet das Material dieser Baulichkeiten.

8. Die verpachtete Grundfläche ist feinerzeit vollkommen, insbesondere auch von Schlacken geräumt, in der richtigen Höhenlage zu übergeben.

9. Die Aktiengesellschaft nimmt zur Kenntnis, daß eine neuerliche Verlängerung des Pachtvertrages hinsichtlich dieser Fläche über das Jahr 1924 hinaus unter keinen Umständen erfolgen wird.

10. Beide Teile erklären sich mit der Auflösung der bisherigen Teilpachtverträge mit 1. Jänner 1919 einverstanden.

11. Im übrigen haben die mit dem Beschlusse des Wiener Stadtrates vom 17. August 1898, Z. 7916, genehmigten allgemeinen Bestandsbedingungen für in städtischer Verwaltung stehende Gründe zu gelten.

Bürgermeister: Bitte Herrn Kollegen Baugoin zum Referate.

56. Berichterstatter GR. Baugoin: Zahl 1678, Post 48. Abänderung des Gehaltschemas der kaufmännischen Hilfsbeamten der städtischen Elektrizitätswerke.

In dem mit dem Gemeinderats-Beschlusse vom 26. Juni 1914, B. Z. 9200, genehmigten Uebereinkommen mit der Allgemeinen Oesterreichischen Elektrizitäts-Gesellschaft über die Verstaatlichung ihrer Wiener Betriebsanlagen und über die Uebernahme der gesellschaftlichen Angestellten in den Dienst der städtischen Elektrizitätswerke, war auch die Uebernahme von neun kaufmännischen Hilfsbeamten vorgesehen, welche im Sinne dieses Uebereinkommens mit den Beamtinnen der Straßenbahnen gleichgestellt wurden. Nachdem nunmehr mit Gemeinderats-Beschluß vom 13. November 1918 die Lage dieser Beamtinnen aufgebeffert wurde, und die Vorrückungsfrist für sämtliche Gehaltsstufen durchwegs mit zwei Jahren und das Quartiergeld der dritten Gehaltsklasse auf jährlich 650 K erhöht und außerdem in der ersten Gehaltsklasse eine neue Gehaltsstufe von 2940 K geschaffen wurde, ist es nur recht und billig, daß auch der Bitte der Beamtinnen der Elektrizitätswerke willfahrt und für sie die gleiche Erhöhung ihrer Bezüge genehmigt werde. Ich bitte um die Genehmigung.

BB. Reumann (den Vorsitz übernehmend): Keine Einwendung. — Angenommen.

Beschluß:

Das mit dem Gemeinderats-Beschlusse vom 22. September 1916, B. Z. 7751/16, genehmigte Gehaltschema für die kaufmännischen Hilfsbeamten der städtischen Elektrizitätswerke wird dahin abgeändert, daß 1. die Vorrückungsfristen für sämtliche Gehaltsstufen durchwegs mit zwei Jahren festgesetzt werden.

2. Das Quartiergeld der dritten Gehaltsklasse für die fünfte, vierte und dritte Gehaltsstufe auf jährlich 650 K erhöht wird und

3. in der ersten Gehaltsklasse eine neue Gehaltsstufe mit dem jährlichen Gehaltsbezüge von 2940 K geschaffen wird. — Das neue Gehaltschema tritt mit 1. Februar 1919 in Kraft.

57. Berichterstatter GR. Baugoin: Zahl 1816, Post 49. Bewilligung einer Notstandsausilfe, einer außerordentlichen Ausilfe für die vom Militärdienste Heimgekehrten und sonstige Maßnahmen zugunsten der Angestellten der Gemeinde Wien.

Durch die Kriegsverhältnisse und die kolossale Teuerung, welche während des Krieges angehalten hat, ist die Lage der städtischen Beamten und Angestellten eine außerordentlich triste geworden und die Aufbesserungen, welche im Laufe der Zeit gegeben wurden konnten natürlich nicht Schritt halten mit der riesenhaft steigenden Teuerung. Obwohl wiederholt Anschaffungsbeiträge und Teuerungszulagen gegeben wurden, ist doch der Lebensbedarf umso größer und umfangreicher geworden, und nach dem Kriege ist statt des Abbaues der Preise eine immer weitergehende Steigerung eingetreten. Es ist nunmehr notwendig, daß eine durchgreifende Revision der gesamten Bezüge, der

Die wirtschaftliche Selbständigkeit der Frauen.

Von Dr. Gustav Heinrich.

Auf ethischem Gebiet ist die Befreiung der Frauen heute bereits restlos vollzogen. Die Frauen sind gewiß nicht mehr nur die Objekte der sittlichen Ordnung, sondern greifen bei der Aufstellung der Sittengesetze selbst mitbestimmend ein. Die rechtliche Gleichstellung mit den Männern hat die Revolution in der Form des weiblichen Stimmrechtes gebracht. Es erübrigt die wirtschaftliche Selbständigkeit der Frauen. Diese erscheint den meisten unter dem Dreigestirn als die weitaus wichtigste. Die wirtschaftliche Unabhängigkeit wird als die Grundlage bezeichnet, auf der sich die beiden anderen erst aufbauen. Die wirkliche Freiheit sei erst dann vorhanden, wenn die wirtschaftlichen Ketten gefallen sind.

Ohne einem übertriebenen Materialismus huldigen zu wollen, wird man wohl zugeben müssen, daß die Bedrängung durch ethische oder juristische Erwägungen im täglichen Leben der Frauen eine viel weniger heftige ist. Gar manche Frauen (namentlich so lange sie jung und schön sind) werden von dem Problem gequält, ob es möglich sei, zwei Männer auf einmal zu lieben, und wenn ja, ob es sittlich gerechtfertigt werden könne, sich von beiden zugleich lieben zu lassen, wobei der eine von dem anderen nichts zu ahnen braucht? Gewiß kommt derlei oft und oft vor, aber nicht täglich im Leben einer und derselben Frau. Desgleichen wird die Ausübung der neu erworbenen politischen Rechte nicht eine tägliche Beschäftigung unserer Frauen werden, da doch die Sensationen der Wahlen nur kurz sind. Kein einziger Tag aber kann vergehen, der den sittlich und politisch befreiten Frauen nicht die Grenzen ihrer wirtschaftlichen Selbständigkeit deutlich machte. Kleidung, Wohnung, Speise und Trank sind unabänderliche, niemals aussehbare Bedürfnisse.

Sind die Frauen noch immer der wirtschaftlichen Hörigkeit der Männer unterworfen? Darauf muß, wenn anders die Wahrheit gesagt werden soll, mit einem weithin verneinlichen „Ja“ geantwortet werden. Unter der Voraussetzung, daß es, streng genommen, überhaupt Grade der Sklaverei gibt, läßt sich allerdings hinzufügen, daß der Druck milder zu werden beginnt. Die Frauen nehmen immer regeren Anteil am Erwerbsteilen und je häufiger und fleißiger sie ar-

beiten, um so größere Löhne hemmen sie ein, desto weniger sind sie auf die Unterstützung durch die Männer angewiesen. Die Morgenröde auch der wirtschaftlichen Selbständigkeit der Frauen scheint aus der Ferne zu leuchten. Und manche Frauen begrüßen die Dämmerung mit aufrichtigem Jubel und knüpfen daran die lieblichsten Hoffnungen.

Es ist mit Sicherheit zu vermuten, daß die Frauen der Zukunft diesem Ideal noch inbrünstiger wie bisher zustreben werden. Die Frauen spüren mit richtigem Instinkt, daß das wirtschaftliche Problem das Um und Auf der ganzen Frage ist. Die Frauenemanzipation hat an diesem Punkt historisch eingeleitet und wird sich davon kaum jemals entfernen. Daher wird auch das Urteil von uns Männern über das Treiben der heutigen Frauen verschieden ausfallen nach der Stellung, die wir gerade gegenüber der wirtschaftlichen Freiheit der Frauen als idealer Forderung einnehmen.

Die wirtschaftliche Selbständigkeit gilt bei den Männern als das würdige Zeichen der Reife. Bevor sie diese nicht erreicht haben, werden die Jünglinge gar nicht ernst genommen — trotz Maturzeugnissen und Diplomen. Sobald die Männer aber Geld verdienen, heiraten sie, um damit die Frauen zu erhalten. Diese allbekannte Szenenfolge nun mißfällt unseren Frauen schon lange sehr. Zunächst erscheint ihnen bedenklich, daß die wirtschaftliche Unabhängigkeit der jungen Männer oft recht spät einsetzt. Der gebildete Mittelstand nimmt beispielsweise bis zum 31. Lebensjahre die Bürde der Väter in Anspruch. Die Mädchen müssen also lange warten, bis sie erlöst werden. Aber gibt es ein Mittel, jeden Mann, der eine Frau erhalten kann, zur Ehe zu zwingen? Er verzehrt seine Einkünfte vielleicht lieber allein. Zudem genügt oft die von den Männern erarbeitete Summe nicht, um sämtliche Bedürfnisse der Familie zu decken. Wenn der Lohn des Vaters nicht ausreicht, müssen die Mutter, die Knaben, aber auch die Mädchen, mithelfen. Kurz gesagt, die Frauen haben ihr Vertrauen in die Männer verloren. Diese wollen oder können die auslangende Erhaltung der Frauen in unseren Zeiten nicht mehr auf sich nehmen. Durch die täglich spürbare Not werden die Frauen in das wirtschaftliche Leben außerhalb des Hauses hinausgetrieben. Die Frauen sind gezwungen, sich nach einem Erwerb umzusehen, womit sie ihr Dasein stiften. Sie bringen in die bisher den Männern vorbehaltenen Bezirke scharenweise ein.

Diese Tatsache hat zur Folge, daß sich heute eine Anzahl von Frauen völlig selbst erhält. Sie sind sowohl bezüglich der Einnahmen als auch der Ausgaben von den Männern unabhängig geworden. Leider sind mir momentan genaue statistische Angaben nicht zugänglich, ich weise aber darauf hin, daß die Anzahl keineswegs so groß ist, als sie in den Städten oder Großstädten erscheint. Bei der Landbevölkerung ist die wirtschaftliche Hörigkeit der Frauen kaum noch gelockert. In den industriellen Gegenden allerdings nimmt die Anzahl der erwerbenden Frauen rasch zu. Die Frauen geben an, durch die Not hierzu gedrängt worden zu sein, und es ist ja auch wirklich so geschehen. Aber später haben die Frauen aus der Not eine Tugend gemacht. Und heute behaupten sie schon, daß ihre wirtschaftliche Abhängigkeit mit ihrer Würde auf die Dauer vereinbar sei. Der Gelderwerb (nicht der Beruf) macht ihnen Freude. Sie lächeln befriedigt an den Tagen, an denen die Löhne und Gehälter zur Auszahlung gelangen. Es bereitet ihnen eine unerböhlene Genugtuung, daß sie nicht mehr von den Männern das tägliche Brot erbetteln brauchen.

Zu solchen Terminen tauchen wohl die Erinnerungen vergangener Jahrhunderte in den Köpfen der erwerbenden Mädchen und Frauen auf. Wie unselig haben Frauen leiden, wie tief sich erniedrigen müssen, um aus der Hand brutaler Männer den Pfaffen Nahrung zu empfangen, ohne den das Leben nicht weiter gelebt werden kann. Die Vormachtstellung des Mannes in der Familie beruhete und beruht ja zum großen Teil darauf, daß das materielle Sein und Nichtsein der Familie in seiner Hand gelegen ist. Wenn er z. B. seinen Tagelohn vertrinkt, so müssen Frau und Kinder hungern und frieren, und wenn er sich in seinem Rausch an den Familienmitgliedern vergreift, wagen diese aus Angst nicht, sich ihm zu widersetzen. Aber nicht nur das Weib aus dem Volke, sondern auch die gebildete Frau, wird in ihren ethischen Anforderungen an den Mann durch das Bewußtsein der wirtschaftlichen Abhängigkeit stark beengt. Solange die Menschen auf der Erdoberfläche nicht von der Luft leben können, wird ein Mädchen bei der Wahl des Gatten dessen materielle Lage zu berücksichtigen haben. Sie wird um der standesgemäßen Lebensführung willen, sogar einen Mann heiraten, der ihr von Grund aus zuwider ist, sie wird sich an ihn regelrecht vor dem Altar verkaufen, also die Sittlichkeit verhöhnen. Vollends die Ehescheidungen werden durch materielle Erwägungen seitens der Frau erschwert, woran auch die künftige Eherechtsreform nichts ändern kann. Ich bin mir dessen wohl bewußt, daß das eben Gesagte nicht neu ist, aber die Grundübel der Menschheit bleiben immer die gleichen, nur daß bald deutlicher, bald weniger deutlich darüber gesprochen wird. Die Revolution, welche die Frauen mit größter Gewogenheit behandelt, hat auch diese uralten Fragen neuerlich aufgeworfen. Das Problem dürfte in absehbarer Zukunft etwa auf folgende Weise angepaßt werden:

Die Frauen werden das ihnen verlebene Stimmrecht zunächst dazu benutzen, um die weiblichen Erwerbsmöglichkeiten zu verbessern. Die Frauen sind viel zu praktisch veranlagt, als daß sie sich auf politischem Gebiet andere als sofort greifbare Ziele stecken würden. Die erwerbenden Frauen sind nämlich schon seit Jahren mit der Höhe der von ihnen verdienten Gehälter und Löhne unzufrieden. Diese zeigen zwar eine entschieden steigende Richtung, noch immer aber sind die der Frauen niedriger, als jene der Männer. Das kränkt den weiblichen Ehrgeiz und hier dürfte voraussichtlich der Kampf einsehen. Es wird ein Kampf sein, nicht nur der Arbeitnehmer gegen die Arbeitgeber, sondern auch der Frauen gegen die Männer. Da Prophezeiungen meist undankbar sind, will ich mich nicht in Vermutungen über den Endsteg auslassen. Gewiß aber ist, daß die Frauen schon heute auf allen Gebieten des Erwerbes die empfindlichste Konkurrenz für die Männer bedeuten. Es muß daher sicher einmal zwischen den Geschlechtern zu einer scharfen Auseinandersetzung kommen. Schon glimmt der Haß. Man kann trefflich schwanken, welche Bedeutung man derlei Gefühlserregungen für die Entwicklung der Dinge beimessen will. Ich glaube aber, daß man sie nicht zu gering veranschlagen darf. Mit Rücksicht auf die erwähnte Konkurrenz ist sogar die Möglichkeit nicht abzuweisen, daß das Morgenrot der wirtschaftlichen Befreiung der Frauen uns täuscht und der Himmel bloß durch den lodernden Haß rötlich gefärbt ist. Im letzteren Falle gingen wir einer Zeit entgegen, in der die Männer ihre wirtschaftliche Vormachtstellung neuerlich festigen. Wären aber dann die Frauen zu bedauern?

Ich verneine es. Die Frauen müßten nämlich ihre gänzliche wirtschaftliche Unabhängigkeit sehr teuer erkaufen: mit dem Einiaß ihrer Gesundheit und natürlichen Bestimmung. Daß das Vordringen in die Berufe der Männer dem weiblichen Körper bedeutenden Schaden zufügt, ist eine längst bewiesene Tatsache. Es ist zwar schon alles mögliche geschehen, um die verheerenden Wirkungen der Erwerbsarbeit in den Fabriken zu paralysieren. So wurde die Arbeitsdauer durch eine sozialpolitische Gesetzgebung eingeschränkt. Der Achtstundentag hat neben anderen gewiß auch große hygienische Vorteile für die Arbeiter, besonders die Arbeiterinnen. Die Licht- und Luftverhältnisse in den Fabriken werden genau untersucht, so daß die Arbeit heute schon unter den denkbar günstigsten Erleichterungen vor sich geht. Aber alle hygienischen Maßnahmen haben schließlich irgendwo ihre Grenzen. Die körperliche Arbeit bleibt eine Anstrengung, die auf den Organismus verzehrend einwirkt. Auch der männliche Körper wird durch die Arbeit verbraucht, aber der weibliche noch viel mehr. Sicherlich sind auch die häuslichen Verrichtungen anstrengend und die tüchtigen Hausfrauen sind gar oft des Abends todmüde. Jedoch sind die Hausfrauen in der eigenen Wirtschaft in der Lage, sich ihre Arbeiten nach Belieben einzuteilen und die Arbeitspausen in diejenigen Tage des Monats oder Stunden des Tages einzuschließen, die ihnen genehm sind. Die Arbeitsdisziplin in einem großen Betrieb aber kennt keine individuellen Bedürfnisse. Die Arbeiter sind eigentlich nur komplizierte Maschinenbestandteile. Gerade der von den Frauen so gerne herangezogene Weltkrieg hat ihre Untauglichkeit deutlich veranschaulicht. Wenn die Männer aus den Schützengräben nach Hause auf Urlaub kamen, waren sie stets bestürzt beim Anblick ihrer gänzlich erschöpften Gattinnen. Das Wespenstich des Hungers hat wohl auch mitgeholfen, die Wangen zu bleichen und mit Furchen zu überziehen, aber die Frauen werden vergeblich bemüht sein, ihre Ermattung ausschließlich auf die mangelhafte Ernährung zurückzuführen. Ueber diesen Punkt lassen nämlich die Frauen nur ungerne mit sich reden. Sie sind bestrebt, ihre Schwachheit vor den Männern zu verbergen, weil diese die Arbeitsleistung und somit den Arbeitslohn ungünstig beeinflusst. Wenn die Frauen aber die ihnen durch das weibliche Stimmrecht gegebene Macht zur Wahrung ihrer eigenen Interessen gebrauchen wollten, müßten sie vor allem danach trachten, ihre Gesundheit wieder zu erlangen, indem sie die weiblichen Arbeitskräfte aus den Bergwerken, Fabriken und Schreibstuben wieder herausziehen. Soweit sich die Dinge jedoch heute übersehen lassen, werden die Frauen keine einzige Arbeitsgelegenheit freiwillig preisgeben. Sie werden sich lieber vollends zugrunde richten oder erst dem Zwange der Männer weichen. Denn die Frauen sind gar nicht gesonnen, sich vom Ziele ihrer wirtschaftlichen Selbständigkeit, dem sie sich zu nähern glauben, gutwillig abdrängen zu lassen.

Ebenso taub und blind sind die Frauen gegen die Mahnungen der Männer, sich auf sich selbst zu besinnen. Der Lebenszweck der Frauen ist die Liebe. Alles, was nicht Liebe ist oder damit zusammenhängt, ist für die Frauen zunächst sinnlos. Die Frauen, welche die Befriedigung in der Liebe nicht gesucht oder gefunden haben, haben ihr Leben nicht ausgeschöpft. Die Liebe ist für die Frauen so sehr der einzige Lebensquell, daß ihre ganze Aufmerksamkeit dorthin gerichtet sein muß. Ihnen ist es anheimgegeben, das Liebesleben zu verfeinern und zu verklären. Zu lieben, ist ihre natürliche Bestimmung. Sie sollen sich enthusiastisch in ihren Gefühlen verlieren — denn die Männer tun es gewiß nicht, wir leben ja in den nüchternsten und gefühllos-ärmtsten Zeiten. Ein sanftes milde Licht soll von ihnen

in die Räume des familiären Heims ausstrahlen. Das Leben des Tages, über das sie wachen, wird auf diese Weise zur Andacht, zum Gebet werden oder von erquickender Fröhlichkeit überströmen. Es wird Kraft, Gesundheit, Glück sein. Freilich die wirtschaftliche Unabhängigkeit werden diese Hausfrauen nicht haben — denn nur die Männer werden dem Erwerb nachgehen. Es wird in diesen Räumen auch nicht allzuviel politisiert werden oder philosophiert über die rechtliche oder ethische Freiheit. Man wird nicht über Sittlichkeit zu reden brauchen, weil man sittlich leben wird.

24. IX. 1919

24

129

Zum Mitteltage: Abgeordnet, Gmünd.
(22. Sitzung.)
Berlin, 28. Septbr. (Abst.)

Der Mitteltage beginnt mit der Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Organisation der Landesparlamente. Die Beratung wird durch den Bericht des Ausschusses über den Entwurf des Gesetzes über die Organisation der Landesparlamente eingeleitet. Der Bericht enthält die Ergebnisse der Beratungen der Ausschüsse über den Entwurf des Gesetzes über die Organisation der Landesparlamente. Der Bericht enthält die Ergebnisse der Beratungen der Ausschüsse über den Entwurf des Gesetzes über die Organisation der Landesparlamente.

Der Mitteltage beginnt mit der Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Organisation der Landesparlamente. Die Beratung wird durch den Bericht des Ausschusses über den Entwurf des Gesetzes über die Organisation der Landesparlamente eingeleitet. Der Bericht enthält die Ergebnisse der Beratungen der Ausschüsse über den Entwurf des Gesetzes über die Organisation der Landesparlamente.

Preussische Landesversammlung.

Die Landesversammlung hat am 28. September 1919 in Berlin ihre 22. Sitzung abgehalten. Die Sitzung wurde durch den Bericht des Ausschusses über den Entwurf des Gesetzes über die Organisation der Landesparlamente eingeleitet. Der Bericht enthält die Ergebnisse der Beratungen der Ausschüsse über den Entwurf des Gesetzes über die Organisation der Landesparlamente.

Der Mitteltage beginnt mit der Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Organisation der Landesparlamente. Die Beratung wird durch den Bericht des Ausschusses über den Entwurf des Gesetzes über die Organisation der Landesparlamente eingeleitet. Der Bericht enthält die Ergebnisse der Beratungen der Ausschüsse über den Entwurf des Gesetzes über die Organisation der Landesparlamente.

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16 17 18 19 20 21 22 23 24 25 26 27 28 29 30 31 32 33 34 35 36 37 38 39 40 41 42 43 44 45 46 47 48 49 50 51 52 53 54 55 56 57 58 59 60 61 62 63 64 65 66 67 68 69 70 71 72 73 74 75 76 77 78 79 80 81 82 83 84 85 86 87 88 89 90 91 92 93 94 95 96 97 98 99 100